Nationalsozialismus in Nordhessen

Schriften zur regionalen Zeitgeschichte

Herausgeber:
Gesamthochschule Kassel, Fachbereich 1

Heft 8
Redaktion: Dietfrid Krause-Vilmar
Lektorat: Christoph Hollmann, Agnes Blöing
Mitherausgeber:
Gesamthochschule Kassel, Fachbereich 13
Band 9 der Schriftenreihe des
Fachbereiches Stadt- und Landschaftsplanung

Wolfram König, geboren 1958, studierte Architektur, von 1977 bis 1980 an der Fachhochschule Lübeck, von 1980 bis 1984 an der Gesamthochschule Kassel.

Ulrich Schneider, geboren 1957, studierte von 1978 bis 1984 Stadtplanung an der Gesamthochschule Kassel.

Beide Autoren arbeiten als Diplom-Ingenieure in einer Bürogemeinschaft im Bereich Umweltplanung.

Wir danken allen Personen und Institutionen, die uns in verschiedener Weise in unserer Arbeit unterstützten. Besonderer Dank gilt denjenigen, die als Zeitzeugen zu Gesprächen mit uns bereit waren.

Titelgestaltung: Benn/König/Schneider
Gesamtherstellung: Grafische Werkstatt von 1980 GmbH
Friedrichstr. 28, 3500 Kassel

1. Auflage 1985
2. Auflage 1987
ISBN 3-88122-231-6
© Gesamthochschule Kassel, Fachbereich 1 und 13
Gesamthochschulbibliothek

Wolfram König/Ulrich Schneider

Sprengstoff aus Hirschhagen

Vergangenheit und Gegenwart einer Munitionsfabrik

Zweite, durchgesehene Auflage

Verlag Gesamthochschulbibliothek Kassel

Inhalt

In den Anmerkungen verwendete Abkürzungen 7

Vorwort der Herausgeber zur 2. Auflage 8

Vorwort der Verfasser 9

Vorwort der Verfasser zur 2. Auflage 11

Das Industriegebiet Hirschhagen
Lagebeschreibung 14
Erste subjektive Eindrücke 14
Gebietsbeschreibung 19
Bestandsplan 22
Zahlenangaben zum Bestand 23
Fragestellungen 24

Die Entwicklung Hirschhagens bis 1945
Region Hessisch Lichtenau vor 1945 29
Aufbau der Munitionsfabrik 27
Rechtlich-organisatorischer Überbau S. 33 – Planung S. 35 – Standortwahl S. 36 – Baubeginn S. 37 – Gebäude S. 37 – Energieversorgung S. 39 – Wasserversorgung S. 43 – Kanalisation S. 43 Allgemeines zum Aufbau S. 44 – Werksplan S. 46 – Arbeitslager S. 47
Sprengstoffproduktion von 1938 bis 1945 59
Produktionsabläufe S. 59 – TNT-Produktion S. 59 – Pikrinsäure-Produktion S. 66 – Nitropenta-Anlage S. 67 – Säure-Spaltanlage S. 69 – Allgemeines zur Produktion S. 70 – Abwasserproblematik 1938 bis 1945 S. 72 – Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen für das Werk S. 78 – Arbeitsbedingungen im Werk S. 85 – Unfälle und Explosionen S. 91
Lebensbedingungen der im Werk Beschäftigten 97
Arbeitskräftebeschaffung S. 97 – Unterbringung in Arbeitslagern S. 102 – Außenkommando Hess. Lichtenau des Konzentrationslagers Buchenwald S. 105

Die Entwicklung Hirschhagens nach 1945
Das Werk unter amerikanischer Besatzung 1945 bis 1950 110
Rechtliche Situation S. 110 – Zeit des MCC (Ministerial Collecting Center) S. 113 – Demontage der Werks-

anlagen S. 117 – Neuansiedlung von Industriebetrieben S. 126
Hirschhagen unter Verwaltung der IVG bis zum Beginn der Privatisierung 1951 bis 1965 128
Übernahme der Werksanlagen durch die Bundesrepublik Deutschland S. 128 – Entwicklung bis 1965 S. 130
Entwicklung Hirschhagens von 1966 bis 1984 133
Privatisierung S. 133 – Grundwasserverseuchung S. 135 – Planungen für Hirschhagen S. 159 – Industrieansiedlungen S. 164 – Leben in Hirschhagen S. 173

Reaktionen auf die Diplomarbeit 181

Vom Verstecken und Verdrängen
Vom Verstecken 186
Hirschhagen als Versteck S. 186 – Die Rolle der Rüstungsindustrie S. 191
Vom Verdrängen 195
Schlußbemerkung 197

ANHANG 199
Nachweis der abgebildeten Dokumente 200
Abbildungsnachweis 201
Abkürzungsverzeichnis 202
Quellen- und Literaturverzeichnis 203
Sach- und Ortsregister 210
Bestandsplan 1:5000
Werksplan 1:5000

In den Anmerkungen verwendete Abkürzungen

Aktennotiz vom 4.3.1946
Ministerium für Wirtschaft und Technik, Abt. Industrie.

Ausschußvorlage UWA 11/40
Der Hessische Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales: Ausschußvorlage UWA 11/40 vom 18.10.1984.

BBauG
Bundesbaugesetz, 14. Aufl. München 1981.

Bericht des Zentraltreuhänders
HHStA: Abt. 506/Akt. Nr. 245. Bericht des Zentraltreuhänders der Montan Industriewerke GmbH in der US-Zone vom 13.1.1948.

Besprechung am 19. 8.1981
RP Kassel: Vermerk über eine Besprechung im Hessischen Ministerium für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten am 19.8.1981.

Bundesgesundheitsamt
Bundesgesundheitsamt Berlin: Schreiben an den Hessischen Sozialminister vom 31.3.1980.

Deutscher Bundestag am 6.4.1984
Deutscher Bundestag: Drucksache 10/1251 vom 6.4.1984.

Festschrift
650-Jahrfeier Fürstenhagen: Eine Festschrift. Fürstenhagen 1962.

Flußüberwachungsstelle
Amtliche Flußüberwachungsstelle Kassel: Schreiben an den Landrat des Landkreises Witzenhausen vom 6.12.1963.

Gebäudeliste
IVG: Gebäudeliste, aufgestellt 1965/66.

Geschäftsberichte
Gesellschaft zur Verwertung chemischer Erzeugnisse mbH: Kurzfassung der Geschäftsberichte. Troisdorf o.J.

Hessischer Landtag am 13.10.1977
Hessischer Landtag: Kurzbericht UWA 32/8 vom 13.10.1977.

Hessischer Landtag am 19.6.1984
Hessischer Landtag: Drucksache 11/1445 vom 19.6.1984.

Hessischer Landtag am 18.12.1984
Hessischer Landtag: Drucksache 11/2884 vom 18.12.1984.

HHStA
Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden.

History
LAV: Aktennummer VB 1522-4. History of the Plant (ohne Datum und Verfasser).

HLT:FNP
HLT Gesellschaft für Forschung Planung Entwicklung mbH: Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan-Vorentwurf Hess. Lichtenau, Wiesbaden 1981.

Hygiene-Institut am 11.9.1984
Hygiene-Institut des Ruhrgebiets, Gelsenkirchen. Schreiben an die Stadtverwaltung Hess. Lichtenau vom 11.9.1975.

Hygiene-Institut am 20.8.1984
Hygiene-Institut des Ruhrgebiets, Gelsenkirchen. Schreiben an den Gemeindevorstand der Gemeinde Helsa vom 16.1.1984.

IVG-Gespräch
Gespräch mit Vertretern der Industrieverwaltungsgesellschaft mbH (IVG) aus Bonn, Claustal-Zellerfeld und Hess. Lichtenau am 12.9.1984 in Hirschhagen.

Industriefragebogen
LAV: Aktennummer IV 1978-126. IG-Fragebogen »Fabrik Allendorf« vom 27.7.1945.

IVG Hirschhagen
Industrieverwaltungsgesellschaft mbH, Außenstelle Hirschhagen.

Kreisbauamt
Kreisbauamt Witzenhausen: Auskunft vom 7.11.1983.

LA Bodenforschung am 13.3.1974
Hessisches Landesamt für Bodenforschung: Gutachten über die Möglichkeit der Gefährdung weiterer Trinkwassergewinnungsanlagen durch die im Industriegebiet Hess. Lichtenau-Hirschhagen lagernden nitrotoluolhaltigen Industrieabfälle vom 13.3.1974.

Lagerbeschreibung
Fabrik Hess. Lichtenau: Lagerbeschreibung vom 19.11.1946.

LAV
Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung in Hessen, Frankfurt.

Liegenschaftsamt
Liegenschaftsamt Hess. Lichtenau: Auskunft vom 24.11.1983.

RP Kassel
Der Regierungspräsident in Kassel, Dezernent für Abfallwirtschaft.

Rü-Kdo
Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg: RW 21-30/Rü Ko. Rüstungskommando IX, Kassel, Kriegstagebuch.

Säurebetriebe
Wasserwirtschaftsamt Marburg: Säurebetriebe der Fabrik Allendorf.

Schreiben der Fabrik vom 29.7.1947
HHStA: Abt. 506/Akt. Nr. 245. Schreiben der Fabrik Hess. Lichtenau vom 29.7.1947.

StA Mbg
Staatsarchiv Marburg.

Tiefbauamt
Tiefbauamt Hess. Lichtenau: Auskunft vom 24.11.1983.

Übernahmebericht
Übernahmebericht des Treuhänders der Montan-Industriewerke GmbH für das Land Hessen vom 1.7.1946.

Wasseruntersuchungen
Stadtverwaltung Hess. Lichtenau: Zusammenstellung der Wasseruntersuchungen vom 30.1.1978.

Werkbeschreibung
IVG Hirschhagen: Werkbeschreibung vom 12.5.1970.

Zwischenbericht
HHStA: Abt. 506/Akt. Nr. 245. Erster Zwischenbericht der Treuhandkommanditgesellschaft vom 23.1.1947.

Vorwort der Herausgeber zur zweiten Auflage

Bei der Beschäftigung mit einem »Flächennutzungsplan« für das Industriegebiet Hirschhagen« waren die Autoren, zu dieser Zeit angehende Architekten bzw. Stadtplaner, auf die besondere Geschichte dieser Industrieansiedlung in der Nähe Hessisch Lichtenaus gestoßen.

Es handelte sich um eine Munitionsfabrik, deren Geschichte sich nun in den Vordergrund des Interessses schob. Und an die Stelle aktueller Planungsmodelle trat die zeitgeschichtliche Untersuchung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Munitionsarbeiter und -arbeiterinnen des Werkes selbst und des Umgangs mit dieser Zeit nach 1945.

Um Hirschhagen zu verstehen, mußten die Autoren sich mit der Rüstungswirtschaft des Dritten Reiches befassen.

Auch waren Produktionsabläufe der früheren Sprengstoffherstellung zu rekonstruieren, um den Grad und die Orte der noch heute wirksamen Vergiftung des Bodens und des Wassers zu ermitteln.

Im Sommer 1985 legten Wolfram König und Ulrich Schneider ihre lokale Studie »Sprengstoff aus Hirschhagen« vor, die in Hessisch Lichtenau und in der nordhessischen Region stark beachtet wurde. Aufgrund dieses anhaltenden Interesses ist eine zweite Auflage notwendig geworden, die geringfügig ergänzt und kritisch durchgesehen wurde.

Die Studie von König/Schneider ist auch außerhalb unserer Region mit Interesse und Zustimmung aufgenommen worden.[1]

Dies mag damit zusammenhängen, daß sie zu einigen Fragen von allgemeiner Bedeutung anregt.

Kann man die mit der nationalsozialistischen Zeit gegebenen Probleme auf jene zwölf Jahre beschränken, wo doch die langfristigen Schäden an Mensch und Umwelt in ihrem ganzen Ausmaß erst heute bewußt werden? Inwieweit war das Jahr 1945 wirklich das Jahr der Befreiung von diesem Alb?

Ist die Bereitschaft der Menschen zur Selbstschädigung und Selbstzerstörung wirklich nur für die NS-Zeit charakteristisch? Oder hat diese Zeit nur etwas tiefer liegendes in besonderer Schärfe verdeutlicht?

Dieses rohe, zwanghafte und gewaltsame Verhältnis des Menschen zur Natur, zu sich selbst – ist es dem modernen Menschen eigen? Lebt am Ende in uns, in der Art des herrschenden Wirtschaftens, eine – im Grunde unfaßbare – Bereitschaft zur Selbstzerstörung und Auslöschung? Damit wäre ein in früheren Zeiten vermutlich nicht gekannter Krisenpunkt der Überlebensfähigkeit und der Lebensfähigkeit der Menschen erreicht. Harrisbourg, Tschernobyl und das überall angehäufte Waffenpotential bedrohten dann die Fortexistenz der gesamten Menschheit.

Die Gefahren gegenüber allen früheren Zeiten wären dann größer geworden.

Kassel, im April 1987 — Detlev Ipsen und Dietfrid Krause-Vilmar

1. »Versteckt, verdrängt, vergessen«, *Tageszeitung* v. 16.8.1985 – »Eine brisante Altlast zwingt zum Handeln«. *Frankfurter Rundschau* v. 16.8.1985 – »Sprengstoff im Kaffee«. *Die Zeit* v. 14.2.1986 – »Altlasten: Wo die rote Quelle sprudelt«. *Ökotest* Heft 1 (1986) – »Vergangenheit, die bleibt«. *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt* v. 10.8.1986 – Von »Abwasser« bis »Wandern«. Ein Wegweiser zur Umweltgeschichte. Für die Körber-Stiftung, hrgg. v. Wolf Schmidt. Hamburg 1986, S. 98 (»Pilotfunktion für die Erforschung von anderen Munitionswerken«). – »Hirschhagen«. Ein Film von Christine Beck. Becks Film Berlin 1985. 45 Minuten.

Vorwort der Verfasser

Hirschhagen, das Industriegebiet der nordhessischen Kleinstadt Hess. Lichtenau, ist aus den Überresten einer der größten Sprengstoffabriken des Dritten Reiches entstanden. Mehrere tausend dienstverpflichtete Frauen und Männer, Kriegs- und KZ-Gefangene mußten hier vor 40 Jahren unter z.T. unvorstellbaren Arbeits- und Lebensbedingungen Sprengstoffe für den »Endsieg« produzieren. Rund um die Uhr arbeiteten sie in Bunkern, die größtenteils durch Chemikalien verseucht waren. Es ereigneten sich mehrere Explosionen, bei denen fast 200 Menschen ums Leben kamen.

Aber nicht nur die Arbeiter und Arbeiterinnen hatten unter der rücksichtslosen Rüstungsproduktion zu leiden: Die Umwelt wurde durch Produktionsrückstände, saures Abwasser und die Abluft des Werkes stark geschädigt. Die Bewohner der Region haben die Auswirkungen bis heute zu tragen: Das Grundwasserreservoir, aus dem die Gemeinden ihr Wasser beziehen, ist durch Sprengstoffrückstände verseucht. Die Kosten für die Entgiftung des Trinkwassers hat die Bevölkerung zu tragen; sie bezahlt einen der höchsten Wasserpreise der Bundesrepublik.

Wie hoch der gesundheitliche Preis für den Genuß des Wassers ist, kann wohl auch in absehbarer Zukunft nicht mit letzter Sicherheit geklärt werden.

Über die genauen Hintergründe der Grundwasserverseuchung wurden die Betroffenen noch nicht informiert – man beließ es bisher in erster Linie bei beschwichtigenden Verlautbarungen. Die wirkliche Ursache, der Zusammenhang zwischen der Sprengstoffproduktion und den heutigen Problemen, wurde erst gar nicht beleuchtet.

Auch unser Anlaß, uns mit Hirschhagen zu beschäftigen, war weder die Geschichte des ehemaligen Sprengstoffwerkes noch die heutige Giftproblematik. Wir interessierten uns für die besonderen Wohn-, Arbeits- und Lebensbedingungen in dem außergewöhnlichen Industriegebiet und seine weitere Entwicklung. Das sollte der Gegenstand unserer Diplomarbeit am Studienbereich Architektur, Stadt- und Landschaftsplanung der Gesamthochschule Kassel sein.

Die heutigen Probleme und Eigenheiten Hirschhagens mußten jedoch bei einer von der Geschichte losgelösten Betrachtungsweise unverständlich bleiben. Eine Planung für die Weiterentwicklung des Gebietes wäre zum Scheitern verurteilt gewesen.

So versuchten wir, bei den Gemeinden und Ämtern etwas über die Geschichte der ehemaligen Sprengstoffabrik und die Nachkriegsentwicklung in Erfahrung zu bringen. Doch es schien ein Deckmantel des Schwei-

gens über dem früheren Werksgelände zu liegen. Die Befragten konnten oder wollten nichts berichten. Bewohner der umliegenden Gemeinden, die z.T. selbst im Werk tätig waren, erzählten meistens nur hinter vorgehaltener Hand von dem, was sie gesehen oder gehört hatten. Sie beließen es häufig bei sehr vagen Informationen und Andeutungen.

Der politische Umgang mit der als Versteck geplanten Anlage zwang uns eine neue Form der Archäologie auf. Ausgehend von den heute noch sichtbaren Fragmenten der alten Werksanlage versuchten wir, uns der Geschichte des Werkes vom Äußeren zu nähern. Zusammen mit Unterlagen aus diversen Archiven setzte sich allmählich mosaikartig das Bild der ehemaligen Rüstungsfabrik zusammen. Je tiefer wir in die Entwicklungsgeschichte und Produktionszeit vordrangen, um so bewußter wurde uns, warum die Vergangenheit Hirschhagens im dunkeln bleiben sollte. Als Beispiele seien hier genannt:

- 40 Jahre lang wurde ein KZ-Außenkommando von Buchenwald, das für jüdische Zwangsarbeiterinnen mitten in Hess. Lichtenau errichtet worden war, ebenso totgeschwiegen wie die z.T. unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen der übrigen im Werk Tätigen.
- Mehrere tausend Tonnen giftiger Produktionsrückstände lagern noch heute mit Wissen der Behörden im Trinkwasserschutzgebiet Hirschhagen. Der Bevölkerung wurde dies bisher jedoch verschwiegen.
- Der Betreiber der ehemaligen Munitionsfabrik Hess. Lichtenau hat sich bisher sämtlichen Regreßansprüchen entziehen können. Nach dem Kriege ist der Sprengstoffkonzern wieder groß ins Rüstungsgeschäft eingestiegen.
- Auch nach dem Krieg haben sich einige Firmen aus demselben Grund wie früher die Rüstungsfabrik in Hirschhagen niedergelassen: Sie nutzen das unübersichtliche Gelände als Versteck vor unerwünschter Öffentlichkeit.

Die Veröffentlichung einzelner Ergebnisse unserer Diplomarbeit löste die erhoffte Diskussion über die Geschichte und die heutigen Folgen der ehemaligen Sprengstoffproduktion aus. Betroffene Bürger der Region mochten den offiziellen beschwichtigenden Stellungnahmen keinen Glauben mehr schenken: Sie gründeten eine Bürgerinitiative, die mehr Licht in das Dunkel bringen will. Inzwischen sind uns weitere umfangreiche Informationen zugänglich gemacht worden. Neues Aktenmaterial und Gespräche mit Zeitzeugen, Fachleuten, Behörden- bzw. Gemeindevertretern konnten einige Fragen beantworten, neue Ungereimtheiten wurden offensichtlich.

Ebenso wie unsere Diplomarbeit kann und will dieses Buch weder eine abschließende Aufarbeitung der Werksgeschichte noch eine vollständige Darstellung der aktuellen Situation sein. Vielmehr geht es uns darum,

Anstöße für die weitere Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und der Gegenwart der Sprengstoffabrik Hess. Lichtenau zu geben. Die Bürger der Gemeinden müssen die Möglichkeit erhalten, aktiv an der Diskussion teilnehmen zu können, bevor weitere Maßnahmen ergriffen werden. Dies setzt eine umfassende Information der Bevölkerung voraus.

Sicherlich müssen sich Fachwissenschaftler mit den einzelnen Problemen befassen und ggfs. Lösungsvorschläge ausarbeiten. Jedoch darf es nicht wieder zu einer Auseinandersetzung allein unter Fachleuten und Politikern kommen, damit nicht erneut Entscheidungen über die Köpfe der Betroffenen hinweg gefällt werden, wie in den letzten Jahren mit der Giftproblematik geschehen.

Der Schwerpunkt unseres Beitrages liegt darin, die Öffentlichkeit über die Verknüpfung der ehemaligen Sprengstoffproduktion mit den heutigen Problemen zu informieren. Durch die Erforschung der jüngsten Vergangenheit Hirschhagens versuchen wir, die heutige Situation zu erklären. Die beiden letzten Kapitel sind unserer persönlichen Einschätzung der Entwicklung Hirschhagens vorbehalten.

Vorwort der Verfasser zur 2. Auflage

Eineinhalb Jahre nach der Veröffentlichung der 1. Auflage unseres Buches wollen wir die wichtigsten Ereignisse der letzten Zeit, die im Zusammenhang mit der ehemaligen Sprengstoffabrik Hessisch Lichtenau stehen, kurz darstellen.

Die öffentliche Diskussion, die Arbeit der Bürgerinitiative Hirschhagen sowie die politischen Forderungen der GRÜNEN im Hessischen Landtag haben ermöglicht, daß inzwischen vertiefende Untersuchungen und Forschungen durchgeführt werden können. Damit haben die verschiedenen Initiativen, die sich für eine Aufdeckung der Hintergründe der früheren Sprengstoffproduktion und der daraus resultierenden Umweltverseuchung eingesetzt haben, eine u.M. nach sehr positive Entwicklung eingeleitet: Mit der Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel begann eine umfangreiche Aufklärungsarbeit im historischen, rechtlichen und umweltpolitischen Bereich.

Zum einen gab die Hessische Landesregierung ein Gutachten über potentielle Chemierückstände im Industriegebiet Hirschhagen in Auftrag, das gezielte Untersuchungsmaßnahmen ermöglicht. Zum anderen beauftragte die Stadt Hessische Lichtenau zwei Historiker mit einer detaillierten Erforschung der Geschichte des ehemaligen Sprengstoffwerkes.

Der Hessische Landtag stellte im Haushalt 1986 1,8 Mio. Mark für Boden- und Grundwasseruntersuchungen zur Verfügung. Die bislang

vorliegenden Ergebnisse zeigen, daß der von uns praktizierte, historisch-deskriptive Untersuchungsansatz für die Auffindung von Rückständen aus der Sprengstoffproduktion geeignet ist. Die Existenz der zugeschütteten Rückstandshalde wird inzwischen von keiner Seite mehr angezweifelt. Untersuchungen des Landesamtes für Bodenforschung haben bereits ergeben, daß die Halde maßgeblich zur Verunreinigung des Grundwassers beiträgt.

Wegen der möglichen Gesundheitsgefährdung durch belastetes Trinkwasser sind die Behörden dazu übergegangen, Brunnen in der Nähe Hirschhagens stillzulegen und stattdessen Trinkwasser aus entfernteren Gegenden heranzuziehen.

Die Frage der Haftung für Schäden, die aufgrund der ehemaligen Sprengstoffproduktion entstanden sind, ist nach wie vor offen. Jedoch wurde 1986 im Auftrag des Hessischen Ministers für Umwelt und Energie ein Rechtsgutachten erstellt, das die Klagemöglichkeiten des Landes und der betroffenen Gemeinden untersucht.

Über die seit fast drei Jahren aktive »Bürgerinitiative Hirschhagen/Bürger für giftfreies Trinkwasser« hinaus bildete sich 1986 der »Kreis ehemaliger Zwangsarbeiter und Dienstverpflichteter der früheren Munitionsfabrik Hirschhagen«. Diese Initiative organisierte im Oktober 1986 ein Treffen, zu dem ehemalige deutsche und ausländische Beschäftigte der Sprengstoffabrik nach Hessisch Lichtenau eingeladen wurden.

Durch viele regionale und überregionale Veröffentlichungen konnte ein breites Interesse an der Geschichte Hirschhagens geweckt werden. Das Industriegebiet wird u.a. häufig von Lehrern mit Schulklassen besucht, um am Beispiel Hirschhagens die Verknüpfung von Geschichte und Umweltproblemen zu veranschaulichen.

Besucher, die zum ersten Mal nach Hirschhagen kommen, schildern meist ähnliche Eindrücke, wie wir im Kapitel »Erste subjektive Eindrücke« beschrieben haben. Nach einer mehr als dreijährigen Beschäftigung mit dem verborgenen Stadtteil von Hessisch Lichtenau hat sich unsere Wahrnehmung dieses Ortes jedoch verändert. Trotzdem haben wir das o.g. Kapitel nicht neu geschrieben, weil es unseren Zugang zum Thema Hirschhagen verdeutlichen soll.

Wir nehmen die Arbeits- und Lebensituation der in Hirschhagen Ansässigen heute differenzierter wahr. Im Zuge der Untersuchungsmaßnahmen haben wir mit vielen Anwohnern und Gewerbetreibenden Kontakt aufnehmen können. Dadurch konnte gegenseitiges Mißtrauen abgebaut werden. Die Arbeiten zur Auffindung von Sprengstoffrückständen wurden von allen Betroffenen unterstützt. Wir hoffen, daß auch die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen mit Zustimmung und Unterstützung der Hirschhagener Bevölkerung erfolgen können.

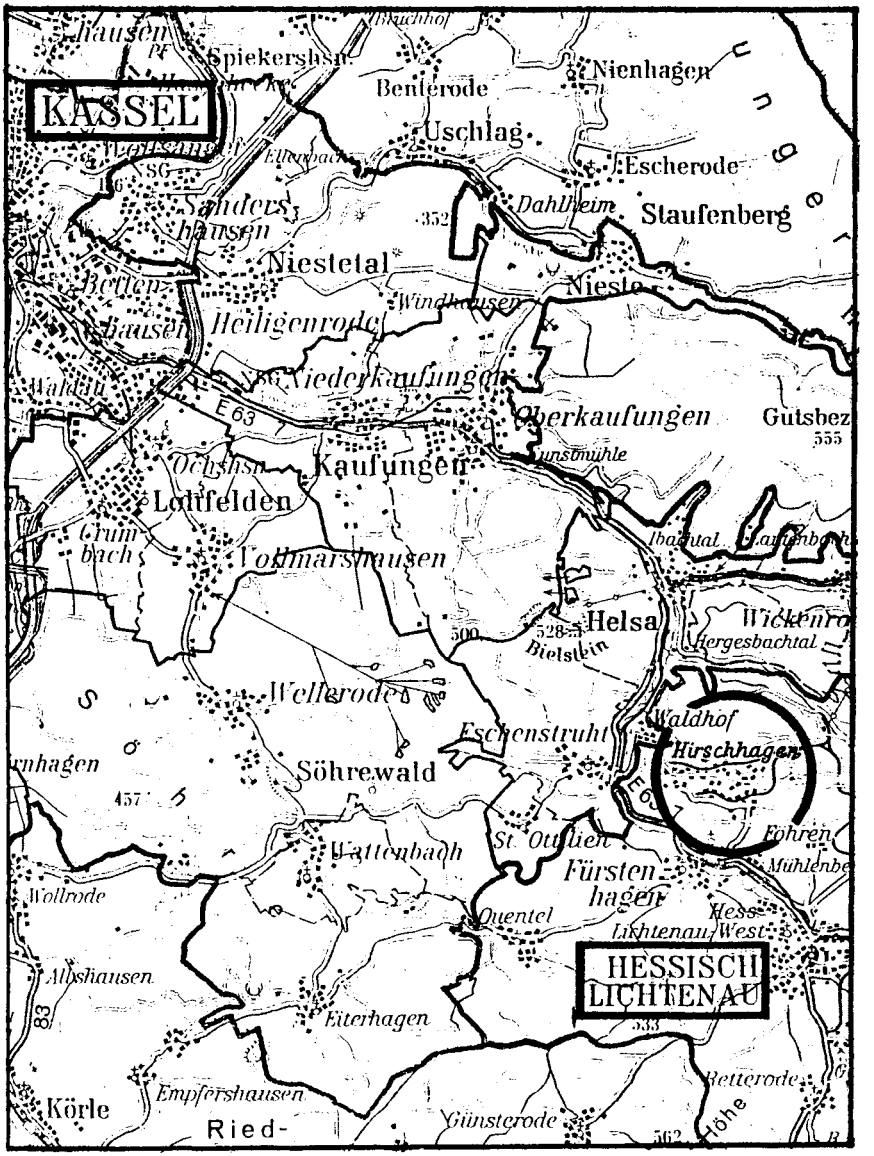


Abb. 1
Das Industriegebiet Hirschhagen liegt ca. 25 km südöstlich von Kassel im Kaufunger Wald (Ausschnitt aus der Kreiskarte Kassel – ohne Maßstab).

Das Industriegebiet Hirschhagen

Lagebeschreibung

Hirschhagen ist heute ein Industriegebiet von Hess. Lichtenau. Die Entfernung zur Kernstadt beträgt ca. 4,5 km, die Entfernung nach Kassel ca. 25 km. (Abb. 1). Hirschhagen liegt nördlich der Kernstadt von Hess. Lichtenau in einem Waldgebiet auf einer Anhöhe von 450–470 m ü. NN. Die bebaute Fläche dehnt sich ca. 3 km in Ost-West-Richtung und 1 km in Nord-Süd-Richtung aus.

Das Gebiet wird im Westen und Süden durch das Lossetal und die Bundesstraße 7 (von Kassel nach Hess. Lichtenau) begrenzt, im Norden durch das Hergesbachtal und im Osten durch die Verbindungsstraße Hess. Lichtenau – Friedrichsbrück – Helsa. Es ist über eine Stichstraße, die in Fürstenhagen von der B 7 abzweigt, und über einen Bahnanschluß für Güterverkehr zu erreichen.

Erste subjektive Eindrücke

Wir haben Hirschhagen zufällig entdeckt – bei einem Sonntagsspaziergang im Kaufunger Wald. Der Hinweis eines Bekannten hatte uns neugierig gemacht: »... ehemalige Munitionsfabrik aus dem II. Weltkrieg, gras- und baumbewachsene Gebäude, Ruinen – alles sehr geheimnisvoll und unwirklich ...«

Hirschhagen ist nicht irgendein Industriegebiet, Hirschhagen bleibt im Gedächtnis – auch nach Jahren noch. Von unten aus dem Tal, von der B 7 nach Hess. Lichtenau, kann man nichts sehen, was auf eine Ansiedlung schließen läßt. Selbst bei genauem Hinsehen ist im Wald oberhalb von Eschenstruth und Fürstenhagen nichts zu entdecken. Lediglich das Hinweisschild am Ortsende von Fürstenhagen verrät die Existenz des Industriegebietes Hirschhagen. Folgt man dem Hinweis und überquert die Schienen der parallel zur B 7 verlaufenden Bahnlinie, fährt man an einer Reihe großer Werbetafeln vorbei: Firmen, die im Industriegebiet Hirschhagen angesiedelt sind, machen auf sich aufmerksam. (Abb. 2). Die einzige Zufahrtsstraße, sie ist augenscheinlich in neuerer Zeit breit ausgebaut worden, führt in gleichmäßiger Steigung durch dichtes Waldgebiet auf die Anhöhe. Nach etwa 1,5 km erscheinen das Ortsschild und die ersten Gebäude. (Abb. 3).

Als wir zum ersten Mal nach Hirschhagen kamen, ahnten wir noch nichts von den Ausmaßen dieses Geländes. Alte Bunker liegen weit verstreut auf einer über 200 ha großen Fläche, die von Wald durchsetzt ist. Oft läßt sich nicht erkennen, wo das bebaute Gebiet aufhört und der

Abb. 2
Am Bahnübergang in Fürstenhagen machen Gewerbetreibende aus Hirschhagen auf sich aufmerksam.

Abb. 3
Die Hauptzufahrt zum Werksgelände. Links die alte Wache (Nr. 551); daneben das *Verwaltungsgebäude* (Nr. 580) der ehemaligen Fabrik Hess. Lichtenau, das heute die Verwaltung der Firma »Reolit« beherbergt.

Wald beginnt.

Hirschhagen wirkt anziehend und abstoßend zugleich. Die bizarre Gestalt leerstehender Bunkeranlagen, die baumbewachsenen Dächer und die Abgeschiedenheit des Ortes faszinieren und haben etwas Unheimliches an sich; von gewerblicher Geschäftigkeit ist nur an wenigen Stellen etwas zu spüren. Was hier gearbeitet wird, findet meistens hinter verschlossenen Türen statt. Gerade die z.T. schwer erkennbare Funktion und die isolierte Lage vieler Gebäude nähren einen Verdacht: Hirschhagen ist ein Versteck, ein ideales Terrain für Betriebe, die Publikumsverkehr weder gerne sehen noch nötig haben.

Andererseits empfanden wir die Ansiedlung großer Industrieanlagen als einschneidenden Eingriff in die Natur. Auf zahlreichen Entdeckungs-Touren, die uns jedesmal in entlegenere Winkel dieses unübersichtlichen Geländes führten, fühlten wir uns wie Eindringlinge, die durch allzu genaues Hinsehen die »Gewerbe-Idylle« Hirschhagens störten. Hundegebell bildet einen wesentlichen Bestandteil der Hirschhagener Geräuschkulisse. Dem durch Hunde gesicherten Privatbesitz soll man anscheinend nicht zu nahe kommen. Und zeigt man, mit Kameras und Plänen ausgestattet, besonderes Interesse, so kann es vorkommen, daß ein Gewerbetreibender die Polizei ruft.

Doch in den Bunkern der ehemaligen Munitionsfabrik wird nicht nur gearbeitet: Sie sind auch bewohnt (Abb. 6, 7). Wir empfanden den Anblick der Wohngebäude anfänglich als abstoßend – wir reagierten spontan mit verständnislosem Kopfschütteln. Unser Unbehagen rührte sowohl vom äußeren Erscheinungsbild als auch vom Wissen um die Vergangenheit dieser Gebäude her: Wenn Wände sprechen könnten! Wir konnten es uns nicht vorstellen, in dieser unheimlichen Umgebung, zwischen Trümmern gesprengter Fabrikationsanlagen und leerstehenden Bunkern, zu wohnen.

Aber den meisten Bunkern ist anzusehen, daß sie für ihre Bewohner mehr als nur ein »Stahlbetondach über dem Kopf« bedeuten. Zahlreiche Um-, An- oder Aufbauten sowie Fassaden-Erneuerungen ergeben zuweilen skurrile Kombinationen aus Bunkerarchitektur und »Einfamilienhaus-Styling«; es scheint, daß sich die Bewohner Hirschhagens mit Haus und Wohngegend identifizieren können.

Unser anfängliches Erschrecken beim Anblick der Wohnbunker erklärt sich aus der Fremdartigkeit der Bauten und ihrer Umgebung, aber im Laufe der Bestandsaufnahme wurde uns das Fremde immer vertrauter – wir haben uns allmählich an Hirschhagen gewöhnt.

Insgesamt wirken die Anordnung der Gebäude und der Verlauf der Straßen im Industriegebiet Hirschhagen planlos durcheinander. Selten läßt sich ein Bezug zwischen Gebäuden und Straßenraum erkennen.

Abb. 4
Das »tote Gesicht« des leerstehenden Bunkers der *Denitrierungsanlage* (Nr. 313) spiegelt sich im Feuerlöschteich.

Abb. 5
Hirschhagener Kleingewerbe. Ein ehemaliges *Magazin* (Nr. 333) ist heute Autowerkstatt.

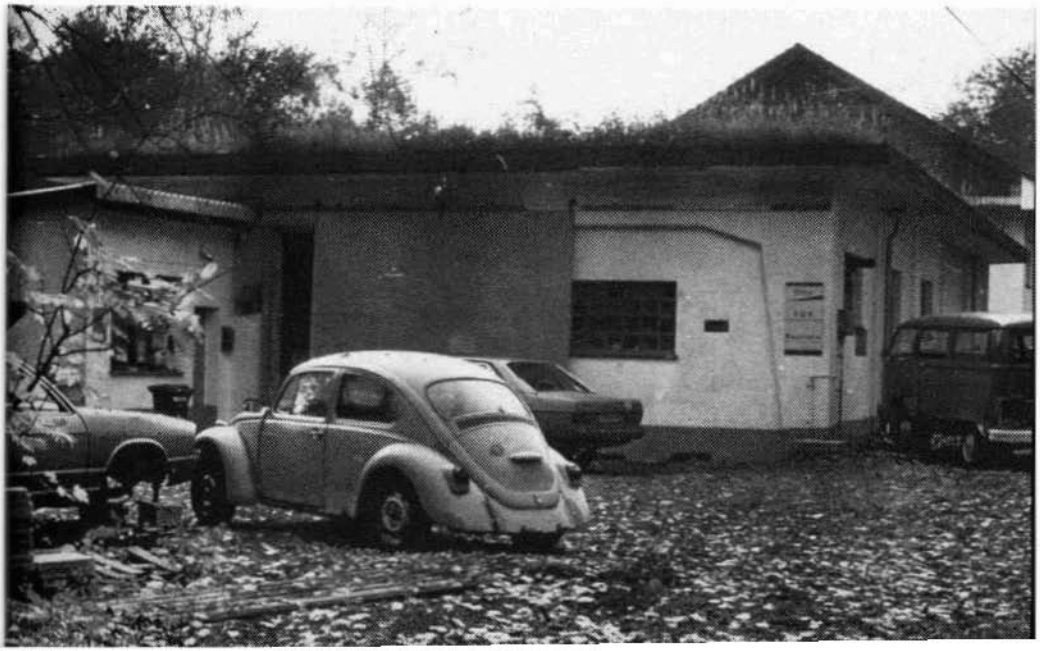


Abb. 6
Das Wohnhaus mit Grasdach und Sirene war eine *Warmwasserzentrale* (Nr. 561) der Sprengstoffabrik.

Abb. 7
Die meisten der 200 Bewohner Hirschhagens leben in umgebauten Bunkern. Von diesem ehemaligen *Energiebetrieb* (Nr. 463) wurde die Tarnbepflanzung entfernt.

Ortsfremden fällt die Orientierung außerordentlich schwer. Bis 1981 blieb die alte Bunkernumerierung das einzige Ordnungsprinzip; sie lieferte jedoch keine Anhaltspunkte über die Lage der Gebäude in dem Gelände. Am 1. 7. 1981 wurden den Straßen in Hirschhagen Namen und den Bunkern Hausnummern gegeben. Man nannte die Straßen – wie in einem »richtigen« Industriegebiet – nach bedeutenden Erfindern: Betriebe und Wohnhäuser bekamen normale Adressen, die Orientierung wurde erleichtert.

Wo eigentlich ist der Mittelpunkt, das Zentrum, der Treffpunkt? Die Reste der ehemaligen Munitionsfabrik ergeben keine sichtbare Siedlungsstruktur. Auch nachträglich ist nichts geschaffen worden, was an städtische oder dörfliche Lebensformen erinnern könnte. Die Menschen, die hier leben, müssen eine Mentalität haben, die zum Leben im Verborgenen, im Ungestörten paßt, haben wir anfangs gedacht.

Es gibt keinen Ort in Hirschhagen an dem sich Öffentlichkeit herstellt – Hirschhagen ist ganz privat. Auch das kleine Café, das nur am Wochenende für ein paar Stunden geöffnet ist, und die einzige Kneipe scheinen daran nichts zu ändern. Es gibt nicht einmal ein Lebensmittelgeschäft: Der nächste Laden liegt ca. 2 km entfernt in Fürstenhagen.

Gebietsbeschreibung

Das Industriegebiet Hirschhagen läßt sich nicht in scharf abgrenzbare Bereiche aufteilen. Überall sind Gewerbe- und Wohnnutzung sowie ungenutzte Flächen und Gebäude durchmischt. Es lassen sich jedoch Schwerpunkte in der Nutzungsintensität und -art erkennen.

Zwei Schwerpunkte der gewerblichen Nutzung sind die Bereiche um die beiden Großbetriebe: Fa. *Angers* (Bohrfirma) im südlichen Teil und Fa. *Reolit* (Marmorwerk) im nördlichen Teil des Geländes gelegen. (Abb. 9; 70). Hier werden Gebäude und Freiflächen am intensivsten genutzt. Der ursprüngliche Waldbestand wurde fast vollständig entfernt. Die beiden Großbetriebe haben Gleisanschlüsse.

Südlich der Fa. *Reolit* und im Umfeld der Fa. *Angers*, entlang der im Süden gelegenen Eisenbahntrasse, sind weitere Gewerbebetriebe angesiedelt. In diesen Bereichen liegen nur wenige Wohngebäude.

Der östliche Bereich des Industriegebietes, der durch ein Waldgebiet und den Brauchwasserteich der Fa. *Reolit* abgetrennt ist, wird ebenfalls überwiegend gewerblich genutzt.

Während sich die Betriebe überwiegend in der Randzone des Industriegebietes, meistens in der Nähe der Bahntrasse, niedergelassen haben, befinden sich die Wohngebäude größtenteils im mittleren

Abb. 8
Blick in die Lilienthalstraße Richtung Dieselstraße. Auf der linken Seite der ehemalige Kantinenbunker (Nr. 653), rechts das Gebäude der früheren Werksfeuerwehr (Nr. 558).

Abb. 9
Das Gelände der ehemaligen *Füllstelle West* wird heute von der Tiefbohrfirma Angers als Lagerplatz genutzt. Die Bäume auf dem Gebäude der früheren *Heeresabnahme* (Nr. 423) sind inzwischen über fünf Meter hoch.

Bereich, entlang der in Ost-West-Richtung quer durch das Gebiet verlaufenden Daimlerstraße sowie an der Liebigstraße. Als Wohnungen dienen überwiegend kleinere Bunkergebäude. Hinter den genutzten Grundstükken entlang den Straßen befinden sich Waldgebiete, die mit Trümmern gesprengter Gebäude übersät sind (Abb. 10). Die Grundstücke der Wohngebäude sind bis auf wenige Ausnahmen gerodet und mit Rasenflächen und Ziersträuchern bepflanzt. Die Neubautätigkeit in Hirschhagen beschränkte sich zumeist auf Um-, An- oder Aufbauten ehemaliger Bunker.

In zwei Teilbereichen läßt sich eine Konzentration von leerstehenden Gebäuden feststellen. An der Daimlerstraße, südlich des Firmengeländes von *Reolit*, stehen zahlreiche eingeschossige Bunker leer. Im Randbereich des Industriegebietes, nördlich der Daimlerstraße, liegen ungenutzte, überwiegend mehrgeschossige Bunkeranlagen (Abb. 4). Sie stehen in dichtem Wald. Im Norden schließt sich eine große Freifläche an, die von der Fa. *Reolit* als Schleifschlamm-Spülfeld genutzt wird. (Abb. 60).

Abb. 10
Immer wieder stößt man im Wald auf gesprengte Bunker: Die Reste eines *Pikrin-Trockenhauses* (Nr. 386).

Abb. 11
Nicht nur die Ruinen der alten *Säurespaltanlage* (Nr. 054 und 055) strahlen in Hirschhagen etwas Unheimliches und Geheimnisvolles aus.

Bestandsplan[1]

Der Bestandsplan wurde nach eigenen Untersuchungen vor Ort angefertigt und gibt Aufschluß über die derzeitige Gebäude- und Freiflächennutzung. Da wenig entsprechende Planunterlagen bzw. statistische Angaben zu Hirschhagen vorhanden sind, mußten wir die Nutzungsarten nach Augenschein beurteilen. In wenigen Fällen war nicht klar zu erkennen, ob ein Gebäude leersteht oder zu Lagerzwecken genutzt wird.

Wir unterscheiden vier Arten der Gebäudenutzung: durch potentiell immissionsbelastendes Gewerbe, durch sonstiges Gewerbe, zum Wohnen und ungenutzte Gebäude. Die potentielle Immissionsbelastung beurteilten wir nach Augenschein, wobei Merkmale wie Lärm-, Luft-, Wasser-, Bodenverunreinigungen und hohes Verkehrsaufkommen berücksichtigt wurden. Unter den Begriff *sonstiges Gewerbe* fallen überwiegend

1) Der Bestandsplan im Maßstab 1:5000 befindet sich im hinteren Buchdeckel.

Kleingewerbebetriebe und Lagerhallen. Einfamilienhäuser und zugehörige Nebengebäude, Wochenendhäuser sowie die Teile von Gewerbegebäuden, die zum Wohnen genutzt werden, kennzeichneten wir als Wohngebäude. Von den 225 Gebäuden Hirschhagens rechnen wir 54 zum immissionsbelastenden, 49 zum sonstigen Gewerbe, 12 Gebäude dienen sowohl der Gewerbe- als auch der Wohnnutzung, 65 sind reine Wohngebäude – davon 19 Nebengebäude –, und 45 Gebäude stehen leer.

Bei der Freiflächennutzung unterscheiden wir Wald- und Verkehrsflächen. Letztere beinhalten neben den Straßen auch die gewerblich genutzten Flächen. Die im Plan schwarz umrandeten Flächen kennzeichnen die im März 1983 noch nicht verkauften bzw. die zum Verkauf stehenden Grundstücke.[3] Die Numerierung der Gebäude entspricht der Bunkernumerierung der ehemaligen Munitionsfabrik. Sie ermöglicht einen Vergleich zwischen dem aktuellen Bestandsplan und dem alten Werksplan.[4] Dadurch lassen sich die ursprünglichen Funktionen und Grundrisse der heute zu Wohn- und Gewerbezwecken umgenutzten Bunker feststellen.

Zahlenangaben zum Bestand

Aktuelle Daten über die Industrieansiedlungen in Hirschhagen liegen uns nicht vor. Die zuständigen Stellen wollten (Gewerbeaufsichtsamt) oder konnten (Ordnungsamt Hess. Lichtenau) keine Auskünfte über die Zahl der Gewerbebetriebe oder der Beschäftigten geben. Der Stadtführer Hess. Lichtenau von 1982 gibt die Zahl der Gewerbebetriebe in Hirschhagen mit etwa 25 und die Zahl der Beschäftigten mit etwa 400 an.[1]

Durch eigene Recherchen unter Mithilfe der IVG (Industrieverwaltungsgesellschaft) konnten wir die Beschäftigtenzahlen der 14 größten Gewerbebetriebe ermitteln. Zur Zeit arbeiten dort insgesamt ca. 610 Personen: Die Fa. *Angers* beschäftigt davon 260 und die Fa. *Reolit* 120 Arbeitskräfte. Die anderen 230 Arbeitsplätze entfallen auf 12 Firmen mit 5 bis 35 Beschäftigten.[2]

Die übrigen 19 gewerblichen Unternehmen Hirschhagens sind Kleingewerbebetriebe, vor allem Familienbetriebe oder Ein-Mann-Betriebe, die keine oder nur sehr wenige (unter fünf) Arbeitnehmer beschäftigen.

2) Die Zahlen wurden von uns ermittelt.
3) Industrieverwaltungsgesellschaft mbH, Außenstelle Hirschhagen (im folgenden zit.: IVG Hirschhagen). Auskunft vom 11. 11. 1983.
4) Vgl. Kapitel: Der Werksplan.

1) Vogt GmbH: Hessisch Lichtenau im Werra-Meißner-Kreis. Hess. Lichtenau 1982, S. 54.
2) Stand: Dezember 1983.

Insgesamt arbeiten also in Hirschhagen etwa 33 Gewerbebetriebe mit etwa 650 Bediensteten.

120 ha sind als Industriegebiet ausgewiesen, davon werden ca. 25–30 % gewerblich genutzt.[3]

1980 wohnten in Hirschhagen 190 Einwohner – darunter 45 ausländischer Nationalität (23,7%).[4]

Nach Auskunft des *Einwohnermeldeamtes Hess. Lichtenau* waren am 8. 12. 1983 173 Personen amtlich gemeldet, davon nur sieben Ausländer. Der starke Rückgang des Ausländeranteils ist mit der Schließung eines Ausländerwohnheims der Fa. *Reolit* (hauptsächlich für türkische Arbeiter) zu erklären. Die Zahl der deutschen Einwohner in Hirschhagen erhöhte sich von 1980 bis 1983 um 21 Personen.

Fragestellungen

Was eigentlich ist Hirschhagen?

Um diese Frage zu beantworten, muß man immer gleich eine Geschichte erzählen. Zu Anfang ist es eine kurze Geschichte, weil wir einfach wenig wissen: »Ja, Hirschhagen, das ist eine unheimlich spannende Sache – das ist eine ehemalige Munitionsfabrik mitten im Wald, wo heute in alten Bunkern Leute wohnen oder Gewerbebetriebe angesiedelt sind. Ruinen und Trümmer sind zu sehen, und es läuft einem hin und wieder kalt den Rücken runter, weil es so unheimlich ist. Auf alten Bunkern wachsen Bäume ... und so weiter und so fort.« Am Ende unserer Arbeit wird es wahrscheinlich eine lange Geschichte sein, aber es wird wohl niemals nur ein Wort oder eine Bezeichnung sein, mit der wir sagen könnten: »Das ist Hirschhagen.«

Hirschhagen ist nicht bloß ein Industriegebiet von Hess. Lichtenau, wie es offiziell heißt. Es wird allenfalls als solches genutzt, aber noch nicht einmal das trifft ganz zu, denn es wohnen dort zu viele Menschen.

Was hat uns gereizt, über Hirschhagen eine Arbeit zu schreiben? Um es einfach zu sagen: Wir sind neugierig. Dieses Hirschhagen hat uns herausgefordert. Wir kannten nur Andeutungen über die Geschichte Hirschhagens und haben früh erkennen müssen, daß es offensichtlich schwierig ist, mehr zu erfahren. Für das diffuse Gefühl von Fremdartigkeit und

3) HLT Gesellschaft für Forschung Planung Entwicklung mbH: Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan-Vorentwurf Hess. Lichtenau. Wiesbaden 1981 (im folgenden zit.: HLT: FNP), S. 28f.
4) HLT: FNP, S. 20ff.

Abb. 12
Innenleben der *Denitrierungsanlage* (Nr. 343).

Geheimniskrämerei muß es eine Erklärung geben.

Und damit ist der Rahmen unseres Interesses im großen schon abgesteckt. In Hirschhagen eine Planungsaufgabe zu sehen, erscheint uns ausgeschlossen, solange man nicht die Hintergründe und die Entstehungsgeschichte dieses höchst merkwürdigen Industrie- und Wohngebietes kennt.

Wir formulierten anhand des Gesehenen und der ersten vagen Hintergrundinformationen eine Reihe von Fragen, deren Beantwortung uns wichtig erschien:

- Hirschhagen ist eine ehemalige Rüstungsfabrik des Dritten Reiches. Das Werk wurde kurz vor oder während des II. Weltkrieges unter perfekter Tarnung gebaut. Warum an diesem Standort? Wie war der Aufbau organisiert? Waren die umliegenden Gemeinden an der Planung beteiligt? War der Bevölkerung vorher bekannt, was hier produziert werden sollte?
- Eine Siedlungsstruktur ist nicht erkennbar. Die Gebäude scheinen wahllos verstreut in dem Gebiet zu liegen. Neben umgenutzten und leerstehenden Bunkern findet man zahlreiche Trümmer zerstörter Gebäude. Welche Gründe hat die scheinbare Unstrukturiertheit der Werksanlagen? Wie hat die Fabrik ursprünglich ausgesehen? Was ist hergestellt worden? Wie war der Produktionsablauf? Ist das Werk bombardiert worden, oder sind die Zerstörungen auf Explosionen während der Produktion zurückzuführen? Wurden Teile der Anlage bei der Demontage gesprengt?
- Die Größe der Werksanlage läßt darauf schließen, daß hier viele Menschen arbeiteten. Die Region Hess. Lichtenau war und ist jedoch relativ dünn besiedelt. Wer und wie viele haben hier unter welchen Bedingungen gearbeitet? Wurden Zwangsarbeiter eingesetzt? Wo waren die Arbeiter/-innen untergebracht? Welche Auswirkungen hatte die Ansiedlung der Sprengstoffabrik auf das Wirtschaftsleben und die Bevölkerungsentwicklung des Raumes Hess. Lichtenau?
- Laut *Potsdamer Abkommen* sollten Rüstungsbetriebe zerstört und ihr Inventar als Reparationsleistung verwendet werden. Unmittelbar nach dem Krieg sollen sich Flüchtlinge in Hirschhagen niedergelassen haben. Inwieweit wurde das Werk unter amerikanischer Besatzung zerstört? Wurde Hirschhagen spontan und planlos besiedelt, oder gab es schon in der unmittelbaren Nachkriegszeit Pläne für eine Umnutzung der alten Werksanlage? Wurde ausschließlich Industrienutzung in Erwägung gezogen?
- Das Gelände wird von der IVG (Industrieverwaltungsgesellschaft) verwaltet. Zunächst hatte sie die Grundstücke verpachtet, in neuerer Zeit

verkauft. Hirschhagen ist im Flächennutzungsplan-Entwurf von 1981 als Industriegebiet ausgewiesen worden, obwohl zahlreiche Wohngebäude vorhanden sind. Nach welchen Kriterien wurden die Grundstücke vergeben? Ab wann und in welchem Umfang hat die Stadt Hess. Lichtenau planend in den Besiedlungsprozeß eingegriffen? Warum nimmt die Ausweisung des Flächennutzungsplanes keine Rücksicht auf die vorhandene Wohnbebauung?

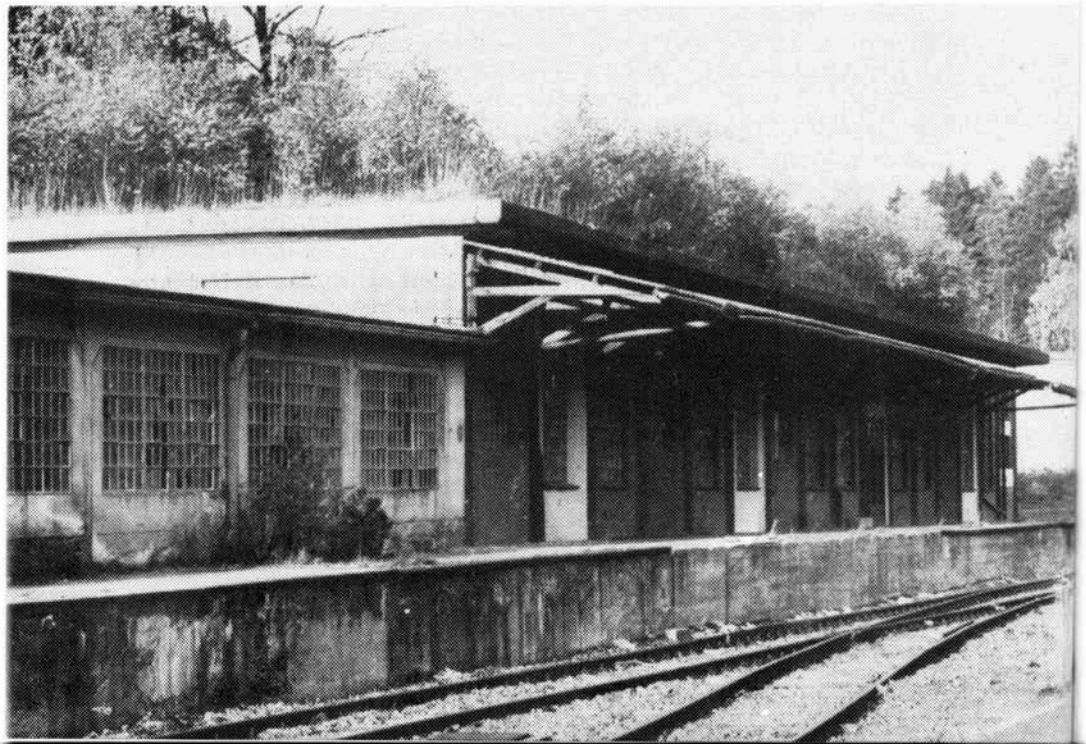
- In den 70ern kam es zu einem »Umweltskandal«, als im Trinkwasser Giftrückstände entdeckt wurden, die noch aus der Zeit der Munitionsproduktion stammten. Giftige Abwässer sind auch durch undichte Behälter einer Chemie-Firma ins Erdreich gelangt, die Hirschhagener Teiche sollen biologisch tot sein, der Brauchwasserteich der Fa. *Reolit* hat eine giftig-grüne Färbung, ein Waggonverschrottungsunternehmen verbrennt Eisenbahn-Waggons unter freiem Himmel. Hirschhagen gehört zum Trinkwasserschutzgebiet. In welchem Zusammenhang stehen die Giftrückstände im Trinkwasser mit der Produktion im ehemaligen Munitionswerk oder mit den Neuansiedlungen? Wurde eine umfassende Untersuchung durchgeführt? Welche Maßnahmen ergriffen die Stadt oder andere zuständige Stellen? Wird das Wasser immer noch als Trinkwasser genutzt? Wurden die damaligen Betreiber des Sprengstoffwerkes zur Verantwortung gezogen? Inwieweit wurde oder wird bei der Ansiedlung von Industriebetrieben auf die empfindliche Umweltsituation Hirschhagens geachtet? Welche Auflagen haben immissionsbelastende Betriebe? Dulden die zuständigen Stellen die Umweltverschmutzungen, weil Hirschhagen abgelegen ist? Bevorzugen umweltbelastende Betriebe Hirschhagen, um sich der Kontrolle zu entziehen?
- Die intensive Beschäftigung mit dem Industriegebiet Hirschhagen scheint sehr heikel zu sein. Bei ersten Kontakten mit Bewohnern, Gewerbetreibenden und zuständigen Behörden stießen wir auf Mißtrauen und Zurückhaltung, als wir uns für die nationalsozialistische Vergangenheit sowie die heutige Nutzung Hirschhagens interessierten. Unser Eindruck, daß wir in Hirschhagen unerwünschte Beobachter sind, wurde bestätigt und verstärkt, als unsere Arbeit auf Ablehnung und Mißtrauen stieß. Warum wird die Vergangenheit Hirschhagens tabuisiert? Was hindert die Stadt Hess. Lichtenau, mit der Geschichte Hirschhagens, die auch ein Teil ihrer eigenen ist, offensiv umzugehen? Was soll verborgen bleiben: die dunkle Vergangenheit des Faschismus oder weitere (Umwelt-) Skandale? Oder beides? Wie stehen die Bewohner und Nutzer Hirschhagens zur Vergangenheit ihrer Häuser und der Umgebung?

Ob und wie wir diese Fragen beantworten konnten, hing in erster Linie von Informationen und Quellen ab, über die wir verfügen konnten. Im Vordergrund steht die Darstellung der Entwicklung Hirschhagens, die ihren Anfang im Dritten Reich hat. Die letzten Zeitzeugen, die den Bau und den Betrieb der Munitionsfabrik in Hirschhagen miterlebt haben, können heute noch befragt werden. Sie konnten uns wichtige Informationen geben und Eindrücke liefern.

Die verwendeten Materialien stammen in der Hauptsache aus öffentlichen Archiven, privaten Sammlungen und Behördenakten. Darüber hinaus führten wir Gespräche mit Fachwissenschaftlern. In der einschlägigen Literatur fanden wir keine konkreten Informationen über die Zeit der Rüstungsproduktion in Hess. Lichtenau.

Die erste Veröffentlichung zu diesem Thema ist das Buch Dieter Vaupels *Das Außenkommando Hess. Lichtenau des Konzentrationslagers Buchenwald 1944/45,* das als Heft 3 dieser Reihe im letzten Jahr erschienen ist.

Abb. 13
Das frühere *Elektrokarrengebäude* (Nr. 480) an einer Verladerampe.



Die Entwicklung Hirschhagens bis 1945

Region Hess. Lichtenau vor 1945

In Hess. Lichtenau befinden sich, laut Auskunft der Gemeindeverwaltungen, keine Unterlagen, die Aufschluß über Strukturveränderungen als Folge der Errichtung der Sprengstoffabrik geben könnten. Auch Kartenmaterial aus den 30er Jahren liege nicht vor. Erst im *Staatsarchiv Marburg* erhielten wir eine topographische Karte aus dem Jahre 1936, die den Planungsunterlagen des Lagers *Herzog* beigefügt war. Die Karte (Abb. 14) zeigt, wie das Gelände der Fabrik vor dem Baubeginn ausgesehen hat. Das Werk wurde praktisch mitten im grünen Wald errichtet. Viele alte Waldschneisen wurden als Fabrikwege genutzt. Der Ortsteil Waldhof und die Siedlung *Am Berg* in Fürstenhagen existierten damals noch nicht. Der alte Verbindungsweg zwischen Friedrichsbrück und Fürstenhagen wurde die Hauptzufahrt zum Werksgelände.[1]

Das Werk lag auf der Anhöhe *Steinhecke*. Erst in der Nachkriegszeit erhielt das Fabrikgelände den Namen *Hirschhagen*.[2]

Die Existenz der Sprengstoffabrik hat auf das Wirtschaftsleben der ländlich strukturierten Region um Hess. Lichtenau einen entscheidenden Einfluß ausgeübt. In der Fabrik arbeiteten, als sie voll ausgebaut war, ebensoviele Menschen, wie insgesamt in den vier an das Werk angrenzenden größeren Gemeinden Eschenstruth, Hess. Lichtenau, Fürstenhagen und Friedrichsbrück wohnten. Soweit die Einwohner dieser Orte keine Landwirtschaft betrieben, arbeiteten sie im Handel, Kleingewerbe und Bergbau.[3] Das einzige größere Industrieunternehmen, das Mitte der 30er Jahre in Hess. Lichtenau produzierte, war die Schwerweberei Fröhlich & Wolff.

Mit dem Baubeginn der Sprengstoffabrik im Jahre 1936 trat für die Orte rund um Hirschhagen eine entscheidende Wende ein. Schon die plötzliche Zunahme der Bevölkerung der Ortschaften Hess. Lichtenau und Fürstenhagen läßt die Bedeutung der Fabrik erkennen. War die Bevölkerung Hess. Lichtenaus von 1855 bis 1912 um 400 Einwohner auf 1812 gewachsen, nahm sie in der Zeit von 1937 bis 1945 um 970 Personen zu, und zwar von 3055 auf 4035.[4] Auch Fürstenhagen entwickelte sich ab

1) Vgl.: Topographische Karten von 1936 und 1969 (Abb. 14 und Abb. 15).
2) Im folgenden benutzen wir den Namen »Hirschhagen« auch für die Zeit der Sprengstoffproduktion, obwohl diese Bezeichnung für das Firmengelände erst nach dem Krieg eingeführt worden ist.
3) Werra-Bote vom 20. 6. 1964: Eine Stadt auf dem Weg nach oben.
4) Stadtverwaltung Hess. Lichtenau: Einwohnerstatistik der Stadt Hess. Lichtenau von 1900 bis 1964.

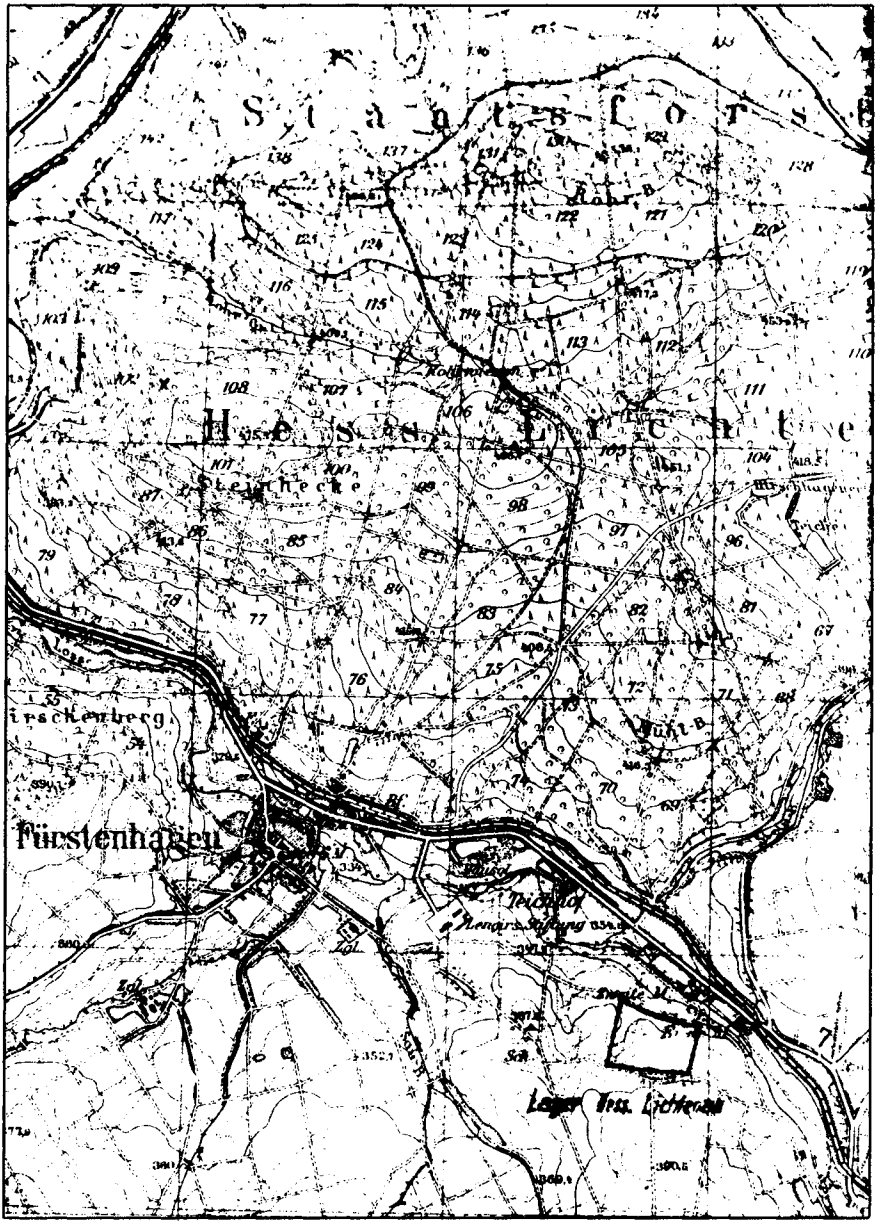


Abb. 14
Die topographische Karte aus dem Jahre 1936 zeigt das Waldgebiet nördlich Fürstenhagens vor dem Bau der Sprengstoffabrik (ohne Maßstab).

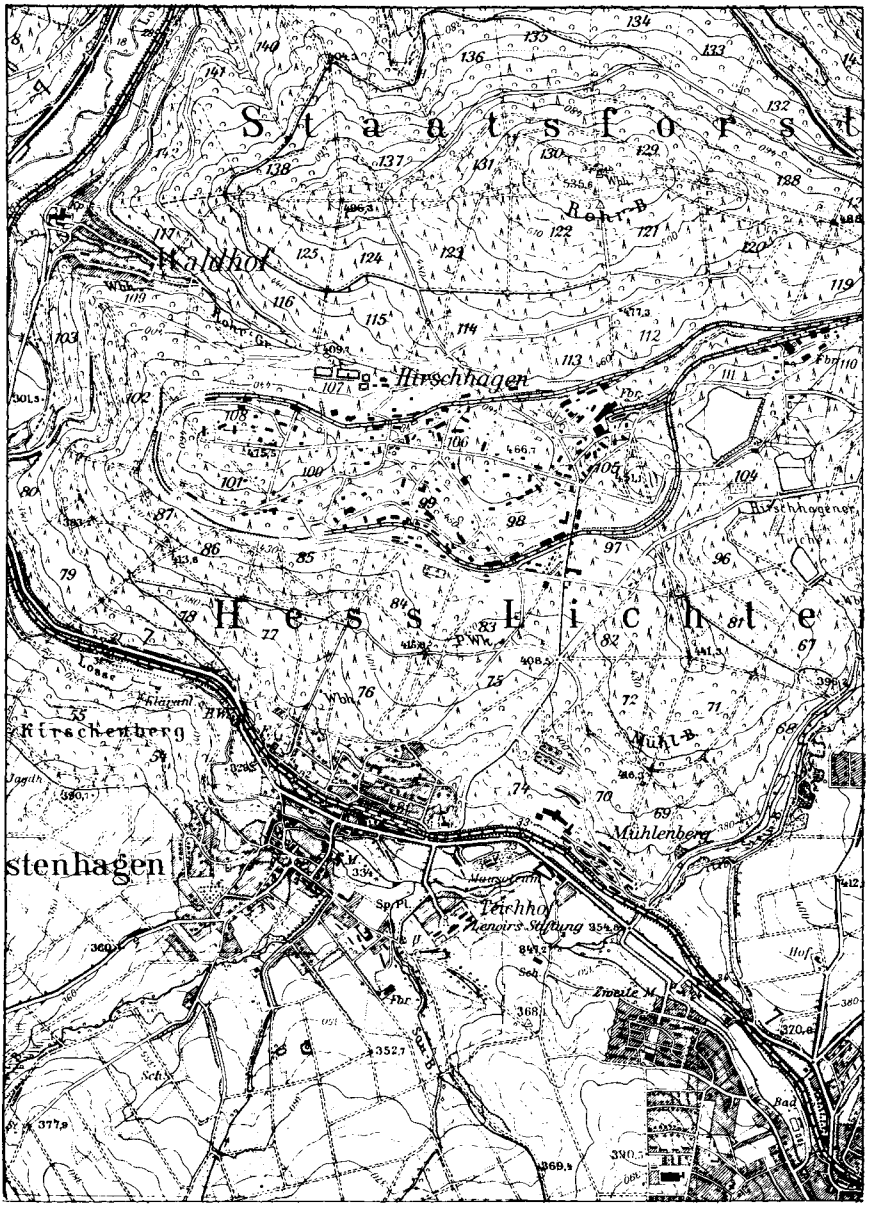


Abb. 15
Der gleiche Ausschnitt aus der topographischen Karte von 1969 gibt die veränderte Siedlungsstruktur in der Umgebung wieder, die aus der Ansiedlung der Sprengstoffabrik entstand (ohne Maßstab).

1936 zu einer »stark wachsenden Gemeinde«: Sie hatte 1938 900 Einwohner, 1945 ca. 1400 Einwohner.[5] Diese Zahlen berücksichtigen jedoch nur behördlich gemeldete Bewohner der Ortschaften.

Am Ende des Krieges arbeiteten ca. 4400 Personen in der Sprengstoffproduktion.[6] Dazu waren bis zu 2000 Bauarbeiter und ca. 1000 Reichsarbeitsdienstmänner im Werk tätig.[7] Die meisten von ihnen lebten in Arbeitslagern. Diese Beschäftigten müssen praktisch den Ortschaften zugerechnet werden.

Viele Bewohner konnten aus der Ansiedlung der Fabrik Kapital schlagen: Tausende von Bauarbeitern und im Werk Tätigen mußten transportiert, verpflegt und untergebracht werden. Wohnungen wurden vermietet, Handel mit den Beschäftigten getrieben, einige Bauern konnten ihre Pferdegespanne gewinnbringend als Transportmittel einsetzen.

Aber auch der Aufbau des Werkes selbst trug zum Wirtschaftsaufschwung der Region bei. Fast alle Firmen des Baugewerbes aus dieser Region waren, neben einigen bekannten Großbetrieben, an der Errichtung des Werkes beteiligt. Kleinere Firmen wurden zu Arbeitsgemeinschaften zusammengefaßt und arbeiteten als Subunternehmen unter der Leitung eines Großunternehmens. Die Organisationsformen ermöglichten es nahezu jedem Eigentümer von Baumaschinen, sie gewinnbringend einzusetzen.[8]

Es ist deutlich geworden, daß die Ansiedlung des Sprengstoffwerkes das herausragende Ereignis für die Wirtschaft des Raumes Hess. Lichtenau war.

5) 650-Jahrfeier Fürstenhagen: Eine Festschrift. Fürstenhagen 1962
6) Gesellschaft zur Verwertung chemischer Erzeugnisse mbH: Kurzfassung der Geschäftsberichte. Troisdorf (ohne Jahr) (im folgenden zit.: Geschäftsberichte). Geschäftsjahr 1944/45, S. 4.
7) Gespräch mit Herrn F. am 28. 10. 1983.
8) Gespräch mit Herrn K. am 27. 10. 1983.

Aufbau der Munitionsfabrik

Rechtlich-organisatorischer Überbau

1936 wurde mit dem Bau der Sprengstoffabrik Hess. Lichtenau begonnen. Die *Dynamit-Aktien-Gesellschaft, vormals Alred Nobel & Co.* (kurz: D.A.G.), Troisdorf, hatte das Werk im Auftrag des *Oberkommandos des Heeres* (kurz: OKH) geplant. Verantwortlich zeichnete die Bauabteilung der D.A.G. in Geesthacht-Krümmel bei Hamburg, die auch die Bauleitung übernahm.

Nach Fertigstellung und Abnahme der Gebäude durch das OKH wurden die einzelnen Bauabschnitte der Eigentümerin und Bauherrin, der *Montan Industriewerke GmbH* (kurz: Montan), [1] übergeben. [2]

Betrieben wurde die Fabrik von einer 100 %igen Tochter der D.A.G. mit dem (Tarn-)Namen *Fabrik Hess. Lichtenau der GmbH zur Verwertung chemischer Erzeugnisse* (kurz: Verwert-Chemie). Offiziell verpachtete die reichseigene Montan das Werk an die Verwert-Chemie, d.h. die gesamte Fabrik mit Grund und Boden, Gebäuden und allen fest eingebauten Anlagen gehörte der Montan und war damit Reichseigentum. Das Umlaufvermögen hingegen gehörte der Verwert-Chemie. Die D.A.G. stellte nach außen hin allein ihr Wissen in der Sprengstoffproduktion zur Verfügung [3] (Abb. 16).

Zu Kriegsende gehörte jedoch etwa ein Viertel des gesamten Anlagevermögens der Fabrik Hess. Lichtenau direkt der D.A.G., da ab 1943 keine offizielle Übereignung der von der D.A.G. neu errichteten Betriebsanlagen mehr erfolgt war. [4]

1) »Die Montan wurde unter der Firma ‚Verwertungsgesellschaft für Montanindustrie GmbH' im Jahre 1916 gegründet. Gegenstand des Unternehmens war der Erwerb und die Verwertung von Anteilen an Betrieben der Montanindustrie. 1934 wurde der Mantel dieser Gesellschaft von Beauftragten des Oberkommandos des Heeres (Heereswaffenamt) erworben. Gesellschafter waren nach 1934 zunächst als Privatpersonen auftretende höhere Beamte des Heereswaffenamtes Berlin, der Wehrmachtsfiskus Heer (danach) und seit 1944 der Reichsfiskus, vertreten durch den Minister für Rüstung und Kriegsproduktion. Gegenstand des Unternehmens war seit dem Übergang der Anteile an das Reich die treuhänderische Verwaltung, Vermietung und Verpachtung reichseigener Anlagen und die Abwicklung des damit in Zusammenhang stehenden Geldverkehrs.« Zit. nach: Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung in Hessen, Frankfurt (im folgenden zit.: LAV): Aktennummer VB 1978-154. Hier: Übernahmebericht des Treuhänders der Montan-Industriewerke GmbH für das Land Hessen vom 1. 7. 1946 (im folgenden zit.: Übernahmebericht), S. 2
2) Übernahmebericht S. 6
3) Ministerium für Wirtschaft und Technik, Abt. Industrie: Aktennotiz vom 4. 3. 1946 (im Besitz von H.J. Wolff, Stadtallendorf)
4) LAV: Aktennummer VB 1522-4.
Bericht des Wirtschaftsprüfers vom 14. 2. 1947, S. 9.

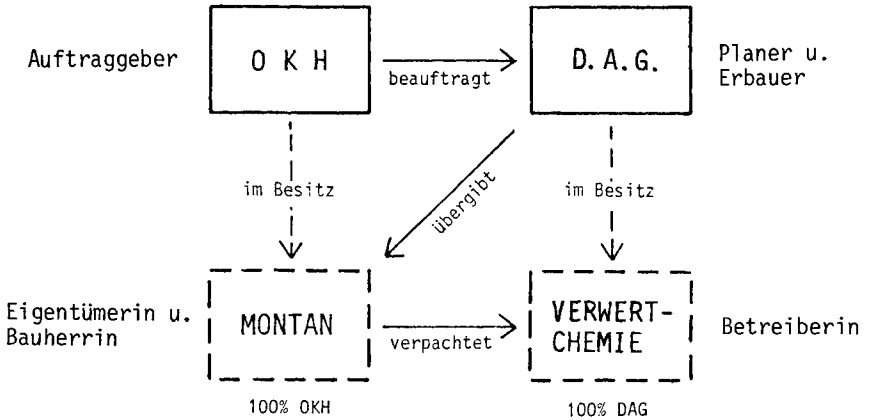


Abb. 16
Rechtlich-organisatorischer Überbau der Sprengstoffabrik Hess. Lichtenau.

Neben Grund- und Hauszinssteuer hatte die Verwert-Chemie eine variable Pacht an die Montan zu zahlen. Sie setzte sich zusammen aus der Abschreibung und einem Pachtzins, der vom Aufsichtsrat der Montan jährlich bestimmt wurde (i.a. 33 1/3 % bis 50 % des Nettogewinnes). Da die Gewinne der Betriebstreuhänderfirmen in den Anfangsjahren gering waren und auch später vielfach in keinem angemessenen Verhältnis zu dem Wert der Produktionsanlagen standen, versuchte die Montan ab 1943 auf Anweisung des *Ministeriums für Bewaffnung und Munition* unter Speer, feste Pachtzinsen (i.a. 6 % des halben Anschaffungswertes der Anlage) zu erwirken.[5]

Doch auch diese Maßnahme schmälerte den Gewinn der Verwert-Chemie (und somit der D.A.G.) kaum. Aus dem Abschlußbericht der Montan für das Geschäftsjahr 1942/43 ist ersichtlich, daß nahezu der gesamte Pachtzins als Entgelt für die von der Muttergesellschaft (D.A.G.) zur Verfügung gestellten Arbeitsmethoden und Erfahrungen verrechnet wurde; d.h. die Rüstungsproduzenten zahlten nahezu keine Pachtgebühr für die Werksanlage.[6] Darüber hinaus stellten die Rüstungsbehörden ab

5) Übernahmebericht, S. 7.
6) Welche riesigen Gewinne die Rüstungsunternehmen allein durch Einbehalten der Abschreibungs- und Pachtzinsen gemacht haben, wird aus ihren Verbindlichkeiten gegenüber der Montan ersichtlich. Am 31. 3. 43 betrugen diese schon 86 Millionen Reichsmark. Quelle: Übernahmebericht, S. 7.

Herbst 1944 Chemikalien zur Sprengstoffherstellung kostenlos zur Verfügung.[7]

Die von außen undurchschaubare Konstruktion, in der Auftraggeber und Betreiber unter mehreren Firmennamen auftraten, hat neben der damaligen Verschleierungsabsicht rechtliche Auswirkungen bis zum heutigen Tag. Da für die Verwert-Chemie 1945 ein Liquidationsverfahren eingeleitet wurde, gibt es heute keinen rechtlichen Nachfolger, der für die Folgeschäden der Produktion aufkommen muß. Die damalige Muttergesellschaft, die heutige *Dynamit Nobel AG*, gehört inzwischen wieder zu den größten Munitionsproduzenten der Bundesrepublik.

Planung

Im Zuge der Kriegsvorbereitungen wurden überall im Reich Standorte für neue Rüstungsfabriken gesucht. Die nationalsozialistischen Machthaber konnten sich dabei auf die Hilfe der Rüstungskonzerne verlassen.

IG Farben, Krupp, Flick, die Elektrokonzerne *Siemens* und *AEG* – sie alle gehörten zu den größten Geldgebern der *NSDAP* und hatten einst Hitler den Weg zur uneingeschränkten Machtausübung ebnen helfen. Nun konnten die Nationalsozialisten sich mit riesigen Aufrüstungsaufträgen bei ihnen bedanken. So ist es nicht verwunderlich, wenn die Namen aller o.g. Konzerne beim Aufbau und Betreiben dieser neuen Fabriken wieder auftauchen. Der *Montan Industriewerke GmbH* – sie besaß vor 1934 nur wenige Betriebe – gehörten 1944 etwa 120 Rüstungsfabriken mit einem Anlagewert von rund 3 Milliarden Reichsmark.[8]

Die *Dynamit-Aktien-Gesellschaft* (D.A.G.), zu 61 % in Besitz der *IG Farben,* pachtete über ihre Tochterfirma Verwert-Chemie 27 der größten Montanbetriebe.[9]

Die D.A.G. ließ diese Sprengstoffabriken im Auftrag des OKH als sogenannte Schlafwerke planen und bauen. Sie sollten nach dem erfolgreichen Abschluß des 2. Weltkrieges eingemottet und erst in Krisenfällen bzw. im Zuge neuer Kriegsvorbereitungen wieder in Betrieb genommen werden.[10]

7) Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (im folgenden zit.: HHStA): Abt. 506/ Akt. Nr. 245.
Erster Zwischenbericht der Treuhandgesellschaft vom 23. 1. 1947, S. 6.
8) Übernahmebericht, S. 3.
9) Übernahmebericht, S. 7.
10) Gespräch mit Herrn G. am 14. 2. 84.

Mit Hilfe der D.A.G. bestimmte das OKH den Wald oberhalb Fürstenhagens als Standort für eine neue Sprengstoffabrik.Die geographische Lage dieses Gebietes bot eine Anzahl günstiger Standortfaktoren als Voraussetzung für eine derartige Werksansiedlung.

Das Gelände lag nicht in unmittelbarer Nähe einer Großstadt. Andererseits war die verkehrsmäßige Erschließung durch eine Straße, die heutige Bundesstraße 7, und die parallel dazu verlaufende Eisenbahnlinie Kassel-Eschwege gewährleistet. Der dichte Mischwaldbestand bot gute Tarnungsmöglichkeiten, und die nahegelegenen Braunkohlebergwerke sicherten eine kostengünstige und problemlose Energieversorgung. Der große Wasserbedarf konnte mit relativ geringem Aufwand gedeckt werden.[11] Das Fehlen einer Wasserstraße erhöhte die Transportkosten für die Rohstoffe; die Losse bot jedoch, wenigstens anfänglich, die Vorteile einer »natürlichen« Abwasserbeseitigung.

Ein weiterer ausschlaggebender Faktor war die Arbeitsmarktlage im nordhessischen Raum. Dem kleinbäuerlich strukturierten Gebiet konnte innerhalb kurzer Zeit eine große Anzahl von Arbeitskräften entzogen werden, ohne damit Störungen bei anderen kriegswichtigen Industrien zu verursachen. Die betroffenen Gemeinden hatten sowohl bei der Standortwahl als auch bei der Planung des Werkes kaum Mitspracherechte. Einwände wurden fast ausnahmslos unter Hinweis auf übergeordnete Interessen zurückgewiesen. Statt dessen mußten die angrenzenden Orte teilweise sogar für die aus der Werksansiedlung entstehenden Folgekosten aufkommen. Hess. Lichtenau beispielsweise wurde vom Regierungspräsidenten verpflichtet, die Erschließungskosten für das Lager *Herzog* zu übernehmen. Dabei legte die Montan der Stadtverwaltung Planungsunterlagen erst nach Fertigstellung des Lagers vor.[12]

Da das vorgesehene Fabrikgelände nur zum Teil aus Staatsforst, zum anderen Teil aus Enklaven von Hess. Lichtenau, Fürstenhagen und Friedrichsbrück bestand, wurden die Gemeindegrenzen zwangsweise geändert. Das gesamte Areal wurde aus steuerlichen Gründen der Stadt Hess. Lichtenau zugeschlagen.

11) Hierbei handelt es sich um Standortkriterien, die bei der Ansiedlung des D.A.G.-Werkes in Allendorf berücksichtigt worden sind. Quelle: H.-J. Gummel: Die Industrieansiedlung auf den ehemaligen Sprengstoffwerken in Allendorf (im folgenden zit.: Gummel). Wiesbaden 1957, S. 19f.
12) Staatsarchiv Marburg (im folgenden zit.: StA Mbg): 180 LA WIZ Akte A 918. Aktennotiz vom 7. 8. 39.
13) StA Mbg: 180 LA WIZ, Akte LA 52. Aktennotiz vom 22. 10. 1938.

Baubeginn

1936 begannen die Arbeiten mit der Einzäunung des 233 ha großen Werksgeländes[14] (Abb.14; 15). Große Baufirmen wie *Hochtief Essen, Bitterfeld Leitungsbau, Beton- und Monierbau, Habermann und Guckes, AEG, Siemens* etc., die im gesamten Reichsgebiet einschlägige Erfahrungen bei derartigen Bauvorhaben hatten, richteten sich auf der Baustelle ein. Es wurden insgesamt mehrere tausend Männer zum Werksaufbau dienstverpflichtet, die Firmen stellten nur ihr Fachpersonal zur Verfügung; Busse pendelten täglich in die umliegenden Ortschaften und brachten die Arbeitskräfte nach Hirschhagen und wieder zurück.[15] Für die Arbeiter wurden Baracken in Föhren, Eschenstruth und Hess. Lichtenau errichtet. Sie dienten denjenigen als Unterkunft, die aus entfernteren Orten nach Hirschhagen dienstverpflichtet worden waren.[16]

Das Werk wurde nach dem sogenannten Baukastenprinzip arbeitsteilig erbaut. Tag und Nacht wurden Rodungsarbeiten, Straßenbaumaßnahmen, Einschalungsarbeiten, Installationen etc. ausgeführt. Der Bau der Zufahrtsstraße von Fürstenhagen und die Verlegung einer Hochspannungsleitung waren die ersten Baumaßnahmen.

Dabei entfernte man von der »natürlichen Tarnung« so wenig wie möglich. Versorgungseinrichtungen entstanden, manche mehrere Kilometer vom eigentlichen Baugelände entfernt; so das Pumpwerk in Helsa, der Wasserspeicher auf dem Rohrberg und der werkseigene *Übergabebahnhof Steinholz* in der Nähe von Rommerode (Abb. 21).

Am Ende der Aufbauarbeiten erstreckte sich das Hirschhagener Gleisnetz über eine Länge von ca. 17 km.[17] Daneben durchzog ein Netz von Betonwegen, Asphalt-, Kleinpflaster- und wassergebundenen Straßen das Werksgelände.

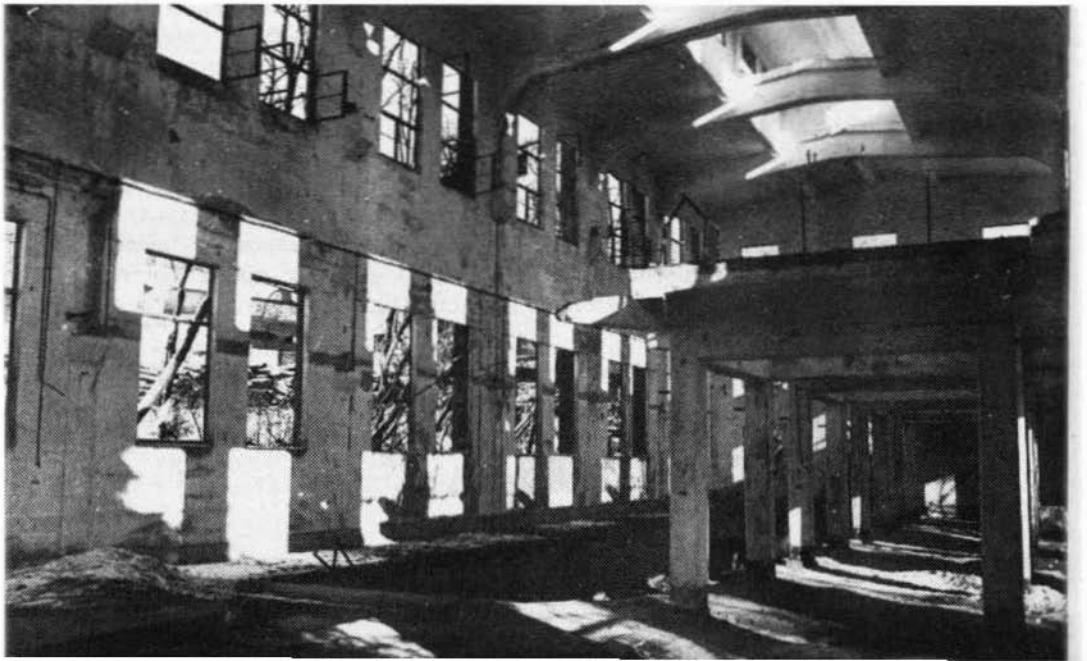
Gebäude

Die Werksbauten sind standardisiert. Sie wurden nach einem möglichst einfachen und ökonomisch effizienten Prinzip geplant, und zwar in Rasterbauweise mit 0,5 m als kleinste Einheit. Die Anzahl der verschie-

14) IVG Hirschhagen: Werkbeschreibung vom 12. 5. 1970 (im folgenden zit: Werkbeschreibung).
15) Gespräch mit Herrn K. am 27. 10. 83.
16) Vgl. Kapitel: Die Arbeitslager der Munitionsfabrik.
17) Gespräch mit Herrn S. am 31. 8. 84.
18) Entfällt.

Abb. 17
Das leerstehende *Abfall-Säurelager* (Nr. 312). Die meisten Fabrikgebäude wurden nach dem gleichen Prinzip, aus vorgefertigten Bauelementen, errichtet.

Abb. 18
Im *Spaltgebäude* (Nr. 054) der Spaltanlage wurde hochkonzentrierte Schwefelsäure aus der Denitrierungsanlage weiterverarbeitet.



denen Bauteile wurde damit reduziert und die Bauzeit verkürzt. Den meisten größeren Gebäuden legte man ein 6-m-Stützenraster zugrunde. Je nach geplanter Funktion wurden sie als Stahlbetonbauten oder in Stahlbetonrahmenbauweise erstellt (Abb. 17).

Bis auf wenige Gebäude zu besonderen Zwecken, wie die *Luftschutzbunker, Säurelager, Spaltanlage (Abb. 18)* und ähnliche, sind die Bauten eingeschossig. Ihre Flachdächer aus Stahlbeton wurden mit ca. 0,5 m Erde und immergrüner Bepflanzung bedeckt (Abb. 19). Erst nachdem die größeren technischen Anlagen wie Kessel, Rührwerke etc. installiert worden waren, wurden die Außenwände zwischen den Stützen der Rahmenbauwerke aus leichtem Bimsstein hochgezogen. Zu jedem für die Produktion wichtigen Bunker errichtete man Zwillingsbauten, um Produktionsausfällen nach Explosionen oder Bombenangriffen vorzubeugen. Seit spätestens 1942 wurde jedoch auch in den Ersatzanlagen gearbeitet, damit die drastisch erhöhten Sprengstoffanforderungen erfüllt werden konnten.[19]

Neben den Gebäuden, die der Sprengstoffherstellung unmittelbar dienten, gab es eine Anzahl Ver- und Entsorgungsbauten (Abb. 21).

Energieversorgung

Das Werk war von der öffentlichen Stromversorgung völlig unabhängig. Zwei eigene Kraftwerke, die Gebäudegruppen 501– 506 und 521–526, versorgten das gesamte Werk mit Elektrizität; aus Sicherheitsgründen lagen sie unterirdisch und weit voneinander entfernt. In den Gebäuden 501 und 521 standen je zwei Hochdruck-Kessel sowie zahlreiche Pumpen für Kesselspeisewasser. Jeder Kessel erzeugte pro Stunde 10 Tonnen Dampf unter 50 atü. Im Gebäude 502 wandelten zwei Gegendruckturbinen mit Leistungen von 1500 bzw. 2800 kW den Dampf in Elektrizität um. Die Turbinen im Gebäude 522 des zweiten Kraftwerkes hatten beide eine Leistung von 1500 kW.

Anfang 1943 ging ein drittes *Kesselhaus*, das Gebäude 550, in Betrieb. Es wurde über ein Förderband direkt aus dem großen *Hochbunker,* Gebäude 589, mit Kohle versorgt (Abb. 20). Drei Steilrohrkesel erzeugten im neuen Kraftwerk 9 Tonnen Dampf pro Stunde unter 25 atü, die ein Gegendruck-Turbosatz mit einer Leistung von 1200 kW in Strom umwandelte. Der Enddruck speiste die Dampfzentralheizungsanlage, deren oberirdisches Dampfleistungsnetz die Fabrikationsgebäude mit Wärme versorgte.[20]

19) Gespräch mit Herrn K. am 27. 10. 83.
20) HHStA: Abt. 506/Akt-Nr. 245. Brief an den Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister des Landes Hessen vom 25. 2. 1947.

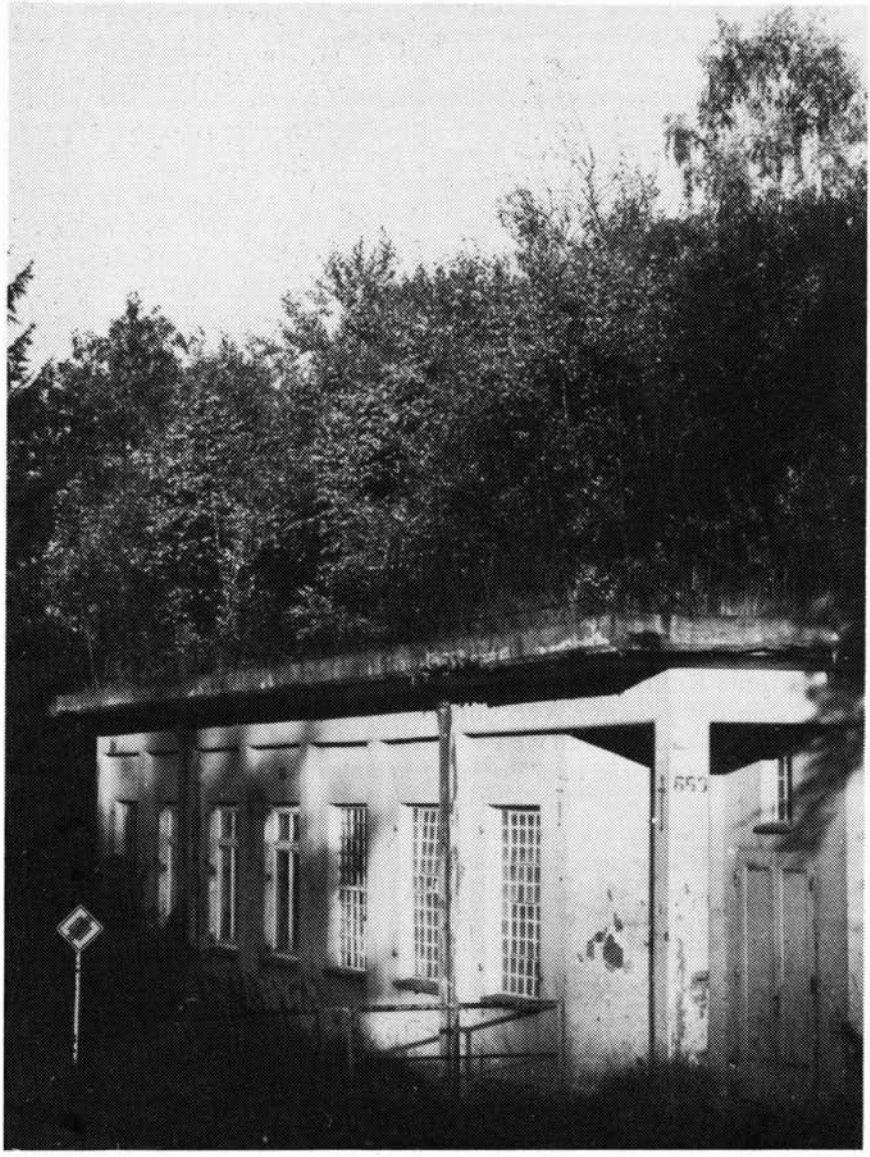


Abb. 19
Die ehem. *Kantine* (Nr. 653) auf dem Werksgelände ist eines der wenigen Gebäude, dessen ursprüngliches Aussehen erhalten geblieben ist.

Abb. 20
Die Verladerampe unter dem *Kohlehochbunker* (Nr. 589). Das größte Bauwerk der Fabrik war durch eine Seilbahn mit der Zeche Hirschberg verbunden; von hier aus verteilten Güterzüge die Kohle im Werksgelände.

Auf dem gesamten Werksgelände lagen über 20 Groß- und Kleintrafostationen verteilt; sie wandelten die erzeugte Hochspannung von 6000 Volt in die benötigte Betriebsspannung von 380 oder 220 Volt um. Das Kabel- wie auch das Spannungsleitungsnetz waren maschenartig verlegt, so daß jedes Gebäude von mindestens zwei, meistens sogar von vier verschiedenen Seiten an das Stromnetz des Werkes angeschlossen war.

Dieselaggregate in Kraftwerken oder auch separaten Bunkern, Gebäude 574/575, konnten bestimmte Hauptgebäude mit Notstrom versorgen. Weiterhin sollte eine Fremdübernahmestation die Stromversorgung beim Ausfall der Kraftwerke sichern. Im Normalbetrieb wurde über diese Station überschüssiger Strom ins öffentliche Netz eingespeist.[21]

21) Gespräch mit Herrn K. am 27. 10. 83. Herr K. war Betriebselektriker im Werk.

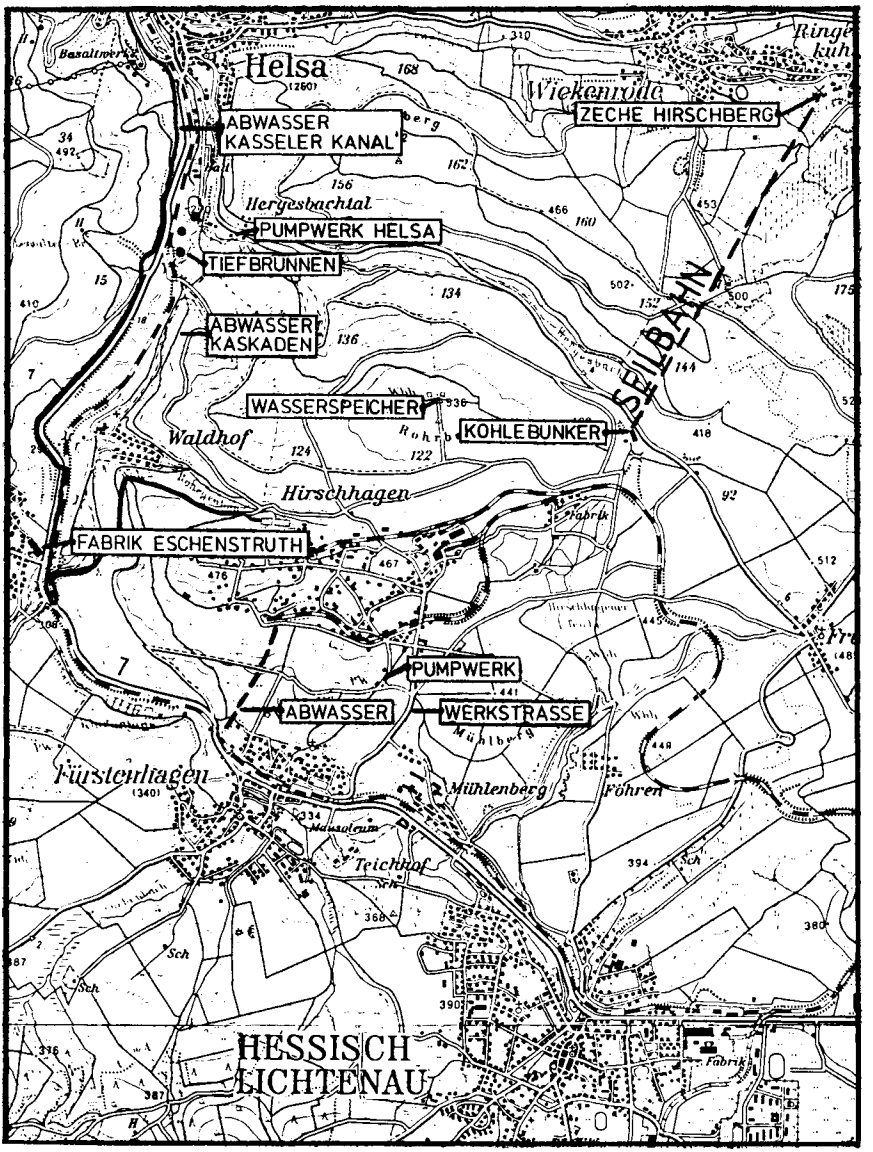


Abb. 21
Lage der Ver- und Entsorgungsanlagen der Fabrik Hess. Lichtenau (Maßstab 1:50000).

Wasserversorgung

Die Herstellung von *Trinitrotoluol* (TNT), *Trinitrophenol* (Pikrinsäure) und *Oleum* erfordert ungeheure Mengen Wasser. Um die Sprengstoffabrik Hess. Lichtenau damit zu versorgen, wurden fünf Tiefbrunnen gebohrt, ein Kühlteich und zwei Hochbehälter angelegt, zwei Pumpstationen mit Vorpumpstationen gebaut und ein doppeltes Brauchwassersystem sowie ein Trinkwasserleitungsnetz installiert.

Das Trinkwasser wurde aus fünf Tiefbrunnen entlang der Losse bei Helsa gefördert. Nachdem es eine Chlorierungsanlage durchlaufen hatte, wurde es vom *Pumpwerk Helsa,* am Ende des Hergesbachtals, Bunker 513, in eine Kammer des Hochbehälters auf den Rohrberg gedrückt. Von diesem Behälter mit einem Fassungsvermögen von 500 Kubikmetern gelangte es in das Versorgungsnetz I des Werkes.

Das Brauchwasser wurde dem Hergesbach und dem Wedemannsbach mit Hilfe von zwei Vorpumpwerken entnommen. Es durchlief mehrere Filter und eine Chlorierungsanlage und wurde in die übrigen drei Kammern des Hochbehälters, Gebäude 515/514, gedrückt. Sie faßten zusammen bis zu 2500 Kubikmeter, von denen allein 750 cbm zum Speisen der Feuerhydranten vorbehalten waren.[22] Aus dem Hochbehälter gelangte das Brauchwasser in das Versorgungsnetz II.

Ein drittes Netz versorgte die Großverbraucher. Es wurde aus dem 1940 angelegten Kühlteich gespeist; im Gebäude 520 aufbereitet, wurde es in das Versorgungsnetz III gedrückt.[23]

Kanalisation[24]

In verschiedenen Stufen der Sprengstoffproduktion entstanden sehr saure Abwässer. Sie mußten getrennt abgeleitet werden, um chemische Reaktionen, vor allem Explosionen, zu verhindern. Deshalb durchziehen noch heute fünf verschiedene Kanalisationsnetze das Industriegebiet.[25]

Ein Kanalisationssystem leitete das Regenwasser und die nur leicht verschmutzten Abwässer in den Kühlteich.

Die längs dem Werksgelände verlaufende Wasserscheide erschwerte den Bau der Kanalisation erheblich. Kanalgräben von bis zu 15 Metern Tiefe mußten von Hand ausgehoben werden, damit die Leitungen gegen das natürliche Gefälle verlegt werden konnten.

22) LAV: Aktennummer VB 1522-4. History of the Plant (ohne Datum und Verfasser) (im folgenden zit.: History).
23) Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg: RW 21-30/Rü Ko. Rüstungskommando IX, Kassel. Kriegstagebuch (im folgenden zit.: Rü-Kdo), Anlage 10 vom 29. 7. 41.
24) Vgl. Kapitel: Abwasserproblematik 1938-1945.
25) Tiefbauamt Hess. Lichtenau: Auskunft vom 24. 11. 83.

Bis zur Fertigstellung der *Neutralisation* (Kläranlage) im Jahre 1941, Bunker 217/317/318, gelangten die Fabrikabwässer an drei Stellen ungeklärt in die Losse: am Bahnwärterhäuschen Fürstenhagen, durch den Steinbach oberhalb Fürstenhagens und aus dem Rohrgraben unterhalb des Lagers *Waldhof*.[26]

Ab 1940 konnte ein Teil der ungeklärten Abwässer durch einen 22 km langen Kanal nach Kassel-Sandershausen direkt in die Fulda eingeleitet werden.

Mit der Verlegung der Mündung des Rohrgrabens flußabwärts und dem damit verbundenen Bau von Kaskaden sollte die Schadstoffkonzentration im oberen Teil der Losse verringert werden (Abb. 21).

Allgemeines zum Aufbau

Die *Spaltanlage* (Abb. 18; 38), die der Rückgewinnung von Säuren diente (Bunker 055–076), und der *Kohlehochbunker* (Bunker 589) (Abb. 20) fallen durch ihre Größe und ihre Lage auf: Sie sind mehrgeschossig und liegen getrennt von den übrigen Fabrikationsgebäuden im östlichsten Teil des Werkgeländes. Die *Spaltanlage* hat überdurchschnittlich große Fabrikationshallen und den einzigen hohen Werkschornstein. Der Kohlebunker war über eine Lorenseilbahn mit der Braunkohlenzeche *Hirschberg* verbunden und diente der Verteilung der Kohle im Werkbereich.

Um alle Anlagen unterzubringen, wurden bis zum Kriegsende 399[27] Gebäude errichtet. Hierunter fallen auch die oben nicht beschriebenen Hilfseinrichtungen wie Lagerstätten, Laboratorien, Sozialgebäude, Büros, Werkstätten usw. Als die Produktion Mitte 1938 anlief, war von diesen Bauten erst ein kleiner Teil fertiggestellt. Bis zu 2000 Bauarbeiter und mehr als 1000 Arbeitsdienstmänner waren permanent mit dem Bau von Erweiterungs- bzw. Ersatzgebäuden beschäftigt.

1941 fand eine Erweiterung der Fabrik außerhalb des Werksgeländes statt. In Eschenstruth wurde die Fabrik der *Hansa Schwerweberei AG* (Abb. 22) beschlagnahmt und von der D.A.G. bis 1943 als Spezialwerkzeugmaschinenfabrik eingerichtet.[28] Sie diente bis Kriegsende als Werkzeugmacherei und Reparaturbetrieb der Verwert-Chemie-Werke.

Das genaue Erstellungsdatum der einzelnen Gebäude läßt sich oft nur schwer ermitteln. Je nach Kriegsbedarf, Rohstofflage, Zerstörung und

26) StA Mbg: Wasserbuchakten des RP Kassel 401-35. Akte KS-Land 236. Schreiben des RP an die Montan-Industriewerke Hess. Lichtenau vom 24. 2. 54.
27) Werkbeschreibung. Im Übernahmebericht sind 362 Bauwerke genannt. Dabei sind jedoch eine Reihe von nichtnumerierten Gebäuden bzw. außerhalb des Werksgeländes errichtete Anlagen nicht erwähnt.
28) Übernahmebericht, Anlage 8.

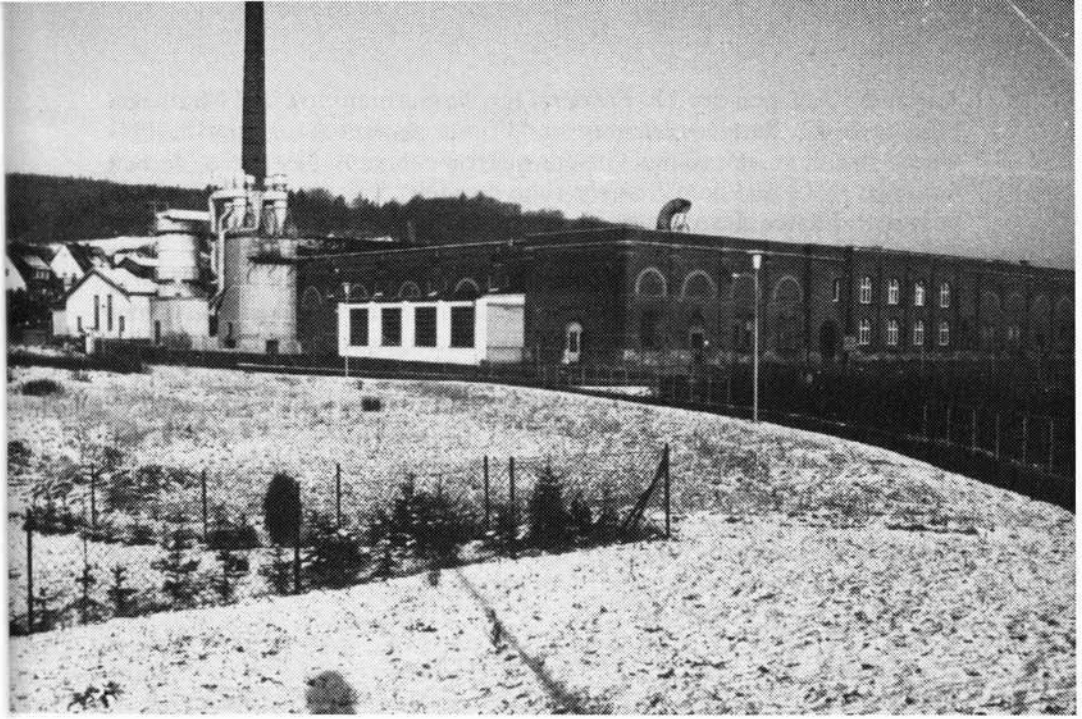


Abb. 22
Das beschlagnahmte Gebäude der Fa. Hansa Schwerweberei wurde 1942 zu einer Werkzeugmaschinenfabrik der Verwert-Chemie umfunktioniert. Auf der freien Fläche im Vordergrund des Bildes lag das Barackenlager Esche.

Arbeitskräfteangebot wurde der Bau neuer Anlagen begonnen bzw. gestoppt.

Knapp vier Monate nach dem Anlaufen der ersten Produktionsanlagen, im November 1938, ordnete das *Oberkommando des Heeres* (OKH) die Erweiterung des TNT-Betriebes an und vergab an die D.A.G. den entsprechenden Auftrag.

Der Bau der übrigen Anlagen lief auf Hochtouren weiter. Im Januar 1939 gingen die ersten *Pressen* in Betrieb. Im Mai desselben Jahres wurde die Pikrinsäureproduktion aufgenommen, im September nahm die erste *Füllstation* für TNT die Arbeit auf.[29] Der im gleichen Jahr angeordnete Bau einer *TNT-Umkristallisations*-und *Nitropentaanlage* wurde gestoppt, nachdem die Gebäude nahezu vollständig erstellt waren.[30] Bis Mitte 1940

29) Geschäftsberichte: Geschäftsjahr 38/39, S. 4.
30) Geschäftsberichte: Geschäftsjahr 39/40, S. 3f. Die Gebäude der geplanten Nitropentaanlage sind mit den 100er Nummern gekennzeichnet.

waren die Anlagen der *Tri-Presserei* für Pioniermunition und Marinegeschosse sowie der *Denitrierung* und *Konzentration* fertiggestellt. 1941 wurde mit dem Bau dreier Großprojekte begonnen. Nach dem *Kesselhaus* (Nr. 550) und dem *Kohlehochbunker* (Nr. 589) ging 1943 die *Spaltanlage* als letztes dieser Bauvorhaben in Betrieb.[31]

Bis 1943 wurden bereits rund 100 Mio. RM in das Werk Hess. Lichtenau, die *Fabrik Eschenstruth* und die dazugehörigen Lager investiert.[32]

Eine Aktennotiz des *Rüstungskommandos Kassel* verdeutlicht, unter welchen Bedingungen der gesamte Auf- und Ausbau der Fabrik bis zum Ende des Krieges vorangetrieben wurde: »Da das Heereswaffenamt seit Beginn der Bauten immer wieder darauf gedrängt hat, daß möglichst bald die Anlage betriebsfertig wird, sind die Bauten zunächst behelfsmäßig durchgeführt worden, und genügen die bisher errichteten Bauten nicht mehr den Erfordernissen der Fertigung. Eine Verschwendung an Material und Arbeitskräften, die durch die übereilte Ingangsetzung des Betriebes entstanden ist, ist bei der augenblicklichen Versorgungslage nicht mehr vertretbar.«[33]

Werksplan[34]

Unsere gezielten Nachforschungen nach Plänen der ehemaligen Munitionsfabrik Hess. Lichtenau blieben lange Zeit erfolglos. Erst nachdem wir schon versucht hatten, die Gesamtanlage des Werkes anhand von Trümmern oder Erdwällen für uns zu rekonstruieren, tauchte völlig überraschend ein Originalwerksplan auf.[35] Wegen seiner Bedeutsamkeit entschlossen wir uns zu einer möglichst originalgetreuen zeichnerischen Reproduktion.

Der Plan gibt keine Auskunft über Planinhalt, Herstellungsdatum oder Verfasser. Ein mehrfach aufgedruckter Stempel verweist auf die Pflicht zur Geheimhaltung. Der Plan ist im Maßstab 1:2500 gezeichnet. Er gibt die ober- und unterirdischen Bunkeranlagen wieder, die Becken, die größtenteils künstlich angelegten Erdwälle, sämtliche Straßen, Wege, Schneisen, die Eisenbahngleise, die Werksumzäunung, die Grundstücksgrenze sowie die Seen und Bachläufe. Darüber hinaus enthält er die außerhalb des eigentlichen Werksgeländes liegenden Bauten des Lagers Waldhof sowie den Wasserhochbehälter auf dem Rohrberg. Wir fügen dem Plan zur besseren Lesbarkeit eine Legende hinzu.

31) History, S. 1.
32) Übernahmebericht, S. 39.
33) Rü-Kdo: Anlage 36 vom 26. 11. 1941.
34) Der Werksplan im Maßstab 1:5000 befindet sich im hinteren Buchdeckel.
35) Der Werksplan wurde uns von Herrn Siegert aus Helsa zur Verfügung gestellt.

Nach unseren Informationen wurde das Werk Hess. Lichtenau im Planungsbühr der D.A.G. in Geesthacht geplant. Dort wurde wahrscheinlich auch dieser Entwurf angefertigt. Er enthält fast alle uns bekannten Werksanlagen, die heute noch erhalten oder als Ruinen oder in Form von Trümmerresten auf dem Gelände auszumachen sind. Wir gehen davon aus, daß es sich um einen Lageplan des Werkes aus dem Jahre 1943 handelt. Wir stützen unsere Vermutung darauf, daß wir auf Bunkeranlagen stießen, die in dem Entwurf nicht verzeichnet sind. Sie sind während der Produktionszeit als Erweiterungs- oder Ersatzbauten entstanden.

Der Werksplan ist von großer Bedeutung: Er ermöglicht die Rekonstruktion der ehemaligen Produktionsabläufe. In Verbindung mit der Liste der Bunkerfunktionen läßt sich feststellen, welche Stoffe wo im Werksgelände verarbeitet wurden. Mit Hilfe des Planes können gezielte Untersuchungen von Teilbereichen durchgeführt werden, um Aufschluß über die Quellen der Trinkwasserverunreinigung zu erhalten.

Arbeitslager[35]

Rund um das Werksgelände entstand eine Anzahl von Arbeitslagern. Bis 1943 wurden insgesamt neun Lager für Arbeiterinnen und Arbeiter und eine Siedlung für mittlere und leitende Angestellte des Werkes errichtet (Abb. 23). Sie dienten als Unterkünfte für die auswärtigen Arbeitskräfte der Munitionsfabrik, Freiwillige, Dienstverpflichtete, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge. Ein Arbeitslager war im ehemaligen Waisenhaus *Lenoir-Stift*, die Lager *Waldhof* und *Herzog* bestanden aus Steinbauten, die übrigen sechs Lager aus Holzbaracken. Anfangs dienten die Baracken den Bauarbeitern als Unterkünfte. Als die Sprengstoffproduktion anlief, wurden Betriebsangehörige in die Lager eingewiesen.

Die Lager im einzelnen:

Das Lager Vereinshaus
Das Lager Vereinshaus wurde in drei Abschnitten zwischen 1938 und 1940 auf städtischen Grundstücken erstellt. Es lag zwischen der Heinrich-

35a) Sofern nicht gesondert gekennzeichnet, sind alle Angaben zu diesem Kapitel folgenden zwei Quellen entnommen: Übernahmebericht, Anlagen 11 und 12. Archiv des Fachbereichs für Erziehungs- und Humanwissenschaften an der GhK: Fabrik Hess. Lichtenau: Lagerbeschreibung vom 19. 11. 46 (im folgenden zit.: Lagerbeschreibung).

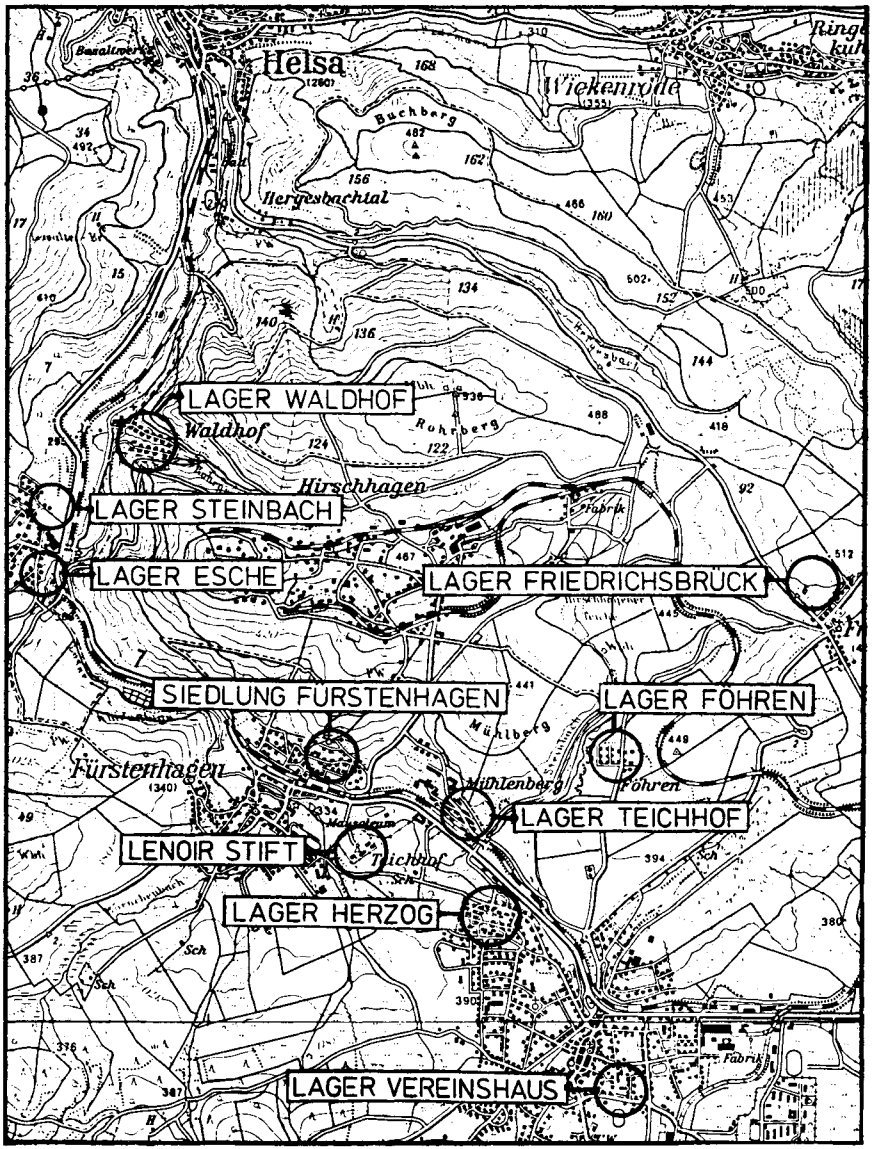


Abb. 23
Standorte der Lager für Arbeiter und der Siedlung für Angestellte der Fabrik Hess. Lichtenau (Maßstab 1:50000).

straße und der Hopfelder Straße in Hess. Lichtenau und bestand aus folgenden Holzgebäuden: Zehn Unterkunftsbaracken, zwei Küchenbaracken, zwei Waschbaracken, drei Abortbaracken, sechs Lagerbaracken bzw. Schuppen. Die Baracken wurden zentral beheizt.

Aus den Unterlagen des Übernahmeberichts geht hervor, daß die Bauten für 700 Personen ausgelegt waren. Anfänglich dienten sie der Unterbringung von Bauarbeitern. Später wohnten außer den deutschen und ausländischen Bauarbeitern auch französische Betriebsarbeiter in diesem Lager. Schon zu diesem Zeitpunkt war es mit 1000 Personen weit überbelegt.

Im Sommer 1944 wurde ein Teil des Lagers abgeteilt und der SS als Außenlager des KZ Buchenwald überlassen. In diesen abgetrennten Baracken wurden vom 2. 8. 1944 an 1000 ungarische Jüdinnen zusammengepfercht. Die restlichen Baracken waren bis Kriegsende mit ausländischen Arbeitern belegt.[36]

Das Lager Föhren

Vermutlich im Sommer/Herbst 1939 wurde das Lager Föhren auf dem Gelände der heutigen Siedlung Föhren für ca. 1000 Bauarbeiter erstellt. Es diente der Unterbringung deutscher, später auch ausländischer Bauarbeiter. Die Leitung des Lagers unterstand in diesen Jahren der *Organisation Todt.*

Einige Baracken des Lagers Föhren wurden, vermutlich 1942, entfernt. 1943 räumten die Bauarbeiter das Lager und siedelten in das Lager Vereinshaus um. Im Lager Föhren waren in der Folgezeit 300-500 Ukrainerinnen untergebracht. Ab 1942 bestand das verkleinerte Lager aus sieben Wohnbaracken, zwei Waschbaracken und einer Küchenbaracke (Abb. 24).

Auch in diesem Fall gehörten nur die Gebäude der Montan, das Grundstück war Eigentum der Stadt Hess. Lichtenau. Ebenfalls auf städtischem Grundstück, direkt neben dem Lager Föhren, war der Bau des Lagers *Falkenhorst* 1944 begonnen worden. Es konnte bis Kriegsende nicht fertiggestellt werden. In den fünf Steinbaracken mit insgesamt 2100 Quadratmetern Grundfläche sollten 150 bis 200 Wehrmachtsangehörige wohnen.[37]

36) Vgl. Kapitel: Das Außenkommando Hess. Lichtenau des Konzentrationslagers Buchenwald.

37) LAV: Aktennummer VB 1522-4. Schreiben der Fabrik Hess. Lichtenau an das Finanzamt Kassel vom 13. 1. 1947.

Abb. 24
Luftaufnahme des Lagers Föhren vom 18. Juli 1944.
Rechts im Bild das im Bau befindliche Lager Falkenhorst.

Das Lager Esche
Im Sommer/Herbst 1939 wurde das Lager Esche in Eschenstruth südlich des Firmengeländes der *Hansa Schwerweberei AG* errichtet. Es war ursprünglich für ca. 1000 Personen geplant. 1942/43 wurden einige Baracken entfernt. Auch hier wohnten anfangs Bauarbeiter. Ende 1939, Anfang 1940 wurde das Lager von deutschen Arbeiterinnen belegt, die im Spätherbst ins Lager Waldhof umquartiert wurden, nachdem es fertiggestellt war. Bis 1942 stand das Lager Esche leer. Dann wurden die Arbeiter des beschlagnahmten Betriebes Eschenstruth dort untergebracht, verließen 1943 die Baracken und zogen in das Lager Steinbach um. Ihnen folgten ukrainische Frauen, die nach kurzer Zeit in das Lager Föhren überwechselten. Danach wurde das Lager Esche bis Kriegsende mit »russischen« Arbeitskräften belegt.

Das Lager Teichhof
Zu Beginn des Jahres 1940 wurde das Lager Teichhof errichtet, um die Arbeiterinnen des Betriebes vorläufig aufzunehmen. Es stand auf dem

Abb. 25
Luftaufnahme des RAD-Lagers Teichhof vom 14. März 1945.

Grundstück, wo heute die Orthopädische Klinik liegt, oberhalb der Bundesstraße 7 (Abb. 25). Ende 1940 wurden die Arbeiterinnen nach Waldhof umgesiedelt, ebenso wie die Frauen aus dem Lager Esche.

Teichhof stand bis zum Sommer 1941 leer. Dann übernahm der *Reichsarbeitsdienst* das Lager und brachte »die in der Fabrik mit Bauarbeiten beschäftigten Arbeitsmänner«[38] unter. Mehr als 1000 Lagerbewohner mußten sich 22 Holzbaracken teilen. Die Baracken wurden teilweise erst 1942/43 aus dem Lager Esche übernommen. Neben den Mannschaftsbaracken hatte das Lager eine Wirtschaftsbaracke, eine Verwaltungsbaracke, ein Krankenrevier, einen Speisesaal, eine Wohnung für den Geschäftsführer, zwei Geräteschuppen, eine Wache, vier Aborte.

Ab 1943 trat die Montan offiziell als Eignerin des Grundstückes auf.

38) Lagerbeschreibung, S. 3.

Das Lager Friedrichsbrück
Das Lager Friedrichsbrück wurde gleichzeitig mit dem Lager Teichhof erbaut (Anfang 1940). Ursprünglich diente es der Unterbringung von ca. 350 Bauarbeitern, die später in das Lager Vereinshaus umquartiert wurden. Im Herbst 1941 stellte die Werksleitung das Lager, ebenso wie Teichhof, dem *Reichsarbeitsdienst* zur Verfügung. 1946 bestand es aus fünf Unterkunftsbaracken, einer Küchenbaracke, einer Waschbaracke, zwei Abortbaracken und einem Brennmaterialschuppen.

Das Lager Waldhof
Mit dem Bau des Lagers wurde 1939 begonnen. Der Architekt Jäger aus Berlin hatte es für insgesamt 1500 Bewohner geplant. Etwa einen Kilometer nordwestlich des Werkes fügte es sich hufeisenförmig in die Ausläufe des Rohrgrabentales ein (Abb. 26).

Das *Bereitschaftslager Eschenstruth,* wie es im offiziellen Sprachgebrauch genannt wurde, diente seit dem Spätherbst 1940 vorerst deutschen Arbeiterinnen als Unterkunft. Es unterschied sich von den bisher genannten Lagern im wesentlichen dadurch, daß die Unterkunftsge-

Abb. 26
Luftaufnahme des Lagers Waldhof vom 14. März 1945.

Abb. 27
Dienstverpflichtete deutsche Frauen 1943 auf dem Bahnhof Fürstenhagen; im Hintergrund die Siedlung Fürstenhagen.

bäude aus Stein errichtet und mit einem Spitzdach und imitiertem Fachwerk versehen waren (Abb. 28; 29).

Nachdem das Gemeinschaftshaus Ende 1942 fertig war, hatte das Lager 50 Unterkunftshäuser, ein Gemeinschaftshaus mit Küche, ein Sanitätshaus, ein Wasserreservoir, eine Wasserpumpstation und ein Transformatorenhaus. Im Gemeinschaftshaus waren neben der Kantine zusätzliche Wasch- und Baderäume sowie ein Friseur untergebracht.

Als ausländische Arbeiterinnen aus westlichen Staaten, vor allem aus Frankreich, ins Lager kamen, wurden sie in Häuser auf der südlichen Hangseite einquartiert, um sie so von den deutschen Kolleginnen zu trennen. Der Rohrgraben war eine zusätzliche Barriere zwischen den beiden Häuserzeilen.[39]

39) G. Rothemann: Bilder aus Hirschhagen. Studienarbeit an der Gesamthochschule Kassel. Kassel 1981 (im folgenden zit.: Rothemann), S. 13. Die Arbeit von G. Rothemann wurde am Fachbereich »Visuelle Kommunikation« geschrieben. Sie beruht weitgehend auf Aussagen von ehemaligen Beschäftigten des Werkes und Bewohnern des Stadtteils Hirschhagen.

Abb. 28
Eine Fabrikarbeiterin fotografierte 1943 den nördlichen Teil des Lagers Waldhof.

Abb. 29
Dieselbe Straße 41 Jahre später.

»Die Häuser selbst waren in eine Schlafraumetage im Obergeschoß und in eine Aufenthaltsetage mit WC und Waschgelegenheit im Untergeschoß aufgeteilt. In der oberen Etage waren jeweils im großen Raum vier Doppelstockbetten, in den zwei kleineren Zimmern jeweils ein Doppelstockbett untergebracht. Ein kleiner weiterer Raum diente zur Gepäckaufbewahrung. Im Untergeschoß kam man vom Flur aus direkt in die Waschräume und von dort aus zu den vier WC s.«[40]

Das Lager Herzog

Am 20. 7. 1938 erklärten sich die Behördenvertreter bei einem Ortstermin mit dem Bauvorhaben der *Montanindustriewerke GmbH* einverstanden, ein Barackenlager am Rande von Hess. Lichtenau zu errichten.[41]

Im offiziellen Sprachgebrauch lautete der Name *Bereitschaftslager Hess. Lichtenau,* es wurde später jedoch nach dem Erbauer und Architekten Herzog aus München benannt. Er plante siedlungsähnliche Unterkunftsgebäude, die wie im Lager Waldhof aus Stein errichtet wurden (Abb. 30). Das Lager wurde 1939 zur gleichen Zeit wie Waldhof erbaut. Zwischen Frühjahr und Winter 1940 wurden die einzelnen Häuser fertig und sofort belegt.

Nach den Plänen sollten insgesamt 1000 Personen im Lager Herzog untergebracht werden, im Krieg mußten sich jedoch bis zu 1200 Arbeiter die 22 Wohnbaracken teilen. Weiterhin hatte das Lager ein Unterkunftsgebäude, ein Fahrrad- und Kohlengebäude, ein Sanitätsgebäude, ein Bade- und Wäschereigebäude, ein Gemeinschaftsgebäude mit Kantine für 1500 Personen, ein Wohnhaus für die Lagerverwaltung, einen Strohschuppen und sechs Luftschutzkeller. Anfänglich lebten im Lager Herzog nur deutsche Arbeiter der Munitionsfabrik, ab 1942 kamen Franzosen, Holländer, Belgier und später auch einige polnischer Nationalität hinzu. Heute ist das ehemalige Lager Herzog Teil der Siedlung Hess. Lichtenau-West.

Das Lager Lenoir

Im Spätsommer 1940 übernahm die Werksleitung das Lenoir-Stift von der Stadt Kassel.

Es bestand aus drei großen Steinbauten, die ursprünglich als Waisenhaus eingerichtet worden waren und zwischenzeitlich als Reservelazarett gedient hatten. Das Lazarett wurde aufgelöst, und die Fabrik Hess. Lichtenau übernahm die Häuser. Ein Haus bewohnten Angestellte des Werkes, während in den beiden anderen vorübergehend deutsche Arbeiterin-

40) ebenda.
41) StA Mbg: 180 LA WIZ Akte A 918. Aktennotiz vom 20. 7. 1938.

Abb. 30
Die heutige Siedlung Hess. Lichtenau-West entstand 1939 als Lager für männliche Fabrikarbeiter.

nen untergebracht waren. Sie siedelten im Spätherbst 1940 in das fertiggestellte Lager Waldhof über.

Eines der freigewordenen Häuser bezogen weibliche Angestellte; es wurde überdies als Gemeinschaftshaus aller Angestellten genutzt. Das andere wurde Werkskrankenhaus für die deutschen und ausländischen Arbeitskräfte, die in der Sprengstoffabrik arbeiteten und in Lagern untergebracht waren.

Das Lager Steinbach

Nördlich der ehemaligen *Hansa-Schwerweberei* in Eschenstruth entstand 1943 das Barackenlager Steinbach. Geplant für rund 300 Personen, diente es der Unterbringung der männlichen Arbeitskräfte der *Fabrik Eschenstruth.*

Das Lager hatte sechs Wohnbaracken, eine Gemeinschaftsbaracke, eine Sanitäts- und Wäschereibaracke, ein Badehaus, ein Waschhaus, ein Haus für den Lagerleiter, eine Baracke für Material und Bauarbeiter, eine Küche, einen Kartoffelkeller und einen Abort.

Fast alle genannten Lager unterstanden der *Wirtschafts- und Sozialabteilung* des Werkes. Jedes Lager hatte einen Lagerführer bzw. eine Unterlagerführerin und einen Wirtschaftsführer. Sie hatten »für die ordnungsgemäße Abwicklung des Lagerlebens«[42] zu sorgen. Später übernahm je ein Oberlagerführer die nördlich bzw. südlich der Fabrik gelegenen Lager. Die SS stellte die Lagerführer zumindest dort, wo Zwangsarbeiter bzw. Kriegsgefangene untergebracht waren.[43] Jeder Komplex verfügte über eine Sanitätsstation. Sanitäter oder Krankenschwestern kümmerten sich hier um die leichten Fälle, bis der Werksarzt auf seiner Tour durch die einzelnen Lager die Behandlung übernahm. Das Werkskrankenhaus im Lager Lenoir versorgte die Patienten stationär.

Der Werksschutz, der für die Sicherung der Fabrik zuständig war, bewachte auch die Lager.

Teichhof und Friedrichsbrück unterstanden dem *Reichsarbeitsdienst,* nachdem dort Arbeitsdienstmänner einquartiert worden waren. Der RAD sorgte für die Verpflegung und medizinische Betreuung. Das Außenkommando des Konzentrationslagers Buchenwald, das im August 1944 im Lager Vereinshaus eingerichtet worden war, unterstand der SS.

Die Siedlung Fürstenhagen

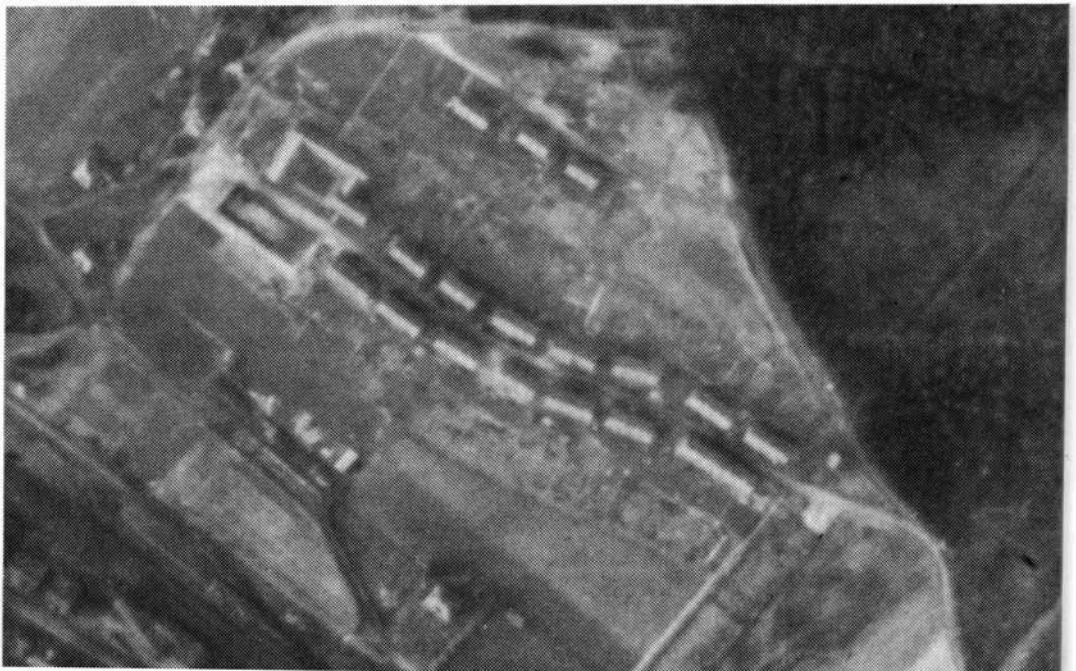
Die Siedlung Fürstenhagen bildete im Vergleich zu den bisher beschriebenen Unterkünften eine Ausnahme. Den mittleren und höheren Angestellten der Fabrik wurde die Möglichkeit gegeben, dort mit ihren Familien in Werksnähe zu wohnen (Abb. 31).

Die Siedlung unterschied sich jedoch nicht nur durch die Bewohner, sondern auch sonst von den Arbeitslagern. 1939 wurden *Am Berg* 15 dreigeschossige Mehrfamilienhäuser in Fachwerkbauweise errichtet, außerdem vier Einfamilienhäuser für Leiter des Werkes und ein Heim für ledige Angestellte (Abb. 32), in dem sich heute das Krankenhaus Fürstenhagen befindet. Die Bewohner der Siedlung unterlagen nicht der sonst üblichen Lagerordnung mit Ausgangsbeschränkung, Kontrollen usw. Trotz finanzieller Vergünstigungen zogen es einige leitende Angestellte vor, mit ihren Familien in größerer Entfernung zu der Fabrik zu wohnen. Sie wußten, daß die Siedlung durch Bombenangriffe und Explosionen besonders gefährdet war.[44]

42) Lagerbeschreibung, S. 3.
43) Gespräch mit Herrn F. am 28. 10. 83.
44) Gespräch mit Herrn F. am 28. 10. 83. Herr F. war leitender Angestellter der Fabrik Hess. Lichtenau.

Abb. 31
Die Siedlung Fürstenhagen wurde 1939 für die leitenden Angestellten der Fabrik Hess. Lichtenau errichtet.

Abb. 32
Britische Luftaufklärer fotografieren die Siedlung Fürstenhagen am 14. März 1945.



Sprengstoffproduktion von 1938 bis 1945

Produktionsabläufe

Die Rekonstruktion der Produktionsabläufe gestaltete sich schwierig: Mehrere Zeitzeugen sagten übereinstimmend aus, die Werksleitung habe kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner angeordnet, sämtliche Betriebsunterlagen zu vernichten. Die *Dynamit Nobel AG* teilte uns auf eine Anfrage hin mit, daß auch in ihrem Archiv in Troisdorf keine Akten über das Werk Hess. Lichtenau vorhanden seien.

Konkretes Zahlenmaterial zum Werk Hess. Lichtenau konnten wir jedoch aus anderen Quellen erhalten. Zur Ergänzung haben wir auf Unterlagen des ehemaligen Schwesterwerkes *Allendorf* bei Marburg zurückgegriffen, sofern diese Angaben mit der Funktionsbeschreibung der Gebäude, dem Werksplan und den Aussagen von Augenzeugen übereinstimmten.

In der Fabrik Hess. Lichtenau wurden zwei Arten Sprengstoff hergestellt und verarbeitet, ein dritter wurde nur abgefüllt. Je nachdem wie die einzelnen Aufbaustufen fertig wurden, gingen die Produktionsanlagen in Betrieb. Solange noch keine vollständigen Betriebsgruppen existierten, wurden Zwischen- und Halbprodukte von anderen Fabriken bezogen bzw. an sie verschickt.

TNT-Produktion

Die Herstellung des zuerst produzierten Sprengstoffes Trinitrotoluol, kurz Tri oder TNT genannt, begann am 1. Juni 1938.[1] TNT wurde aus Toluol, einem Methylbenzol, und Nitriersäure in mehreren Arbeitsschritten gewonnen. Die Produktion erfolgte in drei Stufen:

Toluol	zu Mononitrotoluol	kurz Mono
Mono	zu Binitrotoluol	kurz Bi
Bi	zu Trinitrotoluol	kurz Tri[2]

1) Geschäftsberichte: Geschäftsjahr 38/39, S. 2.
2) Wasserwirtschaftsamt Marburg: Säurebetriebe der Fabrik Allendorf (im folgenden zit.: Säurebetriebe).

Abb. 33
Auch die Betonpfosten des ehem. oberirdischen Dampfverteilungsnetzes werden heute wieder genutzt.

In der Fabrik Hess. Lichtenau bestand die Tri-Betriebsgruppe aus folgenden Gebäuden:

Toluol-Lager	301
Säuremischanlage	302
Mononitrieranlage	334
Mono-Lager	335
Binitrierung	304/305
Bi-Lager	306
Trinitrierung	307
Waschhaus I	308
Waschhaus II	309
Trocknung	310
Granulierung	311
Lager mit Versand	314
Tri-Zwischenlager	401/402[3]

3) Übernahmebericht, Anlage 9.

Anfangs wurde das notwendige Mono z.T. von dem damaligen *IG-Farben-Werk Griesheim* geliefert, da erst im Februar 1940 eine vollständige TNT-Betriebsgruppe in Hess. Lichtenau fertiggestellt war.

Wie die übrigen Grundstoffe der Sprengstoffproduktion wurde es mit der Bahn angeliefert. Vom werkseigenen *Bahnhof Steinholz* aus übernahmen aus Sicherheitsgründen feuerlose Dampflokomotiven den Transport bis ins Werksgelände.

An mehreren Entladerampen wurden die angelieferten Produkte in Lagerhäuser gebracht. Die flüssigen Stoffe pumpte man durch ein weitverzweigtes Rohrsystem in verschiedene Kesselhäuser und unterirdische Tanks, z.B. in das *Toluol-Lager* 301 oder das *Säurelager* 325.

Das oberirdische Rohrleitungsnetz prägte das Aussehen des gesamten Werksgeländes. Rohrstränge liefen kreuz und quer durch die Fabrik. Alle 20 m standen Beton- oder Stahlgerüste, an denen bis zu zehn Leitungen befestigt waren (Abb. 33). Neben Wasserdampfleitungen mit Wärmeisolierung und weiß ummantelten Säureleitungen gab es Druckrohre mit aufgeschweißten Halbzoll-Dampfleitungen. Eine derartige Leitung verband die Gebäude der Tri-Betriebsgruppe miteinander. War ein Herstellungsprozeß abgeschlosen, wurde das Zwischenprodukt in das Gebäude der nächsten Produktionsstufe gedrückt. Dieses »Abdrücken« des Sprengstoffbreis aus den Nitrierbunkern galt als ein äußerst gefährlicher Augenblick bei der TNT-Herstellung.[4]

Der ca. 80^0–90^0 heiße Sprengstoffbrei durfte in der Rohrleitung nicht erkalten, da dies eine Explosion nach sich gezogen hätte. Deshalb wurden die Druckrohre durch die aufgeschweißte Dampfleitung vorher aufgeheizt. Trotzdem kam es immer wieder zu kritischen Situationen, gerade im Winter.

Den Kern der TNT-Herstellung bildeten die drei Nitrieranlagen.[5] Im *Bi-Nitrierhaus* befanden sich, wie wahrscheinlich in den anderen beiden Nitrierhäusern auch, doppelwandige Rührkessel. Jeder war mehrere Meter tief in den Untergrund eingelassen. Ein Rührlöffel in der Größe von ca. 1 x 1 Meter hielt den Sprengstoffbrei in jedem Kessel in Bewegung und vermischte so die Stoffe miteinander. Kühlwasser zwischen Innen- und Außenkessel sorgte dafür, daß die zulässigen Temperaturen für die chemische Reaktion eingehalten wurden.

Nachdem im September 1938 zum ersten Mal eine Nitrieranlage (Nr. 305) explodiert war, wurden Notschalter eingebaut, die es ermöglichten,

4) Gespräch mit Herrn K. am 27. 10. 83.
5) Nitrieren: „organisch-chemische Verbindungen mit starker Salpeter- und Schwefelsäure (Nitriersäure) behandeln, um Verbindungen mit der Nitro (NO_2)-Gruppe zu erhalten". Zit. nach: Wissenschaftlicher Rat der Dudenredaktion (Hrsg.): Duden Fremdwörterbuch. Band 5, Mannheim 1974.

Abb. 34
In der *Denitrierungsanlage* (Nr. 343) findet man nur noch die Überreste unzähliger Maschinen und Kessel, saurefeste Kacheln, Sockel, Halterungen und Rohrleitungen.

den Sprengstoffbrei in kritischen Situationen schlagartig abzulassen.[6]

Das nach den o.g. Produktionsschritten gewonnene Tri enthielt nach der dritten Nitrierung im Gebäude 307 noch Säuren und Verunreinigungen. Daher wurde es im *Waschhaus I* zuerst mehrfach mit heißem Wasser, dann mit einer Bikarbonatlösung und einer Natriumsulfitlösung und anschließend wieder einige Male mit heißem Wasser gewaschen. Eine weitere aufwendige Sulfitwäsche erfolgte im *Waschhaus II.* Das so gefertigte TNT wurde danach im Gebäude 310 im Vakuum getrocknet und anschließend im Gebäude 311 granuliert. Der fertige Sprengstoff wurde im Bunker 314 in Kisten zu je 50 kg abgepackt, gelagert und anfänglich auch versandt.

Durch die Sulfitwäsche im *Waschhaus II* wurden instabile Substanzen wasserlöslich und konnten so aus dem TNT entfernt werden. Die

6) Gespräch mit Herrn K. am 27. 10. 83.

Waschwässer wurden in den Gebäuden unter ständigem Rühren abgekühlt und in Absetzbehälter gedrückt, die in jedem Waschhaus vorhanden waren. Erst anschließend wurden sie intensiv rot gefärbt ins Kanalisationsnetz geleitet.

Die bei der TNT- und Monofabrikation entstandenen Abfallsäuren wurden in Kesseln, z.B. Gebäude 312, zwischengelagert und anschließend in den Gebäuden 313 (Abb. 4) und 343 (Abb. 12; 34) denitriert. Dabei fiel verdünnte Salpetersäure an, die in den gleichen Gebäuden wieder zu hochkonzentrierter Salpetersäure verarbeitet wurde. Die bei der Denitrierung ebenfalls anfallende ca. 70 %ige Schwefelsäure wurde in der Anlage 316 auf 96 % konzentriert und in das *Spaltgebäude* (Nr. 054) (Abb. 18) abgegeben. Dort wurde die Säure in einer reduzierten Flamme verdampft und dabei in SO_2 gespalten. Das anfallende Gas wurde nach Reinigung und Trocknung in der *Kontaktanlage* (Abb. 38) zu SO_3 verarbeitet. SO_3 bildete mit der hochkonzentrierten Schwefelsäure Oleum, das in den Tri-Betrieb *(Oleumlager 324)* zurückgeliefert wurde.[7]

Zur Herstellung einer Tonne TNT wurden folgende Chemikalien benötigt:

1960 kg Oleum (Schwefelsäure mit 5% freiem SO_3)
488 kg Toluol
1030 kg Nitriersäure
50 kg Natriumsulfit
40 kg Bicarbonat[8]

Gleichzeitig mußten für die Produktion einer Tonne TNT bereitgestellt werden:

130kW/h	Strom
110cbm	Wasser
4t	Dampf[9]

Wie aus unseren Unterlagen hervorgeht, erreichte die Fabrik Hess. Lichtenau im Geschäftsjahr 1942/43 mit 29170 Tonnen Trinitrotoluol[10] den höchsten Produktionsausstoß. 1938/39 waren »nur« 5479 Tonnen[11] produziert worden. Somit wurden im Rekordjahr durchschnittlich 81 Tonnen TNT täglich hergestellt. Das Werk verbrauchte damals allein für die TNT-Produktion neun Millionen Liter Wasser pro Tag (Abb. 35).

Explosionen, Arbeitskräftemangel und Rohstoffknappheit, vor allem

7) Säurebetriebe.
8) LAV: Aktennummer IV 1978-126. IG-Fragebogen »Fabrik Allendorf« vom 27. 7. 45 (im folgenden zit.: Industriefragebogen), S. 18, Anlage 1.
9) ebenda.
10) Geschäftsberichte: Geschäftsjahr 42/43, S. 16.
11) Geschäftsberichte: Geschäftsjahr 38/39, S. 8.

Geschäftsjahr (vom 1.4.-31.3.)	Produktionsergebnisse in 1000 kg TNT	Pikrin	Beschäftigte im 4. Quartal (1.1.-31.3.) Arbeiterinnen	Arbeiter	Angestellte	Insgesamt
1938/39	5479	–	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
1939/40	8711	156	232	1373	66	1671
1940/41	20063	1486	1238	1702	275	3215
1941/42	21633	1092	1005	1424	276	2705
1942/43	29170	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.
1943/44	k. A.	k. A.	1523	1985	326	3834
1944/45	24618	2075	2300	1800	293	4393

Quelle: Geschäftsberichte der Verwert-Chemie
k. A. = keine Angabe

Abb. 35
Produktionsergebnisse und Beschäftigungszahlen der Fabrik Hess. Lichtenau von 1938 bis 1945.

in der zweiten Kriegshälfte, zogen ständig Produktionsausfälle nach sich. Auch Ersatzchemikalien und neue Fertigungsmethoden änderten daran wenig.

Mit der Fertigstellung der beiden Füllstationen und der *Tri-Pressereien* konnte das TNT direkt im Werk weiterverarbeitet werden. In den Füllstationen wurde der Sprengstoff in Granaten, Bomben und Tellerminen abgefüllt. Hierzu verflüssigte man ihn und setzte weitere Stoffe hinzu. Die beiden Füllstationen waren gleichgebaut und bestanden jeweils aus mehreren Gebäuden. Die *Füllstation Ost* war durch gerade Bunkernummern (408/410/412...) und die *Füllstelle West* durch ungerade Nummern (409/411...) gekennzeichnet.

Eine Füllstation bestand ursprünglich aus folgenden Gebäuden:

2 Hüllenlager	408/410
Vorbereitungsgebäude	412
Gießhaus	414
Kühlkanal	416
Fertigungsgebäude	418

Die Sprengkörperrohlinge wurden in die *Hüllenlager* angeliefert, ausgepackt und auseinandergebaut. Die Teile der Sprengkörperhüllen, die erst nach dem Füllen wieder gebraucht wurden (z.B. Bombenköpfe und -schwänze), transportierte man direkt in das *Fertigungsgebäude* 418 (Abb. 66).

Ein Gleisnetz verband die Gebäude der Füllstation miteinander. Auf den Schienen liefen Handwagen. Sie nahmen die Rohlinge auf, die zum Füllen oben geöffnet waren. Die Hüllen wurden in einem Heißluftkanal auf die Temperatur des flüssigen Trinitrotoluols erhitzt und im *Gießhaus* mit dem Sprengstoff gefüllt.

»Ein riesengroßer Kessel, in dem der sog. ‚Tri', flüssiger Sprengstoff, fast zum Kochen gebracht wurde, beherrschte den Raum. Dann wurde dieser heiße Tri in 5-Ztr.-Bomben gegossen, in Tellerminen, Wurfgranaten oder was gerade hergestellt wurde. Ich war ein paarmal in der Füllstelle, heißer Dampf, die Arbeiter sahen bespritzt aus, hatten große Schürzen und rührten mit langen Stöcken in dieser Masse, damit sich beim Erkalten keine Blasen bildeten.«[12]

Arbeiter in der Fabrik schoben die Wagen durch einen unterirdischen *Kühlkanal.* Im Abkühlungsprozeß war die Explosionsgefahr besonders groß. Eine dicke Erdschicht bedeckte deshalb die Kühlkanäle. Die Innenwände waren beidseitig gezackt, um das Übergreifen einer Explosion auf die angrenzenden Gebäude zu verhindern. Der *Kühlkanal* endete im *Fertigungsgebäude* 418.

Eine ehemalige Arbeiterin der Fabrik beschreibt ihre Tätigkeit in diesem Gebäude folgendermaßen: »Meine Halle 418 war ein großer rechtekkiger Raum. Durch einen langen unterirdischen Kanal kamen von der Füllstelle auf Schienen die Wagen mit den gefüllten 5-Ztr.-Bomben zu uns nach 418. Immer 6 Stück standen auf einem Wagen. Meine Aufgabe war es, den an der Bombenwand heruntergelaufenen Tri mit einem Spachtel abzukratzen. Dann mußten wir Mädchen die Schrauben für die Flügel der Bomben vordrehen, die Männer zogen sie dann mit Schraubenziehern fest. Dann wurden die Ringe für das Zündloch in Ölpapier eingepackt und oben an die Flügel gehängt. Bereits nach kurzer Zeit bekam ich kastanienfarbiges Haar, die Unterwäsche wurde rot; das kam von dem Tri-Staub.«[13]

Bevor die Sprengkörper für den Transport verpackt wurden, überprüften sie Mitarbeiter der *Heeresabnahmestelle* auf eventuelle Produktionsmängel. Die Prüfstelle, Gebäude 423 (Abb. 9), befand sich auf dem Werksgelände und wurde von einem Wehrmachtsoffizier geleitet.

Die Arbeit in den Füllstationen gehörte zu den gefährlichsten im ganzen Werk. Zwischen April 1943 und März 1944 ereigneten sich in den Füllstellen Ost und West jeweils zwei schwere Explosionen. (Abb. 48;49).[14] Heute noch stehen die Gebäude der ehemaligen *Füllstelle Ost* bis auf das *Gießhaus* und den *Kühlkanal.* Zu dieser Füllstelle gehört auch das Gebäude 444, das im Werksplan nicht eingezeichnet ist. Beim Wiederaufbau der explodierten Anlagen sind vermutlich technische Neuerungen vorgenommen worden. Die Füllstationen wurden jedoch nicht, wie schon 1941 in Allendorf, voll automatisiert. Dies hätte das Risiko für die Arbeiter-/innen erheblich gesenkt.

12) Bericht von Frau L. vom 28. 12. 84.
13) ebenda.
14) Vgl. Kapitel: Unfälle und Explosionen.

Pikrinsäure-Produktion

Als zweiter Sprengstoff wurde ab November 1939 Trinitrophenol (kurz Pikrin oder Pikrinsäure) im Werk Hess. Lichtenau produziert. Pikrinsäure entsteht durch Erhitzen von Salpeter und Phenol. Für die Herstellung standen zwei Anlagen mit einer mittleren monatlichen Kapazität von 173 Tonnen (1944/45) zur Verfügung.[15]

Die Pikrinsäure-Betriebsgruppen bestanden aus folgenden Gebäuden:

Pikrinsäure-Nitrierhaus	352 bzw. 382
Pikrinsäure-Waschhaus	354 " 384
2 Trockenhäuser (Abb. 51)	355 und 356 bzw. 385 und 386
Siebhaus	357 bzw. 387
Säurelager	360 " 390

In verschiedenen Arbeitsschritten wurde die Pikrinsäure gekocht, gewaschen, getrocknet und anschließend granuliert. Vor der Verarbeitung wurde sie im Gegensatz zum Tri nicht wieder verflüssigt, sondern als Granulat abgefüllt. Pikrinsäure diente als Treibmittel für Geschosse, die aus Kartuschen abgeschossen wurden, wie z.B. Gewehrmunition. In einigen der 19 auf dem Werksgelände verstreut liegenden *Pressengebäuden* wurde dieser Sprengstoff in Hülsen abgefüllt und anschließend unter hohem Druck verdichtet.

Die *Pressengebäude* bestanden hauptsächlich aus zwei Teilen. Im vorderen Teil der Gebäude wurden die Hülsen von Hand mit Pikrin gefüllt. Die Sprengstoffmengen mußten genauestens abgewogen werden, da Überfüllungen beim Pressvorgang eine Explosion nach sich gezogen hätten (Abb. 36). Die gefüllten Kartuschen wurden anschließend auf einen Wagen gestellt und unter die Presse gefahren, die sich im Nebenraum befand. Dieser war von dem eigentlichen Abfüllraum durch eine dicke Stahlbetonwand getrennt und hatte nur eine kleine Öffnung zur Beschikkung der Presse. Eine schwere Stahltür verschloß die Öffnung beim Pressen automatisch.

In den Abfüllgebäuden standen meistens mehrere Pressen, die ebenfalls mit schweren Stahlbetonwänden voneinander getrennt waren. Sie verdichteten die Pikrinsäure in 12 bzw. 24 Kartuschen gleichzeitig unter einem Druck von 100-120 atü. Dabei kam es häufig zu Selbstzündungen, die aber nur selten größeren Schaden anrichteten. Die Pressenräume waren so konstruiert, daß sich der Explosionsdruck sofort nach außen abbauen konnte (Abb. 52). Zu diesem Zweck öffneten sich die Decken und Seitenwände aus dickem Stahlbeton trichterförmig ins Freie, die Außenseite war bloß mit einer leichten Bretterwand verschlossen.[16]

15) Geschäftsberichte: Geschäftsjahr 1944/45, S. 8.
16) Gespräch mit Hern K. am 27. 10. 83.

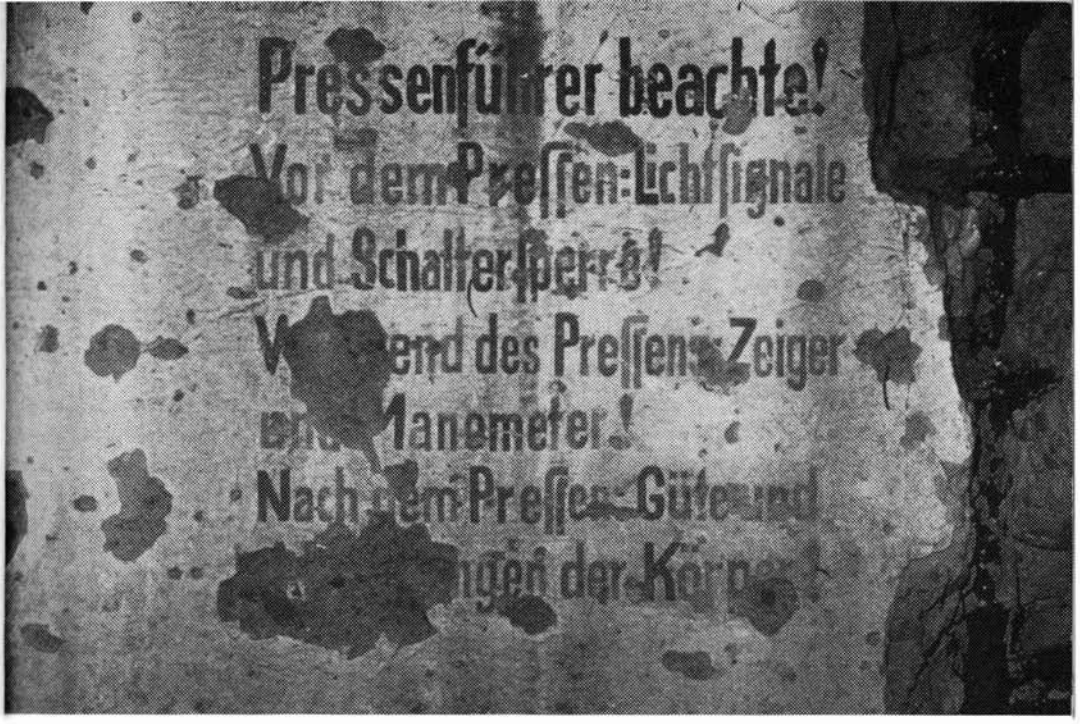


Abb. 36
In einem gesprengten *Pressenhaus* (Nr. 361) fanden wir diese Aufschrift, eine Anweisung für das Bedienungspersonal der Hydraulikpressen.

Die Pressen wurden hydaulisch von einem Wasser-Ölgemisch angetrieben. Mehrere kleine *Pressengebäude* lieferten den dazu notwendigen Druck. Fast jedem *Pressengebäude* war ein *Fertigmachungsgebäude* (Abb. 37) zugeordnet, in denen der gepreßte Sprengstoff versandfertig gemacht wurde.

Auch diese Preßlinge mußten erst von der Heeresabnahme geprüft werden, bevor sie verpackt und verschickt werden konnten.

Nitropenta-Anlage

Es war beabsichtigt, in der Fabrik Hess. Lichtenau auch den Sprengstoff Nitropenta herzustellen. 1940, nachdem schon umfangreiche Baumaßnahmen durchgeführt worden waren, ließ das *Heereswaffenamt* die Arbeiten an den Nitropenta-Produktionsbunkern mit den 100er Nummern stoppen.[17]

17) Geschäftsberichte: Geschäftsjahr 40/41, S. 4

Abb. 37
Dieses *Fertigmachungsgebäude* (Nr. 367) war den Pressen in den »Karpaten« zugeordnet. Schmale Wege im Wald, mit Betonplatten befestigt, verbanden die Gebäude miteinander.

Allerdings wurde dieser leicht entzündliche Sprengstoff in Hirschhagen verarbeitet. Das aus anderen Werken der Verwert-Chemie bezogene Nitropenta diente in erster Linie der Herstellung von Zündladungen, die ebenfalls in *Pressengebäuden* gefertigt wurden. Mit Sprengkapseln versehene Aluminiumhülsen wurden von Hand mit Nitropenta gefüllt, gebörtelt und anschließend verpreßt. Hierzu dienten die *Pressen* mit den 300er Nummern im westlichen Teil des Werksgeländes, den sogenannten *Karpaten*. In *Fertigungsgebäuden* und *Zwischenlagern* wurden die Zündladungen anschließend abgenommen und verpackt. Allein im August 1944 wurden 950000 große Zündanlagen in Hess. Lichtenau gefertigt.[18]

Am 17. 3. 1941 zerstörte eine Explosion ein *Nitropenta-Zwischenlager*. Das Gebäude wurde »völlig dem Erdboden gleichgemacht... an Stelle des Hauses 370 (gähnte) ein ca. 2 Meter tiefer Krater«.[19] 15 Menschen wur-

18) Rü-Kdo: Anlage zum Lagebericht August 1944.
19) Rü-Kdo: 17. 3. 41. Dort auch die folgenden Zitate des Abschnitts.

Abb. 38
Die alte *Kontaktanlage* (Nr. 056) der *Säurespaltanlage*; links im Bild der hohe Werksschornstein.

den getötet, »ohne daß auch noch eine Spur von ihnen gefunden werden konnte«. Nach einer Untersuchung stellte das *Rüstungskommando Kassel* abschließend fest: »Die Bauweise, sowie die räumliche Entfernung der einzelnen Fertigungsstätten hat sich insofern bewährt, als größere Zerstörung umliegender Fabrikationsräume vermieden wurden.«

Säure-Spaltanlage

Aufgrund der sich im Laufe des Krieges verschlechternden Transport- und Rohstofflage gewann die werkseigene Herstellung bzw. Rückgewinnung von Chemikalien immer größere Bedeutung.

Schon ab 1940 wurden in der Fabrik Hess. Lichtenau die Abfallsäuren in einer eigenen *Denitrierungs-* und *Konzentrationsanlage* aufbereitet. Um eine Tonne hochkonzentrierte Schwefelsäure herzustellen, mußten u.a. 19 kW/h Strom, 41 cbm Wasser und 210 kg Braunkohle eingesetzt werden.[20]

20) Industriefragebogen, S. 18, Anlage 2.

Die 1943 fertiggestellte *Spaltanlage* war für eine Leistung von 75 Tagestonnen konzipiert worden. Sie benötigte für die Herstellung von einer Tonne Oleum 37 kW/h Strom, 22 cbm Wasser und 240 kg Braunkohle.[21]

Eine eigene kleine Kläranlage (Nr. 076) am Ostrand des Kühlteiches neutralisierte die sauren teer- und phenolhaltigen Abwässer aus der *Spaltanlage*.

Allgemeines zur Produktion

Die Zechen *Glimmerode* und *Hirschberg* versorgten die Munitionsfabrik mit Braunkohle. Wachsender Bedarf und mangelnde Bevorratungseinrichtungen führten sogar zum Stillstand der Produktion wegen Kohlemangels. Das Kriegstagebuch des *Rüstungskommandos Kassel* gibt den Tagesbedarf am 11. 1. 1941 mit 250 Tonnen an, am 17. 12. 1941 sind bereits 340 Tonnen täglich nötig.[22]

Der Ausbau der innerbetrieblichen Schienen- und Verladeanlagen wurde nicht mit der gleichen Dringlichkeit wie die Erweiterung der Produktionsanlagen vorangetrieben. Im Herbst 1940 spitzte sich die Situation zu: Mitte September 1940 verstopften über 200 Waggons mit Rohstoffen, Kohle und Baumaterialien die Gleisanlagen vollkommen: Die Reichsbahn lehnte es ab, das Werk weiterhin anzufahren.[23] In den Wintermonaten desselben Jahres führten fehlende Transportwaggons und hohe Schneeverwehungen zu einer Vergrößerung des Kohlemangels. Bis 1942 kam es immer wieder zu Versorgungsengpässen.

Erst nach der Fertigstellung eines *Kohlehochbunkers*, der über eine Seilbahn mit dem Abbaugebiet Hirschberg direkt verbunden war, entspannte sich die Versorgungslage der Fabrik. In fünf großen Schütten wurde die Kohle im Hochbunker gelagert und je nach Bedarf mit der Werksbahn in der Fabrik verteilt (Abb. 20). Die beiden großen Kraftwerke verfügten jeweils über einen kleineren Bunker (Nr. 542, Nr. 544), in denen die Kohle zwischengelagert wurde.

Die Kraftwerke und das *Kesselhaus* in der Nähe des Hochbunkers versorgten die Fabrik nicht nur mit Elektrizität, sondern lieferten auch heißen Wasserdampf. Er wurde für die zentrale Beheizung sämtlicher Gebäude und als Prozeßdampf für die Produktion in großen Mengen benötigt. Abbrand und Abfälle aus der Sprengstoffherstellung wurden auf dem *Brandplatz* am nördlichen Rand des Werksgeländes (Nr. 905)

21) Industriefragebogen, S. 18, Anlage 3.
22) Rü-Kdo: 11. 1. 41 und 17. 2. 41.
23) Rü-Kdo: 10. 9. 40.

gelagert und anfangs verbrannt.[24] Ab 1942 lagerte man direkt daneben die Neutralisationsschlämme aus der Kläranlage ab. Diese giftstoffhaltige Rückstandshalde bedeckte am Ende des Krieges eine Fläche von ca. 140 Metern Länge und 100 Metern Breite (Abb.56; 57).

Zahlreiche Fundamente und Rohbauten zeugen noch heute davon, daß bis zum Produktionsende an Erweiterungs- und Ersatzbauten bzw. Erschließungseinrichtungen gearbeitet worden ist. Ausdehnung, Zerstörung von Anlagen und wechselnder Bedarf haben dazu geführt, daß während der Produktionszeit verschiedenste Arten von Sprengkörpern hergestellt worden sind. Neben der aufgeführten Munition, den Tellerminen, Werfer-Granaten und Bomben sind u.a. auch Seeminen und andere Marinemunition im Werk Hess. Lichtenau gefertigt worden. Die Auflistung einer *Marineabnahme* in der Bunkerliste bestätigt diese Tatsache.

Verwaltet wurde die Fabrik Hess. Lichtenau vom Zentralbüro der Verwert-Chemie in Troisdorf, dem Sitz der *Dynamit-Aktien-Gesellschaft.* Jede Bestellung, Ein- und Ausgang von Rohstoffen, Maschinen und anderen Produkten sowie die Abrechnung der fertigen Erzeugnisse liefen über Troisdorf. Die Fabrik selber durfte nur Waren bis zu einer Höhe von 300,– RM sowie Rechnungen der Kantinenverpflegung und die Kosten der Pendelbusse für die Arbeitskräfte begleichen. Lohn- und Gehaltsabrechnungen wurden von der Fabrik durchgeführt, jedoch in Troisdorf gebucht. Daneben war die Fabrik Hess. Lichtenau noch für die wirtschaftlichen Belange der Arbeitslager zuständig. Die gesamte Bilanzierung auf der Grundlage wöchentlicher Berichte über Produktionsausstoß, Rohstoffverbrauch usw. führte das Zentralbüro durch.[25]

Was, für wen, in welcher Menge und mit welchen Arbeitskräften produziert werden sollte, wurde vom *Rüstungskommando IX* unter Absprache mit der Zentrale der Firma festgelegt. Das Rüstungskommando kontrollierte als unterste Instanz Firmen im gesamten nordhessischen Raum. Seine Hauptaufgabe war, dafür zu sorgen, daß die Vorgaben aus Görings Vierjahresplan real durchgesetzt wurden. Das *Rüstungskommando IX* hatte somit einen entscheidenden Einfluß auf die Produktion der Munitionsfabrik Hess. Lichtenau.[26]

24) Gespräch mit Herrn G. am 14. 2. 84.
25) History, S. 3.
26) »Das Aktenmaterial des *Rüstungskommandos Kassel* [...] stammt aus dem Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg i. Br. Beide Institutionen sind Instanzen zur Beaufsichtigung der Kriegswirtschaft. Das Rüstungskommando Kassel war in Nordhessen die unterste Instanz der Organisation der Kriegswirtschaft und unterstand der Rüstungsinspektion Kassel, der mittleren Instanz, direkt. Die räumliche Ausdehnung des Rüstungskommandobereiches umfaßte in etwa das Gebiet Nordhessens, der Kompetenzbereich der Rüstungsinspektion IX war mit dem Wehrbereich IX, Kurhessen, identisch. Dem Rüstungskommando waren zwischen 57 bis 60, der

Schon im Kriege war bekannt, daß die Fabrik Hess. Lichtenau unter den 27 Werken der Verwert-Chemie die umweltschädlichste war. Die Firmenleitung war erst nach zähem Verhandeln bereit, für die Abwasserschäden aufzukommen. Im Geschäftsbericht von 1941/42 heißt es: »Entschädigungen wurden erst nach Einholung von sachverständigen Gutachten und nach Befragung staatlicher Stellen (Reichsnährstand, staatl. Fischereiamt) gezahlt. Prozesse mit den Betroffenen konnten durch Verhandlungen, die teilweise erheblichen Umfang annahmen und oft außerordentliche Mühen bereiteten, vermieden werden.«[27]

Die Verwert-Chemie bezahlte für Rauch- und Abwasserschäden der Fabrik Hess. Lichtenau folgende Summen an Geschädigte:

1941/42	260731,– RM
1942/43	128190,– RM
1943/44	keine Angaben
1944/45	81182,– RM[28]

Während der gesamten Produktionszeit blieben die Aufbereitung und »Beseitigung« des chemisch verseuchten Abwassers der Fabrik Hess. Lichtenau ein ungelöstes Problem. Schon kurze Zeit nach der Aufnahme der Produktion kam es zu schwersten (Umwelt-)Schäden entlang der Losse. Der Abwasserreinigung kam dennoch eine bloß untergeordnete Rolle zu, da man sich ganz auf den Ausbau der Sprengstoffproduktion konzentrierte. Während in kürzester Zeit ein Bunker nach dem anderen hochgezogen wurde, entstand die Kläranlage erst drei Jahre nach Anlaufen der Produktion. Dies bedeutete, daß über drei Jahre lang sämtliches giftiges Industrieabwasser der Fabrik Hess. Lichtenau gänzlich ungeklärt in die Losse, ein Teil davon ab 1941 direkt in die Fulda eingeleitet worden ist.[29] Das saure Abwasser war mit Nitroverbindungen verunreinigt und reagierte sehr aggressiv. Es entstand in erster Linie bei der Herstellung von Trinitrotoluol (TNT), Trinitrophenol (Pikrin) und bei der Schwefelsäure-Konzentration.

Die Abwasserbeseitigung auf dem Werksgelände war sehr schwierig:

Rüstungsinspektion zu Beginn 337, gegen Kriegsende 520 Betriebe unterstellt. Die von ihnen erstellten Tagebücher bzw. Lageberichte beginnen mit der Mobilmachung im August 1939 und enden im Oktober 1944, was wahrscheinlich der chaotischen Situation bei Kriegsende zuzuschreiben war.« Zit. nach: T. Ewald, C. Hollmann: Studien zu den Lebensbedingungen ausländischer Zwangsarbeiter in Kassel 1940–1945. Gesamthochschule Kassel 1981, S. 202.

27) Geschäftsberichte: Geschäftsjahr 41/42, S. 25.
28) ebenda.
29) Gespräch mit Herrn S. am 4. 12. 83.

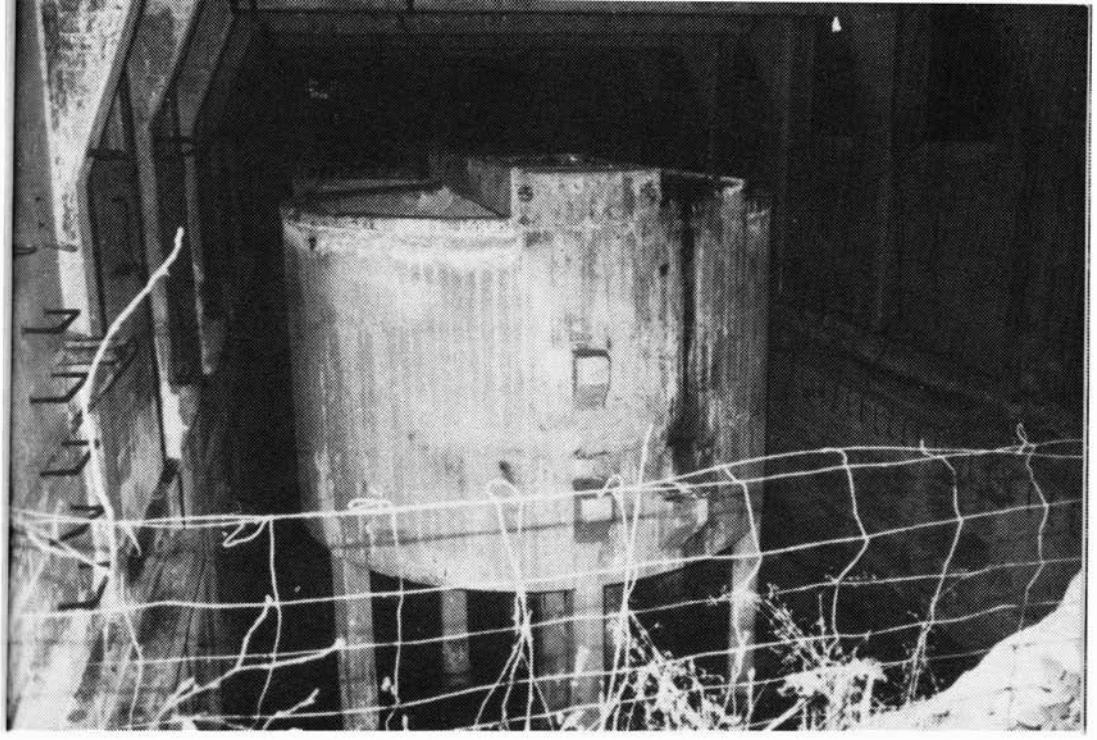


Abb. 39
Zu Beginn der Sprengstoffproduktion wurde das hochsaure Abwasser in diesem Gebäude (Nr. 318) mit Kalk vermischt. Nach dem Ausbau der Neutralisationsanlage dienten die Bottiche zum Anrühren von Kalkmilch.

Die verschiedenen Abwässer mußten in getrennten Kanälen abgeleitet werden, denn ein Mischen hätte zur Explosion führen können. Wie gefährlich das Abwasser war, kann man heute noch an explodierten Kanälen in Hirschhagen sehen.[30]

Ein Teil des Abwassers wurde in Absetzbecken, sogenannten *Schikanen*. vorgefiltert und dann in einen der Kanäle geleitet, die saures Wasser aufnahmen. Sie gelangten an drei Stellen in die Losse: durch den Rohrgraben, den Steinbach und einen Kanal am Bahnwärterhäuschen Fürstenhagen. Das Säureabwasser im Rohrgraben verbreitet im Lager Waldhof bei ungünstigen Windverhältnissen einen derartigen Gestank, daß sich dort kaum noch jemand aufhalten konnte.[31]

Mit der Fertigstellung eines 22 km langen Kanals, der einen Teil des Industrieabwassers direkt bei Kassel-Sandershausen in die Fulda einlei-

30) Entfällt.
31) Rothemann, S. 17

Bauleitung Helsa
der
DYNAMIT-ACTIEN-GESELLSCHAFT
vormals ALFRED NOBEL & CO.

Drahtwort: Dynamit Helsa
Fernruf: Amt Oberkaufungen Nr. 271

An den
Herrn Bürgermeister
W o l f s k e i l ,

E s c h e n s t r u t h .

Ihre Zeichen:	Ihr Schreiben v.	Unsere Zeichen:	Helsa, Kreis Kassel
		HB/H.	16. 7. 41.

Betrifft:

Sehr geehrter Herr Wolfskeil!

Die Bauleitung nahm vor kurzem mit Ihnen wegen Regulierung des Steinbaches Rücksprache. Bei dieser Gelegenheit gab die Bauleitung Ihnen bekannt, dass die D.A.G. die Kosten der Regulierung des Steinbaches längs des Fabrikgeländes selbst übernimmt. Da Sie wohl dieses Entgegenkommen, das der Gemeinde Eschenstruth gebracht wird, wohl erkennen können, bittet die D.A.G. Bauleitung Helsa um die Genehmigung, dass wir die Einfriedigung längs des Steinbaches auf das entgegengesetzte Ufer des Steinbaches setzen und dort aufstellen dürfen. So viel wie uns bekannt ist, grenzt die Gemeinde oder Herr Landwirt Heinemann mit einem Wiesengrundstück an den Steinbach. Wir bitten, uns die Erlaubnis schriftlich einzusenden, damit wir mit unserem Aufbau nicht behindert werden, weil die Angelegenheit sehr eilt.

Ihrer baldigen Antwort sehen wir entgegen und begrüssen Sie mit

Heil Hitler!
Dynamit-Actien-Gesellschaft
vormals Alfred Nobel & Co.
Betrieb Helsa

Sämtliche Zuschriften erbitten wir in 2 Ausfertigungen!

Dok. 1 Die D.A.G. verhandelte mit dem Bürgermeister von Eschenstruth über die Regulierung des Steinbaches, in den Fabrikabwasser eingeleitet wurde.

tete, konnte die Säurekonzentration im Vorfluter aufgrund steigender Produktion nur kurzfristig reduziert werden. Die Losse war nach Augenzeugenaussagen bis zum Kriegsende ein »stinkender, braungelber Bach«, dessen Wasser sämtliche (Strom-)Mühlen zersetzte und in dem keinerlei Leben mehr auszumachen war.[32]

Auch die Mitte 1941 in Betrieb genommene *Neutralisation* (Kläranlage) konnte die Abwasserprobleme nicht beseitigen. In mehreren Gebäuden und Becken versuchte man, einen Teil des sauren und giftigen Abwassers mit Hilfe von Ätzkalk zu neutralisieren (Abb. 39; 40). Der hierzu eingesetzte Kalk wurde aus den Abscheidebecken (Abb. 63; 64) als Gipsschlamm abgefiltert und auf einer Halde am *Brandplatz* gelagert. Trotzdem kam es auch nach Fertigstellung der Kläranlage immer wieder vor, daß auch das am stärksten verseuchte Abwasser völlig ungeklärt in den Rohrgraben eingeleitet wurde. Plötzlich steigende Abwassermengen zwangen die Bediensteten dazu, »die Schieber zu öffnen, um die Brühe in den Bach abzulassen«.[33]

Die Anlage arbeitete aber auch im Normalbetrieb völlig unzureichend. Dies wird aus den Eintragungen in den *Wasserbuchakten* des *Regierungspräsidenten Kassel* deutlich: Am 17. 3. 1943 wurde ein Antrag der Montan erörtert. Die Firma wollte das Abwasser aus einer kleinen Kläranlage des Lagers Waldhof in die Losse einleiten. Wir haben im folgenden den Inhalt des Protokolls zusammengefaßt, besonders wichtige Passagen sind wörtlich zitiert:[34]

Zu Beginn der Erörterung wurde festgestellt, daß es nicht um die Einleitung von Fabrikabwasser durch den Rohrgraben in die Losse geht, sondern nur um die Einleitung des Abwassers aus der Kläranlage des Lagers Waldhof.

Gegen die Abwassereinleitung aus der Kläranlage hatte niemand Bedenken. Darauf ergriff der Bürgermeister Wolfskeil aus Eschenstruth das Wort und erläuterte im Namen von 31 Widersprechenden deren Einwände, die sich nun doch allein auf das Fabrikabwasser bezogen. Der Bürgermeister erklärte: »Oberhalb der Gemeinde Eschenstruth würden Fabrik-Abwässer zunächst unterhalb des Bahnwärterhauses Fürstenhagen eingeleitet – die nächste Stelle [...], sei da, wo die unterirdische

32) Gespräch mit Herrn S. am 4. 12. 83.
33) Gespräch mit Herrn M. am 12. 9. 84.
34) StA Mbg: Wasserbuchakten des RP Kassel 401-35. Akte V 2093. Protokoll einer mündlichen Erörterung am 17. 3. 1943.

Abb. 40
Durch offene Kanäle floß das Abwasser zunächst in kleinere Vorklärbecken, danach in die großen Absetzbecken.

Abwasserleitung, die in den Haargraben bei Kassel führt, bei der Haltestelle Eschenstruth neben der Losse herläuft. Hier tritt häufig Abwasser unter starker Schaumbildung aus der Rohrleitung aus und gelange in die Losse. Die meisten Abwässer würden in der Gemeinde Eschenstruth – unterhalb des Bereitschaftslagers [Lager Waldhof, Anm.d.Verf.] – der Losse durch den Rohrgraben zugeführt, in den bereits im Fabrikgelände die Abwässer eingeleitet würden.«

In den letzten Jahren war dadurch größerer Schaden auf den Wiesen unterhalb der Losse entstanden. Bei Hochwasser lief das verseuchte Wasser über die Wiesen und beeinträchtigte den Graswuchs erheblich. »Eine Wässerung der Wiesen sei nicht mehr möglich, seitdem das Abwasser in die Losse fließe.«

Daraufhin erfolgte eine Besichtigung der angeführten Schäden: »In der Tat. Zahlreiche, zum Teil recht große, völlig kahle Stellen auf den Wiesen.« Der Sachverständige erklärte dazu, daß »unbedingt ein Zusammenhang mit der Zusammensetzung des Lossewassers infolge der Einleitung

Abwässer« bestand. Der Vertreter des *Fischereiamtes* bekräftigte die Aussage, indem er anführte, daß seit der Einleitung der Fabrikabwässer sämtliche Wasserpflanzen in der Losse vernichtet waren. Der Bürgermeister wies darauf hin, daß die Gesellschaft zur Verwertung chem. Erzeugnisse 1940 Schadenersatz an die Wiesenbesitzer gezahlt hatte. Daraufhin erklärte der Vertreter der Verwert-Chemie: »... auch für 1939, 1941 und 1942 wird Schadenersatz in begründeten Fällen geleistet. Es gab Verzögerungen, weil für die alten Fälle noch das Büro Troisdorf zuständig war – aber die neuen Forderungen werden von der hiesigen Betriebsverwaltung abgegolten. Es wird dauernd daran gearbeitet, die Abwässer, soweit technisch überhaupt möglich, zu reinigen. Erst jetzt haben Versuche zu einem befriedigenden Ergebnis geführt, deshalb wird der Verleihungsantrag für die Einleitung der Fabrikabwässer erst jetzt gestellt. Die Fabrik hat die Reichsanstalt für Wasser- und Luftgüte um ein Gutachten gebeten. Sobald das Gutachten vorliegt, wird der Verleihungsantrag gestellt. Verschiedene im Bau befindliche Einrichtungen werden in Kürze fertiggestellt. Die Betriebsleitung hoffe, daß dadurch eine wesentliche Verbesserung erzielt werde.«

Die Widersprecher regten daraufhin an, »die Einleitungsstelle der Abwässer aus dem Rohrgraben an die Stelle zu verlegen, wo die Abwässer der Kläranlage (des Lagers Waldhof) in die Losse fließen. Dadurch könnten ca. 20 Morgen Wiesenfläche wieder bewässert werden, da der Bewässerungsgraben heute unterhalb der Einleitungsstelle liege. Dadurch könnte das Lossewasser, was dann künftig nur durch die oberhalb beim Bahnwärterhaus Fürstenhagen eingeleiteten Abwässer verunreinigt sei, zum Wässern benutzt werden.«

Die Gesellschaft erklärte sich daraufhin bereit, die Einleitungsstelle sobald wie möglich zu verlegen. Als der Bürgermeister eine Entschädigung für die Beeinträchtigung der Gemeindejagd durch die Siedlung Waldhof und für die Vernichtung der Fischerei im Rohrgraben forderte, verwies der Verhandlungsleiter auf das ja nun anstehende Verleihungsverfahren der Einleitungsgenehmigung für das Fabrikabwasser. Erst dann könnte über weitere Entschädigungen entschieden werden, da ein »Verleihungsverfahren ein Antragsverfahren ist, d.h., die Verleihungsbehörde kann erst tätig werden, wenn der Antrag gestellt ist. Die Wasserpolizeibehörde könne theoretisch die Einleitung verbieten, es sei aber selbstverständlich, daß eine solche Anordnung bei dem ganzen Charakter des Betriebes z. Zt. nicht in Frage komme.« Im übrigen besaß man das »Vertrauen in die Betriebsleitung, daß sie aus eigenem Verantwortungsbewußtsein von sich aus alles tue, um die Schädlichkeit der Abwässer soweit herabzumindern, wie dies nach dem Stand der Wissenschaft überhaupt möglich sei. Wenn trotz ernsten Bemühungen Schäden nicht zu

verhindern seien, müßten sie in der heutigen Zeit in Kauf genommen werden. Allerdings müssen Unternehmer für alle nicht vermeidbaren Schäden Ersatz leisten, so bedauerlich es auch sei, daß auf diese Weise das für unsere Volksernährung so wichtige Viehfutter verloren gehe.«

Allein die Verlegung der Einleitungsstelle des Rohrgrabens wurde noch bis Produktionsschluß durchgeführt. Der damit verbundene Bau von Kaskaden konnte jedoch die Schadstoffbelastung der Losse nicht reduzieren (Abb. 21). Die von den Werksvertretern angekündigte Verbesserung der Abwasserqualität entpuppte sich als reines Lippenbekenntnis. Bis Kriegsende ist ein Antrag auf Einleitung des Fabrikabwassers nicht gestellt und somit auch nicht genehmigt worden.[35]

Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen für das Werk

Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen der Sprengstoffabrik Hess. Lichtenau lassen sich in drei Kategorien unterteilen:

Geheimhaltung nach außen, Tarnung, Sicherheitsvorkehrungen im Innern.

Geheimhaltung

Schon die offizielle Namensgebung der Sprengstoffabrik verdeutlicht, daß man bedacht war, Existenz und Zweck des D.A.G.-Werkes zu verheimlichen. Der Name *Fabrik Hessisch Lichtenau der Gesellschaft zur Verwertung chemischer Erzeugnisse m.b.H.* konnte kaum Mißtrauen wecken. Dasselbe gilt für die *Montan Industriewerke G.m.b.H.*, die in rein militärischem Interesse handelte. Sie trat in allen behördlichen und privaten Angelegenheiten als offizielle Eigentümerin auf.[36]

Von Baubeginn an bis zum Kriegsende schürten verstärkte Polizei- und Gestapokontrollen in der Bevölkerung das Mißtrauen gegeneinander und schürten die Angst vor Repressalien. Auch wer nicht in der Munitionsfabrik beschäftigt war, sollte davon abgehalten werden, Wissen oder Vermutungen mitzuteilen. Nur hinter vorgehaltener Hand wurde öffentlich über das Werk gesprochen. Das Wort von der *Mohrenkopffabrik* tauchte als ironische Bezeichnung für das Sprengstoffwerk auf. Auch in der Verwaltung der Verwert-Chemie erhielt das Werk einen offiziellen Tarnnamen. Die Fabrik Hess. Lichtenau wurde *Friedland*, die Fabrik Eschenstruth *Esche* genannt.

35) StA Mbg: Wasserbuchakten 401-35. Akte KS-Land 236. Schreiben des RP an die Montan-Industriewerke Hess. Lichtenau vom 24. 2. 54.
36) Vgl. Kapitel: Aufbau der Munitionsfabrik.

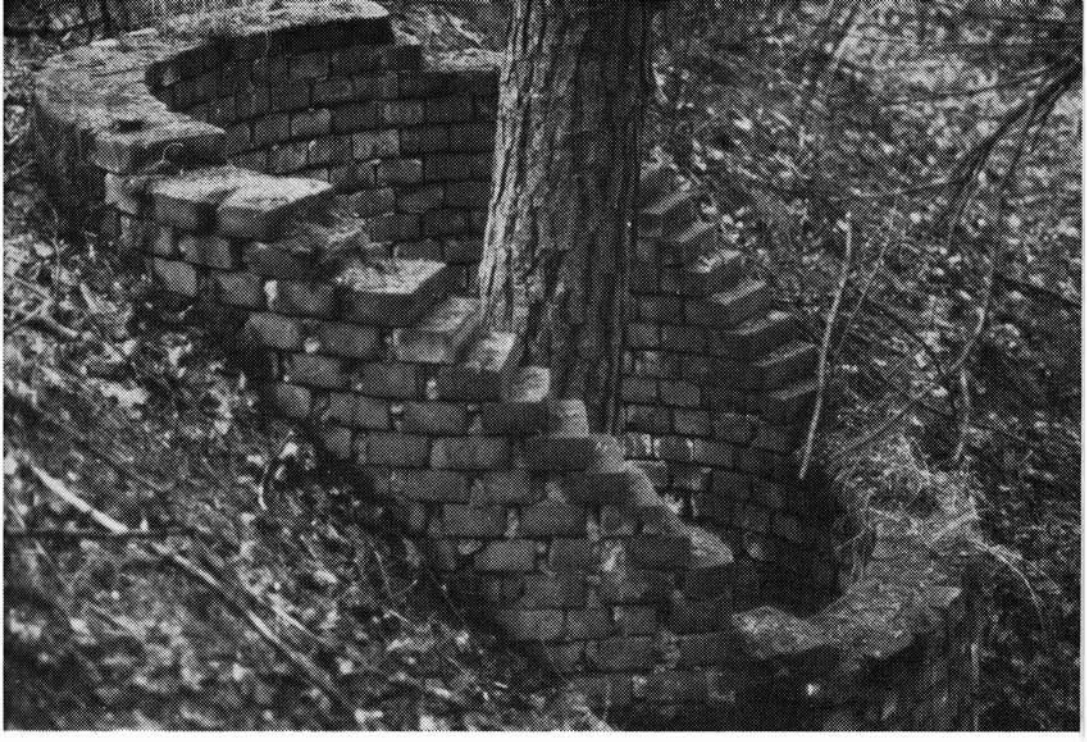


Abb. 41

Zur natürlichen Tarnung wurden große Bäume benötigt. Im Bereich von künstlich aufgeschütteten Erdwällen sollte die Ummauerung ein frühzeitiges Absterben verhindern.

Unter Androhung von Strafen wurden die Beschäftigten bei ihrer Einstellung und Entlassung verpflichtet, über ihre Tätigkeit vollkommenes Stillschweigen zu wahren. Unsere Gesprächspartner meinten, man habe sich »aus Angst« im allgemeinen an dieses Verbot gehalten.[37]

Dennoch wußte man weit über die Region hinaus über die Anlage im Wald oberhalb Fürstenhagens Bescheid. Schon 1938 berichtete *Radio Luxemburg* vom Bau der Munitionsfabrik Hess. Lichtenau. Der Sender erwähnte das Werk als Beispiel für die Aufrüstung des nationalsozialistischen Deutschlands.[38]

37) Gespräch mit Herrn K. am 27. 10. 83.
38) Gespräch mit Herrn H. am 23. 8. 84.

Abb. 42
In solchen Halterungen wurden Bäume auf den Bunkerdächern angebracht, um von Anfang an eine möglichst gute Tarnung zu gewährleisten.

Tarnung
Die ganze Anlage des Werkes wurde so geplant, daß sie optimal getarnt war. Weder von den umliegenden Ortschaften aus noch von den Straßen oder aus der Luft sollte die Produktionsstätte auszumachen sein.

Die Landschaft bot die besten Voraussetzungen dafür. Der dichte Waldbestand sollte die Anlage verstecken. Sie wurde so in das Gelände eingefügt, daß die »natürliche Tarnung« so wenig wie möglich entfernt werden mußte. Um die Bäume im Bereich von Erdaufschüttungen zu erhalten, wurden ihre Stämme zuvor ummauert (Abb. 41).

Die Straßenführung war bewußt unübersichtlich gehalten. Man legte die Hauptwege, die das ganze Werk durchzogen, in bestehende Waldwege oder Schneisen (Abb. 14; 15). Am Straßenrand stehende Bäume überdeckten die Fahrbahnen.

Mehrfachgleise und der künstlich angelegte *Kühlteich* wurden bei Fliegeralarm mit Tarnnetzen überzogen. Nur wenige Gebäude ragten mehr als ein Stockwerk über die Erde hinaus.

Das auffälligste Merkmal der Tarnung, bewachsene Gebäudedächer, prägen noch heute das Aussehen einiger Bunker in Hirschhagen. Eine immergrüne Bepflanzung sorgte dafür, daß die Gebäude, von oben gesehen, im angrenzenden Wald verschwanden. In eine 50 bis 80 Zentimeter hohe Erdaufschüttung auf den Dächern wurden Sträucher und flachwurzelnde Nadelbäume gepflanzt. Einige Bunker verfügten über gezackte Dachkanten, damit die Gebäudeumrisse aus der Luft schwer zu entdekken waren (Abb. 43). Zweischalige Dachaufbauten sollten der besseren Be- und Entwässerung dienen. Vermutlich wurden die unterschiedlichen Dachkonstruktionen während des Werksaufbaus entwickelt.

Um schon von Beginn an eine gute Tarnung der Bunker zu sichern, befestigte man Bäume auf den Dächern in Halterungen, bis der Bewuchs ausreichend erschien. Werksgärtner brachten weitere Bäume und Pflanzen an den Dachkanten an.[39] Die Halterungen dafür sind noch heute an den Bunkern zu erkennen (Abb. 42). Wenigstens einige Gebäude in besser einsehbaren Gebieten des Werksgeländes waren überdies mit grüner Farbe gestrichen, so z.B. der Bunker am *Kühlteich* (Nr. 520) und der *Kohlehochbunker* (Nr. 586) an der Straße Helsa–Friedrichsbrück.

Unter dem Gesichtspunkt der Tarnung erscheint uns der Bau der *Spaltanlage* auf dem Werksgelände unverständlich: Den sonst bis ins Detail ausgeklügelten Tarnungsmaßnahmen stand hier der Bau mehrgeschossiger Fabrikationshallen und eines 30 bis 40 Meter hohen Schornsteines gegenüber.

Ob die Alliierten das Werk jemals zum Kriegsziel erklärt haben, konnten wir nicht in Erfahrung bringen. Fest steht, daß die Fabrik nicht ein einziges Mal angegriffen worden ist, obwohl sie einen entscheidenden Anteil an der gesamten Sprengstoffproduktion des Dritten Reiches gehabt hat. Die häufig geäußerte Vermutung, daß die Fabrik von den alliierten Bomberverbänden nicht auszumachen war, kann nicht aufrecht erhalten werden. Uns vorliegende Luftaufnahmen aus den Jahren 1944 bzw. 1945[40] zeigen, daß die Fabrik auch aus großer Höhe eindeutig zu erkennen war. Neben langen Rauchfahnen der Kraftwerke und der *Säurespaltanlage* verrieten in Bau oder in Wiederaufbau befindliche Gebäude die Lage und Ausdehnung des Werkes. Durch Explosionen, Brände und Säure beschädigter Baumbestand trug das Übrige zur Enttarnung bei (Abb. 44). Auch eine massierte Flugabwehr hätten die Angreifer nicht befürchten müssen, da in der Nähe des Werkes nur leichte Flak gegen Tiefflieger stationiert war.

39) Rothemann, S. 8.
40) University of Keel, Great Britain, Air Photo Library: Luftaufnahmen der Royal Air Force vom Werk Hess. Lichtenau vom 18. 6. 44 und 14. 3. 45.

Abb. 43
Das alte *Feuerwehrgebäude* (Nr. 558): Um die Tarnung der Gebäude zu verbessern, wurden die Dachkanten in späteren Bauabschnitten mit Zacken versehen.

»Der Einwand, daß für diesen Zweck [Verteidigung der Werke Hess. Lichtenau und Allendorf, Anm. d. Verf.] Jäger nicht zur Verfügung stünden, dürfte bei der augenblicklichen Lage und bei der kriegsentscheidenden Wichtigkeit der Sprengstoffwerke nicht erhoben werden, da die gesamte Kriegsführung (V 1!!) von der Erhaltung der Sprengstoffwerke abhängt«[41], heißt es in der Anmerkung zum Kriegstagebuch des *Rüstungskommandos Kassel* vom 1. Juli 1944. Gerade weil die militärische Führung dem Sprengstoffwerk Hess. Lichtenau große Bedeutung beimaß, eröffnet sich die Frage, warum die Fabrik bis Kriegsende nicht aus der Luft angegriffen wurde.

Sicherheitsvorkehrungen im Innern

Das Werk war von einem Netz von Sicherheitsbestimmungen überzogen, die einerseits die Gefahr von Explosionen und deren Auswirkungen mindern, andererseits die Geheimhaltung sichern und Sabotageakte verhindern sollten.

Durch Planung versuchte man, den materiellen Schaden einer Explosion soweit wie möglich zu begrenzen. Die leichten Bimssteinwände der Betonrahmenbauten gewährleisteten bei »kleineren« Detonationen, daß sich der Druck durch frühzeitiges Herausfliegen der Wände abbauen konnte, ohne größere Zerstörungen an Anlagen oder Gebäuden anzurichten. Die tragenden Teile und das Dach sollten unbeschädigt bleiben, um einen schnellen Wiederaufbau zu ermöglichen. Bunker, die in besonderer Weise explosionsgefährdet waren, wurden entweder unterirdisch angelegt oder mit gebäudehohen Erdwällen umgeben.[42]

Auch die weite Ausdehnung des Werkes und die verstreute Lage der Gebäude resultierten primär aus Sicherheitsgründen. So durften beispielsweise die der Sprengstoffherstellung direkt dienenden Gebäude eine Grundfläche von 300–600 qm nicht überschreiten, der Mindestabstand zwischen den einzelnen Bunkern hatte 50–60 m zu betragen.[43]

Das Werksgelände war mit Tausenden von Blitzableitern übersät. Noch heute sind die Metalleitungen auf dem ganzen Gelände zu sehen. Alle Werksgebäude verfügten über einen besonderen Blitzschutz; eine Blitzschutzanlage verband sie überdies miteinander.

Die besonders wichtigen Gebäude waren von vier Seiten an die Stromversorgung angeschlossen, so z.B. die Rührwerke der TNT-Produktion, in denen ein Stromausfall während der Sprengstoffherstellung die Gefahr einer Explosion hervorgerufen hätte.

41) Rü-Kdo: Anlage 2 vom 1. 7. 44.
42) Vgl.: Werksplan.
43) Gummel, S. 187.

Ein Großteil der Sicherheitsvorkehrungen diente der Verhinderung jeglicher Funkenbildung. Dabei kam dem weitverzweigten System zur Dampfverteilung eine besondere Bedeutung zu. Es ermöglichte, die offenen Feuerstellen im Werk auf das notwendigste Maß zu reduzieren. Feuerlose Spezialdampflokomotiven übernahmen den Transport auf dem Schienennetz des Werkes. Sie wurden mit Hochdruckkesseldampf betrieben und zwischendurch mit Prozeßdampf aufgefüllt.

Auf dem Werksgelände sollten nur Elektrofahrzeuge verkehren. Als die Beschaffung von Ersatzbatterien gegen Kriegsende kaum noch möglich war, wurden sie durch Ochsen- und Pferdegespanne ersetzt. Damit die Hufeisen keine Funken schlagen konnten, wechselte man sie gegen Kunststoff- oder Bronzebeschläge aus.[44]

Das Werkzeug der Betriebshandwerker, die im produzierenden Bereich des Fabrikgeländes arbeiteten, war ebenfalls aus Bronze. Da Bronzewerkzeug jede Funkenbildung verhindert, jedoch bei weitem nicht die Härte herkömmlicher Stahlausführungen besitzt, entstand ein großer Bedarf an derartigen Spezialwerkzeugen. Ab 1941 richtete die D.A.G. eine Maschinenfabrik auf dem Gelände der ehemaligen *Hansa Schwerweberei AG* in Eschenstruth ein; sie war in erster Linie für die Herstellung und Reparatur der Bronzegeräte zuständig.

Den Beschäftigten war es strengstens verboten, Zigaretten, Streichhölzer, Ringe, Metallschmuck u.ä. mit ins Werk zu nehmen. Daneben gab es eine Vielzahl von Bestimmungen, die das Verhalten der Arbeiter genauestens vorschrieben.

»Das ganze Fabrikgelände war in Zonen eingeteilt, die nur diejenigen betreten durften, die dort arbeiteten. Auf dem Weg zur Arbeit kam man am Werkschutzgebäude vorbei, wo man täglich die Sicherheitsbestimmungen unterschreiben mußte. Nach anderen Auskünften hatte jeder eine Plakette der ihm zugehörigen Abteilung an seiner Brust, einen Passierschein und/oder eine Netzkarte.«[45]

Nur bestimmte Personengruppen durften sich auf dem gesamten Betriebsgelände bewegen. Dadurch sollte erreicht werden, daß nur wenige einen Gesamtüberblick über das Werk erhielten. Für jeden Bunker gab es überdies noch gesonderte Vorschriften. Sie hingen an den Bunkereingängen aus. Sie legten u.a. die höchstzulässigen Sprengstoffmengen, die im jeweiligen Gebäude gelagert werden durften, und die maximale Personenzahl fest. Die Sicherheitsvorschriften wurden jedoch mit steigender Produktion immer weiter gelockert. Dies führte zu einer drastischen Erhöhung der Gefährdung für die Beschäftigten.

44) Gespräch mit Herrn K. am 27. 10. 83.
45) Rothemann, S. 18.

Die Sicherung des Werksgeländes, die Kontrolle der Beschäftigten im Werk und in den Arbeitslagern sowie die Werksfeuerwehr oblag dem Werkschutz, der sich größtenteils aus dienstverpflichteten, frontuntauglichen Männern zusammensetzte. Vermutlich unterstand er nicht direkt dem Werk, sondern der SS – der Werkschutzführer Schmacke zumindest war Angehöriger dieser Organisation.[46] Der Werkschutz wachte über die Einhaltung werksinterner wie staatlicher Anordnungen. Dies betraf im besonderen das absolute Unterhaltungsverbot zwischen deutschen und ausländischen Arbeiter(innen): Mit dem Einsatz von Zwangsdeportierten, Kriegsgefangenen und Jüdinnen wurde diese Vorschrift immer strenger gehandhabt.

Arbeitsbedingungen im Werk[47]

Die Arbeit in Hirschhagen war nicht nur in physisch leichte und schwere aufgeteilt, sondern unterschied sich in erster Linie in gefährlicher und weniger gefährlicher Tätigkeit. Alle Arbeitsplätze waren der allgemeinen Luftvergiftung durch Chemikalien und der Gefahr von Explosionen unterworfen. Zu ihnen gehörten z.B. auch die Arbeiten in den *Verladestellen* (Abb. 45) und in der *Heeresabnahmestelle*, wo die Sprengkörper auf einwandfreie Fertigung überprüft wurden.

Gefährlicher war die Arbeit in den TNT-[48] und Pikrinsäure-Betriebsgruppengebäuden, der *Spaltanlage*, den *Füllstationen* und den *Pressengebäuden*. Hier kamen die Arbeiter(innen) mit Chemikalien in Berührung. Diese Gebäude waren zudem besonders explosionsgefährdet. Eine dieser vermeintlich leichten, jedoch außerordentlich gefährlichen Arbeiten mußte in den Abfüllbunkern verrichtet werden. Dort füllten hauptsächlich Frauen den gelblichen Sprengstoff Pikrin per Hand in Munitionshülsen. Die in der Pikrinsäure enthaltenen hochgiftigen Kristalle gelangten nahezu ungehindert durch die Haut oder Atmung in den Körper. Schon nach kurzer Zeit verfärbten sich die Haare. Später stellte sich eine gelb-

46) Gespräch mit Herrn F. am 28. 10. 83.

47) Alle Angaben stammen, wenn nicht gesondert gekennzeichnet, aus Gesprächen mit Anliegern und ehemaligen Beschäftigten des Werkes Hess. Lichtenau bzw. der Arbeit von G. Rothemann, S. 15 ff.

48) Die TNT-Produktion barg folgende Gesundheitsgefahren in sich: »Bekannt waren akute gewebliche Vergiftungen bei Aufnahme von Nitroverbindungen durch die unverletzte Haut bei direkter Berührung oder durch Einatmen von Dämpfen und Nitrokörper enthaltenden Stäuben, wodurch Ekzeme, Anämien (Methämoglobinbildung) und Leberstörungen entstehen können.« Zit. nach: Hygiene-Institut des Ruhrgebiets, Gelsenkirchen: Schreiben an die Stadtverwaltung Hess. Lichtenau vom 11. 9. 1975.

Abb. 45
Diese *Verladerampe* (Nr. 379) befindet sich im westlichen Teil Hirschagens, den sog. »Karpaten«.

grünliche bis bronzene Verfärbung der Haut ein. Häufig traten Lebervergiftungen mit starker Gelbsucht und irreparable Lungenschäden auf. Ähnliche Vergiftungserscheinungen traten bei der Produktion von TNT auf. Immer wieder wurden ganze Gruppen von Arbeiter(innen) vom Werksarzt mit diesen Symptomen ins Krankenhaus eingewiesen. Da der Krankheitsverlauf außer eines allgemeinen Schwächegefühls keine Schmerzen verursachte, kam in vielen Fällen jede Hilfe zu spät, die Vergiftungen waren schon zu weit fortgeschritten.

Daß die meisten Frauen über die Gefährlichkeit ihrer Arbeit in den Abfüllstationen im unklaren gelassen wurden, wird aus den gleichlautenden Aussagen mehrerer Gesprächspartner ersichtlich. Die Zeugen betonten, daß viele Frauen die Verfärbungen für besonders attraktiv hielten und auch Männer »es schön fanden«.[49]

49) Gespräch mit Herrn K. am 27. 10. 83.

Für den ehemaligen Leiter der *Sozial- und Wirtschaftsabteilung* war die Vergiftung lediglich ein äußerliches Problem und die Folge der Nichtbeachtung von Vorschriften, »die Mädels hatten selbst schuld, die haben die bereitgestellten Hauben nicht aufgesetzt«.[50]

Die vorgesetzten Arbeiter waren befugt, den »Kanarienvögeln«, wie betroffene Arbeiter(innen) genannt wurde, für die Essenszuteilung Bescheingungen über Giftzulagen auszustellen. Die Sonderrationen wurden im Laufe des Krieges jedoch mehr und mehr gekürzt.

Auch in den säureverarbeitenden Anlagen haben unvorstellbare Arbeitsbedingungen geherrscht. Hochkonzentrierte Salpeter- und Schwefelsäuren, zum Teil in offenen Behältern, entwickelten in den Gebäuden ätzende Gase. Die Arbeiter(innen) trugen Asbestschürzen und Holzschuhe, da die Säuren jedes andere Material zersetzt hätten. Um die Beine mußten sie sich außerdem noch Asbestlappen wickeln, damit sie vor hochspritzender Säure wenigstens einigermaßen geschützt waren.

Die Säurebetriebe verursachten auch eine starke Luftverschmutzung. Dabei trat die *Spaltanlage* am Rande des Werksgeländes besonders hervor. Bei Inversions-Wetterlagen konnte der hohe Schornstein nicht verhindern, daß Teile des Werkes in tiefbraunem Nebel lagen. »Das darin enthaltene Gift schlug mir so sehr auf den Magen, daß ich mich häufig übergeben mußte«, berichtete uns ein ehemaliger Werkselektriker.[51] Darüber hinaus führte die Abluft des Werkes innerhalb kürzester Zeit in den angrenzenden Nadelhölzern zu Waldschäden durch sauren Regen, die in Hess. Lichtenau schon 1941 »bedenkliche Formen angenommen«[52] hatten.

Es wurde in der Woche in drei und am Wochenende in zwei Schichten gearbeitet. Mit steigenden Produktionsanforderungen wurden Sicherheitsvorkehrungen für die Arbeitskräfte, die dem Produktionsinteresse im Weg standen, aufgeweicht und die Arbeitszeiten der Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen verlängert. Hauptsächlich waren davon die Arbeiter und Arbeiterinnen aus den sog. Ostgebieten betroffen. Zugleich wurden die bestehenden Anlagen über das zulässige Maß hinaus »hochgefahren« und neue Einrichtungen teilweise so überdimensioniert, daß die Überwachungsbehörden sie aus technischen Gründen nicht mehr abnahmen.[53] Alle diese Maßnahmen führten zu einem noch höheren Risiko für die Beschäftigten, was sich in steigenden Zahlen der im Werk Verletzten und Getöteten zeigt.

50) Gespräch mit Herrn F. am 28. 10. 83.
51) Gespräch mit Herrn K. am 27. 10. 83.
52) Geschäftsberichte: Geschäftsjahr 41/42, S. 24.
53) Gespräch mit Herrn Sch. am 7. 2. 84.

Für die Verpflegung stand ab 1942 eine *Werkskantine* (Nr. 653) gegenüber der Feuerwache zur Verfügung (Abb. 19). Alle Arbeiter(innen) mußten während der Pause die Produktionsgebäude verlassen und sich in die Kantine oder zugewiesene Aufenthaltsräume bzw. die sog. *Wohlfahrtsgebäude* (z.B. Nr. 420; 652) (Abb. 46) begeben. Die dabei zu benutzenden Wege waren den Beschäftigten genauestens vorgeschrieben, ebenso der Weg vom Werkseingang zum jeweiligen Arbeitsplatz. Jedes Abweichen barg die Gefahr in sich, wegen Spionage verhaftet zu werden. Wollte jemand in einen anderen Teil des Werksgeländes, mußte er sich vorher von vorgesetzter Stelle eine begründete Genehmigung besorgen.

Obwohl es sich bei der Sprengstoffabrik Hess. Lichtenau um einen wichtigen Kriegsbetrieb handelte, der zu den ersten Zielen feindlicher Luftangriffe gehören mußte, gab es für die Beschäftigten fast keine Luftschutzeinrichtungen. Neben einigen sehr kleinen Unterständen boten sich zum Schutz Splittergräben an: Bei Bombenangriffen konnten sie kaum Sicherheit bieten. Nur an der Hauptzufahrt des Werkes stand ein Luftschutzbunker. Bemerkenswert ist, daß er außerhalb der Umzäunung lag und nur von den (leitenden) Angestellten aus dem *Verwaltungsgebäude* (Abb. 3), ohne die Wache passieren zu müssen, erreicht werden konnte.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen im Werk und in den Lagern führten dazu, daß Beschäftigte der Arbeit immer wieder fernblieben und »minderwertige Arbeitsleistungen« erbracht wurden. Im September 1940 beklagte die Firmenleitung das Fernbleiben von 270 Frauen und 60 Männern. Zusammen mit dem *Arbeitsamt Kassel* und dem *Rüstungskommando* wurden Möglichkeiten erörtert, wie die »Vertragsbrüche der dienstverpflichteten Frauen«[54] zu ahnden seien. Außer einer Strafanzeige beim *Reichsarbeitsdienst* sollten die unentschuldigt Daheimgebliebenen, wenn nötig unter Zwang, zurückgeführt werden. Mangelnde Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen sollte hingegen durch eine Rationierung der Verpflegung bestraft werden.[55] Die Strafandrohungen konnten jedoch nicht verhindern, daß bis Kriegsende immer wieder ganze Gruppen von Beschäftigten nicht an ihre Arbeitsplätze zurückkehrten. 1943 blieb beispielsweise jeder dritte Holländer nach dem Heimaturlaub zu Hause.[56]

1944, als die Niederlage heranrückte, wurden die Arbeit und das Leben der Beschäftigten zusehends unerträglicher. Hauptsächlich die polnischen und sowjetischen Arbeiter(innen) sowie die KZ-Häftlinge hatten zu leiden. Sie wurden bei minimaler Ernährung zu den schwersten und gefährlichsten Arbeiten herangezogen. Zur gleichen Zeit verfolgte der

54) Rü-Kdo.: 21. 9. 40.
55) ebd.
56) Gespräch mit Herrn F. am 28. 10. 83.

Abb. 46
Nationalsozialistische Architekturelemente geben dem Eingang dieses *Wohlfahrtsgebäudes* (Nr. 652) eine besondere Note.

Werkschutz Verstöße gegen die Lager- und Betriebsordnung immer schärfer.

Die Rüstungsindustriellen unterstützten die Maßnahmen der militärischen Dienststellen voll, wie ein Dokument der *IG Farben* von 1943 zeigt. Das Schreiben betraf auch das zu 61 % der *IG Farben* gehörende Unternehmen in Hess. Lichtenau: »An die Betriebsführer, Betriebsobmänner und Unterführer in den Betrieben. Oberster Grundsatz bleibt es, aus den Kriegsgefangenen soviel Arbeitsleistung herauszuholen, als nur irgend möglich. Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamstem Aufwand die größtmögliche Leistung vollbringen«. [57]

57) Angelika Reuter: Frauen seit 1948. Gießen 1978, S. 108.

Fabrik Hessisch Lichtenau

der Gesellschaft mit beschränkter Haftung
zur Verwertung chemischer Erzeugnisse

Postanschrift
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
zur Verwertung chemischer Erzeugnisse
Hessisch Lichtenau, Postfach 8

Fernruf
Hessisch Lichtenau
245, [redacted]

Fernschreiber K 3/41
Drahtanschrift
Verwertchemie Hessischlichtenau

Konto
Vereinsbank zu Hessisch Lichtenau

Bahnhof
für Stückgüter: Epterode (H.-N.)
für Wagenladungen: Steinholz (H.-N.)

Ihre Zeichen | Ihr Schreiben vom | Unser Zeichen (bei Antwort anzugeben) | Hessisch Lichtenau, den

Zeugnis

Fräulein [redacted], geboren am [redacted] 1921, kam am 16.6.1941 als Dienstverpflichtete zu uns.

Nachdem Fräulein [redacted] einige Monate als Chemo-Werkerin bei uns tätig war, haben wir sie im Februar 1942 in eines unserer Betriebsbüros versetzt. Fräulein [redacted] wurde in diesem Büro mit allen vorkommenden Büroarbeiten vertraut gemacht. Sie besuchte dann noch in unserem Werk einen Stenografiekursus, sodaß sie bald als Stenotypistin tätig sein konnte.

Aufgrund ihrer Leistungen haben wir sie am 1.12.1942 in das Angestelltenverhältnis übernommen.

Wir bescheinigen Fräulein [redacted] gern, daß sie die ihr übertragenen Arbeiten wie Korrespondenz nach Diktat, die üblichen Produtionsberichte etc., das Führen der Versandbücher usw. zu unserer vollsten Zufriedenheit erledigte. Fräulein [redacted] war ehrlich, fleißig und ordentlich.

Für das Ausscheiden von Fräulein [redacted] wurde die Dienstentpflichtung aufgrund häuslicher Verhältnisse ausgesprochen.

Wir wünschen Fräulein [redacted] für die Zukunft alles Gute.

Hessisch-Lichtenau, den 6.4.1944

Für Dynamit-AG.:

[illegible]sch-Lichtenau
[illegible]r Haftung
[illegible]

Sämtliche Zuschriften erbitten wir in zweifacher Ausfertigung!

Dok. 2 Arbeitszeugnis einer dienstverpflichteten Deutschen, die drei Jahre in der Fabrik Hess. Lichtenau arbeiten mußten.

Unfälle und Explosionen

Daß Unfälle und Explosionen zur »Tagesordnung« einer Sprengstoffproduktion gehörten, mußten die Arbeiter und Arbeiterinnen der Sprengstoffabrik Hess. Lichtenau schon nach sehr kurzer Zeit erfahren. Handelte es sich bei den meisten Zwischenfällen um kleinere (auch baulicherseits) einkalkulierte Verpuffungen oder Explosionen, so mußte auch dem letzten »nichtwissenden« Bewohner der umliegenden Gemeinden nach einem gewaltigen Schlag bewußt geworden sein, daß in Hirschhagen keine *Mohrenköpfe* produziert wurden. Am 6. 9. 1938 um 11.50 Uhr, kurz nach Inbetriebnahme der ersten Produktionsanlage, flog der Bunker 305 in die Luft:[58] Die Zerstörung einer Rühranlage zur Nitrierung von Trinitrotoluol resultierte wahrscheinlich aus einem Verfahrensfehler. Elf Arbeiter fanden bei der ersten großen Explosion den Tod.

»Von der Arbeitsstätte weg hat ein unerbittliches Schicksal elf Arbeitskameraden genommen, die in freudiger Pflichterfüllung ihrem Werke dienten. Es ist ein hartes Geschick, aus einer Arbeit herausgerissen zu werden, die nach Jahren der Erwerbslosigkeit das Leben wieder sinnvoll werden ließ...«,[59] heißt es in einer Zeitungsmeldung über die vier Tage später vollzogenen Trauerfeierlichkeiten. Man muß sich dabei vor Augen halten, daß die meisten Beschäftigten von Anbeginn an zur Arbeit in dieser Sprengstoffabrik gezwungen worden sind. Der Artikel endet mit dem Satz: »Die Arbeitskameraden des Werkes Fürstenhagen füllen die Plätze der elf Toten mit uns aus, die ihnen und uns allen ein Vorbild sein sollen und werden.«

Bis zum Ende der Rüstungsproduktion im April 1945 mußten mindestens 161 weitere Arbeiterinnn und Arbeiter diesem »Vorbild« folgen (Abb. 47).[60] 2½ Jahre sind keine (direkten) tödlichen Unfälle registriert. Doch ist aus den Kriegstagebüchern ersichtlich, daß mehrere Verpuffungen stattgefunden haben. In diesen Aufzeichnungen spiegelt sich das

58) Geschäftsberichte: Geschäftsjahr 38/39, S. 11

59) Witzenhäuser Kreis- und Tageblatt vom 10. 9. 1939. Abschied von Toten Arbeitskameraden.

60) Über die Anzahl der durch die Sprengstoffproduktion Getöteten und Verletzten liegen nur unvollständige Angaben vor. Doch allein in den Akten des Rüstungskommandos IX Kassel, den kirchlichen Sterbebüchern Hess. Lichtenau und den Standsamtsakten Hess. Lichtenau sind über 170 Todesfälle verzeichnet. Dazu kommen noch die, die außerhalb der Stadt verstorben sind (z.B. in den Krankenhäusern) und die, die gar nicht in Hess. Lichtenau verzeichnet wurden.

eigentliche Interesse der Rüstungsinspektoren wider: Nur der Produktionsausfall, der durch derartige Vorkommnisse entstand, war von Wichtigkeit. Verletzte und Tote werden, wenn überhaupt genannt, nur zu statistischen Tabellen zusammengefaßt – Arbeitskräfte sind ersetzbar. Am 17. 3. 1941 kam es zur zweiten großen Explosion. Dabei wurden elf Frauen und vier Männer getötet, fünfzehn weitere Personen zum Teil schwer verletzt.[61]

Fünf Monate später weist die *Rüstungsinspektion Kassel* im Zusammenhang mit einer erneuten größeren Verpuffung darauf hin, daß eine verstärkte Zunahme kommunistischer Umtriebe und Zellenbildung in Rüstungsbetrieben zu verzeichnen sei. Nach Explosionen schaltet sich nun sofort die Gestapo in die Ermittlungen nach den Ursachen ein, um Sabotageaktionen innerhalb des Betriebes aufzudecken. Jedoch geht weder aus den Kriegstagebüchern noch aus Gesprächen mit ehemaligen Bediensteten hervor, daß eine Explosion nachweislich bewußt herbeigeführt worden ist.

Im Zeitraum von April 1943 bis März 1944 waren die Arbeitsplätze in den Füllstellen wahre »Himmelfahrtskommandos«. In diesen elf Monaten wurden in den beiden *Füllstationen* 149 Beschäftigte von drei Explosionen zerfetzt.

Die Gewalt jeder einzelnen Detonation ist nur schwer vorstellbar. Eine ehemalige Angestellte erlebte die Explosion vom 25. Mai 1943 im Lenoir-Stift: »Mitten in der Nacht wurden wir durch eine fürchterliche Detonation geweckt. Wir dachten sofort an einen Bombenangriff, durften kein Licht anmachen und tasteten nach unserem Köfferchen, welches immer gepackt war. Es war ein heilloses Durcheinander, wir rannten auf den Balkon, konnten aber keine Flugzeuge hören. Auf einmal rief jemand ‚Im Werk brennt's. Dann sahen wir es auch, eine riesige Flamme am dunklen Himmel. [...] Uns bot sich vor Ort ein grausiges Bild: der unterirdische Gang von der Füllstelle kommend war völlig eingestürzt, Betonhallen waren vom Erdboden verschwunden, Bäume entwurzelt, dort hing ein Fuß in den Ästen, überall lagen Körperteile verstreut – es war furchtbar! [...]

Zuerst ging das Gerücht um, die Explosion sei Sabotage gewesen, doch da ich auch die Geheimkorrespondenz erledigte, konnte ich die Berichte lesen: für den flüssigen Sprengstoff brauchte man Ammonsalpeter und der war zu dieser Zeit schon knapp. Man ersetzte Ammonsalpeter künstlich, mit dem Nachteil, daß eine geringe Übertemperatur bereits eine Explosion auslösen konnte. So muß es wohl in dieser Nacht gewesen sein.«[62]

61) Rü-Kdo: 17. 3. 41.
62) Bericht von Frau L. vom 28. 12. 84.

Abb. 47
Die Folgen der bislang nachweisbaren Unfälle und Explosionen in der Fabrik Hess. Lichtenau.

Datum		Anzahl der Getöteten insg.	weibl. männl.	Deutsche	Ausländer	Verletzte insg.	Ausmaß der Zerstörungen Nr.	Funktion	Allgemeines/ Schadenshöhe
6. 9. 1938	11.50 Uhr	11	w – m 11	11	–	k. A.	305	Nitrierhaus	
22. 10. 1940		5	w 4 m 1	k. A.	k. A.	4			Vergiftung in Tri-Station
17. 3. 1941	11.30 Uhr	17	w 11 m 4	k. A.	k. A.	k. A.	370	Fertigungsstätte f. große Zündladungen	
7. 5. 1941	4.00 Uhr	–	–	–	–	1		TNT-Nitrierhaus	4% Produktionsausfall
7. 5. 1941	5.15 Uhr	–	–	–	–	–			Feuer Fabrik Eschenstruth
4. 8. 1941	5.30 Uhr	–	–	–	–	2	337	TNT-Nitrieranlage	60000 RM Schaden
10. 4. 1943	0.30 Uhr	63	w 43 m 20	11	52	k. A.	413 415	Füllstelle II West	1,25 Mill. RM Schaden
25. 5. 1943	1.20 Uhr	15	w 9 m 6	3	12	53	412 414	 Füllstelle I Ost	150000 RM Schaden
31. 3. 1944	15.15 Uhr	71	w 24 m 47	16	55	60	413 415	Füllstelle II West	1,5 Mill. RM Schaden
2. 6. 1944		k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.			Verpuffung in Spaltanlage 2600 t Oleum-Ausfall
14. 8. 1944		1	m 1	–	1	2	352	Pikrin-Nitrierhaus	150000 RM Schaden
25. 2. 1945		1	m 1	1	–	k. A.			Verstorben im Reichsarbeitsdienstlager

Die folgenschwerste Explosion ereignete sich 11 Monate später. In einem Beitrag zum Kriegstagebuch vom 10. 5. 1944 heißt es: »Am 31. 3. 1944 ereignete sich in der Füllstelle II der Fabrik Hess. Lichtenau der G.m.b.H. zur Verwertung chemischer Erzeugnisse gegen 15.17 Uhr eine schwere Explosion, durch welche zwei Gebäude (T-Minen-Gießhalle sowie Misch- und Gießkesselhaus) völlig zerstört wurden und einschließlich des S-förmigen Zwischenbaus zu den anschließenden Kühlkanälen verschwunden sind.«[63]

Die verschwundenen Bauten waren zwei- bzw. vierstöckige Stahlbeton-Rahmenbaubunker von 30 x 12 m bzw. 20 x 15 m Größe[64] (Abb. 48; 49).

Anhand der Kontrollkarten, die jeder bei Schichtbeginn an der Wache abgeben mußte und beim Verlassen des Werkes wieder ausgehändigt bekam, konnten die Vermißten identifiziert werden.

Allein am 31. 3. 1944 wurden 71 Personen getötet, 60 verletzt, 7 davon schwer. Von den Toten wurde nach Aussage mehrerer Augenzeugen nur noch ein Ringfinger gefunden. Den Familien deutscher Explosionsopfer wurden mit Sand gefüllte und verschweißte Särge zugestellt.[65]

Durch den hohen Erdwall, der die Produktionsanlagen umgab, wurden Maschinenteile und Gesteinsbrocken nach oben weggeschleudert, Stahlleitungen wickelten sich wie Schnüre um die Bäume. Bis weit in die 60er Jahre sollen noch große Trümmerstücke in Astgabeln zu sehen gewesen sein. Die Druckwelle der großen Explosionen zerstörte Fensterscheiben in den umliegenden Ortschaften, die Detonationen waren bis nach Kassel zu hören.[66]

Neben den großen Explosionen kam es zu kleineren Detonationen. Sie ereigneten sich meistens in den *Pressengebäuden* (Abfüllgebäuden), in denen die Trockensprengstoffe Pikrin und Nitropenta von Arbeiterinnen in Munitionshülsen abgefüllt und dann von Hydraulikpressen verdichtet wurden. Da beide Stoffe unter dem Pressendruck schon bei kleinsten Überfüllungen der Hülsen zündeten, waren die Pressen, wie oben dargestellt, durch massive Stahlbetonwände von den Abfüllräumen getrennt.

Die immer wieder vorkommenden Explosionen verursachten nach

63) Rü-Kdo: Beitrag zum Kriegstagebuch vom 10. 5. 1944.
64) Übernahmebericht: Anlage 9. Blatt 4.
65) Nach übereinstimmenden Aussagen mehrerer Zeitzeugen.
66) Gespräch mit Herrn K. am 27. 10. 84.
67) Enfällt.

Aussage mehrerer Gesprächspartner ein typisches Detonationsgeräusch, das uns als »Rauschen durch den Wald« beschrieben wurde. Kam es zu Explosionen in größeren Pressen, reflektierten die Erdwälle um das Gebäude die Druckwelle, die Stahltür zum Füllraum sprang auf und es geschah, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen »in den Ecken rumflogen«.[68]

Wir vermuten, daß die Häufung der Explosionen mit tödlichem Ausgang seit April 1943 hauptsächlich auf drei Ursachen zurückzuführen ist: Erstens wurden im Verlauf des Krieges immer mehr Facharbeiter zum Kriegsdienst eingezogen und oft durch unzureichend angelernte Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene ersetzt. Zweitens konnten die enormen Produktionssteigerungen im Rüstungssektor ab 1942 nur durch nachlässige Beachtung der Sicherheitsvorschriften erreicht werden. Drittens erhöhte sich das Risiko durch die zunehmende Verwendung von Ersatzchemikalien.

Viele Arbeiterinnen und Arbeiter fanden, wie oben ausgeführt, den Tod. Hunderte von Frauen und Männern, die für einen längeren Zeitraum in der *Spaltanlage*, den *Füllstationen* oder *Pressengebäuden* arbeiten mußten, behielten schwerste Gesundheitsschäden zurück.

Bereits am 25. 10. 1940 meldete das *Rüstungskommando* fünf Todesfälle von Beschäftigten der Fabrik Hess. Lichtenau. »Es handelte sich in allen Fällen um Menschen, die durch frühere Krankheit belastet waren, infolge ihrer Beschäftigung in der Tri-Station an Gelbsucht erkrankten und starben.«[70]

Obwohl ein Zusammenhang zwischen dem Umgang mit chemischen Stoffen in der Fabrik und der tödlich endenden Erkrankung eindeutig festgestellt wird, erlaubte »der ganze Charakter dieses Betriebes« natürlich nicht, eine solche Verbindung herzustellen. Die Schuld wird bei den Betroffenen selbst gesucht. Nachdem der »unstete Lebenswandel« als entscheidendes Kriterium gefunden ist, schließt der gleiche Bericht mit dem Fazit: »Die Todesfälle sind auf die Tätigkeit im Werk nicht zurückzuführen.«[71]

68) Gespräch mit Herrn K. am 27. 10. 84.
69) Entfällt.
70) Rü-Kdo.: 25. 10. 40
71) Ebd.

Abb. 48
Luftaufnahme der Abfüllanlagen vom 18. Juli 1944: Links im Bild liegt die am 31. März 1944 explodierte *Füllstelle West* (Nr. 409; 411;...,419). Rechts ist die *Füllstelle Ost* (Nr. 408; 410;...,418) zu sehen, die am 25. Mai 1943 explodiert war und im August 1944 wieder in Betrieb genommen wurde.

Es gibt keine gesicherten Unterlagen über weitere Verstorbene, die außerhalb des Werkes in den Lagern ihren Verletzungen erlagen. In den Akten des Standesamtes Hess. Lichtenau steht unter der Rubrik »Todesursache« häufig nur »im Lager verstorben«.

Über im Werk oder Lager getötete KZ-Häftlinge, die seit dem 2. 8. 1944 in der Fabrik Hess. Lichtenau zur Zwangsarbeit herangezogen wurden, geben diese Akten überhaupt keine Auskunft.

Abb. 49
Luftaufnahme der Abfüllanlagen acht Monate später, am 14. März 1945: Die *Füllstelle West* befindet sich im Wiederaufbau; das *Gießhaus* (Nr. 414) der *Füllstelle Ost* ist wieder von einem hohen Erdwall umgeben.

Lebensbedingungen der im Werk Beschäftigten

Arbeitskräftebeschaffung

Die Fabrik Hess. Lichtenau benötigte 6000 Arbeitskräfte, wenn sie wie geplant voll betrieben wurde.[1] Ende März 1945 waren 4393 Personen[2] – darunter 2000–3000 Ausländer – bei der Verwert-Chemie beschäftigt (Abb. 35). Hinzu kamen ca. 1000 Angehörige des *Reichsarbeitsdienstes* und bis zu 2000 Bauarbeiter.

1) Rü-Kdo.: Anlage 4 vom 20. 2. 41.
2) Geschäftsberichte: Geschäftsjahr 44/45, S. 4.

Wie überall im Reich konnten auch diese Arbeiter der Rüstungsindustrie zum überwiegenden Teil nur nach Anwendung von Zwangsmaßnahmen zugeteilt werden. Die als Erfolg gepriesene »Liquidierung der Arbeitslosigkeit« beruhte in wachsendem Maße auf der Zwangsverschikkung von Arbeitskräften. Sie wurden hauptsächlich für kriegsvorbereitende Maßnahmen, wie Festungs-, Rüstungs- und Autobahnbau eingesetzt.

Schon zu Baubeginn der Fabrik Hess. Lichtenau wurden Tausende von Arbeitern aus den Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit dienstverpflichtet, meist ohne Rücksicht auf ihre Ausbildung und familiären Verhältnisse. Es kam immer wieder zu Konflikten, wenn dringend benötigte Facharbeiter als Hilfsarbeiter zu Großbaustellen geschickt wurden. Die Zechenleitung des Bergwerkes *Glimmerode* wandte sich in einem Brief vom 21. 11. 1938 an das *Arbeitsamt Witzenhausen* und bat um die Freistellung von 17 Bergleuten, die in die Munitionsfabrik dienstverpflichtet worden waren. Die Zeche unterstreicht ihre Bitte zum Schluß: »Wir möchten nicht unerwähnt lassen, daß wir heute für die oben genannte Gesellschaft der größte Kohlelieferant sind und auch bleiben wollen.«[3]

Je näher der Krieg rückte, desto stärker griffen die *Deutsche Arbeitsfront* (DAF) und die Arbeitsämter in die Verteilung der Arbeitskräfte ein. Gleichzeitig weiteten sie ihren Zugriff auf »Arbeitskräftereserven« aus, um den immensen Arbeitskräftemangel in den Rüstungsbetrieben abzubauen. Die Grundlage dafür bildete die *Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung*, kurz Notdienst-Verordnung, vom Juli 1938 mit Erweiterungen im Oktober 1938 und Februar 1939. Das Arbeitsamt konnte nach dieser Verordnung alle Bewohner des Reichsgebietes zu Dienstleistungen auf unbechränkte Dauer verpflichten, wenn der *Beauftragte für den Vierjahresplan*, Göring, sie für »besonders bedeutsame und unaufschiebbare« Aufgaben benötigte.[4]

Die erste Erweiterung dehnte den Bereich des Zwangsarbeitsgesetzes ausdrücklich auch auf Frauen aus. Sie mußten zunehmend die Arbeitsplätze eingezogener Männer übernehmen. »Die Gesundheit der Frauen und Mütter, dem ‚kostbarsten Gut des deutschen Volkes', wie die Nazis immer wieder sagten, schadet es heute nichts, in den Werkstätten und Giftbuden der Chemieindustrie, im Baugewerbe und sogar im Bergbau für niedrige Löhne zu schuften.«[5]

3) StA Mbg: 180 LA WIZ. Akte A 917. Brief der Zeche Glimmerode an das Arbeitsamt Witzenhausen vom 21. 11. 38.
4) Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 6. Band 1939. Salzhausen, Frankfurt/M. 1980, S. 535 f.
5) Der deutschen Frauen Leid und Glück (Autorin unbekannt). Paris 1939, S. 11 f.

Weiter heißt es in diesem Text von 1939 über die Methoden, mit denen man Frauen zur Arbeit in die Rüstungsbetriebe zwang: »Nachdem die Blockwarte im Auftrag der DAF (Deutsche Arbeitsfront) alle Frauen über ihre früheren Berufe und ihre Berufstätigkeit mit ausgefragt hatten, wurden sie eines Tages einfach in bestimmte Betriebe bestellt, mußten dort Probearbeiten verrichten, und man stellte sie sofort ein. Als einige junge Frauen dagegen protestierten, weil sie gar nicht in den Betrieb gehen wollten und außerdem früher einen ganz anderen Beruf ausgeübt hatten, wurde ihnen bei Nichtbeachtung der Anordnung mit sofortiger Verhaftung gedroht. Die Frauen müssen 10 Stunden täglich bei einem Lohn von 41 Pfennig die Stunde schwer arbeiten. Die Frauen stehen nun auch unter der ständigen Bedrohung mit dem Konzentrationslager, wenn sie die geringste Kleinigkeit von ihrer Arbeit erzählen...«[6]

Auch in Hirschhagen wurden zunehmend Frauen zur Arbeit im Sprengstoffwerk gezwungen. Anfang Februar 1941 waren unter den 3100 Beschäftigten der Verwert-Chemie 1350 Frauen.[7] Aus den Akten des Rüstungskommandos geht hervor, daß kurze Zeit später weitere 1000 Arbeiterinnen dem Werk zugewiesen wurden.[8] Durch Einberufung von Facharbeitern und die Erhöhung der Produktion verschärfte sich die Arbeitsmarktlage weiter. Um die Situation der Rüstungsbetriebe zu verbessern, wurden alle verfügbaren Arbeitskräfte im In- und Ausland mobilisiert. Im Tagebuch des *Rüstungskommandos IX* heißt es hierzu unter dem 29. 3. 1941:

»Aufgrund der durch die Prüfungskommission für die Freimachung von Arbeitskräften geleisteten Vorarbeiten werden voraussichtlich als 1. Teilergebnis 20000 Arbeitskräfte im Wehrkreis IX [entspricht: Nordhessen, Anm.d.Verf.] für den Einsatz in Rüstungsbetrieben freigemacht werden können. Für den vollen Erfolg dieser Aktion ist es jedoch nötig, daß mit aller Schärfe und wenn nötig rücksichtslos vorgegangen wird...«[9]

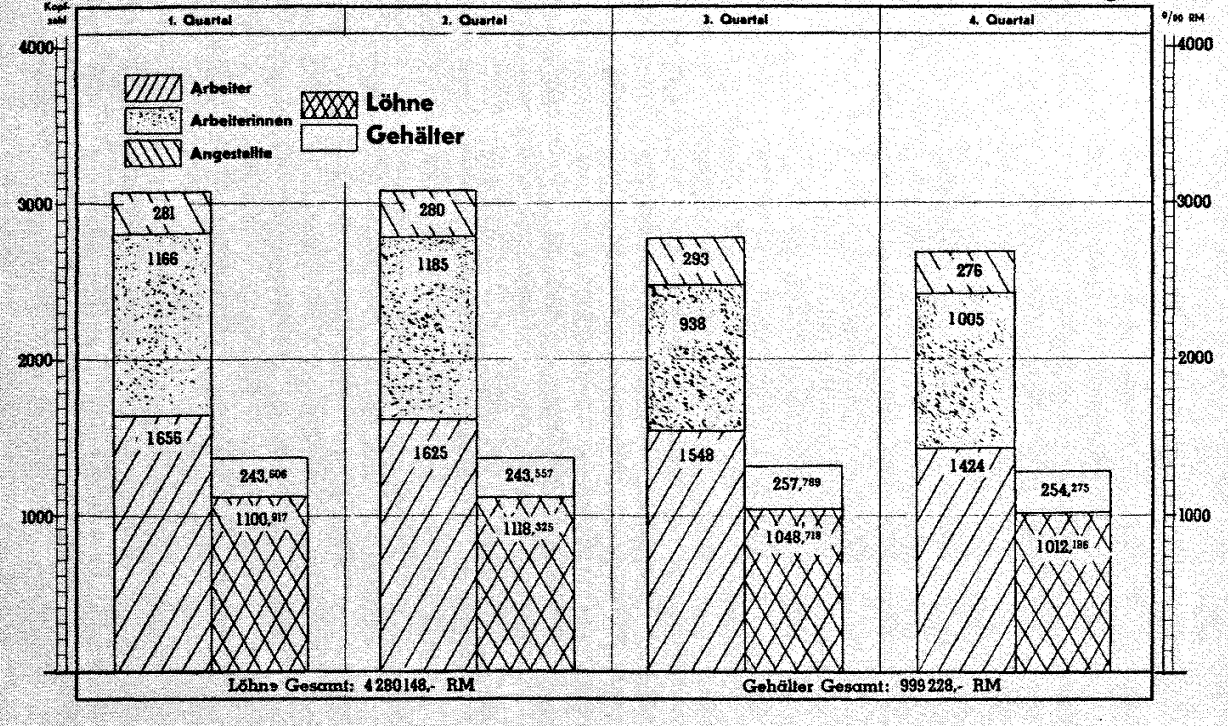
Daneben versuchte man, vor allem ausländische Arbeitskräfte für die Tätigkeit in deutschen Rüstungsbetrieben zu gewinnen. In den besetzten Gebieten wurden großangelegte Kampagnen zur Arbeitskräftebeschaffung im Auftrag des *Reichsarbeitsministeriums* gestartet. Im Laufe des Krieges nahmen die »Anwerbungen« jedoch immer mehr den Charakter eines Zwanges an – sei es durch direkte Dienstverpflichtungen oder durch offene Treibjagden auf Arbeitskräfte, vor allem im sog. *Generalgouvernement* und den besetzten Gebieten der Sowjetunion.[10]

6) ebenda.
7) Rü-Kdo: Anlage 4 vom 20. 2. 41.
8) ebenda.
9) Rü-Kdo: 29. 3. 41.
10) T. Ewald, C. Hollmann: Studien zu den Lebensbedingungen ausländischer Zwangsarbeiter in Kassel 1940–1945. GhK 1981, S. 19.

Fabrik Hessisch-Lichtenau

Vergleichende Darstellung der Arbeitskräfte mit den ausgewiesenen Löhnen und Gehältern während des Geschäftsjahres 1941/1942

Anlage 6



Dok. 3 Die Graphik aus den Geschäftsberichten der Verwert-Chemie gibt Auskunft über Beschäftigtenzahlen und ausgezahlte Löhne und Gehälter der Fabrik Hess. Lichtenau im Geschäftsjahr 1941/42.

Die Anwerbungsaktionen allein konnten den Arbeitskräftemangel nicht beheben. Schon kurz nach Kriegsbeginn befürworteten deshalb die Rüstungsinspektionen, daß auch Kriegsgefangene in Rüstungsbetrieben eingesetzt werden sollten.

Das Verbot, auch russische Kriegsgefangene in derartigen Betrieben einzusetzen, wurde angesichts des Defizits von 1 Million Rüstungsarbeitern Anfang 1942 endgültig fallengelassen. Mit allen Mitteln versuchte man, den Arbeitskräftemangel abzubauen. So sollten ab Mai 1942 mindestens 75 % der russischen Kriegsgefangenen in Rüstungsbetriebe gehen. Dies führte dazu, daß im zweiten Vierteljahr 1942 weitaus mehr ausländische als deutsche Arbeiter den Betrieben zugewiesen wurden. Der Ausländeranteil der zugewiesenen Arbeitskräfte stieg von 26,5 % Anfang 1942 auf 80 % Ende 1942.[11]

Die Beschaffung einer ausreichenden Anzahl von Arbeitskräften blieb für die Betreiber der Sprengstoffabrik Hess. Lichtenau bis zur Einstellung der Produktion problematisch. Verstärkter Einsatz von Ausländern konnte bei gleichzeitigem Ausbau der Produktionsanlagen und der Einberufung von Facharbeitern den Mangel an Arbeitskräften nie beheben. Nach den uns zur Verfügung stehenden Unterlagen kamen die Beschäftigten des Werkes aus folgenden Ländern:

Belgien, Bulgarien, Frankreich, Italien, Niederlande, Polen, Rußland, Spanien, Tschechoslowakei, Ungarn und Deutschland.

Ab 1944 zum letzten Aufgebot für den totalen Krieg gehörten in Hess. Lichtenau auch Strafgefangene und KZ-Insassen. Am 26. 6. 1944 meldete das *Rüstungskommando Kassel*, daß für die Fabrik Hess. Lichtenau nach Verhandlungen mit der Staatsanwaltschaft 150 Gefangene des *Konzentrationslagers Buchenau* »freigemacht« werden konnten.[12]

Am 2. August 1944 trafen ca. 1000 ungarische Jüdinnen in Hess. Lichtenau ein. Nachdem die Nazis mehrere Millionen Juden ermordet hatten, wurden die noch verbliebenen unter dem Eindruck der bevorstehenden Niederlage als letzte Arbeitskräftereserve in die Rüstungsproduktion gepreßt.[13]

11) H. Pfahlmann: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Würzburg 1964, S. 129ff.
12) Rü-Kdo: 26. 6. 1944.
13) Vgl. Kapitel: Außenkommando Hess. Lichtenau des Konzentrationslagers Buchenwald.

Die weitaus meisten Beschäftigten der Fabrik Hess. Lichtenau waren in den neun Arbeitslagern und der Siedlung Fürstenhagen untergebracht.[14] Bis auf die Lager Teichhof und Friedrichsbrück, die dem *Reichsarbeitsdienst* 1941 zur Verfügung gestellt wurden, war das Werk für die Aufsicht und Versorgung der Arbeitslager zuständig.

Der Werkschutz hatte diese Lager zu kontrollieren. Verpflegung, medizinische Versorgung und »kulturelle Angebote« oblagen der *Sozial- und Wirtschaftsabteilung* des Werkes. Sie kaufte die Lebensmittel für alle Lager ein, deponierte sie im Sammelmagazin des Lagers Herzog und verteilte sie an die einzelnen Lagerküchen. Dort hatten Wirtschaftsführer die Lebensmittel an die Lagerbewohner auszugeben. Der Verpflegungssatz sollte für alle Arbeiter(innen) gleich sein und dem der Landarbeiter entsprechen.[15] Ausgenommen waren sowjetische Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. Den russischen Kriegsgefangenen stand nach Anordnung des *Oberkommandos der Wehrmacht* vom 16. August 1944 nur weitaus weniger und qualitativ schlechtere Verpflegung zu.[16]

Wir hatten keine Gelegenheit, uns mit ehemaligen Zwangsarbeitern über ihre damaligen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu unterhalten: Somit blieben wir auf Aussagen deutscher Angestellter angewiesen, die nur ein unvollständiges Bild von den wirklichen Bedingungen wiedergeben konnten (oder wollten), unter denen ausländische Arbeiter(innen) im Werk und in den Lagern leben mußten. Trotzdem ging aus den wenigen Andeutungen hervor, daß auch in Hirschhagen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene mißhandelt wurden. Hauptsächlich die polnischen und sowjetischen Staatsangehörigen wurden von Beschäftigungsbeginn an von vielen als »Untermenschen« angesehen und dementsprechend behandelt. Einige vom Werk eingesetzte und von der DAF und der Staatspolizei bestätigte Lager- und Lagerunterführer und -führerinnen taten sich dabei besonders hervor.[17]

Die im Lager Föhren untergebrachten Ukrainerinnen stellten von allen Nationen die jüngsten Arbeitskräfte des Werkes Hess. Lichtenau. Aus kirchlichen Sterbeunterlagen und der Inschrift auf der Grabplatte des Massengrabes auf dem alten Friedhof in Hess. Lichtenau geht hervor, daß die ums Leben gekommenen Arbeiterinnen aus der Sowjetunion fast alle 20 Jahre und jünger gewesen sind. Sie erhielten wie die sowjetischen

14) Vgl. Kapitel: Arbeitslager.
15) Lagerbeschreibung, S. 3.
16) StA Mbg: 180 LA WIZ. Akte A 964. Runderlaß des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 16. 8. 1941.
17) Gespräch mit Herrn F. am 28. 10. 83.

Kriegsgefangenen einen wesentlich geringeren Verpflegungssatz als ihre deutschen Kolleginnen im Lager Waldhof.

»In Waldhof wurde die Wäsche der Frauen gesammelt ins Waschhaus gebracht (eine heute nicht mehr vorhandene Holzbaracke), die Zimmer wurden geputzt, der Rasen gepflegt ... Es kam immer öfter vor, daß aufsichtsführende Frauen durch die Zimmer gingen und die Betten etc. kontrollierten. Die Bettwäsche wurde alle vier Wochen gewechselt, die Handtücher wöchentlich. Meist duschten die Frauen nach der Arbeit noch in den vorgesehenen Dusch- und Waschbaracken im Werk. Baden konnten sie gegen Bezahlung im Kantinen- und Veranstaltungsgebäude, in dem sich heute das Altersheim befindet. Die Arbeiterinnen wurden vom Werk verpflegt. Diejenigen, die während der Arbeit besonders giftigen Dämpfen ausgesetzt waren, bekamen unter Vorlage der Sondereinsatzbescheinigung eine Giftzulage, [die den sowjetischen Arbeiterinnen ebenfalls nicht gewährt wurde, Anm. der Verf.], d.h. ein Brot, ein halbes Pfund Butter, ein halbes Pfund Wurst, ein viertel Pfund Bohnenkaffee wöchentlich und eine tägliche Ration Tabletten und Milch.

Jede Frau besaß einen Passierschein, der ihr, wenn sie später als 22 Uhr im Lager eintraf, abgenommen wurde. Am nächsten Morgen mußte sie den Schein im Büro abholen, wo entsprechende Strafen oder Ermahnungen die ‚Täterin' erwarteten. In Waldhof gab es ein Strafhaus, Haus Nr. 7, wo Frauen bei bestimmten Vergehen eingeschlossen wurden; z.B. wenn eine Frau ohne Urlaubsschein Waldhof verließ. Das Essen wurde dort durch die Tür gegeben, sie schliefen auf Pritschen. Wenn Kleidungsstücke benötigt wurden, konnten die Frauen mit besonderer Erlaubnis und unter Begleitung ins Kleidermagazin des Werkes gehen, wo ihnen entsprechendes ausgehändigt wurde. Jeden Tag liefen die Frauen von Waldhof durch den von ihnen so benannten ‚Karpatenwald" ins Werk. Am ‚Waldhofer Tor' mußten sie ihre Ausweise, auf denen der von ihnen genau einzuhaltende Weg zum Bunker ihrer Arbeitsstelle eingezeichnet war, vorzeigen.«[18]

Die Lagerbewohner wählten für jedes Lager eine Vertrauensperson. Sie hatte die Aufgabe, Forderungen der Lagerinsassen an die Lagerleitung heranzutragen. Waldhof und Herzog galten damals als »vorbildliche Arbeitslager, in denen alles getan wird, um den Frauen und Männern das Leben in der ‚hessischen Einöde' so angenehm wie möglich zu machen«.[19] Zur Unterhaltung der Lagerbewohner fand allwöchentlich in irgendeinem Lager eine Varieté- oder Filmveranstaltung statt.«[20]

18) Rothemann, S. 13, G. Rothemann führte im Frühjahr ein Gespräch mit einer ehem. Arbeiterin und Bewohnerin Waldhofs.
19) Rü-Kdo: Anlage 4 vom 20. 2. 41.
20) Lagerbeschreibung: S. 3.

Für den damaligen Leiter der *Sozial- und Wirtschaftsabteilung* war Waldhof ein »mustergültiges Lager, das sehr schön geplant und vorbildlich eingerichtet war. Man hatte versucht, etwas Gutes zu schaffen, um den Frauen das Leben zu erleichtern – sie mußten ja täglich in den Sprengstoffladen. Das Werk war so aufgebaut, daß etwas geleistet werden mußte, und somit hatte man sich auch um die dort arbeitenden Menschen zu kümmern.«[21]

Die Lager Waldhof und Herzog, die vor dem Krieg für deutsche Beschäftigte geplant worden waren, unterschieden sich in Bau und Einrichtung erheblich von den Barackenlagern, in denen die ausländischen Arbeitskräfte wohnen mußten. Eine ehemalige deutsche Angestellte des Werkes hatte die Möglichkeit wahrgenommen, eine sowjetische Zwangsarbeiterin im Lager Föhren zu besuchen. Folgende Eindrücke blieben für sie bis heute unvergeßlich: »Die Russinnen wohnten mindestens 4 km vom Werk entfernt in einem Barackenlager. In Holzschuhen, Lappen an den Füßen, und in Werksanzügen marschierten sie jeden Morgen und Abend diese Strecke, auch bei grimmiger Kälte und Schnee. Es war furchtbar. [...] Normalerweise durften wir dort nicht hin. Die Räume waren kühl und düster, die doppelstöckigen Betten notdürftig. [...] Viele Russinnen wurden krank und starben an Tuberkulose. Einmal hatten die Mädchen nachts drei Schweine ausgegraben, die an Rotlaufseuche eingegangen waren. Für diese Verzweiflungstat aus Hunger wurden sie bestraft.«[22]

Obwohl die Beschäftigten ständig der Gefahr ausgesetzt waren, von der Arbeit gesundheitliche Schäden zurückzubehalten oder bei Explosionen zerfetzt zu werden, erhielten sie einen weitaus niedrigeren Lohn als vor ihrer Dienstverpflichtung. Bei einem Stundenverdienst von 66 Pfennig für Männer bzw. 40 Pfennig für Frauen mußten sie für Verpflegung und Unterkunft allein RM 11 (Männer) bzw. RM 9 (Frauen) pro Woche[23], also nahezu die Hälfte ihres Lohnes, an die Fabrik abführen.

Dabei kam es immer wieder zu Beschwerden über mangelhafte Ernährung, Unterbringung und schlechte sanitäre Verhältnisse. Am 27. 7. 1940 drohte das Arbeitsamt sogar damit, bei anhaltenden Klagen die Vermittlung von Arbeitskräften einzustellen.[24]Zwei Monate später wies das *Rüstungskommando* darauf hin, daß auch der Einsatz einer Verpflegungslenkerin und eines Werkarztes zu keiner Besserung geführt hatte.[25] Obwohl das *Rüstungskommando Kassel* nach 1941 keine weiteren direk-

21) Gespräch mit Herrn F. am 28. 10. 83.
22) Bericht von Frau L. vom 28. 12. 84.
23) Rü-Kdo: 28. 5. 40.
24) Rü-Kdo: 27. 7. 40.
25) Rü-Kdo: 12. 10. 40.

ten Klagen erwähnte, müssen die Verhältnisse manchmal katastrophale Ausmaße angenommen haben. Hauptsächlich ausländische Arbeitskräfte hatten zu leiden: Am 28. 6. 1944 traten in den Lagern Föhren und Eschenstruth Fälle von Fleck-Typhus auf. 700 sowjetische Lagerinsassen wurden daraufhin drei Wochen lang unter scharfe Quarantäne gestellt.[26]

Das Außenkommando Hess. Lichtenau des Konzentrationslagers Buchenwald[27]

Nach der Wende der Kriegsereignisse infolge der Niederlage der deutschen Armee bei Stalingrad verebbte der Zustrom von Kriegsgefangenen, die der Rüstungsindustrie hätten zugewiesen werden können. Eine gleichzeitig ansteigende Rüstungsproduktion vergrößerte den Arbeitskräftemangel in den kriegswichtigen Industriezweigen. Seit 1942 waren die jüdischen Facharbeiter systematisch aus den Fabriken abgezogen und den Massenvernichtungslagern überstellt worden. Nun wurden die Stimmen immer lauter, die sich gegen die weitere konsequente Vernichtung der Juden aussprachen, wie z.B. in den Rüstungsinpektionen. Sie protestierten nicht aus humanitären Gesichtspunkten, sondern hauptsächlich wegen der Befürchtung, weitere Arbeitskräfte für die Kriegswirtschaft zu verlieren.

Angesichts des Arbeitskräftemangels hob Hitler im April 1944 die 1942 festgelegten Grundsätze der Judenpolitik auf. Er forderte, 100000 ungarische Juden zur Arbeit ins Reich zu bringen.[28] Zwischen dem 7. 6. und dem 9. 7. 1944 wurden insgesamt 437402 ungarische Juden nach Auschwitz transportiert. Wie viele von ihnen an der »Rampe« ausgesucht worden sind, ist nicht bekannt. Die Arbeitsfähigen sollten ausschließlich für den Bau von sechs Großbunkern bereitgestellt werden.[29]

Schon kurze Zeit später wurden sie jedoch auch Rüstungsbetrieben zur Verfügung gestellt, wenn die Firmen eine entsprechende Unterbringung gewährleisten konnten. Waeger, der *Reichsbevollmächtigte für den totalen Kriegseinsatz*, wendete sich in einem Briefentwurf vom 7. August 1944 an Goebbels: »... auf Grund einer Entscheidung des Führers (sind) bekanntlich in den letzten Wochen eine große Anzahl ungarischer Juden

26) Rü-Kdo: 28. 6. 44.
27) Vgl. Vaupel.
28) Albert Speer: Der Sklavenstaat. Stuttgart 1981 (im folgenden zit.: Speer), 400f.
29) Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust. Berlin 1982, S. 577.

als KZ-Häftlinge in der deutschen Kriegswirtschaft eingesetzt worden. Die Erfahrungen sind bisher recht gut, so daß ich großen Wert darauf lege, daß auch die noch nicht eingesetzten ungarischen Juden beschleunigt der Rüstung zur Verfügung gestellt werden ...«[30]

In einem Aktenvermerk an den *Minister für Bewaffnung und Munition*, Speer, schreibt Waeger: »Selbstverständlich widerspricht die Beschäftigung dieser ungarischen Juden in deutschen Gauen auch meinem Empfinden. Es kann jedoch im Augenblick auf eine solche Notmaßnahme unter keinen Umständen verzichtet werden. Durch die KZ-mäßige Unterbringung der Juden ist im übrigen sichergestellt, daß weder das Empfinden der deutschen Bevölkerung verletzt wird, noch daß durch die Juden irgendein Unheil angerichtet werden kann.«[31]

Am 6. 9. 1944 vermerkt die *Rüstungsinspektion IX Kassel*: »Einsatz der Jüdinnen. Es sind bis jetzt 2000 Jüdinnen in den Bezirk hereingekommen, von denen jedoch 850 noch nicht eingesetzt werden konnten.« 1 000 Frauen arbeiteten zu diesem Zeitpunkt bereits seit einem Monat in der Fabrik Hess. Lichtenau.[32] Das Werk stellte der SS einige Baracken des Lagers Vereinshaus zur Verfügung. Sie wurden dem *Konzentrationslager Buchenwald* als Außenkommando unterstellt. Um eine »KZ-mäßige Unterbringung« zu ermöglichen, wurde ein Teil des Lagers von der SS »umgerüstet«. Dazu wurde er u.a. mit Maschen- und Stacheldraht umzäunt.[33]

Die SS-Wach- und Lagermannschaft setzte sich aus 25 Männern und etwa 40 Frauen zusammen. Das Arbeitsamt hatte sie aus den Betrieben ausgewählt und der SS überstellt. In einem Kurzlehrgang im *KZ Ravensbrück* waren sie auf ihre Tätigkeit vorbereitet worden. Kommandoführer des *KZ-Außenkommandos Hess. Lichtenau* war SS-Sturmbannführer Schäfer.[34]

Am 2. August 1944 trafen die Jüdinnen im Lager Vereinshaus ein. Sie kamen überwiegend aus Ungarn, vereinzelt auch aus Rumänien, der Slowakei, Polen und Jugoslawien. Man hatte sie in Auschwitz zur Zwangsarbeit selektiert, anschließend in Güterwagen zusammengepfercht und nach Hess. Lichtenau transportiert. Die meisten Frauen waren zwischen 15 und 35 Jahren alt.[35]

»Durchschnittlich waren in dem Frauenlager 900 Jüdinnen untergebracht, die zu Arbeiten in der Sprengstoffabrik und z. T. in einer Lichte-

30) Speer, S. 448f.
31) ebenda.
32) Rü-Kdo: 2. 8. 1944.
33) Vaupel: S. 38.
34) Vaupel: S. 75.
35) Vaupel: S. 34.

nauer/Fürstenhagener Baufirma in den Jahren 1944 und 1945 herangezogen wurden. Zeitweise war die Belegung des Lagers Vereinshaus auch höher.«[36] In einer Liste des *KZ Buchenwald* vom 25. 11. 1944 wird die Kommandostärke mit 1003 Häftlingen angegeben. Ende März 1945 befanden sich noch 706 Jüdinnen in Hess. Lichtenau.[37]

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen dieser Häftlinge waren noch bei weitem schlechter als die der sowjetischen Arbeiter(innen). Schon die Unterbringung war katastrophal. In dem abgetrennten Teil des Lagers Vereinshaus wurden bis zu 1000 Frauen zusammengepfercht; das ganze Lager war für nur 700 Personen geplant worden. »Sicher hatte die SS hier gleich einkalkuliert, daß – aufgrund des 24stündigen Schichtbetriebes – nicht alle Jüdinnen einen Schlafplatz nötig hatten. So kam zur Schichtarbeit im Betrieb noch das Schichtschlafen im Lager. ‚KZ-mäßige Unterbringung' bedeutete hier auch, daß im Lager Vereinshaus in Hess. Lichtenau dieselben Verhältnisse herrschten wie in den KZ Auschwitz, Buchenwald, Bergen-Belsen u.a. ...«[38]

»Die hygienischen Verhältnisse im Lager Vereinshaus waren zwar zu Anfang deutlich besser als im KZ Auschwitz, wurden aber – verbunden mit der totalen Überbelegung des Lagers – im Laufe der Zeit immer mangelhafter. Darüber berichten auch die Frauen, die nach dem Krieg die Baracken schrubben und von Wanzen und anderem Ungeziefer reinigen mußten. Mehrfach wurden Entlausungskuren bei den Gefangenen vorgenommen. Nur ab und zu erhielten die Frauen ein dünnes Stück Seife. Die Baracken waren kalt und feucht, und es gab dort viele Ratten. Die Jüdinnen schliefen auf einfachen Holzpritschen, und jede hatte für die Nacht eine Wolldecke. [....]

Die Frauen in Hess. Lichtenau hatten keine hinreichende Bekleidung, schon gar nicht für winterliche Verhältnisse. Sie waren in Lumpen gehüllt, an ihren nackten Füßen trugen sie Holzpantinen, die sie im KZ Auschwitz bekommen hatten. Aus Mangel an Bekleidung wickelten sie sich Zeitungen oder Lumpen um die Beine und nahmen ihre Schlafdecken mit, um sich gegen die Kälte zu schützen.«[39]

Auch das Essen stand in keinem Verhältnis zum Kräfteverbrauch. Es bestand überwiegend aus Wassersuppe mit Rüben oder Weißkraut mit etwas Kommißbrot. Auf vier verschiedenen Wegen gelangten die Frauen, die teilweise nicht einmal Schuhe besaßen, ins Werk. Den größten Strapazen waren diejenigen ausgesetzt, die zu der durchschnittlich 10½ stündigen Arbeitszeit noch den 5 Kilometer weiten Weg zwischen

36) Vaupel: S. 71.
37) ebenda.
38) Vaupel: S. 48.
39) Vaupel: S. 47f.

Hess. Lichtenau und dem Werk hin und zurück zu Fuß laufen mußten.[40]

In der Fabrik wurden die Jüdinnen in erster Linie zu den gefährlichen und körperlich schweren Arbeiten herangezogen. Sie mußten z.B. Schächte, Gräben usw. ausheben. Meistens arbeiteten sie in den explosionsgefährdeten *Füllstellen* und *Pressengebäuden* (Abfüllbunkern).

Die Leistung der jüdischen Frauen in den *Füllstellen* wird zu Anfang, am 16. 8. 1944, in den Kriegstagebüchern des *Rüstungskommandos* ausdrücklich gelobt und als »sehr gut« bezeichnet. Schon nach kurzer Zeit stellten sich bei denjenigen, die in den Abfüllgebäuden mit TNT und Pikrin in Berührung kamen, die typischen Vergiftungserscheinungen ein.[41]

Daß die Lebens- und Arbeitsbedingungen die Kräftereserven der Frauen schnell erschöpfen mußten, ist nicht weiter verwunderlich. Da das Werk jedoch nur Interesse an arbeitsfähigen und gesunden Arbeitskräften besaß, wurden die anderen Häftlinge in das Vernichtungslager zurückgeschickt. Schon am 27. 10. 1944, keine drei Monate nach Ankunft der ersten jüdischen Frauen in Hess. Lichtenau, wurden 206 Jüdinnen in die Gaskammern von Auschwitz »überstellt«. Darüber hinaus ist es nach Aussagen ehemaliger weiblicher KZ-Gefangener des Außenkommandos Hess. Lichtenau zu mehreren Gefangenentötungen gekommen.[42]

»Den größten finanziellen Nutzen aus dem Einsatz von KZ-Gefangenen in der Industrie zog sicher die SS. Doch auch für die D.A.G. und deren Hauptaktionär, die IG Farben, war der Häftlingseinsatz ein einträgliches Geschäft, denn die Häftlinge waren die billigsten Arbeitskräfte. Pro ‚geliefertem' KZ-Gefangenen und pro Arbeitstag zahlte der Betrieb an die SS einen festgesetzten Betrag, so für die Frauen in Hess. Lichtenau, die als ungelernte Arbeiterinnen (Häftlingshilfsarbeiter) ‚eingestuft wurden, 4 Reichsmark'. Die Gefangenen selbst bekamen allerdings nichts für ihre Arbeit. Abgerechnet wurde von der Verwaltung der Fabrik Hess. Lichtenau direkt mit der SS-Wirtschaftsverwaltung. Dabei erschien Auschwitz in den Abrechnungen aus Hess. Lichtenau unverhüllt als ‚Lieferer' der Arbeitskraft, die ständig in Gefahr stand, zurück nach Auschwitz zur Vernichtung gebracht zu werden.«[43]

Mit dem Vorrücken der alliierten Armeen schien auch für die Häftlinge die Befreiung immer näher zu kommen. Doch die SS wollte die Zeugen ihrer Verbrechen beseitigen. Kein KZ-Häftling sollte das Kriegsende erleben. Die in »Sichtweite« gerückte Befreiung durch die Truppen der Alliierten wurde zu einem Wettlauf mit dem Vernichtungsvorhaben der

40) Vaupel: S. 57.
41) Vaupel: S. 59f.
42) Vaupel: S. 82f.
43) Vaupel: S. 68.

SS. Als die Amerikaner in Melsungen standen, nur noch 15 Kilometer vom Lager entfernt, kam der Befehl, die KZ-Häftlinge aus Hess. Lichtenau zu evakuieren.

»Die Frauen wurden zunächst unter Bewachung sämtlicher Angehöriger der SS-Wachmannschaft mit der Bahn nach Leipzig transportiert. Die Fahrt dorthin dauerte fünf Tage. Dort blieben sie zwei Tage im Lager Leipzig-Schönau und eine Woche im Lager Leipzig-Thekla. Danach folgte ein etwa zwei Wochen lang dauernder Evakuierungsmarsch, dem sich unterwegs noch andere Evakuierungszüge unter Bewachung deutscher Soldaten anschlossen. Auf diesem Evakuierungsmarsch sind nach Angaben von Überlebenden viele Gefangene, die nicht mehr weitermarschieren konnten, von SS-Leuten erschossen worden. [...] Der Evakuierungsmarsch endete in Wurzen, wo die jüdischen Frauen am 25. 4. 45 von amerikanischen Truppen befreit wurden.«[44]

44) Vaupel: S. 98.

Die Entwicklung Hirschhagens nach 1945

Das Werk unter amerikanischer Besatzung 1945–1950

Die Sprengstoffproduktion im Werk Hess. Lichtenau lief am 29. 3. 1945 aus. Am 2. 4. 1945, dem Tag des Einmarsches der Amerikaner in Hess. Lichtenau, verließ der Werkschutz das Werksgelände.[1] Danach war das Werk drei Tage lang ohne Bewachung. Zeitzeugen berichteten uns wiederholt, daß Zwangsarbeiter in diesen Tagen und in den folgenden Wochen im Werk plünderten.[2] Später organisierte die Militärregierung mit 140 Zivilwärtern und Militärpersonal einen Werkschutz.[3]

Rechtliche Situation

Die Werksanlagen der Fabrik Hess. Lichtenau wurden beschlagnahmt und in den Besitz und unter die Kontrolle der amerikanischen Militärregierung gestellt.[4] Durch Gesetze der Militärregierung, und zwar Gesetz Nr. 52 und Nr. 54, *betrifft Sperre und Kontrolle bzw. Nutzung von Vermögen des Reiches und der Wehrmacht*, wurde das Vermögen der Montanindustrie in treuhänderische Verwaltung übergeben. Das Vermögen der D.A.G. und der Verwert-Chemie wurde aufgrund des *Kontrollratsgesetzes* Nr. 9 vom 30. 11. 1945, *betrifft Beschlagnahme und Kontrolle des Vermögens der IG-Farben-Industrie*, gesperrt.[5]

Die für das Werk zuständige Abteilung der Militärregierung hatte ihren Sitz in Witzenhausen. Sie setzte ehemalige leitende Angestellte und Direktoren von Rüstungsfirmen als Treuhänder bzw. Verwalter ein.

1) HHStA: Abt. 506/Akt. Nr. 245. Erster Zwischenbericht der Treuhandkommanditgesellschaft vom 23. 1. 1947 (im folgenden zit.: Zwischenbericht), S. 6.
2) Die historische Forschung hat ergeben, daß Plünderungen bei weitem nicht das Ausmaß hatten, wie häufig dargestellt wird. Plünderungen werden als nachträgliche Legitimation für die unmenschliche Behandlung der Zwangsarbeiter benutzt. Ausländer waren unterproportional beteiligt. Quelle: Ulrich Herbert: Apartheid nebenan. Erinnerungen an die Fremdarbeiter im Ruhrgebiet. In: Lutz Niethammer (Hrsg.): »Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll.« Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet, Hannover 1983, S. 261.
3) HHStA: Akten der Militärregierung, Akt. Nr. 8/11-2/4, OMGH Kassel-District. Weekly MGSUM Report vom 25. 2. 1946.
4) Marburger Presse vom 14. 12. 1945. Bekanntmachung der Militärregierung über Aufhebung von Verträgen. Abschrift vom 8. 3. 1948 (im Besitz von H.J. Wolff, Stadtallendorf).
5) Übernahmebericht, S. 8.

Nachdem das Werk im Sommer 1945 unter die *IG-Farben-Kontrolle* gestellt worden war, wurde Dr. Erich Bottke, ehemals stellvertretender Betriebsleiter des Werkes Hess. Lichtenau, zum *Technical Adviser* des Kontrolloffiziers ernannt.[6] Am 1. 12. 1945 ging die Werksanlage von der *IG-Farben-Kontrolle* an die *Property Control* (Vermögenskontrolle) über. Daraufhin wurde Dr. Bottke von der Militärregierung zum Treuhänder für das gesamte Fabrikvermögen bestellt.[7]

Für die Verwert-Chemie wurde ein Liquidationsverfahren eingeleitet. Liquidator für das D.A.G.- und Verwert-Chemie-Vermögen in der amerikanischen Zone wurde Direktor Lore, ehemaliger kaufmännischer Direktor der D.A.G. und Verwert-Chemie. Er ernannte Dr. Bottke zu seinem örtlichen Vertreter.[8]

Im Sinne der *Potsdamer Beschlüsse* wurden Munitionsfabriken zu Ausbau- und Zerstörungsbetrieben erklärt. Die Militärregierung stellte dem *Großhessischen Staatsministerium (Ministerium für Wirtschaft und Technik)* am 19. Januar 1946 den Demontagebefehl zu.[9] Seine Bestimmungen beinhalteten folgendes:

1. Durch Einstellung jeglicher Produktion ist der Betrieb völlig stillzulegen.
2. Geeignete industrielle Anlagen und Vermögensbestandteile sind für Reparationszwecke bereitzustellen.
3. Anlagen, die ausschließlich zum Zwecke der Kriegsführung bestimmt sind, sollen zerstört werden.[10]

Im Januar 1946 wurde das Vermögen des Werkes Hess. Lichtenau für Reparationszwecke beschlagnahmt. Über die Rechtslage zu diesem Zeitpunkt kann man im Zwischenbericht einer Rechnungsprüfungsfirma folgendes lesen: »Damit ergab sich die eigenartige Rechtslage, daß über ein- und dieselben Vermögenswerte drei völlig unabhängige Vermögensverwalter und Beauftragte mit weitgehenden Vollmachten eingesetzt waren, von denen angabegemäß jeder nur nach den Weisungen seiner vorgesetzten Dienststelle zu handeln hatte.«[11]

Am 11. 6. 1946 kam noch ein vierter Bevollmächtigter hinzu: Dr. Falk wurde als *Generaltreuhänder* für das Montanvermögen in Hessen eingesetzt.[12] Umfangreiche Schriftwechsel in den Akten des *Hessischen Hauptstaatsarchives* sowie des *Amtes für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung in Hessen* geben Aufschluß über die unklare Rechtslage und die

6) Zwischenbericht, S. 6.
7) ebenda.
8) ebenda.
9) Gummel, S. 27.
10) ebenda.
11) Zwischenbericht, S. 7.
12) Zwischenbericht, S. 8.

OFFICE OF MILITARY GOVERNMENT
FOR GREATER HESSE
INDUSTRY BRANCH
REPARATION SECTION

APO 633
Wiesbaden
13 Feb 46

NOTICE OF CUSTODY

This property HESS-LICHTENAU at Fuerstenhagen,
has been designated to be dismantled or destroyed as a
war potential - ~~as reparations from Germany~~ -
by the Allied Nations Reparations Commission in Berlin and
is OFF - LIMITS to all unauthorized personnel.

Nothing is to be removed from this property without
written authority from

Captain H.M. Jones
or
Lt. R.F. Jenzen

of the Reparations Section of the Industry Branch of the
Office of Military Government for Greater Hesse.

For further Information: Contact Captain H.M. Jones at
the Landeshaus in Wiesbaden 24641/2 Tel. Ext. 321.

Raymond F. Jenzen
Raymond F. Jenzen
2nd Lt. Infantry
Field Representative
Reparations Section

Dok. 4 Bekanntmachung der Militärregierung über die Beschlagnahme der Fabrik Hess. Lichtenau.

Kompetenzstreitigkeiten zwischen den verschiedenen Ämtern und Dienststellen. Bis zur Aufhebung der Militärgesetzgebung schoben sie sich gegenseitig die Schuld zu für die chaotischen Zustände im Werk Hess. Lichtenau. Wechselseitig wird immer wieder gefordert, Treuhänder oder Verwalter abzuberufen, manchmal mit Erfolg. Die Vorgänge können hier nicht detailliert dargestellt werden. Auf den Verlauf der Demontage gehen wir im Kapitel »Die Demontage der Werksanlagen« ein.

Nachdem die Reparationsgüter demontiert und ein Teil der Bunkeranlagen gesprengt waren, wurde am 20. April 1949 das Gesetz Nr. 19 der Militärregierung verordnet. Es regelt die Entlassung der beschlagnahmten Vermögen aus der Vermögenssperre. Dadurch ging die Verwaltung des Werkes an das Land Hessen bzw. seinen Bevollmächtigten, das *Landesamt für Vermögenskontrolle*, über. Im Januar 1950 wurde durch den *Hessischen Ministerpräsidenten* angeordnet, daß alle das Gesetz Nr. 19 der Militärregierung betreffenden Angelegenheiten dem Finanzministerium unterstellt werden sollten.[13] Zu dem Zeitpunkt war also das Land Hessen Eigentümer des auf dem Werksgelände in Hirschhagen befindlichen Montan-Vermögens. Vermögenswerte der Verwert-Chemie waren nicht mehr vorhanden, da das Unternehmen gegen Ende des Jahres 1950 vollständig liquidiert war.[14] Das Militärgesetz Nr. 19 wurde jedoch am 1. 5. 1951 durch das Gesetz Nr. A 16 wieder aufgehoben. In Verbindung mit Art. 134 Abs. 1 des Grundgesetzes, *Reichsvermögen wird Bundesvermögen*, ging damit das gesamte Eigentum der *Montanindustriewerke G.m.b.H.* an den Bund bzw. das Bundesfinanzministerium über.[15]

Die Firmenbezeichnung *Montanindustriewerke G.m.b.H.* wurde am 1. 8. 1951 in *Industrieverwaltungsgesellschaft m.b.H.* (IVG) umgewandelt.[16]

Nutzung der Werksanlage durch das Ministerial Collecting Center (MCC)

Von Anfang Juni 1945 bis Ende Januar 1946 nutzten die Alliierten das Werk Hess. Lichtenau als Sitz des MCC, der Zentrale zur Auswertung von Verwaltungsakten der Reichsregierung. In der Sprengstoffabrik wurden neben den Akten aus dem Ministerium Speer auch sämtliche Akten der Montan aus Lippolsberg, dem letzten Sitz der Zentralverwaltung, zusammengetragen.[17] Über 50 % der Werksgebäude wurden als Büros

13) Gummel, S. 53.
14) ebenda.
15) Gummel, S. 54.
16) ebenda.
17) Übernahmebericht, S. 5f.

Abb. 50
In der Siedlung Fürstenhagen wohnten nach Kriegsende erst US-Besatzungstruppen, später Mitglieder der Demontage-Kommissionen.

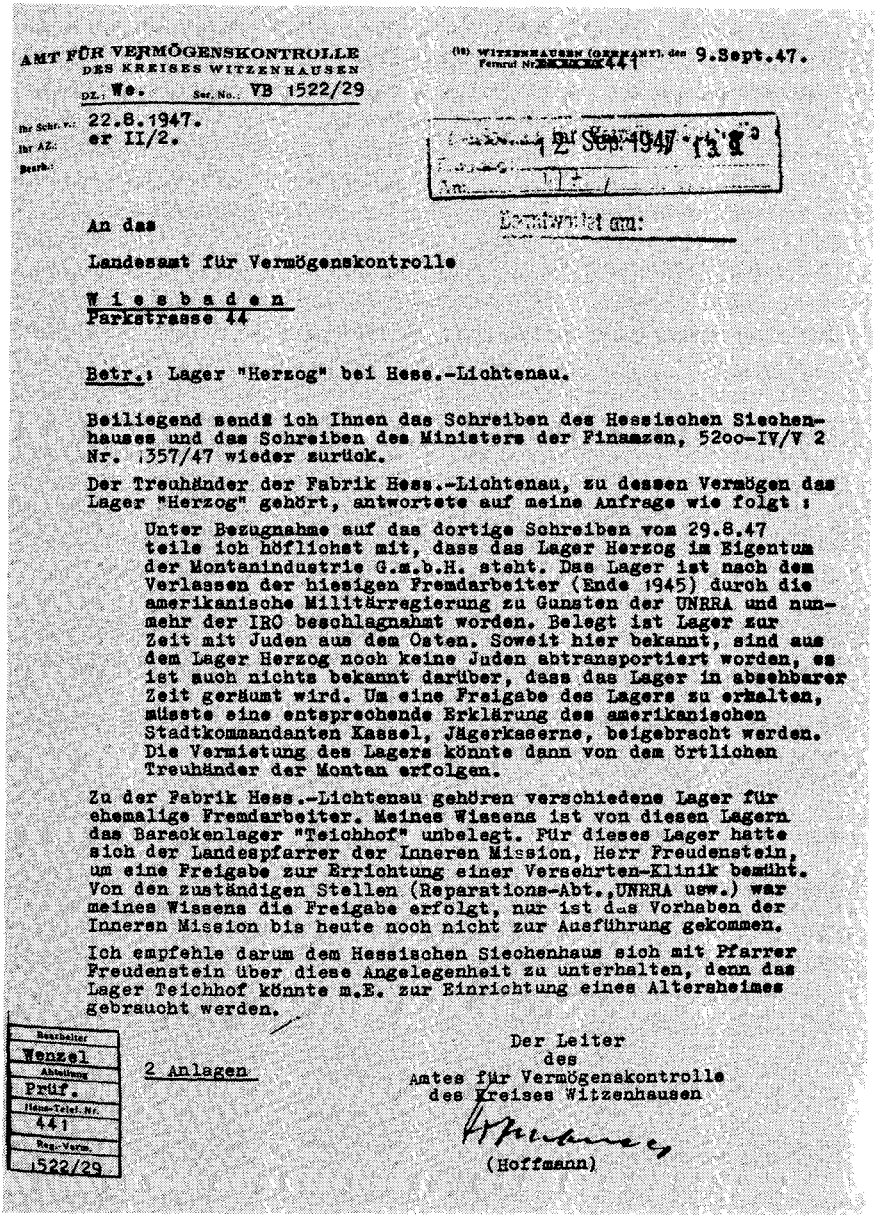
für amerikanische Fachleute eingerichtet und zu diesem Zweck von Kriegsgefangenen ausgeräumt. Das Inventar der Gebäude wurde irgendwo im Gelände, meistens auf dem *Brandplatz*, abgelagert.[18] Im ehemaligen *Verwaltungsgebäude* der Fabrik (Nr. 580) befand sich die Mikrofilm-Abteilung.[19] Zur Sichtung und Auswertung der Aktenbestände wurden ca. 1000 ehemalige Ministerialbeamte und Angestellte aus Berlin in den umliegenden Lagern und Dörfern zusammengezogen.[20]

Das Lager Föhren diente bis zum Februar 1946 der Unterbringung von Kriegsgefangenen und zivilen Internierten der Militärregierung.[21] Die US-Besatzungstruppen waren anfänglich in der beschlagnahmten Siedlung Fürstenhagen[22] und später im Lager Waldhof untergebracht.[23] Anschließend wohnten in der Siedlung Fürstenhagen (Abb. 50) verschiedene Kommissionen aus England, Frankreich, Belgien, Jugoslawien und der Sowjetunion. Sie sollten die Anfang 1946 beginnende Demontage überwachen.[24]

Der einsetzende Flüchtlingsstrom und die Arbeitslosigkeit waren in den ersten Nachkriegsjahren die zentralen Probleme der Region Hess. Lichtenau. In der Stadt sollten ca. 1700 Flüchtlinge untergebracht werden.[25] Sie kamen in Privatquartieren und den ehemaligen Werkslagern unter. Die Lager Vereinshaus, Teichhof, Waldhof, Lenoir-Stift und Herzog dienten der Unterbringung von Juden, die den Vernichtungsaktionen in den Konzentrationslagern entkommen waren. Die größtenteils aus den Ostgebieten stammenden Juden mußten z. T. bis 1949 in den Lagern warten, bis sie nach Palästina, in die USA oder nach Kanada auswandern konnten. Das Lager Friedrichsbrück und zwei Baracken des Lagers Esche wurden als Wohnraum für Flüchtlinge freigegeben; nachdem die Demontagekommissionen ausgezogen waren, auch die Siedlung Fürstenhagen. Die meisten Baracken der Lager Esche und Steinbach wurden zerlegt und in Volkmarsen als Flüchtlingslager wieder aufgebaut.[26]

Aus einem Zeitungsartikel vom 9.2.1946 geht hervor, daß die Demontage der Werksanlagen besonders wichtig wurde: Viele Arbeitslose aus der Region Hess. Lichtenau fanden dabei eine Beschäftigung. Auch

18) HHStA: Abt. 506/Akt. Nr. 245. Schreiben der Fabrik Hess. Lichtenau vom 29. 7. 1947.
19) LAV: Akt. Nr. VB 1522-4. Schreiben des OMGUS (Office of Military Government in der US-Zone) vom 19. 1. 1946.
20) 650-Jahrfeier Fürstenhagen: Eine Festschrift. Fürstenhagen 1962 (im Besitz der Gesamtschule Hess. Lichtenau) (im folgenden zit.: Festschrift), S. 64f.
21) Übernahmebericht, Anlage 12 II.
22) Übernahmebericht, Anlage 11.
23) Festschrift, S. 65.
24) Festschrift, S. 64.
25) Werra-Bote vom 13. 3. 1946. Flüchtlingslager Hess. Lichtenau.
26) Übernahmebericht, Anlage 12 I-III. Festschrift, S. 65



AMT FÜR VERMÖGENSKONTROLLE
DES KREISES WITZENHAUSEN

(16) Witzenhausen (Werra), den 9.Sept.47.
Fernruf Nr. 441

DZ.: We. Ser.No.: VB 1522/29

Ihr Schr. v.: 22.8.1947.
Ihr AZ.: er II/2.
Betrifft:

12 Sep. 1947

An das

Landesamt für Vermögenskontrolle

W i e s b a d e n
Parkstrasse 44

Betr.: Lager "Herzog" bei Hess.-Lichtenau.

Beiliegend sende ich Ihnen das Schreiben des Hessischen Siechenhauses und das Schreiben des Ministers der Finanzen, 5200-IV/V 2 Nr. 1357/47 wieder zurück.

Der Treuhänder der Fabrik Hess.-Lichtenau, zu dessen Vermögen das Lager "Herzog" gehört, antwortete auf meine Anfrage wie folgt :

Unter Bezugnahme auf das dortige Schreiben vom 29.8.47 teile ich höflichst mit, dass das Lager Herzog im Eigentum der Montanindustrie G.m.b.H. steht. Das Lager ist nach dem Verlassen der hiesigen Fremdarbeiter (Ende 1945) durch die amerikanische Militärregierung zu Gunsten der UNRRA und nunmehr der IRO beschlagnahmt worden. Belegt ist Lager zur Zeit mit Juden aus dem Osten. Soweit hier bekannt, sind aus dem Lager Herzog noch keine Juden abtransportiert worden, es ist auch nichts bekannt darüber, dass das Lager in absehbarer Zeit geräumt wird. Um eine Freigabe des Lagers zu erhalten, müsste eine entsprechende Erklärung des amerikanischen Stadtkommandanten Kassel, Jägerkaserne, beigebracht werden. Die Vermietung des Lagers könnte dann von dem örtlichen Treuhänder der Montan erfolgen.

Zu der Fabrik Hess.-Lichtenau gehören verschiedene Lager für ehemalige Fremdarbeiter. Meines Wissens ist von diesen Lagern das Barackenlager "Teichhof" unbelegt. Für dieses Lager hatte sich der Landespfarrer der Inneren Mission, Herr Freudenstein, um eine Freigabe zur Errichtung einer Versehrten-Klinik bemüht. Von den zuständigen Stellen (Reparations-Abt., UNRRA usw.) war meines Wissens die Freigabe erfolgt, nur ist das Vorhaben der Inneren Mission bis heute noch nicht zur Ausführung gekommen.

Ich empfehle darum dem Hessischen Siechenhaus sich mit Pfarrer Freudenstein über diese Angelegenheit zu unterhalten, denn das Lager Teichhof könnte m.E. zur Einrichtung eines Altersheimes gebraucht werden.

Bearbeiter: Wenzel
Abteilung: Prüf.
Hdns-Telef. Nr.: 441
Reg.-Vorm.: 1522/29

2 Anlagen

Der Leiter
des
Amtes für Vermögenskontrolle
des Kreises Witzenhausen

(Hoffmann)

Dok. 5 Stellungnahme des Amtes für Vermögenskontrolle in Witzenhausen zur Belegung der Lager Teichhof und Herzog.

einige ehemalige MCC-Mitarbeiter hofften, bei Demontagearbeiten eingesetzt zu werden.[27] Im Februar 1947 waren ca. 600 Arbeitskräfte im Werk Hess. Lichtenau beschäftigt.[28]

Ein Teil des in Hirschhagen untersuchten Aktenmaterials ist später nach Berlin in das *Berlin Document Center* gebracht worden. Akten der Verwert-Chemie aus der Zeit der Sprengstoffproduktion waren in Hess. Lichtenau danach nicht mehr verfügbar. »Nach Angaben der örtlichen Vertreter der Werke Allendorf und Hess. Lichtenau sollen alle nennenswerten Unterlagen durch Plünderungen verloren gegangen bzw. durch die Militärregierung nach Berlin geschafft worden sein.«[29] Die Buchhaltung des Werkes wurde allerdings in der Zentrale der Verwert-Chemie in Troisdorf abgewickelt.[30] Die dort lagernden Aktenbestände sollen nach Auskunft der *Dynamit Nobel AG* durch »Kriegseinwirkung« vernichtet worden sein.[31]

Demontage der Werksanlagen

Um einen Überblick über die Gebäude, Maschinen und sonstige Materialien des Werkes Hess. Lichtenau zu bekommen, wurden mehrere Inventuren durchgeführt. Im September 1945 führten 20 ehemalige Werksangehörige die erste Bestandsaufnahme im Auftrag der Militärregierung durch.[32] Der Wert des Eigentums der D.A.G. und der Verwert-Chemie wurde auf knapp 16 Mio. RM errechnet.[33] Von der Inventur des Montan-Eigentums liegen keine Zahlen vor.[34]

Eine genaue Auflistung aller Materialien war nicht möglich, da Arbeitskräfte fehlten und die Werksanlagen gleichzeitig von der Militärregierung genutzt wurden. Außerdem lagen viele Gegenstände bereits auf den Schrottplätzen des Werksgeländes.[35]

Oft kam es zu Streitigkeiten über den Umgang mit Vermögenswerten des Werkes: Gründe dafür waren eine ungenaue Buchführung der treu-

27) Werra-Bote vom 9. 2. 1946. Ein Rüstungswerk wird abgebaut.
28) LAV: Akt. Nr. 1522-4. Schreiben des Bürgermeisters von Hess. Lichtenau vom 28. 2. 1947.
29) Übernahmebericht, S. 1.
30) Zwischenbericht, S. 10.
31) Dynamit Nobel AG: Schreiben an Prof. Dr. D. Ipsen vom 28. 11. 1983.
32) HHStA: Abt. 506/Akt. Nr. 245. Schreiben der Fabrik Hess. Lichtenau vom 29. 7. 1947 (im folgenden zit.: Schreiben der Fabrik vom 29. 7. 1947).
33) Zwischenbericht, S. 12.
34) Der Treuhänder der Montan-Industriewerke GmbH schätzte den Restwert des Montan-Vermögens auf ca. 23 Mio. RM. Der Neuwert betrug ca. 98 Mio. RM. Quelle: Übernahmebericht, S. 36ff.
35) Schreiben der Fabrik vom 29. 7. 1947.

1. Werk Messisch-Lichtenau.

Werkvorhaben:		
Grundstücke	478.284,62	
Grundstückserschl.	6.280.853,49	
Forsten	440.616,75	
Gebäude	31.376.233,50	
Fert.-Masch.u. App.	8.263.052,99	
Hilfsmasch.-allg. masch.u.app.Einricht.	5.450.180,54	
Förderanl.u.Transp. Einricht.	4.720.320,94	
Betriebs-u. Geschäftsausstattung	14.703.700,72	
Betriebsmittel	2.833.943,92	
Allg. Aufwendg.	4.982.896.18	
Anderw.Invest.	1.524.422,82	81.054.506,47
Werkwohnungen:		
Grundstück	55.761,65	
Grundstückserschl.	28.113,27	
Forsten	-,--	
Gebäude	1.395.180,06	
Einrichtungen	27.959,81	
Allg.Aufwendg.	493.580,71	2.000.595,50
Lager:		
Grundstück	53.306,16	
Grundstückserschl.	1.714.375,27	
Forsten	-,--	
Gebäude	8.155.612,23	
Einrichtungen	2.326.439,41	
Allg.Aufwendg.	502.750,31	12.752.483,38
zusätzliche Ausgaben f.Grunderwerb:		38.141,--
		95.845.726,35

Einzelwerte der Werkwohnungen:

Siedlung Fürstenhagen	1.835.000,--
Angestelltenheim Fürstenhagen	265.000,--

Dok. 6 Das Montan-Anlagevermögen (in Reichsmark) der Fabrik Hess. Lichtenau bis zum 31. 3. 1943 (ohne Fabrik Eschenstruth).

händerischen Verwaltung und miteinander konkurrierende Zuständigkeiten von Treuhändern und Beauftragten.[36] Direktor Lore, seit dem 1. 12. 1945 Liquidator des Verwert-Chemie-Vermögens, versuchte beispielsweise, die Maschinen, Ausrüstungen, Rohstoffe etc. des Werkes Hess. Lichtenau möglichst schnell zu verkaufen. Die Verkäufe wurden Anfang Februar 1946 gestoppt, nachdem die Werksanlage im Auftrag der *Reparation Section* vom *Minister für Wirtschaft und Verkehr* übernommen worden war.[37]

Die Firma *Wiederaufbau-Union Durst und Co.* erhielt den Auftrag, die Vermögenswerte abzubauen, die sich als Reparationsgüter eigneten.[38] Aus einer anderen Aktennotiz geht hervor, daß die Fa. *Mannesmann* ebenfalls als Demontagefirma eingesetzt war.[39] Aufgabe beider Firmen war die »Inventarisierung, das Säubern, Verpacken und Versandfertigmachen aller in die Werksgebäude eingebauten und andersweitig befindlichen Maschinen, Apparate, Rohmaterialien usw«.[40] Ein genauer Abbauplan lag im März 1946 noch nicht vor.[41]

Die Demontage der Anlagen begann zwar bereits Anfang 1946, ihr Versand konnte aber erst Monate oder sogar Jahre später erfolgen, weil die Bestimmungsländer für die einzelnen Güter vorher nicht feststanden. Häufig verrottete das im Freien gelagerte Material.[42] Eine größere Versand-Aktion erfolgte von Juli bis Oktober des Jahres 1948. Empfängerländer der Reparationsgüter waren Jugoslawien, Belgien, die Tschechoslowakei, Frankreich, Griechenland und Albanien.[43]

In verschiedenen Gesprächen, auch mit Behördenvertretern, wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß die Demontagearbeiten in Hirschhagen sehr »chaotisch« verlaufen seien. Es wurde uns berichtet, daß die in den Kesseln, Becken und Leitungen noch vorhandenen Säuren

36) Dies geht aus verschiedenen Akten des Landesamtes für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung in Hessen (LAV) sowie des Hessischen Hauptstaatsarchives (HHStA) hervor.
37) Schreiben der Fabrik vom 29. 7. 1947.
38) LAV: Akt. Nr. VB 1522-4. Bericht des Wirtschaftsprüfers vom 14. 2. 1947, S. 4. Zum Abbau vorgesehen waren Maschinen und Apparate im Wert von 17,3 Mio. RM. Quelle: Übernahmebericht, S. 39.
39) HHStA: Abt. 506/Akt. Nr. 245. Schreiben der Fabrik Hess. Lichtenau vom 29. 9. 1947.
40) Gummel, S. 29.
41) Ministerium für Wirtschaft und Technik, Abt. Industrie: Aktennotiz vom 4. 3. 1946 (im Besitz von H.J. Wolff, Stadtallendorf) (im folgenden zit.: Aktennotiz vom 4. 3. 1946).
42) Gespräch mit Herrn K. am 27. 10. 1983.
43) LAV: Akt. Nr. 1522-4. Reports of Property Transactions vom 2. 7. 1948 bis 6. 10. 1948.

Fabrik Hessisch-Lichtenau
der Gesellschaft m.b.H.
zur Verwertung chem. Erzeugnisse
In dissolution — In Auflösung
FURSTENHAGEN (Bez. Kassel)

Amt f. Vermögenskontrolle
5.3.48 Kr. 1225
6.347
Ausg. VB 1522-24

An das

Amt für Vermögenskontrolle
des Kreises Witzenhausen

In Witzenhausen.

Betrf.PC 3 Hess.Lichtenau,d.1.3.48.

In der Anlage überreiche ich Ihnen folgende PC 3 Formulare in 5 facher Ausfertigung für die Interims Empfangsscheine

Nr.	291	Belgien	Gesamtbetrag	Rm	21.600.-
"	292	Frankreich	"	"	41.599.-
"	293	Tschechoslovakei	"	"	5.744.-
"	294	Tschechoslowakei	"	"	2.790.-
"	295	Tschechoslowakei	"	"	1.075.-
"	296	Tschechoslowakei	"	"	---
"	297	Griechenland	"	"	14.899.50
"	298	Griechenland	"	"	645.-
"	299	Griechenland	"	"	902.-
"	300	Jugoslavien	"	"	53.792.-
"	301	Frankreich	"	"	11.975.-
"	302	Frankreich	"	"	638.-
"	303	Frankreich	"	"	8.221.-
"	304	Frankreich	"	"	---
"	305	Belgien	"	"	8.400.-
"	306	Jugoslawien	"	"	17.593.-
"	307	Frankreich	"	"	3.147.-
"	308	Frankreich	"	"	4.002.-
"	309	Tschechoslovakei	"	"	---
"	310	Tschechoslovakei	"	"	11.016.30
"	311	Tschechoslovakei	"	"	460.-
"	312	Jugoslavien	"	"	9.580.-
"	313	Jugoslavien	"	"	30.600.-
"	314	Jugoslavien	"	"	18.171.-
"	315	Tschechoslovakei	"	"	----

Hochachtungsvoll!
Werk Hess.-Lichtenau
der Montan-Industriewerke G. m. b. H.
in der US-Zone
Der Untertreuhänder:

Dok. 7 Aufstellung der Fabrik Hess. Lichtenau über Empfängerländer und Werte von Reparationsgütern.

und Sprengstoffreste nicht entfernt und gesammelt worden sind, sondern daß man die Behälter einfach ins Erdreich entleert hat. Bei späteren Sprengungen sei ebenfalls wenig Rücksicht auf Giftrückstände genommen worden. Deshalb herrscht die Meinung vor, daß die nachlässig ausgeführten Demontagearbeiten die Trinkwasserverunreinigung im Raum Hess.Lichtenau verursacht haben.[44] Für diese Vermutung lassen sich bislang keine Belege finden. Die Demontagearbeiten liefen tatsächlich vollkommen unkoordiniert ab, zumal sich bereits zu der Zeit neue Industrieunternehmen in der ehemaligen Munitionsfabrik ansiedelten.[45]

Größere Mengen Säuren und anderer Rohmaterialien waren jedoch wertvolle Rohstoffe und wurden gesammelt. Folgende Mengen an Chemikalien befanden sich nach Produktionsende noch im Werk:

Toluol	1785 t
Schwefelsäure 96%	943 t
Schwefelsäure 70%	620 t
Oleum	1900 t
Phenol	40 t
Mischsäure HS	627 t[46]

44) Vgl. Kapitel: Grundwasserverseuchung.
45) Vgl. Kapitel: Industrieansiedlungen.
46) Zwischenbericht, Anlage II/11.
47) ebenda.
48) Schreiben der Fabrik vom 29. 7. 1947.
49) LAV: Akt. Nr. VB 1522-4. Fabrik Hess. Lichtenau: Listen über getätigte Verkäufe in der Zeit vom 21. 5. 1947 bis 20. 11. 1947.

minen, deren Versand nicht mehr erfolgt war.[50] Die in Hessen gelagerte Munition wurde im Werk *Herrenwald* in Allendorf zentral gesammelt und entschärft. Der Sprengstoff sollte dabei zurückgewonnen[51] und einer neuen Verwendung zugeführt werden. Die Arbeiten wurden von der 1946 gegründeten *Staatlichen Erfassungsstelle für Heeresgut (STEG)* durchgeführt. Nach Erledigung der Arbeiten wurde die Stelle 1948 aufgelöst.[52] Nach der Demontage des wiederverwendungsfähigen Materials wurde mit den Sprengungsarbeiten begonnen. Bis zum Januar 1948 waren 55 der 399 Bunkeranlagen durch Sprengungen zerstört worden.[53]

Wir nehmen an, daß die Militärregierung anfänglich die gesamte Werksanlage in Hirschhagen zur Zerstörung vorgesehen hatte, denn es handelte sich hier eindeutig um eine nur zu Zwecken der Kriegsproduktion erbaute Fabrik. Aber bereits Anfang 1946 gab es Bestrebungen, die meisten Gebäude zu erhalten, um sie für landwirtschaftliche Produktionen des geplanten »Agrarstaats Deutschland« umzunutzen.

»Die jetzige Leitung hat den Plan, gewisse Teile des Werkes nach entsprechendem Umbau der Erzeugung von Phosphat, als Düngemittel für die Landwirtschaft, einzurichten. Bisher haben diese Bestrebungen bei der Besatzungsbehörde Verständnis gefunden,...«[54]

Im selben Zeitungsartikel findet sich ferner der Vorschlag, einen Teil der Bunker zur Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen, u.a. weil die Werksanlage über ein Zentralheizungssystem verfüge. Außerdem könne man auch »Teile der Anlage zu einem Erholungsort umarbeiten«. Sollte die völlige Zerstörung der Werksanlagen gefordert werden, müsse mit den Besatzungsbehörden verhandelt werden.[55]

Zu dieser Zeit, Anfang 1946, war man sich noch im unklaren darüber, wie die Bestimmungen des Demontagebefehls über die Zerstörung kriegswichtiger Anlagen vollzogen werden sollten. Anfangs war geplant, die Kraftwerke zu erhalten und den Strom neu zu errichtenden Industriebetrieben zur Verfügung zu stellen.[56]

Im Zuge der Entmilitarisierungsmaßnahmen wurden insgesamt 148 Bauwerke zerstört[57] – darunter unterirdisch angelegte Kraftwerke.

50) Gespräch mit Herrn F. am 28. 10. 1983.
51) Der Sprengstoff wurde aus den entschärften Bomben, Granaten etc. herausgedampft, getrocknet und geformt.
52) Gummel, S. 32.
53) HHStA: Abt. 506/Akt. Nr. 245. Bericht des Zentraltreuhänders der Montan Industriewerke GmbH in der US-Zone vom 13. 1. 1948 (im folgenden zit.: Bericht des Zentraltreuhänders).
54) Werra-Bote vom 9. 2. 1946. Ein Rüstungswerk wird abgebaut.
55) Ebenda.
56) Aktennotiz vom 4. 3. 1946. Vgl. auch Kapitel: Industrieansiedlungen
57) IVG-Hirschhagen: Werkbeschreibung vom 12. 5. 1970 (im folgenden zit.: Werkbeschreibung).

Gesprengt wurden auch sämtliche *Sprengstoff lager, Pressengebäude* und fast alle Bauten, die der Herstellung und Abfüllung von Sprengstoffen direkt dienten, sofern sie nicht schon durch Explosionen in der Produktionszeit zerstört waren (Abb. 51; 52).

Wir vermuten, daß die Zahl der gesprengten Bauwerke in einem Kompromiß zwischen amerikanischen und deutschen Behörden festgelegt wurde, wie auch in Allendorf. Zur Entmilitarisierung der Munitionsfabrik gehörten auch die Enttarnung der unzerstörten Gebäude sowie die Entfernung der gebäudehohen Schutzwälle. Dadurch sollte den verbliebenen Fabrikanlagen der militärische Charakter genommen werden. Aus mündlichen Aussagen von Bewohnern Hirschhagens wissen wir, daß die Bunkerdächer zweimal enttarnt wurden. Die erste Enttarnung muß im Anschluß an die Demontagearbeiten gegen Ende der 40er Jahre erfolgt sein. Dabei waren lediglich die Bäume von den Dächern entfernt worden. Da die Erdaufschüttungen auf den Dächern blieben, wuchsen die Pflanzen im Laufe der Zeit nach. Deshalb wurde in den 50er Jahren erneut eine Enttarnung angeordnet, bei der auch die Erde von den Dächern entfernt

Abb. 51
Die amerikanische Militärregierung ließ mehr als ein Drittel der Betonbunker sprengen. Das Bild zeigt den Eingang zu einem zerstören *Pikrinsäure-Trockenhaus* (Nr. 385).

Ein Rüstungswerk wird abgebaut

⊙ Unter den Betrieben, die vom Kontrollrat für Deutschland als abrüstungsreif bezeichnet wurden, steht auch das Werk der D. A. G. in **Fürstenhagen**. Es handelt sich um eine Sprengstoffabrik großen Ausmaßes. Das Werk wurde bereits vor 1939 begonnen und während des Krieges auf Höchstleistung ausgebaut. Eigentlich war bei Kriegsende die Entwicklung noch nicht abgeschlossen, davon zeugen die noch sichtbaren Mengen von Baumaterial und sonstigen Gegenständen. Der Betrieb liegt auf einem Berg unweit der Station Fürstenhagen und umfaßt ein mehrere Kilometer nach jeder Richtung messendes Gelände. Besonders gut angelegte Straßen führen auf den Berg, der eigentlich nur dieses Werk trägt. Dutzende von Millionen sind hier in eine Anlage verbaut worden, die nur der Erzeugung zerstörender Explosivstoffe dienen sollte. Niemand vermutet hinter dem durch Gitter abgesperrten Gelände eine solch ausgedehnte Anlage. Und doch sind in den Waldungen verstreut mehrere hundert Bauten errichtet worden. Dabei handelt es sich bei den meisten um massive Gebäude aus Eisen und Beton. Sie liegen sämtlich im Walde, sind nicht allzu umfangreich und zum größten Teil auch noch in die Erde eingebaut. Daneben finden sich zahlreiche Bauten, die noch mit stockwerkhohen Schutzdämmen gegen Explosionen versehen sind. Und alle Gebäude waren, das sieht man heute noch deutlich, gut gegen Fliegersicht getarnt. Selbst auf den Dächern wachsen kleine Tannenbäume. Kein Fliegerangriff hat das Werk getroffen. Wenn das der Fall gewesen wäre, dann hätte das etwa 2 Kilometer entfernte Fürstenhagen bestimmt schwer gelitten.

Diese ausgedehnte Anlage soll nun auf Befehl des Kontrollrates geschleift werden. Sein Wert, der mit 18 Millionen RM veranschlagt ist, wurde zur Verteilung an verschiedene Reparationen fordernde Länder vorgesehen. Der Errichtungswert aber dürfte ein Vielfaches dieses Betrages betragen haben. Sieben Monate hindurch war in diesem Betrieb das Ministerial Collecting Center untergebracht. Nachdem diese Behörde nun aufgelöst ist und Reste nach Berlin überführt wurden, soll die Spitzhacke angesetzt werden. Vorgesehen ist, daß mit etwa 400 Arbeitern und 50 Angestellten diese Arbeit in ca. 2 Jahren bewältigt werden kann. Das wird nicht nur den Arbeitskräften der hiesigen Gegend, aus Fürstenhagen, Lichtenau, Walburg, Quentel bis nach Großalmerode zugute kommen, sondern auch den hier verbliebenen Resten des Ministerial Collecting Center. In wenigen Tagen wird man beginnen, die Maschinen und hunderte von Kilometern an Rohrleitungen abzumontieren. Ein Strom von Material wird sich vom Berge lösen.

Doch nicht allein der Zerstörung gelten in diesen Tagen die Gedanken. Aus dem Bewußtsein heraus, daß der Wiederaufbau Deutschlands erheblich von der Intensität der landwirtschaftlichen Produktion abhängt, wird das Bestreben klar, die Werksanlagen, soweit sie nicht als Kriegspotential gelten, der Landwirtschaft dienstbar zu machen. Die jetzige Leitung hat den Plan, gewisse Teile des Werkes nach entsprechendem Umbau der Erzeugung von Phosphat, als Düngemittel für die Landwirtschaft, einzurichten. Bisher haben diese Bestrebungen bei der Besatzungsbehörde Verständnis gefunden, so daß zu hoffen steht, daß die Absicht der Firma Verwirklichung finden kann.

Es bleibt dann immer noch die Frage, was mit den vielen Gebäuden geschehen soll. Ein Teil derselben dürfte sich ohne erhebliche Mühe und unter verhältnismäßig geringen Kosten umbauen lassen. Sicher wären hier Umsiedler und Flüchtlinge besser unterzubringen als in Holzbaracken, zumal sich diese Gebäude durch eine Zentralheizung beheizen lassen.

Es wird von der Entscheidung der Reparationskommission abhängen, ob man der ganzen Restanlage eine solche Verwendung geben kann. Man könnte auch gewisse Teile der Anlage zu einem Erholungsort umarbeiten. Die Lage mitten im Walde und nicht weit von der Bahnstation wäre außerordentlich günstig. Dagegen spricht nur unsere Not, die uns zwingt, für Millionen Menschen überhaupt Obdach zu schaffen. Und das geht allem vor. Aber sicher muß man die Verwendung dieser Bauten zu vielerlei nutzbringenden Zwecken im Auge behalten. Es sei denn, daß die völlige Zerstörung gefordert wird. Vielleicht läßt sich in dieser Richtung noch eine entsprechende Vereinbarung mit den Besatzungsbehörden treffen.

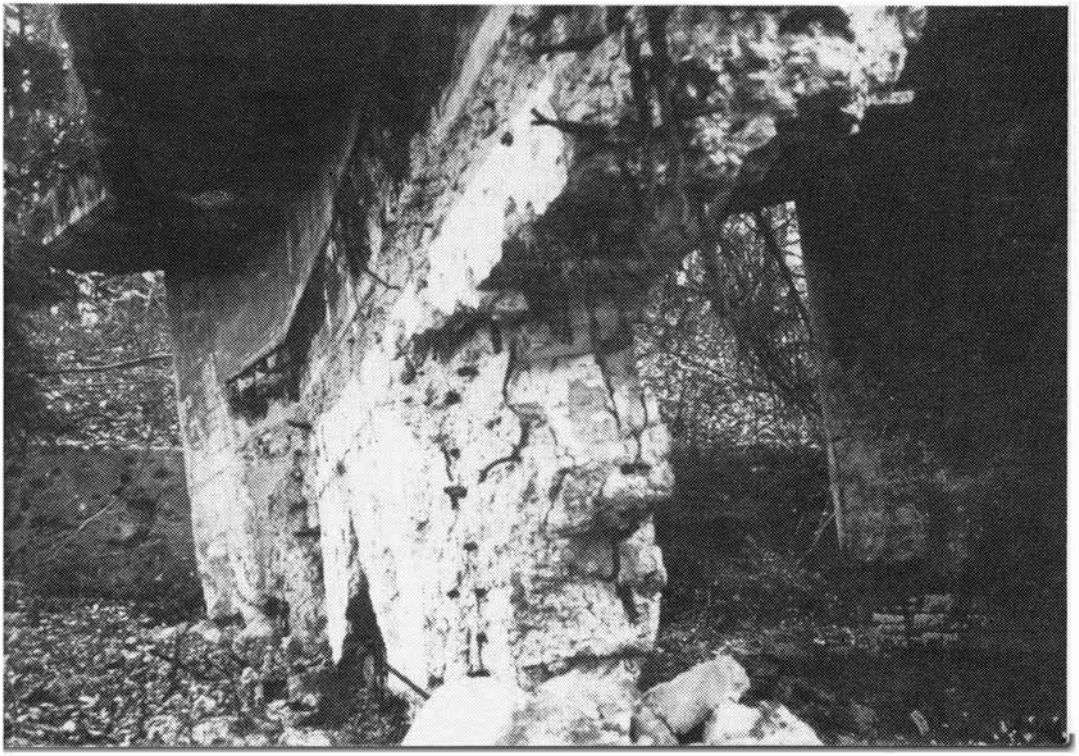
Dok. 8 Der Werra-Bote berichtete am 9. 2. 1946 über die bevorstehende Demontage der Fabrik Hess. Lichtenau.

wurde. Die Arbeiten sowie sich sammelndes Regenwasser auf den Dächern verursachten später große Schäden an den Gebäuden.

Der mehrere Kilometer lange Werkszaun wurde während der Demontagearbeiten abgebaut und billig verkauft. Noch heute kann man in der Umgebung von Hirschhagen die typischen Betonpfeiler sehen, die als Garten- oder Weidezäune dienen.

Nach Abschluß der Demontage- und Sprengungsarbeiten verblieben auf dem Gelände der ehemaligen Munitionsfabrik ca. 200 überwiegend eingeschossige Bunkergebäude. Sie konnten zu gewerblichen Zwecken genutzt werden, sofern sie nicht bei dem Ausbau von Maschinen beschädigt worden waren.

Abb. 52
Die Trümmer der gesprengten Anlagen liegen verstreut auf dem gesamten Gelände Hirschhagens. Hier: Ein ehem. *Pressenhaus* (Nr. 364).



Bereits kurz nach dem Beginn der Demontagearbeiten wurden die ersten Pachtverträge mit Firmen abgeschlossen, die sich innerhalb der Werksanlage Hess. Lichtenau niederlassen wollten. In den Gebäuden mit intakter Wasser- und Energieversorgung wollten zumeist Flüchtlinge neue Betriebe gründen.

Den ersten Pachtvertrag schloß die Firma *Pharma-Chemie KG* am 15. 5. 1946 ab.[58] Aus dem Vertrag geht hervor, daß die Firma zum Zwecke der Sacharin-Herstellung die Gebäude Nr. 659, 334 und 321 angemietet hatte. Bemerkenswert ist, daß dem Pächter gestattet wurde, die z. T. bereits ausgebauten Maschinen und Kessel, auch der Mono-Nitrieranlage, vorerst für seine Zwecke mitzunutzen.[59] Der Pachtvertrag wurde für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen, jedoch unter dem Vorbehalt, daß ihn die Militärregierung ohne vorherige Benachrichtigung jederzeit kündigen konnte.[60]

Bis zum Februar 1947 hatte die Fabrik Hess. Lichtenau bereits zehn Verträge mit Firmen abgeschlossen, von denen jedoch nur zwei vom *Landesamt für Vermögenskontrolle* genehmigt wurden.[61] Der Gründer der heutigen *Reolit und Agglo Marmorwerke GmbH,* Richard Rehder, begann am 1. 12. 1946 im Gebäude Nr. 621 mit der Produktion von Holzsteinplatten. Die anderen Vertragspartner waren zwei Glashütten, zwei Chemie-Betriebe, ein Stahlbau-Unternehmen, eine Maschinenfabrik, eine Spedition und eine Porzellan-Manufaktur.[62]

Die zur Neubesiedlung freigegebene Fabrikanlage lockte viele standortsuchende Unternehmer an, denn sie war insgesamt unzerstört und mit Energie versorgt. Doch der sich andeutende wirtschaftliche Wiederaufschwung der Fabrik Hess. Lichtenau wurde gebremst. Als bereits vier Pachtverträge abgeschlossen waren und vier weiteren Firmen die Pacht zugesagt worden war, untersagte die *Reparationsabteilung* der Militärregierung bis zum Abschluß der Reparationsarbeiten die Aufnahme weiterer Interessenten in das Werksgelände.[63] Auf der Reparationsliste standen auch die Energieanlagen der Fabrik. Gegen ihren Abbau wurde am 25. 2. 1947 beim *Hessischen Ministerpräsidenten*, dem *Hessischen Wirtschaftsminister* und dem *Hessischen Landtag* schriftlich protestiert.[64] Die

58) LAV: Akt. Nr. VB 1522-4. Schreiben der Fabrik Hess. Lichtenau vom 13. 2. 1947.
59) ebenda.
60) ebenda.
61) ebenda.
62) ebenda.
63) LAV: Akt. Nr. VB 1522-4. Schreiben der Fabrik Hess. Lichtenau vom 21. 11. 1947.
64) LAV: Akt. Nr. VB 1522-4. Schreiben vom 25. 2. 1947.

Unterzeichner, der *Landrat des Kreises Witzenhausen*, die Bürgermeister von Hess. Lichtenau, Fürstenhagen und Eschenstruth, die *Industrie- und Handelskammer Kassel*, der *Freie Deutsche Gewerkschaftsbund* sowie die acht Pächterfirmen auf dem Werksgelände und die *Zeche Hirschberg*, forderten, die drei Kraftwerke und die Wasser-Pumpstationen des Werkes zu erhalten. Die Kraftwerke versorgten damals nicht nur die Fabrik, sondern auch umliegende Gemeinden mit Energie.[65] Die ausführliche Begründung des Protestes stützt sich vorwiegend auf die Arbeitslosigkeit in der Region Hess. Lichtenau:

»Aus der Not der Zeit heraus ist das vordringliche Problem erwachsen, der ehemaligen Belegschaft der D.A.G. aus Hess. Lichtenau, Fürstenhagen und Umgebung weitere Beschäftigungsmöglichkeit zu schaffen. Darüber hinaus entstand die Notwendigkeit, den Flüchtlingsstrom planvoll in nutzbringende Beschäftigung zu bringen.«[66]

Die zum damaligen Zeitpunkt geplanten Industrieansiedlungen sollten dem Schreiben nach 2000 Menschen Arbeitsplätze bieten. Um den Demontage-Plänen der Militärregierung entgegenzukommen, wurden auch Überlegungen zum Umbau der Kraftwerke angestellt:

»Danach sollen die zum Teil aus Tarnungsgründen unterirdisch aufgebauten Elektrizitätswerke einheitlich als ziviles, oberirdisches Elektrizitätswerk neu zusammengestellt werden, so daß auf alle Anlagen, die einen militärischen Charakter haben, verzichtet werden kann.«[67]

Die Bemühungen hatten keinen Erfolg: Die Kraftwerke wurden demontiert und gesprengt. Die Wasserversorgungsanlagen blieben – soweit sie nicht durch Demontagearbeiten beschädigt wurden – erhalten.

Aber eine damals wichtige Voraussetzung zur Neuansiedlung von Industriebetrieben, die Eigenversorgung mit Strom, war nicht mehr vorhanden. Zur Situation des Werkes Hess. Lichtenau heißt es in einem Bericht vom Januar 1948: »Verschiedene Firmen haben sich infolge der Schwierigkeiten, im Werk in Gang zu kommen, wieder um andere Grundstücke umgesehen.«[68]

Trotzdem schreibt W. Weber 1949 über den Industriestandort Werk Hess. Lichtenau:

»Neben den schon untergebrachten Firmen der mechanischen, pharmazeutischen und Glasindustrie, der Baustoffherstellung und der Kalk- und Tonverarbeitung ist dort noch Raum für weitere größere Betriebe. Die günstige Lage des Geländes, das mit Strom- und Gasanschluß sowie

65) ebenda.
66) ebenda.
67) ebenda.
68) Bericht des Zentraltreuhänders.

Gleisanschluß versehen ist und mehrere große Arbeiterwohnhäuser in unmittelbarer Nähe hat, dürfte wesentliche Standortvorteile bilden.«[69]

Hirschhagen unter der Verwaltung der IVG bis zum Beginn der Privatisierung (1951–1965)

Übernahme der Werksanlage durch die Bundesrepublik Deutschland

Im Jahre 1951 wurden die *Montan-Industriewerke GmbH* umbenannt in *Industrieverwaltungsgesellschaft mbH* (IVG). Damit war das ehemalige Reichsvermögen des Werkes Hess. Lichtenau in den Besitz der Bundesrepublik Deutschland übergegangen.

Die schon frühzeitig erfolgte Ansiedlung von Gewerbebetrieben gab die zukünftige Entwicklung bereits vor. Von seiten der IVG und der Stadt Hess. Lichtenau bemühte man sich in der Folgezeit um die Zuwanderung weiterer Gewerbebetriebe nach Hirschhagen. Die Gebäude wurden an Unternehmen der Industrie, des Handwerks oder als Lager verpachtet. Für zahlreiche Unternehmer, überwiegend Flüchtlinge, bot sich in Hirschhagen die Möglichkeit, mit relativ geringen Mitteln einen neuen Gewerbebetrieb zu gründen. Der Anreiz lag vor allem darin, daß bereits Straßen und Bahngleise das Gelände erschlossen, Gebäude mit Wasser- und Stromanschluß existierten und die Mietpreise verhältnismäßig niedrig waren. Außerdem konnten geeignete Bunker (Laboratorien, Toilettengebäude etc.) ohne große Schwierigkeiten zu Wohngebäuden umgebaut werden (Abb. 53). Dazu waren Instandsetzungsarbeiten an den Gebäuden notwendig, die durch Demontagearbeiten beschädigt worden waren. Insbesondere mußten die bei den Entmilitarisierungsarbeiten beschädigten Stahlbetondächer repariert werden.

Das äußere Erscheinungsbild Hirschhagens hatte sich drastisch verändert. Das Gelände der Munitionsfabrik war während der Besatzungszeit enttarnt, fast der gesamte Waldbestand auf dem Werksgelände abgeholzt worden. Bis zu diesem Zeitpunkt (1951) war die Entwicklung Hirschhagens in etwa parallel verlaufen mit den Vorgängen in den ehemaligen Sprengstoffwerken Allendorf.

Nachdem die Werksanlagen der ehemaligen *Montan-Industriewerke G.m.b.H.* in den Besitz des Bundes übergegangen waren, bemühte sich das Land Hessen um den Ankauf der gesamten Werksanlage in Allen-

69) Willi Weber: Die Struktur der nordhessischen Industrie und ihre Veränderungen nach dem 2. Weltkrieg bis Ende 1948. Phil. Diss. Marburg 1948, S. 195.

Abb. 54
Luftaufnahme von Hirschhagen aus dem Jahre 1973: Waldgebiete trennen das Industriegebiet von den umliegenden Ortschaften. Die hellen Flächen am Nordrand Hirschhagens zeigen das Betriebsgelände der Fa. Reolit mit der Schleifschlammdeponie und dem ehem. *Kühlteich*. In der linken oberen Bildecke liegt Waldhof, am unteren Bildrand Fürstenhagen.

Abb. 53
Dieses frühere *Laboratorium* (Nr. 377) wird seit 30 Jahren bewohnt.

dorf. Der Kaufvertrag wurde am 1. 10. 1953 abgeschlossen.[1] Eine im Jahre 1954 gegründete *Aufbaugesellschaft Allendorf G.m.b.H.* traf Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung, Arbeitsbeschaffung und Wohnraumversorgung. Die ehemaligen Sprengstoffwerke in Allendorf sollten zu einem wirtschaftlichen Schwerpunkt ausgebaut werden.

Ähnliche Vorhaben hat das Land Hessen in Hirschhagen nicht geplant. Die IVG verwaltete das Gelände und verpachtete die brauchbaren Grundstücke und Gebäude. Umfangreiche Sanierungsmaßnahmen wurden nie durchgeführt. In Allendorf wurden beispielsweise schon sehr früh, Anfang der 50er Jahre, Maßnahmen zur Beseitigung von Sprengstoffrückständen und zur Sanierung des Abwasserleitungsnetzes in die Wege geleitet. Das *Wasserwirtschaftsamt Kassel* (!) schlug damals vor, das Kanalnetz umfassend zu reinigen, weil man dadurch auch den Verlauf unbekannter Leitungen feststellen könnte.[2] Solche Untersuchungen bzw.

1) Gummel, S. 55.
2) Gummel, S. 122.

Maßnahmen sind in Hirschhagen bis auf den heutigen Tag nicht erfolgt.

Die IVG bekam vom Bund den Auftrag, sich von den ehemaligen Reichsliegenschaften zu trennen, d.h. sie zu privatisieren bzw. reprivatisieren. Dieser Auftrag wurde dahingehend revidiert, daß nur die ertragbringenden Standorte in ihrem Eigentum bleiben sollten. Ungünstige Standorte, wie auch Hess. Lichtenau, sollten abgestoßen werden. Die IVG verhandelte 1963 mit dem Land Hessen über den Verkauf der gesamten Werksanlage, der jedoch vom Land abgelehnt wurde. Der ehemalige Eigentümer des Geländes, der Staatsforst, wollte den inzwischen »verbunkerten« Wald auch nicht wiederhaben.[3]

Als größere Investitionen der öffentlichen Hand ausblieben, setzte eine planlose Entwicklung ein: Größtenteils unzerstörte Gebäude und gut erschlossene Grundstücke wurden zu Gewerbe- oder Wohnzwecken vermietet, der größere Teil des Geländes mit schwer nutzbaren Gebäuden oder Trümmern blieb unverändert liegen.

Entwicklung bis 1965

Öffentlich verfügbare Informationen über die Besiedlungsgeschichte bis 1965 sind äußerst spärlich. Deshalb erwähnen wir hier nur einige Ereignisse, die für die Weiterentwicklung Hirschhagens nach 1965 wichtig sind.

In den Jahren 1953 bis 55 ließ die IVG oberhalb von Fürstenhagen drei neue Trinkwasserbrunnen anlegen *(Hirschhagen I, II, III)* (Abb. 55).[4] Das *Pumpwerk Helsa* hatte Hirschhagen bisher mit Trinkwasser aus dem Behälter auf dem Rohrberg versorgt. Es wurde aus Kostengründen stillgelegt. Damit erhielt die Gemeinde Fürstenhagen eine geregelte Wasserversorgung, die durch das Munitionswerk unterbrochen gewesen war. Fürstenhagen kaufte nun Trinkwasser von der IVG. Wegen der neuen Brunnen gehörte das ganze Gelände der ehemaligen Sprengstoffabrik zum Trinkwasserschutzgebiet.[5] Die gesamte Wasserversorgungsanlage wurde am 20. 8. 1965 von der IVG der Stadt Hess. Lichtenau verkauft.[6]

Die IVG veräußerte auch die Arbeiter- und Angestelltensiedlungen des Werkes. Zuerst wurden die Gebäude des Lagers Herzog, heute Hess. Lichtenau West, einzeln privatisiert. Die Firma *Reolit* übernahm die

3) Gespräch mit Vertretern der Industrieverwaltungsgesellschaft mbH (IVG) aus Bonn, Clausthal-Zellerfeld und Hess. Lichtenau am 12. 9. 1984 in Hirschhagen (im folgenden zit.: IVG-Gespräch).
4) Werkbeschreibung.
5) Staatsanzeiger für das Land Hessen, Jahrgang 1963: Anordnung vom 19. 1. 1963, S. 434.
6) Werkbeschreibung.

Siedlung Fürstenhagen. Sie betätigte sich jedoch nur als Zwischenhändler und verkaufte die einzelnen Häuser mit beträchtlichem Gewinn weiter.[7] Für die IVG hatte es sich als nicht praktikabel erwiesen, die Siedlungshäuser einzeln zu veräußern, weshalb sie den Verkauf des gesamten Lagers vorzog.[8]

Beim Verkauf des Lagers Waldhof, das seit 1951 zu Helsa gehörte, verhinderte der damalige Landrat einen ähnlichen Zwischenhandel.[9] Im Juli 1964 kaufte die *Hessische Heimstätte* das ehemalige Lager auf und übergab es an 50 Bewerber in Privateigentum.[10]

Trotz der zahlreichen Nutzungsschwierigkeiten, die durch Demontageschäden eingetreten waren, entwickelte sich Hirschhagen als Industriegebiet von Hess. Lichtenau zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor der Region. »Verschiedene Unternehmen haben sich inzwischen, aus kleinen Anfängen heraus, zu Großbetrieben entwickelt und beschäftigten einen großen Teil der Arbeitskräfte im Raum Hess. Lichtenau. Für die Weiterentwicklung der Stadt ist es jedoch erforderlich, außer den vorhandenen Industrien noch weitere zu gewinnen.«[11]

In diesem Zeitungsartikel aus dem Jahre 1960 wird außerdem von umfangreichen Verhandlungen zwischen der Stadt Hess. Lichtenau und der IVG berichtet, die der Neuansiedlung von Industriebetrieben galten. Zu Beginn des Jahres 1960 war es gelungen, in der ehemaligen *Spaltanlage* eine Eisengießerei anzusiedeln. Bemerkenswert ist, daß eine große Zahl der in den 50er und 60er Jahren in Hirschhagen niedergelassenen Firmen nur kurze Zeit dort existierten. Die Betriebe sind entweder in Konkurs gegangen oder haben ihren Sitz an einen anderen Standort verlegt (z.B. die Glashütte, die Eisengießerei).

Die Stadt Hess. Lichtenau bemühte sich damals, auch große Industriebetriebe nach Hirschhagen zu ziehen. Auch die Ansiedlung eines VW-Werkes war im Gespräch. Volkswagen zog den Standort Baunatal jedoch vor.[12]

Einige der frühen Industrieansiedlungen in Hirschhagen entwickelten sich in den ersten 10–15 Jahren zu florierenden Unternehmen. Dazu gehören die Bohrfirma *Angers* und das Betonsteinwerk *Reolit*, die sich flächenmäßig am weitesten ausdehnten. Die Fa. *Reolit* wußte den Standort Hirschhagen in besonderer Weise für sich zu nutzen. Bei der Betonsteinherstellung dieser Firma fallen große Mengen Schleifschlamm und

7) Gespräch mit Herrn K. am 27. 10. 1983.
8) IVG-Gespräch.
9) Gespräch mit Herrn K. am 27. 10. 1983.
10) Siedlergemeinschaft Eschenstruth-Waldhof: Festschrift zum Siedler-Stiftungsfest 1967, S. 15.
11) Werra-Bote vom 16. 2. 1960. Neue Industrie in Hess. Lichtenau.
12) Gespräch mit Herrn H. am 1. 8. 1984.

Betonmilch an. Mindestens bis Ende der 60er Jahre pumpte die Fa. *Reolit* ihren Schleifschlamm in gesprengte Bunkeranlagen und Becken, die im gesamten Gelände verteilt liegen. Auch die vorhandenen geschlossenen Wallanlagen wurden genutzt und mit Schleifschlamm randvoll gefüllt.

Die Maßnahmen geschahen in Absprache mit der IVG.[13] Dadurch wurde einerseits, im Interesse der IVG, die Gefährlichkeit der Bunkertrümmer und der z. T. noch mit Giftrückständen gefüllten Becken gemindert und andererseits, im Interesse der Fa. *Reolit*, eine einfache Ablagerung großer Mengen Schleifschlamm möglich. Die Kurzsichtigkeit dieser Entscheidung zeigte sich bald: Der *Reolit*-Schleifschlamm verstopfte das vorhandene Abwasserleitungssystem an vielen Stellen und machte seine Wiederbenutzung unmöglich. Dadurch ist die Abwasserbeseitigung in Hirschhagen z. T. noch heute ungelöst und verursacht enorme Kosten.[14]

Giftrückstände wurden beispielsweise in den Becken der ehemaligen Kläranlage mit Schleifschlamm überdeckt (Abb. 58). Der Schleifschlamm verfestigte sich nicht wie gewünscht, so daß die Schleifschlamm-Gruben ein neues Gefahrenpotential darstellten – Menschen und Tiere konnten darin versinken.

Die Fa. *Reolit* benutzte den ehemaligen *Kühlteich* der Sprengstoffabrik schon damals als Brauchwasserteich, in den sie die Betonmilch aus ihrer Produktion einleitete (Abb. 54).

Im Jahre 1963 wurden erstmals Umweltschutzbehörden wegen der Giftrückstände in Hirschhagen aktiv.[15]

13) IVG-Gespräch.
14) Vgl. Kapitel: Planungen für Hirschhagen.
15) Vgl. Kapitel: Grundwasserverseuchung.

Privatisierung

Da das Land Hessen das ehemalige Werksgelände im ganzen nicht übernehmen wollte, war die IVG gezwungen, mit den einzelnen Mietern in Verkaufsverhandlungen zu treten. In den Jahren 1965/66, kurz vor dem Beginn der Privatisierung, waren 111 Gebäude verpachtet, davon 49 an drei Firmen.[1] Der Rückzug der IVG wurde von der Stadt Hess. Lichtenau unterstützt, weil sie Hirschhagen zum städtischen Industriegebiet umwandeln wollte.

Im Zuge der Privatisierung sollte ein großer Teil der Zuständigkeiten an die Stadt Hess. Lichtenau übertragen werden. Um die Grundstücke verkaufen zu können, mußte das Gelände Hirschhagens aufgemessen und in Parzellen eingeteilt werden. Man einigte sich folgendermaßen: Für die Übernahme der Vermessungsarbeiten übertrug die IVG der Stadt Hess. Lichtenau das Hirschhagener Straßennetz und das gesamte Abwasserleitungssystem, bis auf den *Kasseler Kanal* und den *Kaskadengraben.* »Mit Vertrag vom 18. 10. 1966 wurde das Straßennetz der Stadt Hess. Lichtenau übereignet.[2] [...] Ferner wurde das gesamte Abwasserleitungsnetz...durch Vertrag vom 20./30. 9. 1966 der Stadt Hess. Lichtenau übertragen.«[3]

1966 kaufte die EAM das Stromnetz des Werkes, das sie seit 1949 in Pacht hatte; 1968 übernahm die *Deutsche Bundesbahn* die Bahnanlage.[4] »Der sog. Bahnhof Steinholz wurde 1966 an den bisherigen Mieter [...] verkauft.«[5]

Im Jahre 1966 wurden die ersten Grundstücksverkäufe in großem Stil getätigt. Die Verkaufsstrategie führte laut IVG dazu, daß damals die »Rosinen« herausgepickt wurden: heute ist nur noch der »Bodensatz« übrig geblieben.[6]

Die Verkaufspreise der Gebäude betrugen je nach Qualität zwischen 18,– DM und 25,– DM pro cbm umbauten Raumes.[7] Die meisten in Hirschhagen ansässigen Firmen und Privatleute erwarben ihre bisher gemieteten Gebäude und Grundstücke. Die Fa. *Reolit* erwarb als erste Käuferin eine Reihe von Grundstücken, die sie selbst nutzen oder an

1) IVG: Gebäudeliste, aufgestellt 1965/66 (im folgenden zit.: Gebäudeliste).
2) Werkbeschreibung.
3) ebenda.
4) ebenda.
5) ebenda.
6) IVG-Gespräch.
7) Gebäudeliste.

Dritte weiterverpachten wollte. Aber nicht nur Käufer wußten Kapital aus der Privatisierung zu schlagen. Der damalige Liegenschaftsverwalter der IVG, er war vor dem Krieg Betriebsführer des *Degussa*-Werkes Lippolsberg und während der Besatzungszeit *Untertreuhänder* der Montan im Werk Hess. Lichtenau[8], wirtschaftete dabei in die eigene Tasche. In Zusammenarbeit mit einem weiteren Angestellten der IVG, der bei der Zentralverwaltung in Bonn saß, veruntreute er Kapital aus Grundstücksverkäufen.[9] Über die Einzelheiten der Grundstücksschiebereien in Hirschhagen ist offiziell nichts zu erfahren. Es ist jedoch in Hess. Lichtenau bekannt, daß es auch personelle Transaktionen zwischen der IVG Bonn und einer Firma in Hirschhagen gegeben hat.[10]

Die Grundstücksverkäufe, die in der Amtszeit des Liegenschaftsverwalters stattfanden, wurden zudem in wahlloser Art und Weise getätigt. Oft wurden gut erschlossene Straßengrundstücke verkauft, dahinterliegende, großflächige Grundstücke blieben brach liegen oder mußten zu Schleuderpreisen verkauft werden. Im Jahre 1970 waren die bisher verpachteten Grundstücke nahezu vollständig verkauft. Nach der Werksbeschreibung der IVG waren bis zum 30. 4. 1970 von den 233 ha Gesamtfläche des Werkes 83 ha mit 110 Gebäuden an 63 Käufer veräußert worden. Von den verbliebenen 150 ha sollten 103 ha an den Forstfiskus verkauft werden, so daß im Jahre 1970 noch 47 ha mit ca. 40 Gebäuden, einschließlich der Ruinenbauwerke, zum Verkauf standen.[11]

Die im Jahre 1983 noch nicht veräußerten Grundstücke sind im Bestandsplan eingezeichnet. Diese Grundstücke sind zumeist dicht bewaldet und bieten wegen umfangreicher Trümmerreste nur geringe Nutzungsmöglichkeiten. Angrenzende Straßengrundstücke sind in vielen Fällen bereits verkauft. Nach Ansicht der IVG sind die Verkaufsaussichten dort sehr schlecht.[12]

Im Laufe der letzten Jahre hat sich die IVG fast völlig aus Hirschhagen zurückgezogen. Von den ehemals 30 Mitarbeitern ist heute noch einer übriggeblieben, der u.a. für Hirschhagen zuständig ist.

Die Privatisierung der ehemaligen Sprengstoffabrik hat wichtige rechtliche Konsequenzen für die Beseitigung der Giftrückstände.[13] Nach geltender Rechtsauffassung existiert seit der Liquidierung der Verwert-Chemie kein Rechtsnachfolger des Sprengstoffproduzenten mehr. Das Verursacher-Prinzip kann nicht auf die ehemalige Muttergesellschaft, das heutige Flick-Unternehmen *Dynamit Nobel AG*, angewendet werden.

8) Gespräch mit Herrn H. am 1. 8. 1984.
9) Werra-Nachrichten vom 24. 9. 1976. Freiheitsstrafe wegen Untreue.
10) Gespräch mit Herrn A. am 13. 11. 1983.
11) Werkbeschreibung.
12) IVG-Gespräch.
13) Vgl. Kapitel: Grundwasserverseuchung.

Nach Landesrecht kommt deshalb die sog. *Zustandshaftung* in Frage – d.h. die Grundeigentümer sind, soweit sie nicht ausdrücklich davon freigestellt wurden, für eventuell vorhandene Giftrückstände sowie ihre Beseitigung verantwortlich.[14] Eine Freistellung hat bislang lediglich die Fa. *Reolit* erhalten.[15]

Ob die Grundeigentümer vor dem Kauf ihrer Grundstücke auf eventuell vorhandene Giftrückstände sowie die Konsequenzen hingewiesen wurden, konnten wir im Rahmen unserer Untersuchungen nicht herausfinden. In die Kaufverträge wurde nur folgende Formulierung aufgenommen: »Der Käufer ist darauf hingewiesen, daß sich auf dem Kaufgegenstand noch Munitions- oder Sprengkörperteile befinden können. Käufer stellt Verkäufer von jeder Haftung für hieraus entstehende Sach-, Vermögens- oder Personenschäden frei.«[16]

Seit 1979 wird diese Formulierung ergänzt durch den Zusatz »Produktionsrückstände aus der ehemaligen Munitionsfabrik«.[17]

Das Auffinden von Produktionsrückständen hätte also für die Grundeigentümer möglicherweise kostspielige Konsequenzen. Das führt dazu, daß das Entdecken von Sprengstoffrückständen der Öffentlichkeit und den zuständigen Behörden verschwiegen wird.[18]

Die Privatisierung Hirschhagens erfolgte nahezu gleichzeitig mit der Entdeckung von Sprengstoffrückständen im Lichtenauer Trinkwasser (1967). Laut IVG war jedoch »das, was sich hier an Umweltproblemen ergeben hat, nicht der Auslöser für die Entscheidung, sich von Hess. Lichtenau zu trennen«.[19]

Grundwasserverseuchung

Das Industriegebiet Hirschhagen liegt in einem Trinkwasserschutzgebiet. Vor dem 4. 3. 1977 bestand die *Anordnung zum Schutz der Trinkwassergewinnungsanlagen Brunnen Hirschhagen I-III*;[1] heute liegt der größte Teil Hirschhagens in der *Zone III A* des Wasserschutzgebietes um die Brunnenanlagen auf dem Kirschenberg (Abb. 55). Nur das östliche

14) Deutscher Bundestag: Drucksache 10/1251 vom 6. 4. 1984.
15) Vgl. Kapitel: Grundwasserverseuchung.
16) Kaufvertrag zwischen der IVG und einem Einwohner Hirschhagens aus dem Jahre 1968, § 3, Abs. 4.
17) Der Hessische Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales: Ausschußvorlage UWA 11/40 vom 18. 10. 1984 (im folgenden zit.: Ausschußvorlage UWA 11/40), S. 4.
18) Gespräch mit Herrn K. am 27. 10. 1983.
19) IVG-Gespräch.

1) Vgl. Kapitel: Entwicklung bis 1965.

Gebiet um den *Kühlteich* und die ehemalige *Spaltanlage* gehört zur *Zone III B*. Das Wasserschutzgebiet ist festgelegt in der *Verordnung zum Schutze der Trinkwassergewinnungsanlagen ‚Kirschenberg' des Wasserbeschaffungsverbandes ‚Lossetal', Hess. Lichtenau, Werra-Meißner-Kreis* vom 4. 3. 1977.[2]

Darin heißt es unter § 3, Abs. 1:

»Im Bereich des gesamten Wasserschutzgebietes sind alle Handlungen untersagt, die die Wasserversorgung gefährden können.«[3]

Weiter heißt es unter Abs. 2:

»Die Zone III soll den Schutz vor weitreichenden Beeinträchtigungen, insbesondere vor nicht oder schwer abbaubaren chemischen und radioaktiven Verunreinigungen, gewährleisten.«[4]

Im Jahre 1976 wurden 10542 Personen im Raum Hess. Lichtenau mit Trinkwasser aus den Gewinnungsanlagen *Kirschenberg I-IV* versorgt.[5]

Die heute stillgelegte Trinkwassergewinnungsanlage *Hirschhagen*, drei Brunnen, sowie die seit 1981 mit einer Aktivkohlefilteranlage ausgestattete Trinkwassergewinnungsanlage *Kirschenberg*, vier Brunnen, fördern verseuchtes Trinkwasser. Neben den Brunnenanlagen der Stadt Hess. Lichtenau sind die Brunnen der Gemeinde Helsa von der Grundwasserverseuchung betroffen. Bis zum August 1984 wurden ca. 6000 Einwohner der Ortsteile Helsa, Wickenrode und Eschenstruth vollständig oder zum Teil aus den Tiefbrunnen *Helsa I und II* sowie *Waldhof* (Abb. 55) versorgt.[6] Auch das Wasser dieser Brunnen ist durch Sprengstoffrückstände verseucht. Seit dem 10. 8. 1984 sind die Brunnen Helsa I und II weitgehend stillgelegt, der Brunnen *Waldhof* soll in naher Zukunft abgeschaltet werden.[7]

Die Grundwasserverseuchung breitet sich weiter aus. In der Umgebung der ehemaligen Sprengstoffabrik ist kaum noch unbelastetes Trinkwasser zu finden. Auch die Verseuchung von Brunnen in größerer Entfernung zu Hirschhagen kann nicht ausgeschlossen werden: z.B. der Brunnen *Rommerode* (Großalmerode) (Abb. 55) und die Brunnen *Ober- und Niederkaufungen* (Kaufungen).[8]

2) Staatsanzeiger für das Land Hessen, Nr. 16/1977: Verordnung vom 4. 3. 1977, S. 859f.
3) ebenda.
4) ebenda.
5) Wasserwirtschaftsamt Kassel: Auskunft vom 13. 12. 1983.
6) Der Landrat des Landkreises Kassel: Schreiben an die Gemeindeverwaltung Helsa vom 2. 7. 1980.
7) Gemeindeverwaltung Helsa: Auskunft vom 28. 8. 1984.
8) Hessisches Landesamt für Bodenforschung: Gutachten über die Möglichkeit der Gefährdung weiterer Trinkwassergewinnungsanlagen durch die im Industriegebiet Hess. Lichtenau-Hirschhagen lagernden nitrotoluolhaltigen Industrieabfälle vom 13. 3. 1974 (im folgenden zit.: LA Bodenforschung am 13. 3. 1974), S. 5ff.

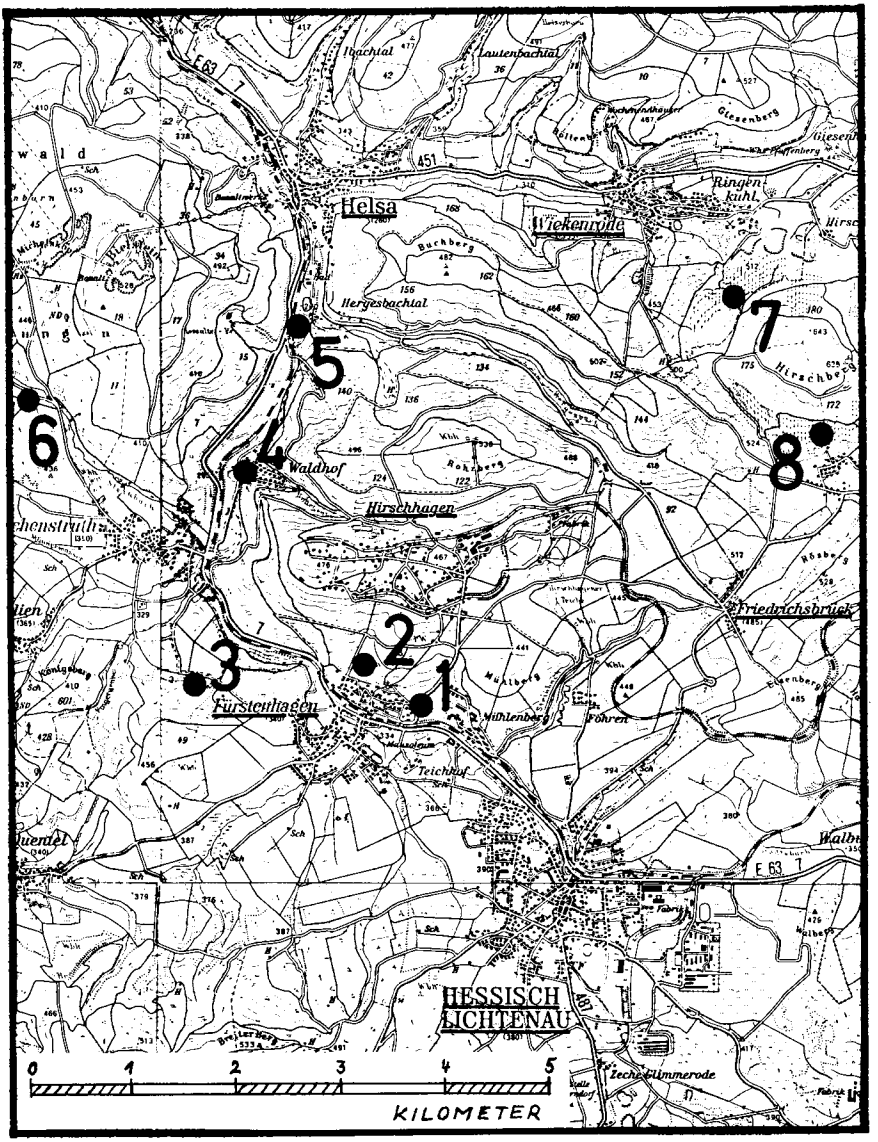


Abb. 55
Trinkwassergewinnungsanlagen in der Umgebung Hirschhagens, in deren Wasser Schadstoffe aus der Sprengstoffproduktion festgestellt wurden: 1. Brunnen Hirschhagen II und II, 2. Brunnen Hirschhagen III, 3. Brunnen Kirschenberg I-IV, 4. Brunnen Waldhof, 5. Brunnen Helsa I und II, 6. Versuchsbohrung Eschenstruth, 7. Hirschbergquellen, 8. Brunnen Rommerode.

Chronologie der Ereignisse 1963-1984

Im Jahre 1963 wurden Behörden erstmals auf Giftrückstände in Hirschhagen aufmerksam. Ein Hund war in ein Betonbecken am Nordrand Hirschhagens gefallen und an Vergiftung gestorben. In dem Becken stand eine übelriechende Flüssigkeit.[9]

Am 31. 10. 1963 entnahm die *Amtliche Flußüberwachungsstelle Kassel* eine »Wasserprobe« aus dem Betonbecken, am 7. 11. 1963 außerdem eine Probe aus der »auf demselben Gelände liegenden Halde mit stark nach Nitrotoluol riechenden Neutralisationsrückständen.«[10] Die Untersuchung des Beckeninhalts auf Sprengstoffrückstände ergab »133 mg/l wasserdampfflüchtige Mononitrotoluole«, deren Giftigkeit im Untersuchungsbericht hervorgehoben wurde: »Sie wirken in einer Konzentration von 10-20 mg/l in wässriger Lösung auf Fische tödlich.«[11] Die Untersuchung von Neutralisationsrückständen der alten Kläranlage, die auf einer Halde lagerten, ergab sogar »15,4 g Mononitrotoluole pro kg Haldenrückstand«.[12]

Die *Flußüberwachungsstelle* erkannte die Gefahr für das Trinkwasser sofort: »Diese Stoffe können durch Auslaugen mit Regenwasser in die etwa 1200 m entfernte Trinkwasserversorgung gelangen.«[13] Die Behörde unterbreitete Vorschläge zur Beseitigung bzw. Absicherung der giftigen Rückstände: Die Flüssigkeit aus dem Betonbecken sei in gestreckter Form der Kläranlage Kassel zuzuleiten und die Halde sei mit einer Tonschicht abzudecken, um ein Auslaugen durch Regenwasser zu verhindern. Die Behörde meinte jedoch, daß »die kostenmäßig sehr aufwendige Verbrennung der Haldenrückstände« die beste Lösung wäre.[14]

Die Industrieverwaltungsgesellschaft als Grundeigentümerin wurde aufgefordert, die Sicherungsmaßnahmen zu veranlassen. Mit Hilfe von Kesselwagen wurde ein kleiner Teil der giftigen Flüssigkeit aus dem Betonbecken zur Kläranlage Kassel transportiert und dort eingeleitet. Die Aktion mußte jedoch nach kurzer Zeit gestoppt werden, da die nitrotoluolhaltige Flüssigkeit den biologischen Haushalt der Kläranlage zu zerstören drohte.[15] Die restliche Flüssigkeit verblieb in dem Betonbekken, das zum Schutz vor Regenwasser lediglich mit einem Dach versehen

9) Der Regierungspräsident in Kassel, Dezernat für Abfallwirtschaft (im folgenden zit.: RP Kassel): Auskunft vom 5. 12. 1983.
10) Amtliche Flußüberwachungsstelle Kassel: Schreiben an den Landrat des Landkreises Witzenhausen vom 6. 12. 1963 (im folgenden zit.: Flußüberwachungsstelle).
11) ebenda.
12) ebenda.
13) ebenda.
14) ebenda.
15) Der Magistrat der Stadt Kassel: Schreiben an die IVG Hirschhagen vom 12. 5. 1964.

wurde und später mit Schleifschlamm des Marmorwerkes *Reolit* aufgefüllt werden sollte.[16] Das Gelände östlich der Kläranlage, auf dem sich die Halde aus Neutralisationsrückständen und der *Brandplatz* befanden, wurde der Fa. *Reolit* verpachtet und sollte als Ablagerungsstätte für ihre Schleifschlämme genutzt werden.

Auf dem ehemals sehr abschüssigen Gelände waren während der Sprengstoffproduktion Erdwälle aufgeschüttet worden. Sie hatten die Funktion von »Staudämmen«, hinter denen das halbflüssige, nitrotoluolhaltige Material aus der Werks-Kläranlage abgelagert werden konnte. Auf dem Luftbild aus dem Jahre 1959 (Abb. 56; 57) erkennt man südwestlich des ehemaligen *Brandplatzes* die drei dadurch entstandenen großen Ablagerungsflächen. Die Fa. *Reolit* benötigte zur Deponierung ihrer ebenfalls halbflüssigen Schleifschlämme ähnliche Anlagen. Zu diesem Zweck wurden im Laufe des Jahres 1964 Teile des giftigen Haldenmaterials verschoben und in die Dämme von drei kleineren Teichbecken eingebracht. Als die zuständigen Behörden von dieser Maßnahme erfuhren, verlangten sie, das gesamte Haldenmaterial mit dem Schleifschlamm der Fa. *Reolit* zu überdecken.[17] Nach einer Auskunft des *Wasserwirtschaftsamtes Kassel* sollte der »relativ wasserundurchlässige« Schleifschlamm eine weitere Ausspülung der Schadstoffe in das Grundwasser verhindern.[18] Das Luftbild aus dem Jahre 1973 (Abb. 58; 59) zeigt das mit *Reolit*-Schleifschlamm überspülte Halden-Gelände. Unter dem hellen Schleifschlamm kann man die Konturen der – in ihrer Lage kaum veränderten – Erdwälle der Rückstandshalde sowie die Umrisse der von der Fa. *Reolit* gebauten Teichbecken erkennen.

Da auch das *Hessische Landesamt für Bodenforschung* bereits im Jahre 1963 darauf hingewiesen hatte, daß »von diesen Rückstandshalden eine Gefährdung von genutztem Grundwasser ausgehen kann«,[19] wurde veranlaßt, das Trinkwasser der nächstgelegenen Wassergewinnungsanlage *Hirschhagen* auf Spuren von Nitrotoluol zu untersuchen.[20] Im Jahre 1967 konnte das *Chemische Institut der Universität Marburg* erstmals geringe Mengen von Nitrokörpern[21] im Trinkwasser des Brunnens *Hirschhagen III* nachweisen.[22] Dieser Brunnen mußte im Jahre 1973 stillgelegt werden, weil die Nitrokörper-Konzentration stark angestiegen war, und zwar

16) Der Landrat des Landkreises Witzenhausen: Schreiben an die IVG Hirschhagen vom 19. 1. 1965.
17) ebenda.
18) Wasserwirtschaftsamt Kassel: Auskunft vom 16. 12. 1983.
19) LA Bodenforschung am 13. 3. 1974, S. 3.
20) Flußüberwachungsstelle.
21) Vereinfachter Ausdruck für die chemischen Substanzen aus dem TNT-Produktionsprozeß, die im Trinkwasser nachgewiesen wurden.
22) Stadtverwaltung Hess. Lichtenau: Zusammenstellung der Wasseruntersuchungen vom 30. 1. 1978 (im folgenden zit.: Wasseruntersuchungen).

Abb. 56
Ausschnitt aus einem Luftbild Hirschagens aus dem Jahre 1959: Die *Neutralisationsanlage* ist links oben im Bild zu sehen, rechts oben die Rückstandshalde und der *Brandplatz*.

Abb. 57
Die Rückstandshalde im Jahre 1959. Der nitrotoluolhaltige Schlamm überdeckte eine Fläche von etwa 15000 Quadratmetern.

Abb. 58
Ausschnitt aus einem Luftbild aus dem Jahre 1973: In den Klärbecken der *Neutralisation* und auf der Rückstandshalde wurde der helle Schleifschlamm der Fa. Reolit abgelagert (vgl. Abb. 54).

Abb. 59
Die Halde im Jahre 1973. Die Dämme der alten Rückstandshalde ragen noch aus dem Reolit-Schleifschlamm heraus. Das nitrotoluolhaltige Material war nur teilweise verschoben und für den Bau von neuen Dämmen verwendet worden (vgl. Abb. 55).

Der Landrat

des Landkreises Witzenhausen

– Dez. I/P/O –

Der Landrat des Landkreises Witzenhausen
343 Witzenhausen - Postfach 249

SPRECHTAGE: Montag, Dienstag, Donnerstag jeweils vormittags
FERNSPRECHER: Sammel-Nr. 21 45
POSTSCHECK: Frankfurt am Main Nr. 111 59
BANKKONTO: Kreissparkasse Witzenhausen 70

An die
Industrieverwaltungs-
gesellschaft m. b. H.

3437 Hess. Lichtenau
Hirschhagen

TAG: 19. Januar 1965

Betr.: Lagerung flüssiger, schlammiger und fester nitrotoluolhaltiger Stoffe auf Ihrem Werksgelände

Bezug: Mein Schreiben vom 12. 11. 1963 – I/P/PB – und Ihre Schreiben vom 26. 5. und 21. 8. 1964 – Sche/S. –

Sehr geehrte Herren!

Das Wasserwirtschaftsamt in Kassel, das ich um Überprüfung der Angelegeneheit gebeten hatte, hat mir mitgeteilt, das Becken, welches die nitrotoluolhaltige Flüssigkeit enthält, sei ordnungsgemäß überdacht worden. Es sei zunächst hier nichts zu veranlassen. Nach Verdunstung der Flüssigkeit müsse das Becken mit dem Schlamm der Reolit-Werke verfüllt werden.

Weiter hat das Wasserwirtschaftsamt festgestellt, daß die Halde auseinandergeschoben und Becken zur Aufnahme von Kalkschlamm hergerichtet wurden. Auf eine ordnungsgemäße Abdeckung der nitrotoluolhaltigen Stoffe sei aber nicht immer Rücksicht genommen worden. Zum Teil lägen die Klumpen des schädlichen Materials umher und seien sichtbar in den Böschungen enthalten. Es sei deshalb erforderlich, die herumliegenden Stoffe und die nitrotoluolhaltigen Bestandteile an der Böschung in die Becken zu werfen, die Löcher in den Böschungen ordnungsgemäß zu verfüllen und die Becken sodann mit dem Kalkschlamm der Reolit-Werke anzufüllen.

Ich bitte bezüglich der Halde alsbald das Erforderliche zu veranlassen und mir über die getroffenen Maßnahmen Mitteilung zu geben. Nach Verdunstung der Flüssigkeit in den oben erwähnten Becken bitte ich zu gg. Zeit ebenfalls die vom Wasserwirtschaftsamt für erforderlich gehaltenen Maßnahmen durchzuführen und mich sodann hierüber zu unterrichten.

Hochachtungsvoll
Im Auftrage:

Dok. 9 Am 19. 1. 1965 forderte der Landrat des Landkreises Witzenhausen »eine ordnungsgemäße Abdeckung der nitrotoluolhaltigen Stoffe«.

auf 6,7 Mikrogramm pro Liter.[23] Auch in den Brunnen I und II der Gemeinde Helsa wurden ab 1973 Nitrokörper im Trinkwasser gemessen.

Die Stadt Hess. Lichtenau ließ in den Jahren 1970 bis 1973 die neue Trinkwassergewinnungsanlage *Kirschenberg* mit vier Tiefbrunnen erschließen. Sie liegt auf der Hirschhagen gegenüberliegenden Seite des Lossetales (Abb. 55). Aus geologischer Sicht – die Bohrpunktfestlegung erfolgte durch das *Hessische Landesamt für Bodenforschung* – konnte auf der anderen Seite der Grundwasserscheide *Losse* nur schadstoffreies Grundwasser vorhanden sein.[24] Am 17. 4. 1974 wurde jedoch auch in dieser Gewinnungsanlage erstmals nitrokörperhaltiges Trinkwasser festgestellt.[25] Kurz zuvor hatte das *Hessische Landesamt für Bodenforschung* ein Gutachten über eine mögliche Ausbreitung der Grundwasserverunreinigung fertiggestellt. Danach wird die Verseuchung möglicherweise vom Betonbecken und der zugeschütteten Halde verursacht. Die »etwa 100 m lange Aufschüttung mit jeweils mehreren Metern Breite und Höhe, die in erheblichem Maße nitrotoluolhaltige Rückstände enthielt ...«, wäre »... nicht mehr auffindbar«.[26] Das *Landesamt für Bodenforschung* verlangte die Untersuchung des Trinkwassers aus sämtlichen Brunnen der Umgebung Hirschhagens sowie die Einrichtung von Grundwassermeßstellen.[27]

Die Stadt Hess. Lichtenau beauftragte ihrerseits das *Hygiene-Institut Gelsenkirchen* mit einem Gutachten über die Trinkwasserqualität. Vor Fertigstellung dieses Gutachtens fand am 20. 8. 1974 in Hess. Lichtenau eine Besprechung zwischen Vertretern des Instituts und der zuständigen Behörde statt. Die Anwesenden einigten sich darauf, daß »die bislang festgestellten Konzentrationen an Nitrokörpern keine akuten toxischen Wirkungen erwarten lassen. Es ist deshalb nicht erforderlich, die für die Wasserversorgung benötigten Gewinnungsanlagen stillzulegen«.[28] Dennoch sollten weitere Wassererschließungen in von Schadstoffen unbeeinflußten Gebieten erfolgen und das verunreinigte Trinkwasser sollte möglicherweise über Aktivkohle gereinigt werden. Es wurde außerdem vereinbart, die »geringfügig nitrohaltigen Flüssigkeitsrückstände« aus dem Betonbecken in die Kläranlage Hess. Lichtenau einzuleiten.[29] Die verschüttete Rückstandshalde wurde nicht mehr erwähnt.

Im Jahre 1974 erfuhr die Öffentlichkeit in der Region Hess. Lichtenau von der Verunreinigung des Trinkwassers. In mehreren Presseveröffent-

23) ebenda.
24) Liegenschaftsamt Hess. Lichtenau: Auskunft vom 24. 11. 1983.
25) Wasseruntersuchungen.
26) LA Bodenforschung am 13. 3. 1974, S. 3.
27) LA Bodenforschung am 13. 3. 1974, S. 11f.
28) RP Kassel: Ergebnisniederschrift über die Besprechung am 20. 8. 1974.
29) ebenda.

Abb. 60
Die Reolit-Schleifschlammdeponie 1984, von Westen her gesehen. Das Zuschütten der Rückstandshalde konnte nicht verhindern, daß die Schadstoffe in das Grundwasser gelangen.

lichungen der *Hessischen Allgemeinen* wurde das Thema angesprochen.[30] Die Lichtenauer CDU befand sich damals in der Opposition und ließ eine Kleine Anfrage an den Hess. Landtag stellen. In der Antwort des *Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Umwelt* vom 17. 10. 1974 ist zu lesen, daß »keine akute Gefährdung« durch das verseuchte Trinkwasser bestehe. Das *Hygiene-Institut Gelsenkirchen* hätte mitgeteilt, daß »ein Abschalten der Brunnen nicht notwendig sei«, da »die Toxiditätsgrenze erheblich über den gemessenen Werten liege«.[31] Diese und ähnliche Äußerungen wurden durch die Presse öffentlich bekannt. Vom Wortlaut des abschließenden Gutachtens des *Hygiene-Instituts* vom 11. 9. 1975 erfuhr die Bevölkerung jedoch nichts:

30) Werra-Nachrichten vom 20. 7. 1974, 2. 9. 1974, 6. 9. 1974, 18. 11. 1974.
31) Hessischer Landtag: Drucksache 7/6035 vom 17. 10. 1974.

Das Gelsenkirchener Institut wies eingangs auf die zum damaligen Zeitpunkt bekannten Verunreinigungsquellen hin: Die TNT-Rückstandshalde und das Betonbecken.[32] Zu einer möglichen Gesundheitsgefährdung durch das Trinkwasser schrieb das Institut: »Das Literaturstudium überzeugt davon, daß akute, die menschliche Gesundheit bedrohende Gefahren durch Nitrokörper im Trinkwasser des Versorgungsgebietes Hess. Lichtenau – Helsa nicht bestehen.«[33]

Die Wissenschaftler fügten jedoch einschränkend hinzu:

»Nach wie vor offen ist die Frage der chronischen Toxizität. Es kann nicht darüber entschieden werden, ob die aus TNT-Abfällen infiltrierten Mengen der Nitrokörper bei langzeitiger Aufnahme über das Trinkwasser als Summationsgifte im Sinne einer Summation von Schäden wirken können.«[34] Das Institut kam zu dem Ergebnis, daß nicht mehr als 5 Mikrogramm TNT-Substanzen pro Liter Trinkwasser vorhanden sein dürfen.[35] Nach der damaligen Berechnungsmethode[36] waren folgende Konzentrationen in den Brunnen festgestellt worden:

Brunnen *Hirschhagen I und II*	1,5 bis 2,5 Mikrogramm pro Liter
Brunnen *Hirschhagen III*	5,25 bis 33 Mikrogramm pro Liter
Brunnen *Helsa I und II* und *Waldhof*	20 bis 25 Mikrogramm pro Liter[37]
Brunnen *Kirschenberg II*	3,75 Mikrogramm pro Liter
Brunnen *Kirschenberg III*	7,75 Mikrogramm pro Liter
Bunnen *Rommerode*	0,45 Mikrogramm pro Liter[38]

Demnach förderten in den Jahren 1975 bzw. 1976 fünf Brunnenanlagen Trinkwasser mit unzulässig hohem Schadstoffgehalt. Wir müssen an dieser Stelle zur Erläuterung hinzufügen, daß das Wasser nur auf die Stoffgruppe der sog. *Aromatischen Amine* untersucht wurde. Durch diese Untersuchungsmethode können Bestandteile der Pikrinsäure sowie verschiedene Nitrotoluole nicht nachgewiesen werden.[39]

Das *Hygiene-Institut* urteilte in seinem Gutachten abschließend:

32) Hygiene-Institut des Ruhrgebiets, Gelsenkirchen: Schreiben an die Stadtverwaltung Hess. Lichtenau vom 11. 9. 1975 (im folgenden zit.: Hygiene-Institut am 11. 9. 1975), S. 2.
33) Hygiene-Institut am 11. 9. 1975, S. 4.
34) Hygiene-Institut am 11. 9. 1975, S. 5.
35) Hygiene-Institut am 11. 9. 1975, S. 7.
36) Der gemessene Schadstoffgehalt wurde mit dem Faktor 5 multipliziert, um die Gesamtmenge der Nitrokörper im Wasser zu erfassen.
37) Hygiene-Institut am 11. 9. 1975, S. 7.
38) Hygiene-Institut des Ruhrgebiets, Gelsenkirchen: Schreiben an den RP Kassel vom 14. 2. 1977.
39) Ausschußvorlage UWA 11/40, S. 4.

»Der nachgewiesene Weg über die Aktivkohlefiltration erlaubt ein geeignetes, gesundheitlich unbedenkliches Trinkwasser anzubieten, entbindet aber in keiner Weise von Maßnahmen, die Einflüsse der abgelagerten TNT-Abfälle zumindest dort, wo diese auffindbar sind, vom Grundwasser fernzuhalten. Dies gilt in erster Linie für das allen Beteiligten bekannte, jahrelang verwahrloste Betonbecken, das mit TNT-Abfällen gefüllt ist, wovon allein in der flüssigen Phase in 11 11000 Mikrogramm Nitrokörper bzw. 11 x 5 = 55 mg (!) organische wasserverunreinigende Stoffe enthalten sind. Darüber hinaus ist aus wasserhygienischer Sicht dringend geraten, das Gelände im Einzugsbereich der Wassergewinnungsanlagen nicht für weitere Ansiedlungen als die z. Zt. bestehenden zu nutzen.«[40]

Die zuständigen Behörden zogen keine Konsequenzen aus den Ratschlägen der Gelsenkirchener Wissenschaftler: Es wurden keine gezielten Untersuchungen auf Sprengstoffrückstände im Industriegebiet vorgenommen. Außerdem genehmigten die Behörden, daß sich im Jahre 1975 ein Chemie-Unternehmen in Hirschhagen niederließ.[41]

Das mit TNT-Abfällen gefüllte Betonbecken wurde im Frühjahr 1977 geräumt – 13 Jahre nach seiner »Entdeckung«. Eine Spezialfirma pumpte 400 Kubikmeter TNT-verseuchte Flüssigkeit aus dem Becken und vermischte sie mit Gips. Die Giftstoffe transportierte man in etwa 500 einzelnen Fuhren zur Sondermülldeponie *Hoheneggelnsen* in Niedersachsen.[42] Die Kosten in Höhe von rund 493000 DM übernahm das Land Hessen im Zuge einer Ersatzvornahme.[43] Nach geltendem Recht wäre der Grundeigentümer für die Beckenräumung zuständig gewesen.[44] Das Marmorwerk *Reolit* hatte das Grundstück, auf dem das Betonbecken und die Rückstandshalde liegen, Mitte der 60er Jahre von der IVG gekauft. Die Firma besitzt jedoch, im Gegensatz zu den übrigen Grundeigentümern in Hirschhagen, einen Kaufvertrag mit einer speziellen Klausel. Diese beinhaltet, daß die IVG das Marmorwerk von jeder Haftung für Sprengstoffrückstände auf diesem Grundstück freistellt.[45] Die Kosten für die Bekkenräumung im Jahre 1977 sind ein Teil des bis heute andauernden Rechtsstreites zwischen dem Land Hessen und der IVG.

Während der Beckenräumung wurde man auf 12 weitere Becken bei der alten Kläranlage (Abb. 61) aufmerksam: Eine in der Folgezeit durchgeführte Untersuchung dieser Klärbecken ergab, »... daß drei nicht ver-

40) Hygiene-Institut am 11. 19. 1975, S. 12.
41) Vgl. Kapitel: Industrieansiedlungen.
42) Werra-Nachrichten vom 3. 5. 1977. Nitrotoluol ist jetzt beseitigt.
43) Deutscher Bundestag: Drucksache 10/1251 vom 6. 4. 1984 (im folgenden zit.: Deutscher Bundestag am 6. 4. 1984).
44) Vgl. Kapitel: Privatisierung.
45) Ausschußvorlage UWA 11/40, S. 5f.

Abb. 61
In den Klärbecken der *Neutralisationsanlage* (Nr. 217; 317; 318) lagern nitrotoluolhaltige Rückstände unter dem Schleifschlamm der Fa. Reolit.

unreinigt, fünf mit harmlosen Rückständen belastet und vier mit Nitro-Rückständen belastet sind.«[46]

Am 13. 10. 1977 beschäftigte sich der *Umweltausschuß des Hessischen Landtages* mit der Frage, wer für die Beseitigung von Giftrückständen in Hirschhagen verantwortlich sei.[47] Der *Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt* stellte in seinem Bericht fest, daß der Bund als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches nicht der Verursacher der Schäden sei: »Das Munitionswerk Hess. Lichtenau wurde nicht vom Deutschen Reich betrieben, sondern von der inzwischen liquidierten Verwert-Chemie GmbH.« Ansprüche gegenüber dem Bund seien nur möglich, »... sofern eine Beeinträchtigung von einer [...] in das Eigentum oder in die Verwaltung des Bundes gelangten Sache ausgeht.«[48]

Die bundeseigene IVG ist demnach auch verantwortlich für die Giftrückstände auf dem Grundstück, für das sie der Fa. *Reolit* eine Freistellung erteilte. Die IVG lehnt demgegenüber jede Verantwortung ab, da ihrer Meinung nach die behördlichen Auflagen zur Absicherung der Rückstandshalde 1963/64 erfüllt wurden.[49] Die Schleifschlammdeponie der Fa. *Reolit* (Abb. 60) war am 16. 2. 1970 im nachhinein offiziell genehmigt worden.[50]

Der *Umweltausschuß des Hess. Landtages* konnte die Rechtslage nicht klären. Im Protokoll wurde lediglich festgehalten, daß die Gemeinde Hess. Lichtenau finanzielle Unterstützung vom Land für den Ausbau der Wasserversorgung bekommen sollte.[51] Die Umstellung der Wasserversorgung von Hess. Lichtenau hatte bis Oktober 1977 bereits 6,8 Mio. Mark gekostet.[52] Im Frühjahr 1978 wurde der neuerschlossene Trinkwasserbrunnen *Walburg* in Betrieb genommen. Das Wasser aus diesem Brunnen wurde später mit dem Wasser aus dem Wasserwerk *Kirschenberg* gemischt, um dessen Schadstoffgehalt herabzusetzen.

Anfang der 80er Jahre erwog die Hessische Landesregierung eine Gesamtuntersuchung der ehemaligen Sprengstoffabrik, lehnte sie aber aus Kostengründen ab.

Der im folgenden beschriebene behördeninterne Vorgang ist der Öffentlichkeit verborgen geblieben: In den Jahren 1979 und 1980

46) Deutscher Bundestag am 6. 4. 1984.
47) Hessischer Landtag: Kurzbericht UWA 32/8 vom 13. 10. 1977 (im folgenden zit.: Hess. Landtag am 13. 10. 1977).
48) Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt: Stellungnahme zu Drucksache 8/4422 vom 9. 8. 1977.
49) IVG-Gespräch.
50) Wasserwirtschaftsamt Kassel: Auskunft vom 16. 12. 1983.
51) Hess. Landtag am 13. 10. 1977.
52) Werra-Nachrichten vom 15. 10. 1977. Unreines Wasser bleibt Problem.

beschäftigte sich eine Arbeitsgruppe der Landesregierung mit dem Namen *Erfassung und Beseitigung von Kampfmittelbeständen* auch mit dem Industriegebiet Hirschhagen.[53]Die Arbeitsgruppe legte im Mai 1980 einen Abschlußbericht vor. Darin kam sie zu dem Ergebnis, daß »... zur Erfassung evtl. bisher nicht bekannter ober- und unterirdischer Anlagen, Becken und dergl. nähere Untersuchungen durchzuführen (sind), mit denen der Regierungspräsident in Kassel beauftragt werden sollte«.[54] Das Kasseler Regierungspräsidium legte im April 1981 einen Kostenvoranschlag für eine Untersuchung vor. Die Kosten für Planzeichnungen, Bohrungen und Probeentnahmen schätzte man auf rund 1 Million Mark.[55] Daraufhin fand im August desselben Jahres im hessischen Umweltministerium eine Besprechung statt. Zum Vorhandensein von Sprengstoffrückständen auf dem Gelände der ehemaligen Munitionswerke Hess. Lichtenau und Allendorf bei Marburg wurde festgestellt:

»Nicht nur im Muffenbereich des Kanalnetzes, sondern auch in den ehemaligen Absetzbecken der Fabrikationsanlagen, den sogenannten Schikanen, die heute bis auf zwei überbaut oder gewerblich genutzt sind, dürften Rückstände [...] verblieben sein. Im übrigen werden bei Baumaßnahmen hin und wieder kleinere Reste von solchen chemischen Verbindungen gefunden, so daß eine punktuelle Verseuchung des gesamten Geländes nicht auszuschließen ist.«[56]

Die anwesenden Behördenvertreter zogen aus dem Bericht der Arbeitsgruppe *Erfassung und Beseitigung von Kampfmittelbeständen* den Schluß, daß eine Entseuchung des Geländes nur durch eine Untersuchung aller Kanäle und des gesamten Oberbodens möglich sei. Die Kosten für die Beseitigung von evtl. vorhandenen Rückständen seien nicht kalkulierbar. Zum Vergleich wurde die TNT-Rückstandshalde in Allendorf erwähnt: Die Kosten für die Beseitigung dieser (nicht zugeschütteten) Halde schätze man auf 60 Millionen Mark.

Das Ergebnis der Besprechung war, daß keine Untersuchungen durchgeführt werden sollten, weil: »Verseuchung [...] nur mit unverhältnismäßig hohem Kostenaufwand aufzufinden ggfs. zu beseitigen [sind].«[57]

53) Als Reaktion auf den Umweltskandal durch die Chemische Fabrik Dr. Stoltzenberg in Hamburg sollte die Arbeitsgruppe – bestehend aus Vertretern von 5 Ministerien – untersuchen, ob in Hessen entsprechende Gefahren von sogenannten Altlasten aus der Rüstungsproduktion ausgehen.

54) Der Hessische Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten: Abschlußbericht der Arbeitsgruppe »Erfassung und Beseitigung von Kampfmittelbeständen« vom 9. 5. 1980, S. 37.

55) RP Kassel: Studie über Erfassungsmaßnahmen vom 30. 4. 1981.

56) RP Kassel: Vermerk über eine Besprechnung im Hessischen Ministerium für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten am 19. 8. 1981 (im folgenden zit.: Besprechung am 19. 8. 1981).

57) Besprechung am 19. 8. 1981.

Außerdem sei nicht das Land Hessen, sondern die Grundeigentümer in Hirschhagen seien »rechtlich für den Zustand und für eventuell von den Grundstücken ausgehende Gefahren verantwortlich«.[58] Das Problem der Sprengstoffrückstände in Hirschhagen sollte zukünftig »...nur noch als Frage des Grundwasserschutzes und der Grundwasserüberwachung bzw. -gewinnung ...« angesehen werden.[59] Das bedeutet: Die Beseitigung der Giftrückstände wurde als zu teuer angesehen, deshalb sollten behördliche Aktivitäten nur der Beschaffung »sauberen« Trinkwassers gelten.

Drei Jahre später begründete ein Mitarbeiter des *Hess. Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz* die damalige Entscheidung vor dem Umweltausschuß des Landtages:

»Da nach der Sprengung der Gebäude, die teilweise tief in den Boden hineingingen, das Gelände teilweise nicht zugänglich sei, habe man den Vorschlag der Arbeitsgruppe, das Gelände weiter zu erforschen, verworfen, wohlwissend, daß man möglicherweise nur die Spitze eines Eisberges kenne und keine technische Konzeption habe, dieses Gebiet zu sanieren.«[60]

Bereits Ende 1977 war das *Bundesgesundheitsamt* eingeschaltet worden. In einer ersten Stellungnahme teilte es dem *Regierungspräsidenten in Kassel* im Februar 1978 u. a. mit, daß »... ein Grundwasservorkommen mit derartigen Verunreinigungen – [...] – für die Nutzung als Trinkwasser als ungeeignet bezeichnet werden [muß], insbesondere soweit der genannte Grenzwert der Nitrokörper-Konzentration von 5 μg/l deutlich überschritten ist.«[61]

Auf Betreiben der Stadt Hess. Lichtenau erarbeitete das *Bundesgesundheitsamt* ein ausführliches Gutachten, in dem diese klare Aussage abgeschwächt wird. In dem Gutachten vom März 1980 weisen die Wissenschaftler eingangs auf die schwierige Analytik der Stoffe im Wasser hin: Es handele sich um Stoffe, »... über die im Zusammenhang mit Gewässerverunreinigungen in der wissenschaftlichen Literatur keinerlei Anhaltspunkte vorliegen«.[62] Die Gutachter hatten versucht, u.a. von der *Dynamit Nobel AG* Informationen über die damals hergestellten Sprengstoffe zu erhalten: »Alle diese Recherchen sind [...] hinsichtlich der hier wesentlichen Punkte ergebnislos verlaufen, ...« zumal keine Untersuchungsergebnisse über die Langzeit- und krebserregende Wirkung gefun-

58) Der Hessische Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten: Kabinettsvorlage 3021/81.
59) Besprechung am 19. 8. 1981.
60) Hessischer Landtag: Protokoll UWA 11/10 vom 29. 11. 1984, S. 17.
61) Bundesgesundheitsamt Berlin: Schreiben an den Hessischen Sozialminister vom 31. 3. 1980 (im folgenden zit.: Bundesgesundheitsamt), S. 2.
62) Bundesgesundheitsamt, S. 3.

den werden konnten.[63]

Die Verwendbarkeit eines über Aktivkohle gereinigten Trinkwassers beurteilte das *Bundesgesundheitsamt* folgendermaßen:

»Obwohl aus umwelthygienischen Gründen das Rohwasser in seiner derzeitigen Beschaffenheit für eine Trinkwasserversorgung eigentlich nicht geeignet ist, kann unter den genannten Auflagen mit Rücksicht auf die vorliegenden lokalen Bedingungen einer Verwendung des dortigen Wasservorkommens zur Trinkwassergewinnung bis auf weiteres zugestimmt werden, da das potentiell bestehende Risiko in der dortigen Wasserversorgung nach dem Stand der Technik offenbar auf ein vertretbares Ausmaß gemindert zu werden vermag.«[64] Es wird allerdings hinzugefügt, »... daß nach Auffassung der Trinkwasserkommission des Bundesgesundheitsamtes ein derartig belastetes Rohwasser, selbst bei einer nach den derzeitigen analytischen Möglichkeiten als ausreichend beurteilten Aktivkohlefiltration, keine völlig befriedigende Basis für eine langfristige Versorgung darstellt. Daher sollten neben der kurz- und mittelfristig ausreichenden, in ihrer Wirksamkeit laufend kontrollierten Aufbereitung durch Aktivkohle möglichst bald Wege gesucht werden, ein Rohwasser besserer Qualität als Grundlage der Wasserversorgung zur Verfügung stellen zu können.«[65]

Im Oktober 1981 wurde die verlangte Aktivkohlefilteranlage im Wasserwerk *Kirschenberg* in Betrieb genommen. Die Bevölkerung Hess. Lichtenaus erhält seitdem gereinigtes Trinkwasser: Nach der Filterung beträgt der Gehalt an nachweisbaren Nitrokörpern weniger als 0,1 Mikrogramm pro Liter.[66]

Die Bürger der Gemeinde Helsa wurden weiterhin mit dem besonders schadstoffhaltigen Trinkwasser aus den Brunnen *Helsa I und II* sowie *Waldhof* versorgt. Nach Bekanntwerden des BGA-Gutachtens forderte der *Landrat des Landkreises Kassel*, »... daß die Trinkwasserversorgung der Gemeinde Helsa unverzüglich umgestaltet werden muß«.[67] Nach Auffassung des Landrats kam eine Reinigung des Trinkwassers über Aktivkohle nicht in Frage, es sollten neue Quellen mit unbelastetem Wasser erschlossen werden. »Da nach dem Gutachten des Bundesgesundheitsamtes davon ausgegangen werden muß, daß das belastete Wasser kanzerogene [= krebserregend, Anm. d. Verf.] Stoffe enthalten kann, müssen die aufgezeigten Maßnahmen sofort in Angriff genommen werden.«[68]

63) ebenda.
64) Bundesgesundheitsamt, S. 5.
65) Bundesgesundheitsamt, S. 6.
66) Hessischer Landtag: Drucksache 10/1215 vom 21. 6. 1983.
67) Der Landrat des Landkreises Kassel: Schreiben an die Gemeindeverwaltung Helsa vom 2. 7. 1980.
68) ebenda.

Die erforderliche Umstellung der Wasserversorgung schlug sich auf den Trinkwasserpreis der Gemeinden nieder: 1982 wurde er für einen Kubikmeter Frischwasser in Hess. Lichtenau von 1,70 DM auf 3,00 DM erhöht.[69] Nach Umbaumaßnahmen in den Jahren 1982 bis 1984 kostet heute in Helsa jeder Kubikmeter 2,50 DM.[70] Damit liegt der Wasserpreis der beiden Gemeinden bereits über dem Großstadt-Niveau.[71]

Im Juni 1983 beantwortete der *Hessische Sozialminister* eine Kleine Anfrage der GRÜNEN zur Trinkwasserverseuchung in Hess. Lichtenau. Auf die Frage nach der Gefährlichkeit des Trinkwassers für die Gesundheit antwortete der Minister, daß »... aus Gründen des vorbeugenden Gesundheitsschutzes die Bereitstellung eines hygienisch einwandfreien Trinkwassers gefordert [wurde]. Bis zur Fertigstellung der notwendigen Baumaßnahmen wird als Zwischenlösung das belastete Wasser mit Aktivkohle gefiltert.«[72] Als mögliche Ursachen der Verseuchung wurden genannt:

» – sorgloser Umgang und Lagerung der Produktionsmittel noch während der Produktion bzw. nach Produktionsende
– undichte Kanäle im Werksgelände
– Zerstörung und Demontage des Werkes nach Kriegsende, wobei möglicherweise größere Mengen flüssiger Produkte in den Untergrund versickert sind.«[73]

Auf die Frage nach bekannten Giftrückständen in Hirschhagen wurde geantwortet: »In mehreren Becken lagern noch Produktionsrückstände in kleineren Mengen, umgeben von Schleifschlämmen in steifer Form.«[74]

Diese Becken bei der alten Kläranlage waren während der Beckenräumung 1977 entdeckt worden. Die Rückstandshalde erwähnte der Minister nicht.

Im Januar 1984 stellten wir unsere Diplomarbeit über das Industriegebiet Hirschhagen fertig. Daraufhin wurden wir zu einer Besprechung in das Kasseler Regierungspräsidium eingeladen. In einem Gespräch mit dem *Dezernenten für Abfallwirtschaft* am 29. 2. 1984 erläuterten wir insbesondere folgende Erkenntnisse über Giftrückstände in Hirschhagen:
1. Die Luftaufnahmen aus den Jahren 1959 und 1973 (Abb. 57; 59) zeigen die Lage der Rückstandshalde aus der Sprengstoffproduktion, die sich heute unter der *Reolit*-Schleifschlammdeponie befindet.

69) Witzenhäuser Allgemeine vom 28. 10. 1981. Lichtenau langt zu: 70 Prozent höhere Gebühren.
70) Gemeindeverwaltung Helsa: Auskunft vom 28. 8. 1984.
71) Zum Vergleich: In Kassel und Frankfurt kostet der Kubikmeter Frischwasser 2,15 DM (1984).
72) Hessischer Landtag am 21. 6. 1983.
73) ebenda.
74) ebenda.

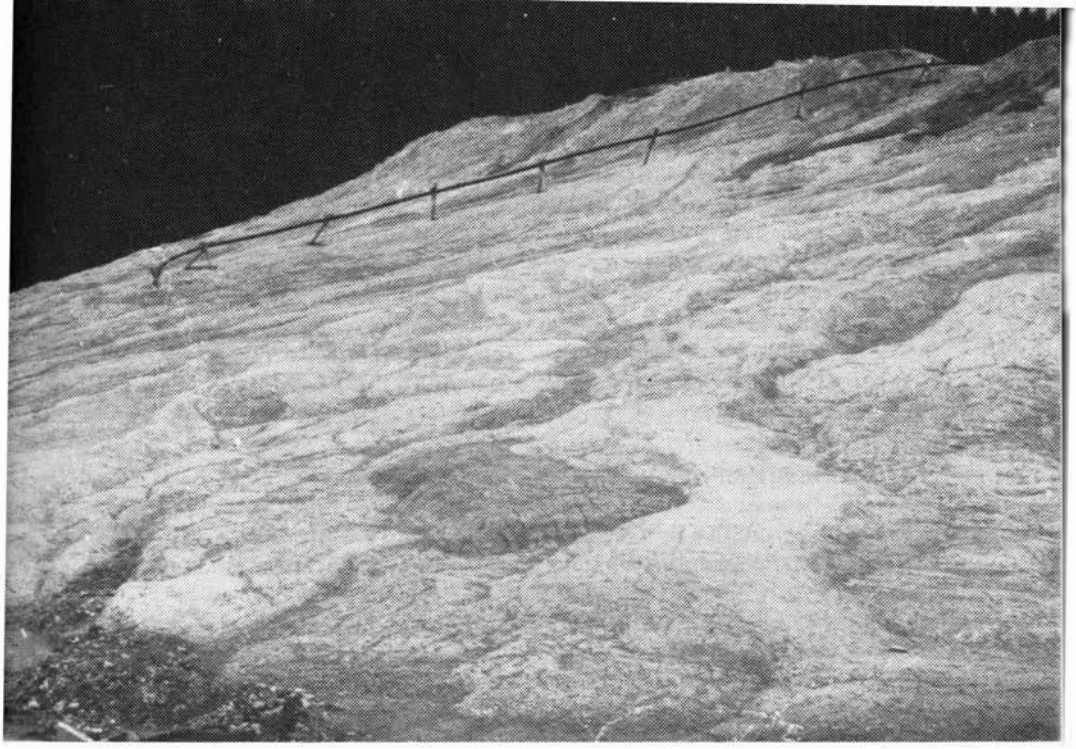


Abb. 62
Der östliche Teil der Schleifschlammdeponie: Über eine Leitung wird weiterhin Schleifschlamm auf die Halde gepumpt.

2. Der detaillierte Werksplan der Sprengstoffabrik und die Liste der Bunkerfunktionen ermöglichen die Rekonstruktion der Produktionsabläufe. Dadurch lassen sich die potentiell mit Sprengstoffrückständen belasteten Bereiche auffinden. Vorliegende Produktionszahlen aus den Jahren 1936 bis 1945 lassen Rückschlüsse auf die Mengen von Rückständen zu.
3. Im Werk Hess. Lichtenau wurde neben TNT auch der Sprengstoff Pikrinsäure hergestellt und abgefüllt. Die ehemaligen Pikrinsäure-Anlagen sind im Werksplan eingezeichnet.
4. Eine zweite Kläranlage diente der Reinigung von teer- und phenolhaltigen Abwässern aus der *Säure-Spaltanlage*. Der Verbleib der Neutralisationsrückstände aus dieser Anlage ist bisher nicht bekannt.

Mitte März 1984 entnahmen Mitarbeiter des Regierungspräsidiums Kassel auf Grund unserer Hinweise Bodenproben im Bereich der Rückstandshalde und der Pikrinsäure-Anlagen. Diese Probeentnahmen erfolgten ohne weitere Untersuchungen und ergaben nicht die zur Analyse notwendigen Probemengen. Nach Auskunft des zuständigen Dezer-

nenten erbrachten diese ersten Untersuchungen keinen Nachweis von Sprengstoffrückständen.[75]

Im Juni 1984 beantwortete der *Hessische Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten* erneut eine Anfrage der GRÜNEN. Er war neben anderem nach der Existenz einer TNT-Rückstandshalde gefragt worden.

Der Minister antwortete: »Eine Produktionsrückstandshalde hat auch in Hirschhagen bestanden. [...] Da nicht auszuschließen ist, daß unter den Schleifschlämmen noch Produktionsrückstände in konzentrierter Form vorhanden sind, werden derzeit weitere Untersuchungen durchgeführt, um den Umfang der vorhandenen Belastungen möglichst weiter einzugrenzen.«[76]

Die zuständigen Behörden planten folgende Maßnahmen:

1. Die Luftbilder aus den Jahren 1959 und 1973 werden von Spezialisten des *Landesamtes für Bodenforschung* ausgewertet.
2. Eine Bohrfirma soll Bohrungen im Bereich der Rückstandshalde niederbringen. Die dabei genommenen Bodenproben sollen Auskunft über Lage und Konzentration der Rückstandshalde geben.
3. Alte Tiefbrunnen in der Nähe der Rückstandshalde werden untersucht. Sie könnten während der Sprengstoffproduktion als Schluckbrunnen für chemische Rückstände benutzt worden sein.
4. Im Bereich des 1977 geräumten Beckens werden Bodenproben entnommen. Damit soll festgestellt werden, ob aus diesem Becken Giftstoffe ausgetreten waren.
5. Eine vermutete Ablagerung aus der zweiten Kläranlage und Wasserproben werden auf Phenol untersucht.[77]

Nach Auskunft des RP Kassel wurde nicht geplant, weitere Bodenuntersuchungen auf Pikrinsäure-Rückstände durchzuführen.[78]

Im Oktober 1984 beantwortete die Hessische Landesregierung Berichtsanträge der CDU und der GRÜNEN zu den Giftrückständen in Hirschhagen. Die GRÜNEN wollten u. a. wissen, warum die Rückstandshalde in einer Stellungnahme der Landesregierung 1983 verschwiegen worden war. Der *Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales* antwortete: »Die Rückstandshalde auf dem Gelände der Fa. Reolit habe ich [...] nicht erwähnt, weil diese nicht mehr besteht. Sie wurde vermutlich im Jahre 1964 beim Bau von Schlammteichen durch die Fa. Reolit auseinandergeschoben. Da diese kleinen Ablagerungsflächen durch die Schleif-

75) RP Kassel: Auskunft vom 6. 7. 1984.
76) Hessischer Landtag: Drucksache 11/1445 vom 19. 6. 1984 (im folgenden zit.: Hess. Landtag am 19. 6. 1984).
77) RP Kassel: Auskunft vom 18. 9. 1984.
78) ebenda.

schlammdeponie der Fa. Reolit mittlerweile 6 m bis 8 m überdeckt worden sind, wird davon ausgegangen, daß das ehemalige Haldenmaterial nicht mehr ausgelaugt wird.«[79]

Auf die Frage, warum das Trinkwasser nicht auf Rückstände von Pikrinsäure untersucht wurde, antwortete der Minister: »Von der Produktion der Pikrinsäure habe ich erst aus der Diplomarbeit erfahren, die im Wintersemester 1983/1984 angefertigt wurde. [...] Nach Rücksprache mit dem Hygiene-Institut Gelsenkirchen, das die Wasserproben aus Hess. Lichtenau und Helsa untersucht, wird die Pikrinsäure im Summenparameter ‚Aromatische Amine' nicht miterfaßt. Eine dafür vorgesehene Untersuchungsmethode gestaltet sich schwierig, da eine entsprechende Leitsubstanz fehlt.«[80]

Die CDU wollte von der Hessischen Landesregierung u. a. wissen, wie sie die Qualität des Trinkwassers von Hess. Lichtenau und Helsa beurteile. Der *Hess. Minister für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz* schrieb: »Nach intensiven Untersuchungen und umfangreichen Abstimmungen mit dem Hygiene-Institut Gelsenkirchen sowie dem Bundesgesundheitsamt konnte ein Grenzwert für ‚Aromatische Amine' im Reinwasser von 0,1 ug/l festgelegt werden.

Um kurz- und mittelfristig die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen, wurden technische Maßnahmen ergriffen (Verschneiden, Aktivkohlefilterung), die geeignet waren, diesen Wert einzuhalten und vorübergehend ein Trinkwasser mit vertretbarer Qualität zur Verfügung zu stellen.«[81]

Der Wert von 0,1 Mikrogramm pro Liter wurde jedoch nur im Trinkwasser der Stadt Hess. Lichtenau eingehalten. Das Trinkwasser der Gemeinde Helsa ist nie aufbereitet worden. Erst im August 1984 konnte Helsa den größten Teil seiner Trinkwasserversorgung umstellen: Die Neufassung der *Hirschbergquellen* (Abb. 55) ermöglichte ein weitgehendes Abschalten der Brunnen *Helsa I und II*. Das verunreinigte Wasser wird jedoch auch in Zukunft zur Versorgung der Bevölkerung benötigt:

»Es hat sich gezeigt, daß das Wasser aus der Hirschbergquelle Helsa zur alleinigen Versorgung der Tiefzone Helsa nicht immer ausreicht und für den Spitzenverbrauch noch Wasser aus dem Tiefbrunnen Helsa gelegentlich zugemischt werden muß. Ursächlich hierfür sind die zum Teil noch fehlenden technischen Einrichtungen (u.a. Hochbehälter, Druckerhöhungsanlage). Mit der endgültigen Fertigstellung der technischen Einrichtungen ist in den Jahren 1987 bis 1988 zu rechnen.

79) Ausschußvorlage UWA 11/40, S. 2.
80) Ausschußvorlage UWA 11/40, S. 4.
81) Der Hessische Minister für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz: Ausschußvorlage UWA 11/46 vom 29. 10. 1984, (im folgenden zit.: Ausschußvorlage UWA 11/46), S. 4.

Abb. 63
Oktober 1984. Mit einem Kostenaufwand von etwa einer Million Mark werden vier Klärbecken der alten *Neutralisationsanlage* geräumt.

Ähnliches gilt für die Versorgung des Ortsteiles Waldhof. Bis zur Fertigstellung des neuen Tiefbrunnens im Ortsteil Eschenstruth hängt es vom Umfang des Wasserdargebotes der Quellen in Eschenstruth ab, ob und in welchem Umfang noch ergänzend Wasser aus dem Tiefbrunnen Waldhof zugemischt werden muß.«[82]

Das Trinkwasser aus dem Brunnen *Waldhof* enthielt nach einer Analyse im Juni 1984 9,3 Mikrogramm *Aromatische Amine*[83] pro Liter Wasser; dieser Wert liegt 90fach über dem erlaubten Grenzwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter.

Immer mehr Brunnen fördern verseuchtes Trinkwasser: Auch im neuen Tiefbrunnen im Ortsteil Eschenstruth (Abb. 55), westlich von

82) Der Landrat des Landkreises Kassel: Schreiben an die »Grüne Liste Helsa« vom 1. 2. 1985.
83) Hygiene-Institut des Ruhrgebiets, Gelsenkirchen: Schreiben an den Gemeindevorstand der Gemeinde Helsa vom 20. 8. 1984 (im folgenden zit.: Hygiene-Institut am 20. 8. 1984).

Hirschhagen, wurden bei einem ersten Pumpversuch im Wasser aus 200 Metern Tiefe Nitrokörper festgestellt, und zwar 0,13 Mikrogramm pro Liter.[84] Die Gemeinde baut jetzt einen 130 Meter tiefen Brunnen. Das *Hessische Landesamt für Bodenforschung* geht davon aus, daß Wasser aus dieser Tiefe nicht verunreinigt wird: »Es ist auch beim Bau eines Brunnens und bei längerer Grundwasserentnahme nicht zu erwarten, daß ein Absenktrichter ausgebildet wird, der die Losse unterschneidet und Wasser aus dem Gebiet östlich der Losse beizieht.«[85]

In den Monaten April bis Juni 1984 wurde das Helsaer Trinkwasser nach einer neuen Untersuchungsmethode analysiert. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte man allgemein nach der Stoffgruppe *Aromatische Amine* gesucht; jetzt wurde das Wasser direkt auf Stoffe aus dem ehemaligen Sprengstoffwerk, auf *Nitrotoluole*, untersucht. Die Chemiker fanden sie nicht nur in den Brunnen *Helsa I und II* und *Waldhof*, sondern auch in den *Hirschbergquellen*.[86] Sie liegen nordöstlich von Hirschhagen und versorgen heute den größten Teil der Helsaer Haushalte mit Trinkwasser. Damit erweist sich zum dritten Mal eine Trinkwasseranlage als verunreinigt, die verseuchte Brunnenanlagen ersetzen sollte.

Ende Oktober 1984 begann eine Spezialfirma mit der Räumung von vier Becken der alten Kläranlage (Abb. 63; 64). Der Abtransport der etwa 1000 Tonnen nitrotoluolhaltigen Schlämme aus diesen Becken war verzögert worden, weil eine vorgesehene Sondermülldeponie kurzfristig die Annahme verweigert hatte. Der vergiftete Schleifschlamm wurde an Ort und Stelle »entwässert«, das feste Material auf die Sondermülldeponie *Hoheneggelnsen* bei Hildesheim gebracht. Die notrotoluolhaltige Flüssigkeit wurde über Aktivkohle vorgereinigt und 1985 in die biologische Kläranlage Fürstenhagen eingeleitet. Nach Auskunft des RP Kassel gewährleistet die langsame Zugabe der Flüssigkeit in die Kläranlage den vollständigen Abbau der Schadstoffe.[87]

Die Sicherheitsbestimmungen bei dieser Beckenräumung waren wesentlich strenger als bei der Räumung im Jahre 1977, obwohl der Schadstoffgehalt der Becken vergleichsweise gering war. Im Unterschied zu 1977 wurde nun eine Verpackung der dehydrierten Stoffe in doppelwandige Spezialsäcke verlangt.[88]

84) Hygiene-Institut des Ruhrgebiets: Schreiben an die Gemeinde Helsa vom 16. 1. 1984.
85) Hessisches Landesamt für Bodenforschung: Hydrogeologisches Gutachten über die Versuchsbohrung Helsa-Eschenstruth vom 7. 2. 1984, S. 4.
86) Hygiene-Institut am 20. 8. 1984.
87) RP Kassel: Auskunft vom 22. 11. 1984.
88) IVG Hirschhagen: Auskunft vom 30. 10. 1984.

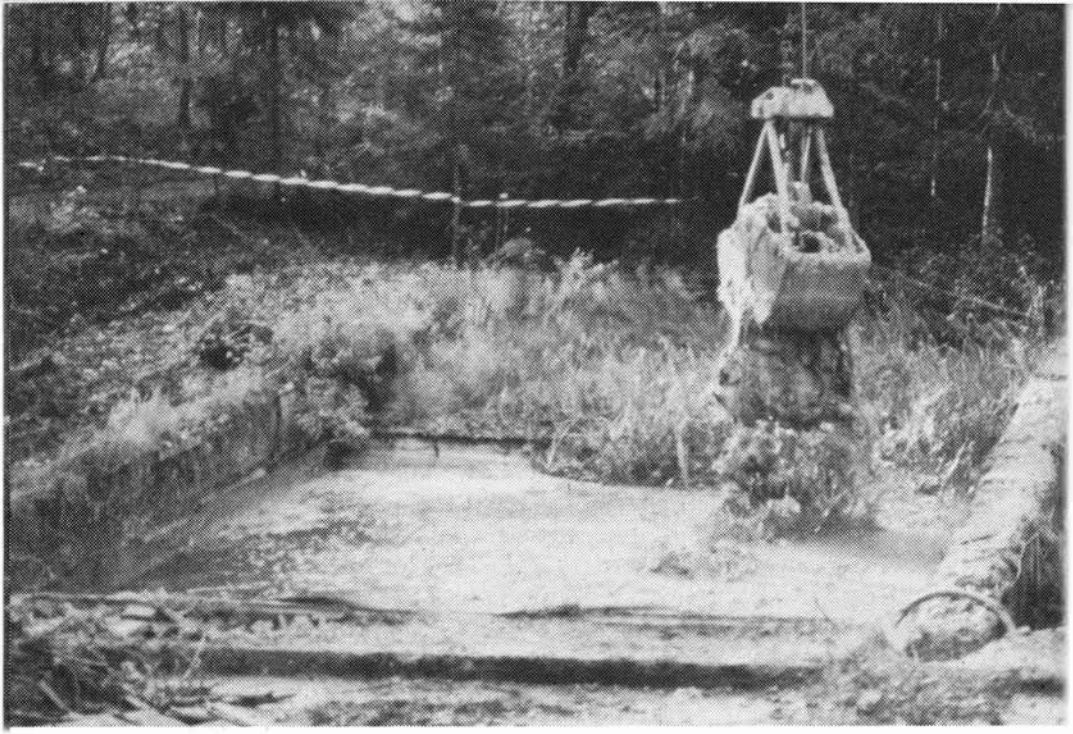


Abb. 64
Aus den Becken strömt starker Bittermandelgeruch, ein Kennzeichen für das Vorhandensein von Nitrotoluol.

Nach der Räumung der Becken stellte man fest, daß ihre Wände und Böden unbeschädigt waren.[89] Dadurch wurde deutlich, daß die Schadstoffe dieser Becken nicht zur Grundwasserverunreinigung beigetragen haben. Die Kosten für Entwässerung, Abtransport und Deponierung des nitrotoluolhaltigen Materials in Höhe von etwa 700000 DM mußte die IVG als Grundeigentümerin übernehmen.[90]

Das Land Hessen verlangt von der IVG auch eine Beteiligung an den Kosten der Ersatzwasserbeschaffung für die Gemeinden Hess. Lichtenau und Helsa:

89) ebenda.
90) Ausschußvorlage UWA 11/46, S. 10.

Untersuchungen und Maßnahmen durch den Wasserbeschaffungsverband Lossetal bis 1983	rund 8,3 Mio. DM
Noch auszuführende Maßnahmen	rund 7,15 Mio. DM
Gesamtkosten	15,45 Mio. DM
Abzug bereits gewährter Landesbeihilfen und wegen Verjährung nicht anrechenbarer Kosten	−4,0 Mio. DM
Verbleiben: Kosten der Ersatzwasserbeschaffung	rund 11,45 Mio. DM [91]

Das Land Hessen fordert eine Übernahme von 50% dieser Kosten bzw. etwa 6 Mio. DM durch die IVG. Diese hat bislang nur etwa 4,0 Mio. DM angeboten; in dieser Summe enthalten sind jedoch die beiden Bekkenräumungen 1977 und 1984 in Höhe von ca. 1,2 Mio. DM sowie ca. 2,5 Mio. DM in Form von Grundstücken und Gebäuden in Hirschhagen.[92]

Der Rechtsstreit zwischen der IVG und dem Land Hessen wird in naher Zukunft nicht beendet werden können: Die gegenwärtige Suche nach Rückständen aus der Sprengstoffproduktion bzw. deren evtl. notwendige Sicherung werden weitere Kosten nach sich ziehen. Im Dezember 1984 wurde im Auftrag des RP Kassel mit ersten Voruntersuchungen im Bereich der Rückstandshalde begonnen: sog. Rammsondierungen sollten Auskunft über die Beschaffenheit des Untergrundes geben. Nach Auskunft des RP Kassel ist geplant, im gesamten Bereich der Rückstandshalde Bohrungen durchzuführen.[93]

Die Sondierungen ergaben bereits einen ersten Nachweis, daß sich unter dem *Reolit*-Schlamm nitrotoluolhaltiges Material befindet. Sicherungsmaßnahmen sind dringend notwendig. Entgegen der Behauptung des *Ministers für Arbeit, Umwelt und Soziales* hat sich gezeigt, daß das Haldenmaterial weiterhin durch Sickerwasser ausgespült wird. Am Fuße der *Reolit*-Halde entspringt die sog. »Rote Quelle«: Das Quellwasser hat eine gelbliche Färbung und riecht stark nach Nitrotoluolen.

Planungen für Hirschhagen

Die Entwicklung der ehemaligen Sprengstoffabrik zu einem überwiegend gewerblich genutzten Gebiet vollzog sich bis zum Ende der 60er Jahre

91) Der Bundesminister des Inneren: Schreiben an den Deutschen Bundestag-Petitionsausschuß vom 28. 9. 1984.
92) IVG-Gespräch.
93) RP Kassel: Auskunft vom 10. 12. 1984.

relativ planlos: Die IVG hatte sich zunächst bemüht, ihre Liegenschaften in Hirschhagen zu verpachten, später, sie zu verkaufen. Das Interesse der IVG galt nicht der zukünftigen Entwicklung Hirschhagens, sondern sie wollte sich in erster Linie aus Hessisch Lichtenau zurückziehen.

Seit Mitte der 60er Jahre versuchte die Stadt Hessisch Lichtenau, auf Hirschhagens Entwicklung Einfluß zu nehmen: 1965/66 übernahm sie von der IVG das Straßennetz sowie das Abwasserleitungs- und Wasserversorgungssystem. Die Stadt wollte Hirschhagen mit öffentlichen Förderungsmitteln zum Industriegebiet ausbauen. Im ersten Flächennutzungsplan der Kernstadt Hessisch Lichtenau und der Gemeinde Fürstenhagen von 1973 wurde Hirschhagen als reines Industriegebiet[1] festgeschrieben.[2] Wohnungen sind in Hirschhagen nur ausnahmsweise zugelassen: für Aufsichts- und Bereitschaftspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter[3]. Diese Bestimmung wurde häufig durch die Anmeldung eines »Scheingewerbes« umgangen.[4] Die vorhandenen Wohngebäude sind zwar rechtlich in ihrem Bestand geschützt, die Anwohner sind jedoch den störenden Einflüssen von Industriebetrieben ausgesetzt.

Ein Bebauungsplan für einen Teil des Industriegebietes Hirschhagen liegt vor; er ist jedoch nicht rechtskräftig geworden. Deshalb werden alle Bauvorhaben nach § 34 des *Bundesbaugesetzes* (BbauG) genehmigt.[5] Dieser Paragraph regelt die Zulässigkeit von Bauvorhaben in zusammenhängend bebauten Ortsteilen, für die keine Bebauungspläne vorliegen: Bauvorhaben dürfen dem Flächennutzungsplan nicht widersprechen, müssen sich in die Eigenart der näheren Umgebung und in die Siedlungsstruktur einpassen und dürfen das Ortsbild nicht beeinträchtigen.[6]

Hessisch Lichtenau ist ein sog. *Schwerpunktort im Zonenrandgebiet* und wird nach der *Gemeinschaftsaufgabe des Bundes und der Länder zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur* gefördert.[7]

Gewerbe- und Industrieunternehmen, die sich in dieser Region neu ansiedeln bzw. expandieren, erhalten danach bis zu 15% ihrer investierten Mittel als Finanzierungshilfe. Darüber hinaus können sie Sonderab-

1) Gemäß § 9, Abs. 1 Bau NVO: Industriegebiet (GI) dienen ausschließlich der Unterbringung von Gewerbegebieten, und zwar vorwiegend solcher Betriebe, die in anderen Baugebieten unzulässig sind. Quelle: Bundesbaugesetz, 14. Auflage. München 1981 (im folgenden zit.: BBauG), S. 205.
2) Hess. Landtag am 19. 6. 1984.
3) Gemäß § 9, Abs. 3, Nr. 1 BauNVO. Quelle: BBauG, S. 205.
4) Kreisbauamt Witzenhausen: Auskunft vom 7. 11. 1983 (im folgenden zit.: Kreisbauamt).
5) Liegenschaftsamt Hess. Lichtenau: Auskunft vom 24. 11. 1983 (im folgenden zit.: Liegenschaftsamt).
6) Gemäß § 34, Abs. 1 BBauG. Quelle: BBauG, S. 31.
7) HLT: FNP, S. 14.

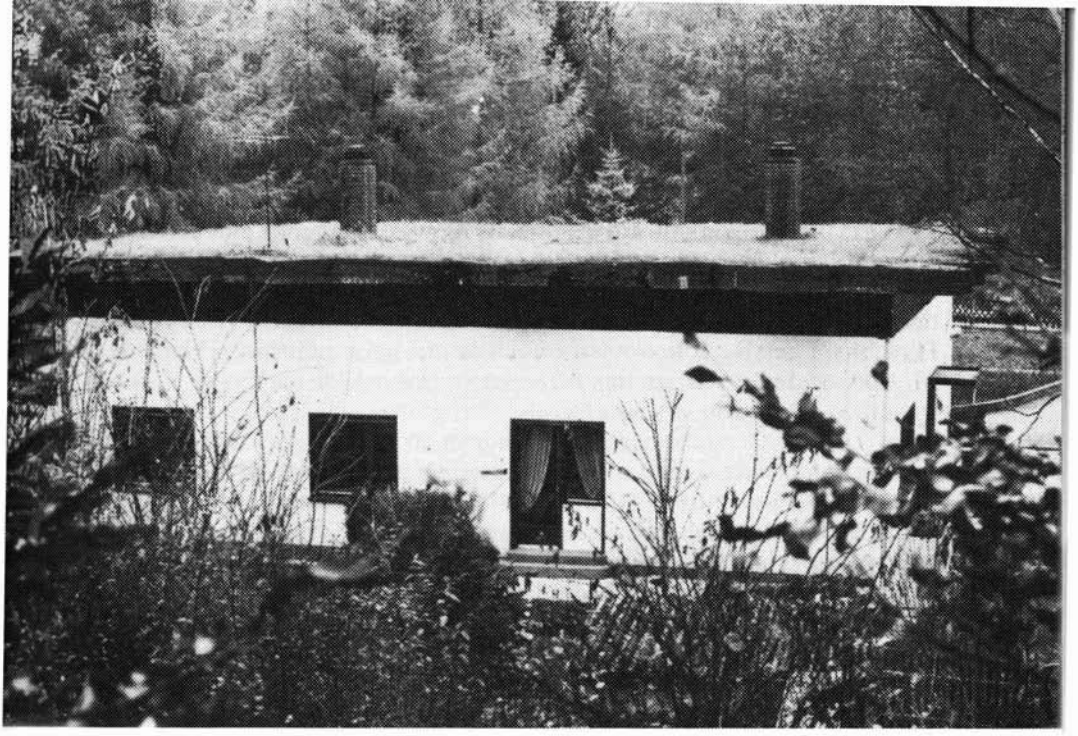


Abb. 65
Der »Bunkerlow« Nr. 555 war früher eine *Warmwasserzentrale*.

schreibungen nach dem *Zonenrandförderungsgesetz* geltend machen.[8] Die Stadt erhält im Rahmen der o. g. Gemeinschaftsaufgabe Zuschüsse für Erschließungsmaßnahmen, wenn sie der Ansiedlung neuer Betriebe dienen. Mit Hilfe dieser öffentlichen Mittel konnte die Stadt in einem Teil des Industriegebietes neue Straßen bauen und Kanäle verlegen. Zur Zeit wird am letzten der sechs Bauabschnitte gearbeitet. Die gesamte Maßnahme kostet ca. 3,6 Mio. DM, davon trägt die öffentliche Hand 90%. Um die öffentliche Finanzierung zu erhalten, darf die Stadt Hessisch Lichtenau keine Erschließungsgebühren von den Anliegern fordern. Normalerweise betragen sie ca. 29,– DM pro Quadratmeter Grundstücksfläche.[9]

Der Bau neuer Abwasserkanäle ist für Hirschhagen besonders wichtig: Die ehemalige Munitionsfabrik verfügte über fünf verschiedene, weitverzweigte Kanalisationssysteme. Der Verlauf der alten Kanäle ist weitge-

8) HLT: Die Industriestandorte mit Finanzhilfen. Wiesbaden 1981, Blatt 105 Hess. Lichtenau.
9) Liegenschaftsamt.

hend unbekannt, Pläne liegen nicht vor. Ein Teil der Kanäle ist mit dem Schleifschlamm der Fa. *Reolit* verstopft. Eine Rekonstruktion bzw. Wiederinbetriebnahme des alten Kanalnetzes erscheint allein aus Kostengründen unmöglich.

In der Vergangenheit war es üblich, Abwässer in vorhandene Kanäle einzuleiten, auch wenn ihr Verlauf unbekannt war. Auch der 22 Kilometer lange Kanal zur Fulda wurde zur Abwasserbeseitigung genutzt, bevor er in den 70er Jahren unbrauchbar gemacht wurde.[10] Nach Aussage eines Hirschhagener Bewohners wird auch heute noch manchmal nach dem Motto verfahren: »Wenn das Abwasser nicht zurückstaut, wird es schon irgendwo hinfließen.«[11]

Im Trinkwasserschutzgebiet gelten jedoch strenge Anforderungen an die Abwasserbeseitigung: Wohnsiedlungen und Gewerbebetriebe sind verboten »..., wenn das Abwasser nicht vollständig und sicher aus der Zone III A hinausgeleitet wird«.[12]

Der derzeitige Kanalbau beschränkt sich auf die Straßenzüge Liebigstraße, Daimlerstraße und Dieselstraße. In diesem kleinen Teilbereich des Industriegebietes wird die Abwasserbeseitigung für die Gewerbebetriebe und Wohnhäuser künftig über den neuen Kanal gesichert sein. Die übrigen Grundstücke werden durch den Kanal nicht entsorgt. Die geographischen Verhältnisse verhindern vor allem eine Entsorgung der Grundstücke im nördlichen Teil Hirschhagens: Eine Kanalisation müßte gegen das Gefälle verlegt werden. Bei Neu- oder Umbaumaßnahmen wird den Besitzern von Grundstücken in diesen Bereichen der Bau einer Abwassersammelgrube zur Auflage gemacht.[13]

Nach Auskunft der Stadt Hessisch Lichtenau ist der weitere Ausbau der Kanalisation in Hirschhagen nicht geplant. Deshalb sollen Neuansiedlungen von Gewerbebetrieben nur noch im Bereich Liebig-, Daimler- und Dieselstraße erfolgen.[14]

Nach der kommunalen Gebietsreform besaß Hessisch Lichtenau keinen gültigen Flächennutzungsplan für das gesamte Gemeindegebiet. Deshalb beschloß die *Stadtverordnetenversammlung* 1979 die Erstellung eines Flächennutzungs- und eines Landschaftsplanes. 1980 wurde die *HLT Gesellschaft für Forschung Planung Entwicklung mbH* mit der Ausarbeitung beider Pläne beauftragt.[15] Die HLT führte u. a. in Hirschhagen eine Befragung der Gewerbebetriebe durch. Die befragten Gewerbetrei-

10) Tiefbauamt Hess. Lichtenau: Auskunft vom 24. 11. 1983 (im folgenden zit.: Tiefbauamt).
11) Gespräch mit Herrn Sch. am 7. 2. 1984.
12) Staatsanzeiger für das Land Hessen Nr. 16/1977: Verordnung vom 4. 3. 1977, S. 859.
13) Tiefbauamt.
14) Liegenschaftsamt.
15) HLT: FNP, S. 1.

benden hoben folgende Gegebenheiten Hirschhagens positiv hervor: die durchgrünte Lage; die geringen Umweltschutzprobleme; die Möglichkeit, direkt beim Betrieb zu wohnen.[16]

Die Gewerbetreibenden nannten folgende Nachteile Hirschhagens: die schwierige Orientierung, die unzureichende Bedienung mit öffentlichem Nahverkehr und die schlechte innerörtliche Verkehrsanbindung.[17] Die HLT selbst beurteilte den Industriestandort Hirschhagen folgendermaßen: »Durch die Entfernung zur Kernstadt ist der Standort Hirschhagen nicht für jede Branche optimal. Durch die siedlungsferne Lage ergeben sich jedoch auch Standortvorteile, wie geringere Emissionsauflagen als bei Innenstadtnähe, geringer Anforderungen an Baugestaltung und Freiflächennutzung, Angebot an Reserveflächen usw.«[18]

Ein neuer Flächennutzungsplan liegt vor, ist jedoch noch nicht rechtskräftig. Der Vorentwurf wurde im Mai 1984 von der *Stadtverordnetenversammlung* einstimmig angenommen.[19] Es ist beabsichtigt, das gesamte Gelände der ehemaligen Munitionsfabrik wieder als Gewerbegebiet (G)[20] auszuweisen, bis auf einige bewaldete Randbereiche.

Nach Auskunft der Stadt Hessisch Lichtenau ist es trotz überwiegender Wohnbebauung in einigen Bereichen nicht beabsichtigt, Wohngebiete zuzulassen. Die Stadt befürchtet, daß aus dem Nebeneinander von Wohngebäuden und Gewerbebetrieben rechtliche Probleme entstehen könnten.[21] Für den zuständigen hessischen Minister ist die gegenwärtige und zukünftige Nutzung Hirschhagens eindeutig: »Das Industriegebiet Hirschhagen dient vorwiegend der Unterbringung von störenden Gewerbebetrieben, die in den anderen Industriegebieten bzw. Gewerbegebieten der Stadt nicht untergebracht werden können. Unter diesen Voraussetzungen wird auch die Neuansiedlung von Betrieben von der Stadt Hessisch Lichtenau, soweit sie dies beeinflussen kann, betrieben.«[22]

Dementsprechend sollen die Industriebetriebe in ihrer Tätigkeit nicht eingeschränkt werden: *Nutzungsbeschränkungen zum Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen*[23] werden im Entwurf des neuen Flächennutzungsplanes nicht ausgesprochen.

16) HLT: FNP, S. 48.
17) ebenda.
18) ebenda.
19) Stadtverordnetenversammlung Hess. Lichtenau am 18. 5. 1984.
20) Gemäß § 1, Abs. 1, Nr. 3 BauNVO. Quelle: BBauG, S. 200.
21) Liegenschaftsamt.
22) Hess. Landtag am 19. 6. 1984.
23) Gemäß § 5, Abs. 2, Nr. 6 BBauG. Quelle: BBauG, S. 12.

Nach Angabe der HLT stehen in Hirschhagen noch ca. 24 ha Fläche zur gewerblichen Nutzung zur Verfügung.[24] Die Grundstücke können jedoch nicht voll genutzt werden: Bunkertrümmer und unterirdische Kanäle schränken die Bebaubarkeit der Flächen ein. Deshalb wird in Hirschhagen von einem mindestens doppelt so großen Flächenbedarf wie an anderen Standorten ausgegangen.[25]

Nur 25% bis 30% des Industriegebietes werden tatsächlich von Gewerbe- oder Industriebetrieben genutzt.[26] Die restlichen Flächen sind überwiegend Privatgrundstücke oder liegen brach. Nach Einschätzung der IVG ist es schwierig, weitere Gewerbebetriebe in Hirschhagen anzusiedeln: Der Verkauf der freien Grundstücke wird durch Bunkertrümmer und schlechte Erschließungsmöglichkeiten erschwert.[27] Der planlose Verkauf von Grundstücken in der Vergangenheit hat dazu geführt, daß die attraktiveren Straßengrundstücke belegt sind; die Flächen dahinter liegen brach.

Um die Ansiedlung nicht genehmigungsfähiger Wohnungen zu verhindern, wird seit 1981 bei Bauanträgen eine *Baulast* in das Grundbuch eingetragen: diese besagt, daß Wohnungen nur zusammen mit einem Gewerbebetrieb verkauft werden dürfen.[28] Nach Auskunft der IVG müssen viele Kaufinteressenten abgewiesen werden, da sie Hirschhagener Grundstücke nur zu Wohn- oder Freizeitzwecken nutzen wollen.[29]

Die Stadt Hessisch Lichtenau möchte mehr Einfluß auf den Verkauf der noch verfügbaren Grundstücke in Hirschhagen ausüben können. Sie bemüht sich um die Übernahme des restlichen IVG-Besitzes zu einem geringen Preis oder als Entschädigung für die Kosten, die ihr durch die Trinkwasserverseuchung entstanden sind.[30]

Industrieansiedlungen

Das Industriegebiet Hirschhagen unterscheidet sich durch seine Lage und seine Bebauung grundsätzlich von anderen Industriegebieten. Die Betriebe profitieren von vorhandenen Gebäuden und großen Grundstükken, müssen aber die abgeschiedene Lage Hirschhagens in Kauf nehmen.

24) HLT: FNP, S. 92.
25) HLT: FNP, S. 12.
26) HLT: Erläuterungsbericht zum Landschaftsplan-Vorentwurf Hess. Lichtenau, Wiesbaden 1981, S. 29.
27) IVG-Gespräch.
28) Kreisbauamt.
29) IVG Hirschhagen: Auskunft vom 19. 12. 1983.
30) Witzenhäuser Allgemeine vom 12. 1. 1983. IVG soll Hirschhagen abgeben.

Abb. 66
Bis Kriegsende wurden in diesem *Fertigungsbunker* (Nr. 418) der *Füllstelle Ost* mit TNT gefüllte Bomben, Granaten, Tellerminen u.a. zusammengebaut und für den Versand vorbereitet.

Unmittelbar nach dem Krieg spielte die siedlungsferne Lage für Gewerbetreibende nur eine geringe Rolle. Die Flüchtlinge waren froh, unzerstörte Gebäude für ihre Vorhaben nutzen zu können. Heute sind in Hirschhagen 33 Gewerbebetriebe mit etwa 600 Arbeitsplätzen angesiedelt.[1]

Die teilweise seit vielen Jahren ansässigen Firmen liegen außerhalb des Blickfeldes einer großen Öffentlichkeit und haben wenig Publikumsverkehr. Der Betrieb mit den meisten Arbeitsplätzen, die Bohrfirma *Angers*, benutzt ihr Grundstück in Hirschhagen hauptsächlich als Gerätelager. Mehr als die Hälfte der Hirschhagener Gewerbebetriebe sind Kleinstunternehmen. Die Inhaber wohnen meistens direkt bei ihrem Betrieb.

Die vielfach großen Entfernungen zwischen den einzelnen Gebäuden

1) Vgl. Kapitel: Zahlenangaben zum Bestand.

im Wald ermöglichen weitgehend ungestörtes Arbeiten und Wohnen. Ob sich Anwohner trotzdem durch benachbarte Gewerbebetriebe belästigt fühlen, können wir nicht beurteilen. Die im Bestandsplan unter der Kategorie *immissionsbelastendes Gewerbe* eingetragenen Unternehmen kommen als potentielle Störer in der Hauptsache durch Produktions- und Verkehrslärm in Frage.

Die versteckte Lage des Industriegebietes Hirschhagen begünstigt jedoch auch die Ansiedlung von erwiesenermaßen umweltbeeinträchtigenden Betrieben. Der aktuelle Flächennutzungsplan-Entwurf betont als Standortvorteil die geringen Emissionsauflagen.[2] Die Produktionsweise einiger Firmen war bzw. ist in Hirschhagen nur möglich, weil sie der Öffentlichkeit weitgehend verborgen bleibt.

Wir erläutern diese Feststellung an drei Hirschhagener Industriebetrieben: der Fa. *Rühl-Chemie*, die wegen Umweltverschmutzung stillgelegt wurde, der Fa. *Trapp*, deren Produktionsweise wegen Luftverschmutzung geändert werden mußte, sowie an der Fa. *Reolit*, deren Abfallprodukt Schleifschlamm in Hirschhagen noch immer abgelagert werden darf.

a) Firma *Rühl-Chemie*[3]

In der *Verordnung zum Schutz der Wassergewinnungsanlagen Kirschenberg* steht unter § 3, Abs. 2 u.a.: »Verboten sind insbesondere in der Zone III A [...] Betriebe mit Verwendung oder Abstoß radioaktiver oder wassergefährdender Stoffe.«[4]

In der *Zone III A* des Wasserschutzgebietes, in den Gebäuden 631, 637 und 638 im Industriegebiet Hirschhagen, begann die Fa. *Rühl-Chemie* (Abb. 67) im Jahre 1975 zu produzieren. Das Unternehmen beschäftigte sich mit Rückgewinnungs-Versuchen von Kupfer- und Ammoniakbestandteilen aus Kupfertetraminlösung, die in Tanklastzügen angeliefert wurde. Ein ordnungsgemäßes Genehmigungsverfahren lief erst im Jahre 1976 an und wurde im Jahre 1977 abgeschlossen.[5] Im Juli 1977 informierte ein anonymer Anrufer den Bürgermeister von Hessisch Lichtenau: Es stellte sich heraus, daß ein Auffangbehälter, der in der Betriebsgenehmigung gefordert wurde, undicht war. Zu möglichen Schäden durch das Versickern von Kupfertetraminlösung meinte ein Firmensprecher: Die Konzentration des Kupfers in den angelieferten Flüssigkeiten betrage ohnehin nur 200 bis 400 Milligramm pro Liter.[6]

2) Vgl. Kapitel: Planungen für Hirschhagen.
3) Aufgrund fehlender Quellen greifen wir auf die Presseberichte über den Fall »Rühl-Chemie« zurück.
4) Staatsanzeiger für das Land Hessen Nr. 16/1977: Verordnung vom 4. 3. 1977, S. 859.
5) Werra-Nachrichten vom 27. 7. 1977. Lichtenau: Neues Gift im Trinkwasser?
6) ebenda.

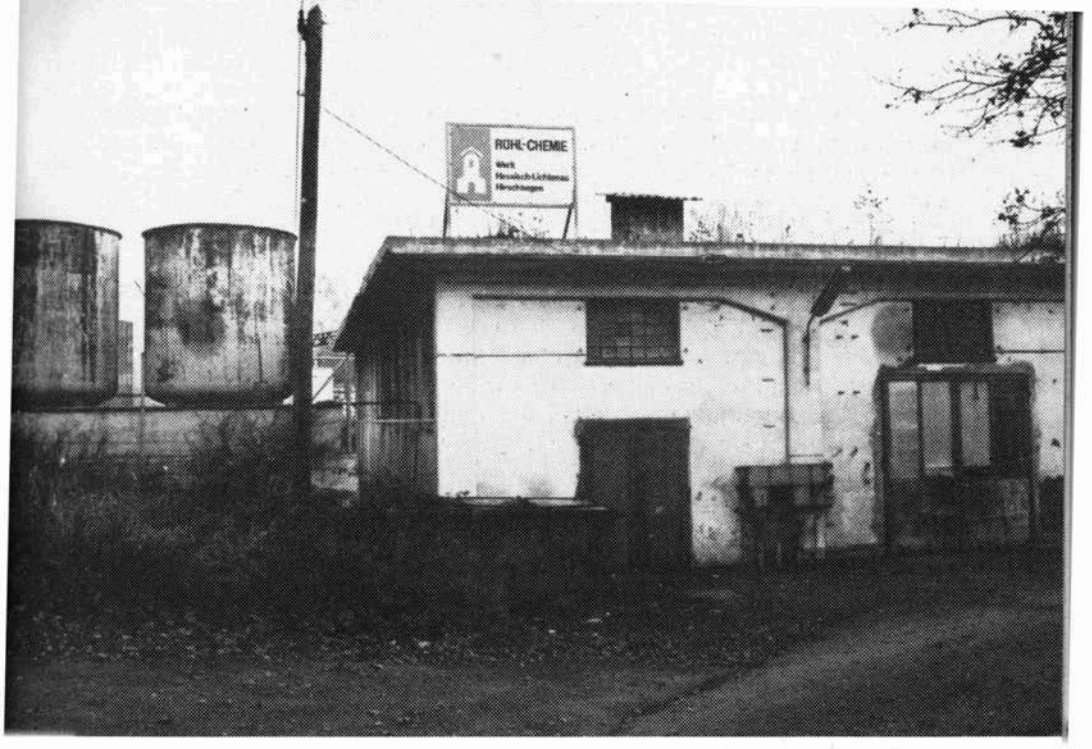


Abb. 67
Die Fa. Rühl-Chemie (Nr. 631; 637; 638) durfte sich 1975 im Trinkwasserschutzgebiet ansiedeln; wegen auslaufender Chemikalien mußte sie zwei Jahre später wieder schließen.

Im Bachlauf *Rohrgraben* auf der gegenüberliegenden Seite des Berges wurden Kupferbestandteile in der Konzentration von 0,15 Milligramm pro Liter nachgewiesen.[7] Die *Untere Wasserbehörde* (Eschwege) und die Fa. *Rühl-Chemie* einigten sich folgendermaßen: Die Firma sollte das Erdreich im Bereich der undichten Wanne abbaggern und ein geologisches Gutachten zur Trinkwassergefährdung erstellen lassen. Denn vorliegende Untersuchungsergebnisse hatten ergeben, daß die Bodenoberfläche neben dem Becken eine Konzentration von 2400 Milligramm des Schadstoffes pro Kilogramm Boden aufwies. Bereits zwei Meter tiefer, allerdings neben dem Becken, war die Konzentration wesentlich geringer: 300 Milligramm/kg.[8]

7) Werra-Nachrichten vom 2. 8. 1977. Kupfertetramin: Spuren im nahen Bach entdeckt.
8) Werra-Nachrichten vom 4. 8. 1977. Erdreich wird abgebaggert.

Noch im Juli 1977 wurde der Betrieb durch den RP Kassel stillgelegt, später wurde die Betriebsgenehmigung entzogen.[9]

b) Waggon-Verwertungsfirma *Trapp*

Die Niederlassung des Frankfurter Schrott-Großhändlers Walter Trapp liegt im östlichen Teil des Industriegebietes auf dem Gelände der ehemaligen *Säure-Spaltanlage*. Seit 1971 werden dort ausgediente Bundesbahnwaggons ausgebrannt und ausgeschlachtet (Abb. 68). »Der Betrieb der Anlage wurde vom Regierungspräsidenten in Kassel am 27. Dezember 1973 mit Ausnahmegenehmigung nach §4, Abs. 3 des Abfallbeseitigungsgesetzes gestattet. Die Gestattung bestimmt, daß vor Ausbrennen der Waggons alle brennbaren Stoffe außer Holz zu entfernen sind. Das Inbrandsetzen hat durch Holzwolle oder Stroh zu erfolgen.«[10]

Das Ausbrennen der Eisenbahnwagen findet unter freiem Himmel statt. Der dafür vorgesehene Platz (Abb. 69) ist gegen Funkenflug nur mit einem Drahtnetzt überspannt. Zweimal in jeder Woche werden drei bis vier Waggons verbrannt.[11] »Da die Rückgewinnung von Teilen für die Wiederverwendung durch die Deutsche Bundesbahn durch Brennschneiden erfolgt, ist das Ausbrennen der Waggons vor dem Zerlegen – sofern nur Holz verbrannt wird – das geeignetste Mittel, einer Brandentstehung während der Zerlegung vorzubeugen; der Schutz der Arbeitnehmer vor Brandabgasen ist durch diese Vorgehensweise gegeben.«[12]

Der Schutz der Umwelt vor giftigen Gasen ist nach Meinung des *Wasserwirtschaftsamtes Kassel* hingegen nicht gesichert: Giftstoffe gerieten in die Luft und könnten als Niederschlag Boden und Grundwasser verunreinigen. Auch nach dem Ausbau von Kunststoffteilen entstünden bei der Verbrennung von beschichteten Holzteilen giftige Dämpfe. Das *Wasserwirtschaftsamt* weist ferner darauf hin, daß an einem anderen Ort der Bundesrepublik eine Ausbrennungsanlage für Waggons in einem geschlossenen Raum installiert sei. Dort müßten die Abgase abgesaugt und gefiltert werden.[13]

Die Firma *Trapp* verschmutzt die Luft in Hirschhagen jedoch wesentlich stärker, als das *Wasserwirtschaftsamt* vermutet. Im August 1984 besichtigten Landtagsabgeordnete der GRÜNEN das Industriegebiet Hirschhagen. Sie stellten fest, daß die Fa. *Trapp* die o. g. behördlichen Auflagen nicht einhält. Der Abgeordnete Franz Jacob erstattete daraufhin Anzeige bei der *Staatsanwaltschaft in Kassel*: »Ich war am 27. August

9) IVG Hirschhagen: Auskunft vom 19. 12. 1983.
10) Hessischer Landtag: Drucksache 11/2884 vom 18. 12. 1984 (im folgenden zit.: Hess. Landtag am 18. 12. 1984).
11) Kreisbauamt.
12) Hess. Landtag am 18. 12. 1984.
13) Wasserwirtschaftsamt Kassel: Auskunft vom 15. 12. 1983.

Abb. 68
August 1984. Auf dem Geländer der alten *Säurespaltanlage* (hier: 053) werden ausgediente Bundesbahnwaggons verbrannt.

1984 gegen 11 Uhr an Ort und Stelle und habe beobachtet, wie voll ausgerüstete Eisenbahnpersonenwagen ausbrannten. Es stieg eine dicke, pechschwarze und stark nach Kunststoffen stinkende Rauchfahne vom Verbrennungsort auf.«[14]

Ein Journalist der *Süddeutschen Zeitung* schrieb im November 1984: »Wie groß die Giftstoffmenge ist, die bei der Waggonverbrennung im Lichtenauer Ortsteil Hirschhagen fast täglich frei wird, zeigt ein Blick in Unterlagen der Bundesbahn [...]. Demnach gehen beim Anzünden eines einzigen Schnellzugwaggons [...] 1,1 Tonnen PVC und 400 Kilogramm PU-Lack in Flammen auf. Rund eine halbe Tonne Spritzasbest, [...] wird zumindest teilweise bei der Verbrennung mit ins Freie gewirbelt. Kein Wunder also, daß die Waggonverbrennung unter freiem Himmel seit

14) DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag: Schreiben an die Staatsanwaltschaft Kassel vom 29. 8. 1984.

Abb. 69
Die Behörden hatten 13 Jahre lang keine Bedenken; erst im Dezember 1984 mußten die Verbrennungen eingestellt werden.

Inkrafttreten des Bundesimmissionsschutzgesetzes strikt verboten ist. Auch im Bundesland Hessen.«[15]

Der *Hessische Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales* antwortete im Dezember 1984 auf eine Anfrage der GRÜNEN: »Die [...] vorgenommenen Besichtigungen haben bisher nicht erkennbar werden lassen, daß z.B. Einbauten, wie Sitze oder ähnliches, vor dem Ausbrand nicht entfernt worden waren. [...] Eine ständige Überwachung scheitert aus personellen Gründen und wegen des unangemessenen hohen Aufwandes.«[16]

Nach der Strafanzeige des Abgeordneten leitete die Kasseler Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen des Verdachts auf unzulässige Luftverschmutzung ein. Außerdem wurde ein Gutachten in Auftrag gegeben über die Giftstoffe, die bei der Verbrennung frei werden.

Die Fa. *Trapp* hatte für ihre Waggonverbrennung einen Genehmi-

15) Hannes Krill: Der schwarze Pilz von Hirschhagen. In: Süddeutsche Zeitung vom 13. 11. 1984.
16) Hess. Landtag am 18. 12. 1984.

gungsantrag nach dem *Bundesimmissionsschutzgesetz* (1972) gestellt. Im Dezember 1984 zog sie ihn auf Anraten des Kasseler Regierungspräsidenten zurück und stellte die Waggonverbrennung ein. Der Betrieb erprobt seither andere Methoden der Waggon-Verwertung ohne Verbrennung.[17]

c) Firma *Reolit*[18]

Die Fa. *Reolit* (Abb. 70) ist der älteste Gewerbebetrieb Hirschhagens. Sie und die Bohrfirma *Angers* sind die beiden größten Arbeitgeber am Ort. Der Betrieb besitzt die meisten Grundstücke im Industriegebiet, das Firmengelände umfaßt etwa ein Drittel der verkauften Fläche Hirschhagens.[19]

In Absprache mit der IVG durfte die Firma *Reolit* bis Mitte der 60er Jahre Schleifschlamm in gesprengte Bunker, Wallanlagen und Becken der ehemaligen Sprengstoffabrik pumpen. Diese Maßnahme wirkt sich im nachhinein sehr negativ aus: Der Schleifschlamm verstopfte das alte Abwasserleitungssystem und verschüttete Sprengstoffrückstände.[20]

Seit 1964 lagert die Firma ihren Schleifschlamm auf der Rückstandshalde im Norden des Industriegebietes ab. Die Deponie wurde am 16. 2. 1970 behördlich genehmigt. Sie überdeckt heute eine Fläche von etwa vier Hektar und ist durchschnittlich sechs bis acht Meter hoch (Abb. 60; 62).[21]

Die Siedlung Waldhof liegt unmittelbar unterhalb der Schleifschlamm-Deponie (Abb. 54). 1983 äußerten Bewohner gegenüber der Gemeindeverwaltung Helsa ihre Bedenken: Sie wollten wissen, ob die Erddämme sicher genug seien, um ein Abrutschen der Halde in das Tal zu verhindern. Sie wiesen auch auf schädliche Auswirkungen des *Reolit*-Schlammes hin, z. B. im ehemaligen Kühlteich:

»Seit Jahren nun sind dort Ablagerungen auf dem Teichboden und weder Pflanze noch Tier lebt mehr darin. Diese gleichen weißen Ablagerungen sieht man nun langsam im Rohrbach und seitlichen Wasserläufen auf unsere Siedlung zuwandern. Algen und Kleinstlebewesen im Wasser sterben ab. Molche, Frösche und Salamender findet man immer seltener und dann meist tot.«[22]

Das *Wasserwirtschaftsamt Kassel* gab zu der Anfrage eine Stellung-

17) RP Kassel: Auskunft vom 6. 2. 1985.
18) Vollständige Firmenbezeichnung: Vereinigte Reolit und Agglo Marmorwerke GmbH.
19) IVG Hirschhagen: Auskunft vom 19. 12. 1983.
20) Vgl. Kapitel: Grundwasserverseuchung.
21) Vgl. Kapitel: Grundwasserverseuchung.
22) Die Bürger der Siedlung Waldhof: Schreiben an die Gemeindeverwaltung Helsa vom 19. 4. 1983.

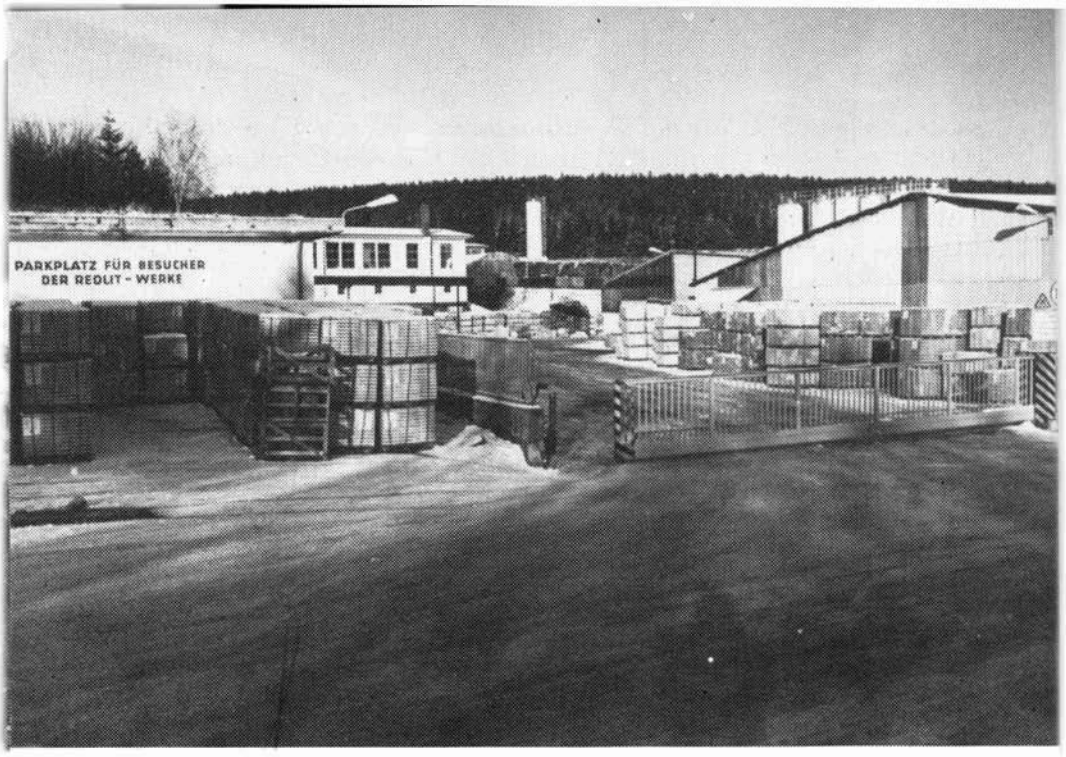


Abb. 70
Die Reolit + Agglo Marmorwerke besitzen schätzungsweise 30 % des Hirschhagener Grund und Bodens.

nahme ab, in der es heißt: »Das bei der Produktion anfallende Schleifwasser wird in einer betriebseigenen Kläranlage mechanisch geklärt. Der sich dort absetzende wässrige Schlamm wird in einer Schlammpresse bis auf einen geringen Wassergehalt entwässert. Der steife Schleifschlamm wird dann auf den Schlammteich zur Endablagerung gegeben [...]. Die Kläranlage und die Ablagerungsteiche entsprechen in Bau und Betrieb den erteilten wasserrechtlichen und abfallrechtlichen Genehmigungen.«[23] Ein Abrutschen der Halde sei nicht zu befürchten, da »... die Erddämme ausreichend standfest sind [...]. Ein Abfließen von Schleifwasser in den Rohrbach konnte nicht festgestellt werden und kann durch die Behandlung in der eigenen Kläranlage auch nicht mehr auftreten.«[24] Zur Verunreinigung des ehemaligen Kühlteiches schreib das *Wasserwirtschaftsamt*: »Da das anfallende Schleifwasser im betriebseigenen Kreislauf gefahren

23) Wasserwirtschaftsamt Kassel: Schreiben vom 7. 6. 1983. Zit. nach: Gemeindeverwaltung Helsa: Protokoll der 28. Sitzung der Gemeindevertretung vom 23. 6. 1983.
24) ebenda.

wird, ist eine Belastung des Teichwassers mit Schleifmehl nicht mehr gegeben [...]. Außerdem hat die Fa. Reolit Fische in den Teich ausgesetzt und wird noch weitere aussetzen.«[25]

Ein Anwohner beurteilte die Schlammbeseitigung der Fa. *Reolit* so: Der Betrieb genieße in Hirschhagen Freiheiten, die ihm in keinem anderen Industriegebiet zugestanden worden wären.[26]

Leben in Hirschhagen

Das Gelände der ehemaligen Sprengstoffabrik ist heute aus der Sicht der Planer ein reines Industriegebiet. Tatsächlich ist es aber eine Mischung von Gewerbebetrieben und Wohnhäusern. Für zahlreiche Menschen stellt das weitläufige Waldgebiet Hirschhagens ihren Lebensraum dar.

Der Umbau alter Bunkergebäude zu Wohnungen bietet den Hirschhagener Bewohnern besondere Möglichkeiten und Freiräume, die sie an anderen Orten nicht vorfinden würden. Es erfordert jedoch auch viel Phantasie und Einfallsreichtum, die konstruktionsbedingten Besonderheiten mit einfachen Mitteln für ihre Zwecke einzubeziehen. Viele Hirschhagener waren Flüchtlinge. Nach dem Krieg waren sie froh, »ein Dach über dem Kopf zu haben«. Mit möglichst geringem finanziellem Aufwand richteten sie die Gebäude für ihre Zwecke her. Die Selbsthilfe der Bewohner kennzeichnet das Aussehen vieler Bauten. Oft werden Baumaßnahmen in halbfertigem Zustand abgebrochen; man wartet auf neue Mittel für den Weiterbau.

Die Stahlbeton-Rahmenbauweise der Bunker ermöglicht eine Vielzahl von Umbaumaßnahmen: Der Einbau von Fenstern und Türen, die Abtrennung von Räumlichkeiten und die Erweiterung durch Anbauten lassen sich relativ problemlos durchführen. Dagegen wird jeder Ausbau in die Höhe zu einem kostspieligen Unternehmen. Das massive Stahlbetonflachdach läßt häufig schon den Durchbruch für einen Schornstein aus Kostengründen nicht zu. Viele Ofenrohre ragen deshalb oftmals aus Fenstern oder Seitenwänden heraus (Abb. 71).

Nach gut 45 Jahren und zwei Enttarnungen werden die Flachdächer aus Stahlbeton zunehmend undicht. Da eine Trockenlegung und Neubeschichtung hohe Kosten verursacht, entscheiden sich immer mehr Besitzer dafür, die Flachdächer gegen andere Konstruktionen auszutauschen. Die Palette der Änderungen reicht vom relativ preiswerten Asbestzement- und Blechdach über kleine Walmdächer bis hin zu ganzen Einfami-

25) ebenda.
26) Gespräch mit Herrn A. am 13. 11. 1983.

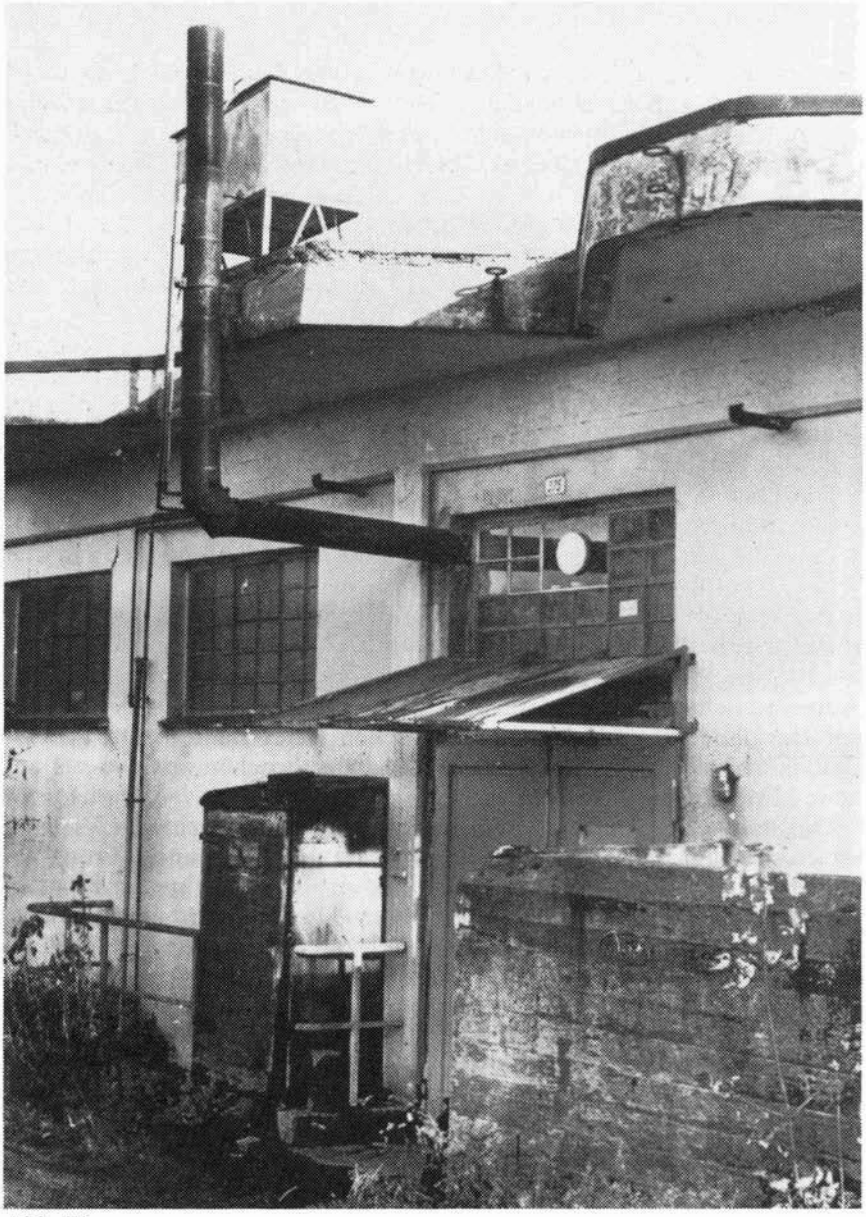


Abb. 71
Die Bauweise der Bunker erfordert von den neuen Nutzern viel Phantasie: Für diesen Schornstein (Geb.-Nr. 375) wurde der Weg des geringsten Widerstandes gewählt.

lien-Häusern, die auf den Bunkern errichtet werden (Abb. 74). Oft wird ein Giebeldach aufgesetzt, wie es beispielsweise im Herbst 1983 auf dem Gebäude 642 errichtet worden ist (Abb. 72). Dadurch werden zugleich ein wasserdichtes Dach sowie zusätzlicher Wohn- oder Arbeitsraum geschaffen.

Um einen kostspieligen Deckendurchbruch zu sparen, werden teilweise Außenerschließungen angebracht: Die Besitzer der Hirschhagener Discothek *Relax* haben ihrem Bunker durch eine Außentreppe eine besondere Note gegeben (Abb. 73).

Die »Flucht auf die Dächer« hat weitere Vorteile: Mit dem Dachaufbau werden die Gründungs- und Erschließungskosten für einen Neubau eingespart. Außerdem kann ein Neubau von Gebäuden in Hirschhagen ungeahnte Schwierigkeiten bereiten. Da Leitungspläne des ehemaligen Kanalisations- bzw. Wasserleitungsnetzes nicht bekannt sind, werden Baugenehmigungen für Hirschhagener Grundstücke nur auf Widerruf erteilt. Stößt man bei den Ausschachtungsarbeiten auf eine Leitung, wird eventuell ein Baustopp verhängt, und der Bau muß auf einem anderen Teil des Grundstückes durchgeführt werden.[1]

Ein weiteres Problem Hirschhagener Grundbesitzer sind Sprengstoffrückstände im Erdboden. Bisher wurden chemische Rückstände nur von Grundstücken der IVG und der Fa. *Reolit* entfernt. Die Grundeigentümer sind nach der Zustandshaftung de jure verpflichtet, derartige Abfallprodukte auf eigene Kosten von ihrem Grundstück entfernen zu lassen.

Welche Schwierigkeiten dabei entstehen können, wurde beim Fund von TNT-Rückständen in den ehemaligen Sprengstoffwerken *Allendorf* klar: Bei Ausschachtungsarbeiten wurden fünf Kubikmeter TNT-Abfälle entdeckt. Die Bauarbeiten mußten eingestellt werden. Es dauerte über ein Jahr, bis eine Sondermülldeponie bereit war, die Rückstände anzunehmen.[2]

Im Industriegebiet Hirschhagen wohnen knapp 200 Menschen, etwa ein Drittel aller Gebäude sind ganz oder teilweise bewohnt.[3]

Eine Befragung der Hirschhagener Bewohner über ihre Wohnsituation haben wir nicht durchgeführt. Deshalb zitieren wir im folgenden aus Gabriele Rothemanns Bericht *Bilder aus Hirschhagen*. Rothemann hat 1981 Interviews mit den Bewohnern Hirschhagens durchgeführt.

Zur Abgeschiedenheit und der besonderen Siedlungsstruktur teilt sie mit:

»Wegen der Weitläufigkeit und durch das entstehende Gefühl, mitten

1) Liegenschaftsamt.
2) Wasserwirtschaftsamt Marburg: Auskunft vom 29. 11. 1983.
3) Vgl. Bestandsplan.

Abb. 72
Der Aufbau von Giebeldächern (hier: Nr. 642) bringt doppelten Nutzen: erhöhtes Raumangebot und Schutz der (undichten) Flachdächer vor Regenwasser.

im Wald zu leben, sind meistens Leute in Hirschhagen wohnen geblieben, die das Bedürfnis nach Zurückgezogenheit, Stille und Natur haben. Alle bestätigten mir, nicht mehr von Hirschhagen wegziehen zu wollen. Demzufolge führt dort jede Hausgemeinschaft ein von den anderen Bewohnern unabhängiges Leben. Ich bemerkte in Hirschhagen eine wesentlich ausgeprägtere Toleranz vielem gegenüber als auf dem Dorf oder in der Stadt. [...] Durch die relativ große Abgeschiedenheit und Einsamkeit beschäftigen sich die Leute in Hirschhagen mehr mit sich selbst. Jeder dort hat Hobbies, die er aktiv betreibt.«[4]

Familien mit Kindern haben Schwierigkeiten mit dem Wohnort Hirschhagen: »In Hirschhagen leben ungefähr 30 Kinder, die in die Grundschule nach Fürstenhagen oder in weiterführende Schulen nach Hessisch Lichtenau mit Schulbussen fahren. Wegen der schlechten Verbindung öffentlicher Verkehrsmittel und des andauernden Fahrproblems

4) Rothemann, S. 26f.

Abb. 73
In der Abgeschiedenheit Hirschhagens wird auch eine Discothek betrieben. Das ehem. *Fertigmachungsgebäude* (Nr. 369) ist wegen zahlreicher Umbauten kaum wiederzuerkennen.

sind viele Familien von Hirschhagen wieder weggezogen. Durch diese Situation haben die Kinder wenig Kontakt zu Gleichaltrigen.«[5]

Aber sie wohnen auf einem riesigen Abenteuerspielplatz: »Die Kinder spielen in den Ruinen. Die Eltern haben dafür gesorgt, daß die Kinder die Gefahren kennenlernen.«[6]

»Nicht nur für die Kinder sind die überall noch stehenden Ruinen ein Anreiz. ‚Wegen des besonderen Flairs und seiner geheimnisvollen Atmosphäre' kamen schon in früheren Jahren viele Wochenendausflügler nach Hirschhagen. Ein Teil von ihnen zog später ganz in das heutige Industriegebiet.«[7]

Die Trümmerreste und Ruinen der ehemaligen Sprengstoffabrik hät-

5) Rothemann, S. 28f.
6) ebenda.
7) ebenda.

Abb. 74
Der Besitzer des ehem. *Zwischenlagers* (Nr. 630) hat ein ganzes Einfamilienhaus auf dem Bunkerdach errichtet.

ten jedoch nur für Ortsfremde eine besondere Ausstrahlung: »Alle Befragten sagten mir, daß sie die Ruinen nicht mehr wahrnehmen.«[8]

Viele Hirschhagener Anwohner leben bereits seit den 50er Jahren hier. Die günstigen Bedingungen ermöglichten damals den Aufbau einer neuen Existenz, oft in Verbindung mit einem (kleinen) Gewerbebetrieb. »Die Arbeitsstellen der Männer und auch der Frauen, sofern sie berufstätig sind, befinden sich fast alle in den in Hirschhagen entstandenen Industrien.«[9]

1981 wohnten noch viele Ausländer in Hirschhagen, sie machten etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung aus (1980: 23,7%)[10]. Die Ausländer arbeiteten bei der Firma *Reolit* und waren in mehreren Bunkern (z. B. Nr. 659) bei der alten Feuerwache untergebracht. Diese Gebäude stehen jetzt leer; der Ausländeranteil ist heute sehr gering.

8) ebenda.
9) Rothemann, S. 27.
10) HLT: FNP, S. 22.

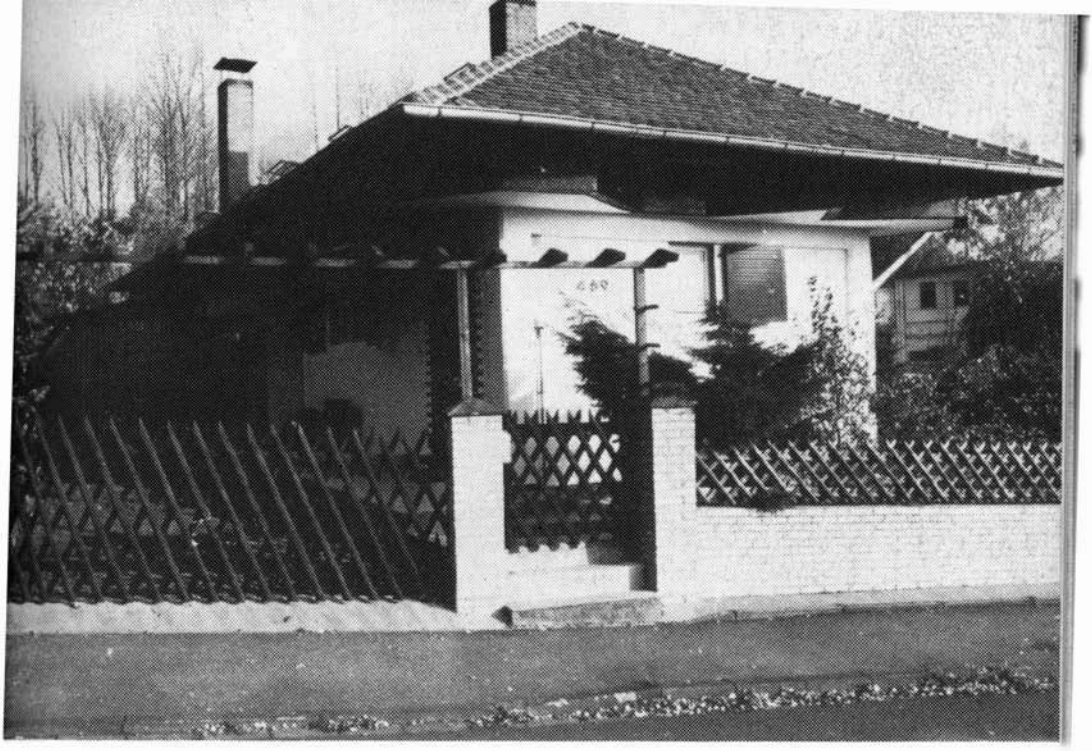


Abb. 75
Nach dem Krieg wurden bevorzugt Bunker mit Trinkwasseranschluß zu Wohnungen umgebaut. Hier: ein ehemaliges *Abortgebäude* (Nr. 469).

Die Hirschhagener Bewohner haben keine Einkaufsmöglichkeiten am Ort. Die Infrastruktureinrichtungen beschränken sich auf ein Café, eine Kneipe und ein kleines Postamt. Einer privaten Tennishalle und der Discothek *Relax* kommen eher regionale Bedeutung zu.

»Zum Einkaufen und um Besorgungen zu erledigen, fahren die Bewohner nach Hessisch Lichtenau oder nach Fürstenhagen. In Hirschhagen wohnen viele ältere Leute, die kein Auto besitzen. Es werden Fahrgemeinschaften gebildet, die einmal wöchentlich entweder mit dem Taxi oder mit dem Privatauto zum Einkaufen fahren. Viele der Älteren machen ihre Besorgungen zu Fuß und laufen den Hirschhagener Berg hinab bis zum Edeka-Geschäft in Fürstenhagen.«[11]

Obwohl die Befragten ihre Wohnsituation in Hirschhagen überwiegend positiv beurteilten, äußerten sie auch Kritik und Wünsche:

»Alle äußerten mir gegenüber ihre Unzufriedenheit über das äußere

11) Rothemann, S. 27.

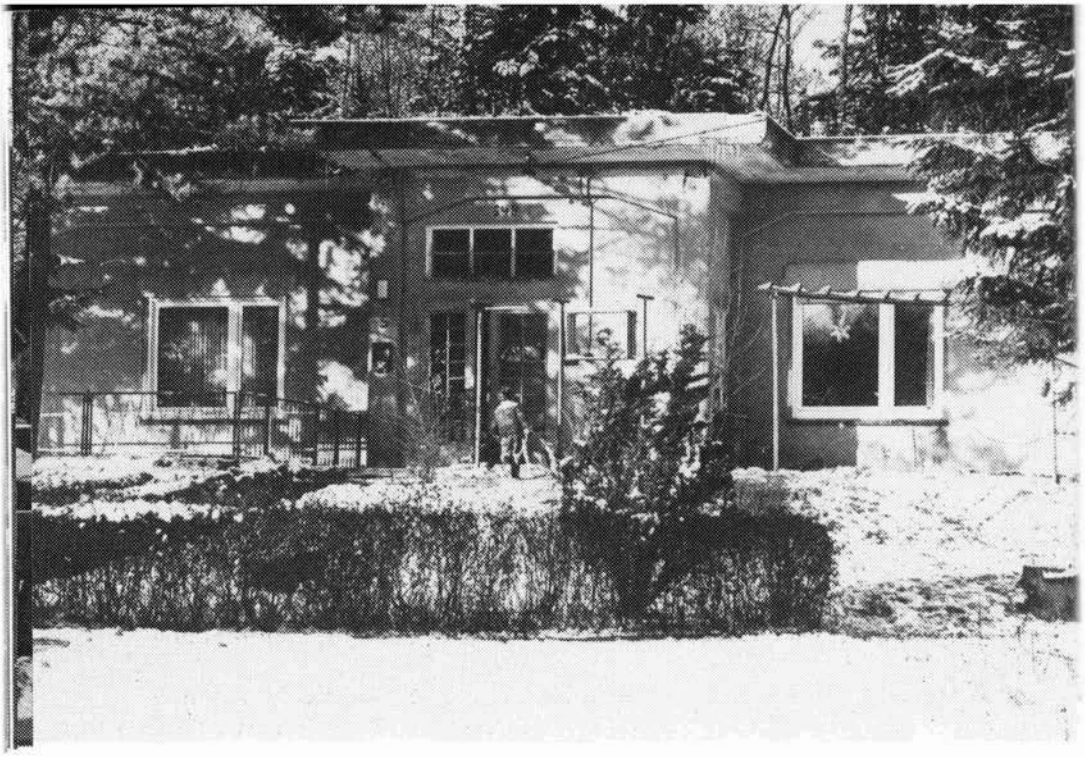


Abb. 76
Der Wohnbunker (Nr. 548) an der alten Feuerwache scheint einen idyllischen Standort zu haben.

Bild Hirschhagens. Sie schimpften über den Schrott, der überall herumliegt, und über die Ungepflegtheit. Sie wünschen sich, daß der Zuzugsstop aufgehoben werden würde, so daß mehr Leute nach Hirschhagen ziehen könnten. Es würde dann eine Siedlung nach ihrem Geschmack entstehen, ähnlich der, die in dem früheren Muna-Werk Allendorf bei Marburg entstand.«[12]

12) Rothemann, S. 29.

Reaktionen auf die Diplomarbeit

Am 28. 2. 1984 veröffentlichte die *Frankfurter Rundschau*[1] erstmals Ergebnisse unserer Diplomarbeit.

Der FR-Beitrag enthielt für viele neue, interessante Hinweise. Erika Wagner, Landtagsabgeordnete der SPD, sah sich durch den Zeitungsartikel veranlaßt, eine Kleine Anfrage an die Landesregierung zu stellen.[2] Vertreter der Behörden zeigten starkes Interesse an unseren Informationen. Nach einem Gespräch mit dem zuständigen Dezernenten beim RP Kassel wurden im Schnellverfahren erste Bodenproben genommen.

Die Lokalausgabe der HNA informierte die Bevölkerung der Region Hessisch Lichtenau am 9. 3. 1984 über die Diplomarbeit. Es war der Beginn einer anhaltenden Berichterstattung der Medien über Hirschhagen. Sogar die Stadtverwaltung Hessisch Lichtenau schien sich plötzlich für eine Aufarbeitung ihrer jüngsten Geschichte zu interessieren; bisher endet die offizielle Geschichtsschreibung der Stadt vor der Jahrhundertwende.

Veranlaßt von der Veröffentlichung über das KZ-Außenkommando rief die Gemeinde einen Arbeitskreis ins Leben, der sich mit der Situation der KZ-Häftlinge in Hessisch Lichtenau beschäftigen sollte. Am 11. 4. 1984 meldete die HNA,[3] daß diese Arbeitsgruppe sich nun auch mit der Geschichte der ehemaligen Sprengstoffabrik befassen wolle. Nun tauchten plötzlich im Archiv der Stadt Akten aus der Planungs- und Produktionszeit der Fabrik auf. Noch fünf Monate zuvor war uns von der Stadtverwaltung mitgeteilt worden, daß der ehemalige Bürgermeister Göbel alle Akten, die das Werk Hessisch Lichtenau betrafen, vernichtet hätte.[4]

In die öffentliche Diskussion über Hirschhagen schalteten sich zunehmend auch die politischen Parteien ein. Ende März informierten sich CDU-Landtagsabgeordnete vor Ort über die Probleme der alten Munitionsfabrik.[5] Zuvor hatten die GRÜNEN aufgrund der neuen Informa-

1) Frankfurter Rundschau vom 28. 2. 1984. Seit 20 Jahren verseuchtes Grundwasser.
2) Hessischer Landtag: Drucksache 11/776 vom 8. 3. 1984.
3) HNA/Ausgabe Kreis Kassel Ost vom 11. 4. 1984: Stadt erforscht düsteres Kapitel.
4) Liegenschaftsamt.
5) HNA/Ausgabe Kreis Kassel Ost vom 29. 3. 1984: Wir werden hier nicht locker lassen.

tionen je eine umfangreiche Kleine Anfrage zu Hirschhagen im Bundestag und im Hessischen Landtag eingebracht.[6]

Auf Einladung der SPD Lichtenaus, der Lichtenauer GRÜNEN und der CDU Helsas konnten wir der Öffentlichkeit in drei Veranstaltungen die Ergebnisse unserer Arbeit eingehend vorstellen.

Aus der Betroffenheit heraus wollten einige Teilnehmer aktiv werden. Mit dem Ziel, Genaueres über die Gründe, Auswirkungen und eine mögliche Beseitigung der Trinkwasserverseuchung zu erarbeiten, gründeten Einwohner Hessisch Lichtenaus am 3. 5. 1984 die *Bürgerinitiative Hirschhagen/Bürger für giftfreies Trinkwasser*. Zu ihren ersten Aktivitäten gehörte die Aufforderung an die Bundesregierung, den betroffenen Gemeinden bei der Beseitigung der Wasserverseuchung (finanziell) behilflich zu sein. Sie verfaßten eine Petition an den Bund.

Die immer breiter werdende Öffentlichkeit zeigte erste sichtbare Auswirkungen: Kurz bevor vergifteter Schleifschlamm aus vier Becken der alten Kläranlage entfernt werden sollte, wurden die Vorbereitungen für den Abtransport gestoppt. Die 1000 Tonnen Giftschlamm aus Hirschhagen sollten auf die Sondermülldeponie *Ochtrupp* in Nordrhein-Westfalen gebracht werden. Doch der Deponiebetreiber hatte plötzlich festgestellt, daß ihm keine geeignete Ablagerungsmöglichkeit in dieser Größenordnung zur Verfügung stand.[7]

Doch diese Verzögerung schien nicht allen Beteiligten ganz ungelegen zu kommen: sieben Jahre waren vom Auffinden der Becken bis zum geplanten Abtransport vergangen, ohne daß die Bevölkerung jeweils vom Stand der Dinge informiert worden wäre. Nun nutzten Behörden und Landesregierung jede Möglichkeit, um darauf hinzuweisen, wie sehr sie bemüht seien, daß die Rückstände möglichst schnell abtransportiert würden. Der Bevölkerung vermittelte man damit, daß alles zur Beseitigung von Giftablagerungen getan werde. Über die Ursachen der Grundwasserverseuchung, z. B. die Rückstandshalde und die Gefahr durch Rückstände der Pikrinsäureherstellung, ließ man die Bewohner der Region weiterhin im unklaren.

6) Deutscher Bundestag: Drucksache 10/1158. Hessischer Landtag: Drucksache 11/739.

7) Frankfurter Rundschau vom 7. 4. 1984. Wohin mit 1000 Tonnen Sondermüll?

Um eine umfangreiche Untersuchung und ggfs. Beseitigung von Giftstoffen durchführen zu können, versuchte die CDU im Mai, das Land Hessen zur Finanzierung eines Sofortprogramms heranzuziehen. Doch die beantragten Mittel, 500000 DM, wurden nicht bewilligt. Im August 1984 antwortete die Landesregierung auf die Kleinen Anfragen der SPD und GRÜNEN vom März 84: Sie teilte mit, sie betreibe bereits eine »Gesamtsanierung des Geländes«.[8] Zu den Ergebnissen unserer Arbeit hieß es: »Nach einer groben Übersicht enthält die zur Zeit noch nicht vollständig ausgewertete Diplomarbeit keine Erkenntnisse, die nicht bereits den Behörden oder der Stadt Hessisch Lichtenau bekannt waren.«[9] Die Antworten trugen zur Klärung der Sachverhalte kaum bei, sondern warfen zusätzliche Fragen auf. Daraufhin stellten die Landtagsfraktionen der CDU und der GRÜNEN jeweils einen umfangreichen Berichtsantrag für den Umweltausschuß des Landtages.[10]

Ende August informierten wir Mitglieder der Landtagsgruppe der GRÜNEN über Hirschhagen. Nach der gemeinsamen Begehung des Geländes rückten auch aktuelle Probleme in das Blickfeld der Öffentlichkeit: Wir beobachteten, wie ein noch vollständig eingerichteter Personenwaggon auf dem Gelände der Firma *Trapp* ausgebrannt wurde. Der dabei aufsteigende Rauchpilz konnte unserer Meinung nach nicht in Einklang mit den geltenden Umweltschutzbestimmungen stehen. Der Landtagsabgeordnete Franz Jakob erstattete Anzeige gegen den Betreiber und richtete zugleich eine Anfrage an die Landesregierung.[11]

Drei Monate konnte die Firma in der »bewährten« Weise weiter produzieren – dann zog ihre Leitung auf Anraten des Regierungspräsidenten den Antrag auf eine Betriebserlaubnis zurück. Der Bürgermeister von Hess. Lichtenau, Ingo Geisler, unterstrich daraufhin in der Presse, daß man für jeden Arbeitsplatz im Zonenrandgebiet dankbar sein müsse, aber die Einhaltung der Umweltgesetze und die Gesundheit der Bevölkerung auch für ihn Vorrang habe. Noch zehn Monate zuvor hatte seine Fraktion Bedenken gegen das Ausbrennwerk, die von Parteigenossen

8) Hessischer Landtag: Drucksache 11/1678 vom 25. 7. 1984.
9) ebenda.
10) Hessischer Landtag: Drucksachen 11/1455 und 11/1596.
11) Hessischer Landtag: Drucksache 11/1832.

aus Helsa geäußert worden waren, vom Tisch gewischt: Sowohl die Stadt als auch der Regierungspräsident hätten die Angelegenheit überprüft und keine Umweltgefahren festgestellt.[12]

Es informierten sich vor Ort nicht nur Politiker: Am 28. 10. 84 kamen ca. 80 Personen auf Einladung der *Bürgerinitiative Hirschhagen* in das Industriegebiet. Bei einer Führung wollten sie sich einen Eindruck von der Vergangenheit und Gegenwart der ehemaligen Sprengstoffabrik verschaffen. Sie erhielten einen unmittelbaren Eindruck von den Giftrückständen, die noch in Hirschhagen lagern: Über den teilweise geräumten Klärbecken verbreitete sich starker »Marzipangeruch«.

Wegen der öffentlichen Diskussion wurden genauere Bodenuntersuchungen nach der »verschwundenen« Halde für nötig erachtet. Zwei Monate nachdem die Landesregierung festgestellt hatte, daß unsere Diplomarbeit keine neuen Erkenntnisse enthält, heißt es in der Antwort auf den oben erwähnten Berichtsantrag der CDU: »Hinweise auf vorhandene Altablagerungen in einer Diplomarbeit an der Gesamthochschule Kassel vom Wintersemester 83/84 sind Veranlassung, daß z. Z. weitere Untersuchungen nach vermuteten, bisher unbekannten Ablagerungen, durchgeführt werden.«[13]

Am 18. 12. 1984 meldete die HNA Witzenhausen, daß erste Voruntersuchungen im Bereich der Schleifschlammhalde »bereits Rückschlüsse auf verunreinigtes Material« zuließen. Im gleichen Artikel heißt es weiter: »Geisler sagte, daß die Stadt seit Jahren ein Konzept zur Untersuchung der Umweltproblematik in Hirschhagen gefordert habe. Es sei erfreulich, daß dies nun in Gang gekommen sei.«

Seit über 20 Jahren ist den zuständigen Behörden die Giftproblematik Hirschhagens bekannt. Vom Auffinden bis zur Beseitigung der ersten Rückstände vergingen 13 Jahre, weitere sieben Jahre bis zur zweiten Räumaktion. Ebenfalls sieben Jahre dauerte es, bis die betroffene Bevölkerung überhaupt etwas über die Trinkwasserverseuchung erfuhr. Über die wahren Hintergründe ließ man die Öffentlichkeit im unklaren.

In der Öffentlichkeit entstand eine Diskussion über parteipolitische Interessen hinaus; sie erst hat weitere Maßnahmen in Gang gebracht, die alte Giftstoffe auffinden und ggfs. sichern sollen. Andernfalls hätte die Waggonverschrottungsfirma sicherlich weiterhin die Luft verpestet, und die Sicherung von Produktionsrückständen wäre mit der letzten Becken-

12) HNA/Ausgabe Kreis Kassel Ost vom 23. 2. 1984.
Probleme mit Nitro im Trinkwasser standen im Blickpunkt.
13) Ausschußvorlage UWA 11/46, S. 6.

räumung endgültig abgeschlossen gewesen.

Es bleibt zu hoffen, daß die Öffentlichkeit diesmal ein Verdrängen der Hirschhagener Vergangenheit und Gegenwart verhindern wird.

Vom Verstecken und Verdrängen

Vom Verstecken

Die Geschichte des Industriegebietes Hirschhagen begann mit dem Bau des Sprengstoffwerkes im Jahre 1936. Bis dahin war dieser Ort jahrhundertelang ein Teil des Kaufunger Waldes. Die Ansiedlung des Werkes veränderte den Charakter des Gebietes und setzte eine völlig neue Entwicklung in Gang. Drei Quadratkilometer Wald wurden eingezäunt und in eine der größten Munitionsfabriken des Deutschen Reiches umgewandelt. Nun arbeiteten in dem ehemals einsamen Waldstück mehrere tausend Menschen.

Neun Jahre später stoppten amerikanische Soldaten die Produktion, die Maschinen wurden ausgebaut, und ein Teil der Bunker wurde gesprengt. Die Rüstungsfirma, die den Wald in eine Fabrik verwandelt hatte, zog sich zurück. Sie hinterließ ein verseuchtes Gelände mit Hunderten von Betonbunkern und unterirdischen Kanälen.

Dort sollte nun etwas Neues beginnen. Die Voraussetzung für die künftige Entwicklung war jedoch vorgegeben und wurde übernommen: Die versteckte Lage der Fabrik blieb erhalten. Und weil die Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen der Sprengstoffproduktion nicht erfolgte, änderte sich auch das Verhältnis zu diesem Ort nicht. Hirschhagen wurde entweder weiterhin wie ein Geheimnis behandelt oder ganz aus dem Bewußtsein verdrängt.

Viele Fakten der Hirschhagener Geschichte haben wir in den vorangegangenen Kapiteln dieses Buches dargestellt. Die Rekonstruktion der Ereignisse ermöglicht es uns, für viele aktuelle Probleme Hirschhagens Erläuterungen zu finden. Im folgenden äußern wir abschließend unsere persönliche Einschätzung der Ursachen für Hirschhagens Entwicklung.

Hirschhagen als Versteck

Die Sprengstoffabrik entstand aus Planungen zur Kriegsvorbereitung im Dritten Reich. Die Entscheidung für diesen Standort fiel weit entfernt von Hessisch Lichtenau, in Berlin oder Troisdorf.[1] Die Bevölkerung in der Region erfuhr erst beim Anrücken der Maschinen von dem Bau. Nur langsam und hinter vorgehaltener Hand sprach sich herum, welchem Zweck die Anlage dienen sollte.

1) Die Hauptverwaltung der D.A.G. (heute DN) befindet sich noch heute in Troisdorf.

Tarnung und Geheimhaltung waren entscheidende Kriterien für die Planung und den Bau. Aus der Ferne oder aus der Luft sollte die Fabrik wie ein Stück Kaufunger Wald aussehen.

Der Rüstungsbetrieb erhielt weitgehende Sonderrechte, um eine größtmögliche Produktion sicherzustellen, der »Charakter des Betriebes« rechtfertigte alles: die Umweltvergiftung durch chemische Abfälle ebenso wie die Tötung zur Arbeit gezwungener Menschen. Der Bevölkerung wurde verboten, über die Sprengstoffabrik zu sprechen.

Die Munitionsfabrik gibt es nicht mehr, aber ihr einstiges Versteck ist erhalten geblieben. Die Enttarnungsaktionen der Amerikaner haben nur bewirkt, daß Hirschhagen vom Flugzeug aus leichter zu finden ist. Für die Bewohner der umliegenden Gemeinden ist das Fabrikgelände unsichtbar geblieben. Außer ein paar Sonntagsspaziergängern kennen fast nur die Anwohner und die Angestellten und Kunden der Betriebe den Weg zum Industriegebiet.

Einerseits ist der Standort Hirschhagen für Gewerbebetriebe denkbar ungünstig: Die versteckte Lage ist nicht gerade werbewirksam, und im Winter behindern Schnee und Eis den Verkehr besonders stark. Aus diesen Gründen beschloß die IVG, den unrentablen Standort Hirschhagen zu verkaufen. Doch das Industriegebiet Hirschhagen bietet auch Vor-

Abb. 77
Selbst die Toilettengebäude erhielten aus Tarnungsgründen ein gezacktes Betondach (hier: Nr. 467).

teile, die einsehbare Gewerbegebiete in der Nähe von Siedlungen nicht gewähren: Gewerbetreibende schätzen im Bereich der ehemaligen Munitionsfirma besonders die durchgrünte Lage und die geringen Umweltschutzprobleme. Wird in Hirschhagen die Umwelt verschmutzt, so geschieht dies unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Für Betriebe, die gewinnbringender arbeiten können, wenn sie dabei Luft, Wasser und Boden verunreinigen können, ist Hirschhagen ein günstiger Standort.

Schließlich haben auch die zuständigen Aufsichtsbehörden den »besonderen Charakter« Hirschhagens akzeptiert: Der Waggonverschrottungsfirma *Trapp* wurde eine Ausnahmegenehmigung für die Verbrennung von Holz erteilt. Was wirklich verbrannt wurde, interessierte die Behörden offenbar nicht. 13 Jahre lang konnte die Firma im entlegensten Winkel des Industriegebietes unbehelligt die Luft verunreinigen. Erst öffentlicher Protest bewirkte, daß in diesem Fall die Umweltschutzvorschriften in Hirschhagen beachtet wurden.

Die Ausnahmegenehmigung für die Waggonverbrennung erinnert an Sonderrechte der Sprengstoffproduzenten: Die Vermeidung von Umweltschäden hätte eine Einschränkung der Sprengstoffproduktion zur Folge gehabt. Das wurde von dem kriegswichtigen Betrieb erst gar nicht gefordert. Ein Verbot der Waggonverbrennung unter freiem Himmel bedeutet heute finanzielle Verluste für den Betrieb. Er muß entweder zusätzliche Arbeitskräfte einstellen oder eine teure Filteranlage installieren. Die Übernahme der Kosten durch den Verursacher könnte im Extremfall zur Schließung des Betriebes führen. Bisher konnten die Umweltschutzkosten auf die Allgemeinheit abgewälzt werden, wie schon damals bei der Sprengstoffproduktion: Die Einwohner von Hessisch Lichtenau und Helsa bezahlen noch heute mit ihrem Trinkwasserpreis indirekt die Gewinne der D.A.G.

Die Waggonverschrottungsfirma *Trapp* ist kein typischer Gewerbebetrieb Hirschhagens; sie stellt aber ein extremes Beispiel dar, welche Freiheiten die Firmen dort genießen. Die Abgeschiedenheit, das Halbdunkel von Planung und Nichtplanung im Industriegebiet Hirschhagen verlockt offenbar zu ungesetzlichen Handlungen, wie z. B.: Bodenschiebereien, Anmeldungen von Scheingewerben, Gewerbetreiben ohne entsprechende Genehmigung, Mißachtung des Trinkwasserschutzes u.v.a.

Auch die Ausbreitung der Grundwasserverseuchung hängt mit der versteckten Lage Hirschhagens zusammen: Nach dem Krieg blieben die Sprengstoffrückstände auf Halden, in Becken und Kanälen liegen. Niemand fühlte sich zuständig für die giftigen Hinterlassenschaften der D.A.G., die sich mit einer geschickten Rechtskonstruktion aus der Verantwortung stehlen konnte.

In Hirschhagen mußten sich erst in den 60er Jahren Behördenvertreter von Amts wegen mit dem Giftmüll beschäftigen. Sie erkannten zwar die Gefahr für das Grundwasser, sie sahen aber gleichzeitig eine Gelegenheit für eine billige Lösung des lästigen Problems: Nach dem Motto »Schlamm drüber« ließen sie die offenliegenden Sprengstoffrückstände einfach zuschütten.

Das Verstecken im Versteck Hirschhagen hatte Erfolg. Schon zwei Jahre später galt die TNT-Rückstandshalde als verschollen, und 20 Jahre später wissen die Behördenvertreter nicht mehr, wo sie war. Hirschhagen wurde behördenintern zu einer »Sondermülldeponie« erklärt.

Dieses Geheimnis konnte 20 Jahre lang problemlos gehütet werden. In der Umgebung Hirschhagens sprach man meist nur hinter vorgehaltener Hand von den Resten der Sprengstoffproduktion, obwohl seit Mitte der 70er Jahre öffentlich bekannt ist, daß diese Schadstoffe in das Trinkwasser der Gemeinden gelangen.

Bisher konnte nur massiver öffentlicher Protest die Behörden zum Handeln bewegen, z. B. zur Räumung der Becken in den Jahren 1977 und 1984. Die letzte Beckenräumung war in erster Linie politisch motivert und diente der Beruhigung der Bevölkerung. Die Bürger der Gemeinden sollten glauben, die Giftstoffe, die ihr Trinkwasser verunreinigen, würden abtransportiert. Tatsächlich war die Maßnahme sinnlos, kostete die IVG jedoch fast eine Million Mark. Mit diesem Geld hätte eine längst überfällige Gesamtuntersuchung des Geländes finanziert werden können.

Die versteckte Lage Hirschhagens allein erklärt indes nicht, daß die Probleme lange verschleppt wurden. Die unklare Rechtslage trug maßgeblich dazu bei, die Sanierung Hirschhagens zu verhindern. Juristisch gesehen ist kein Verursacher da, so daß das Land Hessen, die Gemeinden und die Grundbesitzer für die Folgekosten aufkommen müssen. Es erscheint uns verständlich, daß sie kein Interesse an der Entstehung weiterer Kosten haben.

Die Landesbehörden haben bisher bloß Symptome bekämpft: Sie lenkten die Aufmerksamkeit von den Ursachen der Grundwasserverseuchung weg auf das verunreinigte Trinkwasser hin. Sie vertraten die Ansicht, daß das Problem nur durch Filterung oder Ersatzwasserbeschaffung zu lösen sei. Die Behörden lehnten eine Gesamtuntersuchung auf Giftrückstände ab, weil deren Beseitigung voraussichtlich hohe Kosten verursachen würde. Sie konnten deshalb bisher behaupten, daß diffuse,

2) Entfällt.

nicht auffindbare Sprengstoffrückstände das Grundwasser verunreinigten.

Das Land Hessen möchte jedoch Protest aus der Öffentlichkeit verhindern: Die Behörden reagieren mit einzelnen Maßnahmen auf das erwachte öffentliche Interesse. Sowohl die Einstellung der Waggonverbrennung wie auch die plötzlich eingeleitete Suche nach der verschollenen Rückstandshalde sollen die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte vergessen machen.

Diese Wende behördlichen Handelns kann zu Konflikten führen: Die personelle Besetzung der Behörden hat sich teilweise wenig geändert. Dieselben Behördenvertreter, die vor 20 Jahren die Rückstandshalde zuschütten ließen, müssen sie heute wiederfinden.

Die Gemeinden Hessisch Lichtenau und Helsa haben sich weitgehend damit zufriedengegeben, daß nur an den Folgen kuriert wird. Ihre Vertreter spielen das Problem vor der Öffentlichkeit herunter. Sie befürchten, daß eine öffentliche Diskussion die Bevölkerung beunruhige und dem guten Ruf ihrer Gemeinden schade.

Maßnahmen zur Beschaffung oder Reinigung des Trinkwassers mußten die Gemeinden bezahlen, das Land unterstützte sie dabei finanziell. Deshalb haben sie bisher keine nennenswerten Anstrengungen gezeigt, um weitere Sanierungsvorhaben einzuleiten. Die Stadt Hessisch Lichtenau will vermeiden, daß ihr Industriegebiet ins Gerede kommt. Scheinbar muß über die Probleme Hirschhagens Stillschweigen bewahrt werden, damit das Industriegebiet funktionstüchtig bleibt.

Die IVG befindet sich seit zwei Jahrzehnten auf dem Rückzug aus Hirschhagen. Sie möchte den unrentablen Standort endlich loswerden. Als Eigentümerin ist sie jedoch verpflichtet, Sprengstoffrückstände auf ihren Grundstücken zu beseitigen. Demzufolge ist sie an der Sanierung des Geländes nicht interessiert.

In Verhandlungen mit dem Land Hessen versucht die IVG, sich mit möglichst geringem finanziellen Aufwand von der weiteren Verantwortung freizukaufen.

Die übrigen Grundeigentümer in Hirschhagen befinden sich in einer ähnlichen Situation wie die IVG: Sie können am Auffinden von Sprengstoffrückständen auf ihren Grundstücken nicht interessiert sein, solange sie für Beseitigungsmaßnahmen rechtlich verantwortlich sind.

Alle beteiligten Institutionen und Personen haben ein gemeinsames Interesse: Sie wollen nicht bezahlen, was sie nicht verursacht haben.

Verursacher der Umweltschäden ist ein Konzern, der früher in Hessisch Lichtenau unter anderem Namen Sprengstoff produzierte: Die *Dynamit Aktiengesellschaft* bzw. die heutige *Dynamit Nobel AG*, alias *GmbH zur Verwertung chemischer Erzeugnisse*.

In weiser Voraussicht hatte sie in den 30er Jahren die Tochterfirma Verwert-Chemie gegründet, die im Zweiten Weltkrieg zu den größten Munitionslieferanten der deutschen Armee gehörte. Die folgenschweren Umweltverseuchungen, z. B. in Hessisch Lichtenau und Allendorf, wurden, rein rechtlich gesehen, von einer Tochterfirma der D.A.G. verursacht, die nach dem Krieg aufgelöst wurde. Die D.A.G. verbarg ihr technisches Personal und Know-how hinter einem Tarnnamen. Eine simple Rechtskonstruktion ermöglicht, daß sie sich seit dem Krieg jeder rechtlichen Verantwortung für die Folgen der Sprengstoffproduktion in 27 Werken entziehen konnte.

Die Verantwortlichen der *Dynamit Nobel AG* verspürten auch keine Verpflichtung, die unmenschliche Behandlung der Zwangsarbeiter wiedergutzumachen. Jüdische Zwangsarbeiter, die Rüstungsfabriken und Konzentrationslager überlebt hatten, wandten sich nach dem Krieg an jüdische Organisationen, um für ihre Arbeit nachträglich entschädigt zu werden. Benjamin B. Ferencz beschreibt in seinem Buch *Lohn des Grauens*[3] u.a., wie der Versuch der *Claims Conference*[4] scheiterte, von der *Dynamit Nobel AG* eine einmalige Entschädigung für ca. 1300 jüdische Zwangsarbeiter zu erhalten. Sie waren in Hessisch Lichtenau und anderen Werken der Verwert-Chemie in der Sprengstoffproduktion eingesetzt worden.

Ferencz schreibt, daß Friedrich Flick schon während des Zweiten Weltkrieges die D.A.G. kontrolliert habe. 1947 wurde Flick in Nürnberg verurteilt. »Flick wurde schuldig gesprochen wegen Ausplünderung, Beschäftigung von Zwangsarbeitern und Unterstützung der SS durch Geldspenden und zu sieben Jahren Haft verurteilt. [...]

Schon 1963 war Dynamit Nobel wieder dabei, Kriegsmaterial für Deutschland und viele andere Länder zu produzieren. Der Umsatz näherte sich einer Milliarde Mark. Friedrich Flick, der 80 Prozent des Aktienkapitals besaß, war Vorstandsvorsitzender.«[5]

3) Benjamin B. Ferencz: Lohn des Grauens. Die verweigerte Entschädigung für jüdische Zwangsarbeiter. Frankfurt 1981 (im folgenden zit.: Ferencz).
4) In der »Conference on Jewish Material Claims against Germany« schlossen sich 23 jüdische Organisationen zusammen, um für Wiedergutmachung und Entschädigung zu kämpfen.
5) Ferencz, S. 198ff.

Von 1963 bis 1972 verhandelte die *Claims Conference* mit der *Dynamit Nobel AG* über eine Summe von fünf Millionen Mark. Die Organisation hoffte, jedem der 1300 ehemaligen Zwangsarbeiter wenigstens einen einmaligen Betrag von 5000 Mark auszahlen zu können.[6]

Ferencz beschreibt die Taktik jahrelangen Hinhaltens, bis die *Dynamit Nobel AG* die Entschädigungsforderung schließlich ganz ablehnte: 1969 versuchte der ehemalige Hochkommissar der Vereinigten Staaten, John McCloy, Flick zur Zahlung der Gelder zu überreden. Am 7. 1. 1970 antwortete ihm Eberhard von Brauchitsch, Mitglied der Geschäftsleitung des Flick-Konzerns, im Namen von Friedrich Flick u. a. folgendes: »...In Abweichung von Ihnen vermag Herr Dr. Flick nicht zu erkennen, daß im vorliegenden Zusammenhang humanitäre oder moralische Gründe die Dynamit Nobel AG oder das Haus Flick veranlassen könnten, an die Claims Conference irgendwelche Zahlungen zu leisten...«[7]

Resigniert schreibt Benjamin B. Ferencz: »Obgleich Friedrich Flick angeblich der reichste Mann Deutschlands und der fünftreichste in der ganzen Welt war und obgleich er mehr als eine Milliarde Dollar hinterließ, ging er ins Grab, ohne den jüdischen KZ-Insassen einen einzigen Pfennig gezahlt zu haben.«[8]

Mehr als 200 deutsche Firmen beschäftigten im Zweiten Weltkrieg KZ-Häftlinge, nur fünf von ihnen leisteten Entschädigungszahlungen: *IG Farben, Krupp, Siemens, AEG-Telefunken* und *Rhein-Metall.*[9] Die letztgenannte z. B. zahlte erst auf massiven Druck der amerikanischen Öffentlichkeit: Ein großes Waffengeschäft sollte *Rhein-Metall* entzogen werden, wenn der Konzern nicht gezahlt hätte.[10]

Die meisten deutschen Großkonzerne verweigerten jegliche Entschädigung: neben der *Dynamit Nobel AG* z. B. auch die Firmen *Daimler-Benz, BMW, Junkers, Messerschmitt, Heinkel, Feldmühle AG* und *Philipp Holzmann.* Die fünf o. g. Konzerne zahlten zusammen rund 52 Millionen Mark, d.h. für jeden noch lebenden jüdischen KZ-Häftling eine Summe zwischen 1500 und 5000 Mark.[11] Nicht-jüdische KZ-Häftlinge besaßen keine entsprechende Lobby und erhielten keinen Pfennig.

Doch selbst die geleisteten Entschädigungen sind lächerlich und beschämend niedrig angesichts der Profite, die mit der Ausbeutung der »billigen« Zwangsarbeiter gemacht wurden und angesichts KZ-Haft und

6) Ferencz, S. 201.
7) Ferencz, S. 210.
8) Ferencz, S. 212.
9) Lea Rosh: Vernichtung durch Arbeit. KZ-Häftlinge: Sklaven für die deutsche Industrie. Manuskript des Senders Freies Berlin der Fernseh-Sendung vom 4. 11. 1984 (im folgenden zit.: Rosh), S. 19.
10) Rosh, S. 25f.
11) Rosh, S. 24.

grausamster Arbeitsbedingungen.

Es bleibt uns unvorstellbar, unter welchen Verhältnissen im Werk Hessisch Lichtenau Sprengstoff produziert wurde. Eine aktuelle Zeitungsmeldung vom Januar 1985 kann nur einen vagen Eindruck liefern, wie die Arbeit in den Säurebetrieben war, in denen Zwangsarbeiter bevorzugt eingesetzt waren:

»Karlskoga. Angst vor einer Giftkatastrophe herrschte in der Nacht zum Freitag in der mittelschwedischen Stadt Karlskoga, nachdem am Abend aus einem Tank auf dem Gelände der Nobel-Sprengstoffabrik Schwefelsäure ausgelaufen war. [...] Die Polizei evakuierte unmittelbar nach Bekanntwerden des Unglücksfalls die Anwohner in der Umgebung der Fabrik. Der lokale Rundfunksender forderte alle Bürger der Stadt auf, in den Wohnungen zu bleiben, Türen und Fenster geschlossen zu halten und die Lüftungsanlagen abzustellen. [...]

Jedoch mußten rund 70 Menschen mit Atembeschwerden, entzündeten Augen und Halsschmerzen im Laufe der Nacht in den Krankenhäusern der Stadt behandelt werden. [...] Die Polizei erklärte die Innenstadt zum Sperrgebiet; Schulen, Behörden und nahezu alle Betriebe blieben geschlossen.«[12]

Im Sprengstoffwerk des Waffenkonzerns *Bofors Nobelkrut* wird TNT hergestellt. »Aus einem im Frost geplatzten Leitungsrohr von einem Oleum-Tank – [...] – strömten 30 Tonnen Schwefeltrioxyd (SO_3) aus, ...«[13]

Im Werk Hessisch Lichtenau wurden von 1938 bis 1945 ungefähr 250000 Tonnen Oleum verarbeitet.[14] Der Zwischenfall in dem schwedischen Sprengstoffwerk kann als harmlos bezeichnet werden, verglichen mit den »normalen« Arbeitsbedingungen und den häufigen Unfällen im Werk Hessisch Lichtenau. Die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Säurebetrieben waren ständig derartig giftigen Dämpfen ausgesetzt, die in Karlskoga zur Evakuierung eines ganzen Stadtteils führten.

Die Sprengstoffproduzenten von gestern und heute sind fein raus. An die Verursacher wagt sich keiner heran. Die *Dynamit Nobel AG* verhielt sich besonders selbstsicher: Sie gründete erneut eine 100%ige Tochtergesellschaft mit den unverdächtigen Namen: *Gesellschaft zur Verwertung chemischer Erzeugnisse mbH. (Abb. 78).*[15]

12) Lübecker Nachrichten vom 12. 1. 1985. Gefährliche Giftwolke: 70 Menschen verletzt.
13) Frankfurter Rundschau vom 12. 1. 1985. Tödliches Gas bedrohte schwedische Stadt.
14) Vgl. Kapitel: Produktionsabläufe.
15) Der Spiegel Nr. 8/84 vom 20. 2. 1984. Flicks gesammelte Werke.

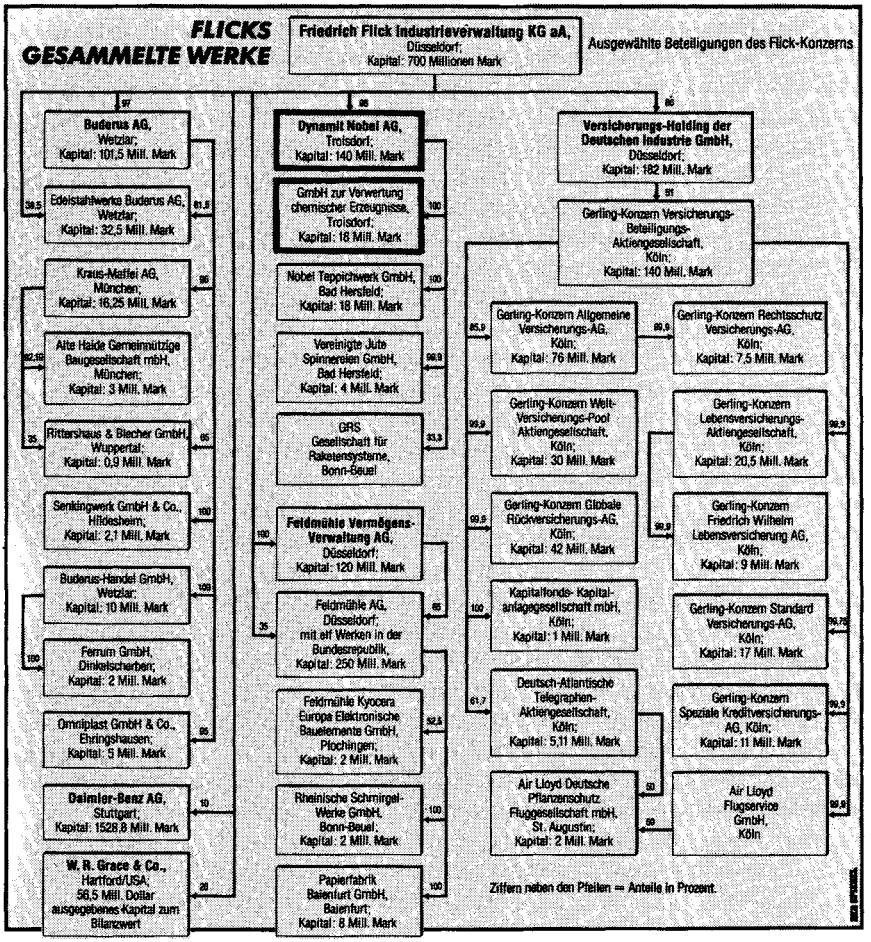


Abb. 78
Ausgewählte Beteiligungen des Flick-Konzerns: Die *Dynamit Nobel AG* besitzt wieder ein 100%iges Tochterunternehmen mit dem unverdächtigen Namen *GmbH zur Verwertung chemischer Erzeugnisse*.

»Eine Mehrheit der Bundesbürger ist der Beschäftigung mit den düsteren Kapiteln der jüngsten deutschen Geschichte – Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg – müde und hält den Rückblick für überflüssig.«[16]

Dies ermittelte das *Institut für angewandte Sozialwissenschaften* in einer bundesweiten Repräsentativerhebung im Januar 1985. Gerade ältere Bürger fordern überdurchschnittlich oft, daß endlich ein Schlußstrich unter die Geschichte des Dritten Reiches gezogen werden solle.

Auch in den Ortschaften um Hirschhagen scheint die Auffassung von der Sinnlosigkeit einer weiteren Aufarbeitung der deutschen Faschismusgeschichte geteilt zu werden. Die wenigsten der von uns befragten Augenzeugen waren bereit, offen über die Zeit der Sprengstoffproduktion zu berichten; Gemeindechroniken klammern die Zeit des Nationalsozialismus weitgehend aus.

Dabei sollte man annehmen, daß Hirschhagen die Auseinandersetzung mit der Geschichte geradezu herausfordert. Die Ansiedlung der Sprengstoffabrik war die entscheidende Maßnahme in der wirtschaftlichen Entwicklung des Raumes Hessisch Lichtenau, und die Bewohner müssen bis heute für die rücksichtslose Sprengstoffproduktion bezahlen.

Doch in den kleinen Orten, wo bis heute Nutznießer und Leidtragende der Sprengstoffproduktion auf engstem Raum zusammenleben, ließen unliebsame Erinnerungen und Interessenkonflikte jeden Ansatz einer Aufarbeitung der Geschichte im Keim ersticken.

Obwohl acht Monate lang abgemagerte und geschundene jüdische Frauen durch die Straßen von Hessisch Lichtenau geführt wurden, geriet das KZ-Außenkommando ebenso in Vergessenheit wie die z. T. unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen der im Werk Tätigen. Die Tilgung der »dunklen Vergangenheit« aus dem Bewußtsein und den Geschichtsbüchern war uns, die wir die allgemeine Verfahrensweise mit dieser Epoche gewohnt sind, noch nachvollziehbar. Aber auch die Nachkriegsentwicklung Hirschhagens blieb bisher unbeleuchtet.

Die phlegmatische Einstellung zur Existenz des Sprengstoffwerkes hat sich nach dem Kriegsende nicht sonderlich geändert. Während der Sprengstoffproduktion war Hirschhagen »verbotenes Land« – es durfte weder gesehen noch durfte darüber gesprochen werden. Seine Geheimhaltung ist offenbar so stark verinnerlicht worden, daß man es auch nach Kriegsende nicht wagte, sich darum zu kümmern, und zwar weder um die Vergangenheit noch um die Gegenwart.

Vielleicht können wir diese Einstellung deshalb nur schwer nachvoll-

16) HNA vom 9. 2. 1985. Mehrheit der Bundesbürger für Schlußstrich.

ziehen, weil wir uns vorstellen, die Bevölkerung des Raumes Hessisch Lichtenau habe das Kriegsende als Befreiung empfunden.

Doch offenbar wurde es auch genau entgegengesetzt erlebt. Zum Einmarsch der Amerikaner heißt es in der *Festschrift zur 650-Jahrfeier Fürstenhagens* 1962: »Eine Zeit der Angst und Unruhe, der Unsicherheit und Auflösung von Ordnung und Moral hatte begonnen. Der amerikanische Soldat war wohl anständig. Dennoch kam es zu Übergriffen, Drohungen und Plünderungen durch die, welche bisher als dienstverpflichtete Ausländer hier in Arbeit standen und nun ihrem Zorn freien Lauf ließen. Für die Amerikaner waren sie Spitzel und Verbindungsleute. Es gab aber auch unter ihnen Rechtdenkende, die sich schützend vor die Menschen stellten, die ihnen in vergangener Zeit aus Nächstenliebe den Hunger gestillt hatten und eine Sonderbehandlung trotz Gefahr nicht hatten zuteil werden lassen.«[17]

Der Schreiber lebte in unmittelbarer Nähe des Werkes, in dem die D.A.G. sieben Jahre lang Bomben, Granaten und andere Vernichtungsmittel zur Kriegsführung herstellte. Die häufigen Explosionen sind für die Bevölkerung hörbar und spürbar gewesen. In ihrer direkten Nachbarschaft wurden Tausende von Dienstverpflichteten, Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen untergebracht, besser zusammengepfercht. Hunderte von ihnen wurden im Werk getötet, Unzählige erlitten schwerste Gesundheitsschäden... Aber für den Schreiber herrschte allemal Moral und Ordnung.

Dieselbe Einstellung fanden wir auch in Erzählungen anderer wieder, die diese Zeit miterlebt haben. Die unmenschlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeiter der Fabrik Hessisch Lichtenau wurden von vielen heruntergespielt, eine Mitverantwortung in jeglicher Form abgelehnt.

Ansonsten haben alle nur ihre Pflicht getan – vor allem die »führenden Köpfe« der Sprengstoffproduktion. Ein ehemaliges Vorstandsmitglied des D.A.G.-Werkes wurde unmittelbar nach Kriegsende von der Militärregierung zum Bürgermeister von Hessisch Lichtenau ernannt. Ein besserer Beweis dafür, daß „er sich nichts hat zuschulden kommen lassen«, konnte ihm kaum geliefert werden.

Vielleicht ging es ihm wie vielen anderen Funktionsträgern des Dritten Reiches: Sie brauchten sich über ihre Rolle im nationalsozialistischen Regime nie Gedanken zu machen. Sie haben nur ihre Arbeit getan; im Endeffekt war es ihnen egal, ob »Mohrenköpfe oder Bomben« hergestellt wurden. Sie haben allein ihr technisches Wissen zur Verfügung gestellt, ohne darin auch nur die geringste politische Verantwortung zu

17) Festschrift, S. 64.

sehen.

»Es ist schwer, in diesem Gestrüpp von Irrtum, menschlichem Versagen und menschlicher Schuld völlige Klarheit und Wahrheit zu schaffen.«[18] So bleibt für den Schreiber der *Festschrift* schon 1962 nur noch die abschließende Hoffnung: »Die tragische Vergangenheit zu vergessen möge unser aller Wunsch sein!«[19]

Die Zeit der Sprengstoffproduktion ist für viele Bewohner schicksalhaft über die Region Hessisch Lichtenau hereingebrochen und ebenso schicksalhaft wieder verschwunden.

Schlußbemerkung

Die jüngste Geschichte der Stadt Hessisch Lichtenau und ihres Industriegebietes Hirschhagen ist kein Einzelfall in der Bundesrepublik. An vielen anderen Orten hat die Bevölkerung Ähnliches erlebt. Doch die Kleinstadt Hessisch Lichtenau hat die Auswirkungen des unmenschlichen Systems besonders stark zu spüren bekommen. So gegenwärtig die Sprengstoffproduktion und das Elend von Tausenden von Zwangsarbeitern damals gewesen ist, so stark sind diese Ereignisse in der Folgezeit verdrängt worden. Deshalb ist diese Geschichte nie aufgeschrieben und Zeichen des Gedenkens, der Erinnerung an die Opfer sind nicht gesetzt worden. Die Hessische Landesregierung mußte zugeben, daß dies in Hessen durchaus normal ist: »In den Orten, in denen sich Lager befanden – und derer gab es ja mindestens 600 in Hessen – befinden sich bedauerlicherweise nur neun Stätten des Gedenkens auf ehemaligem Lagergelände.«[20]

Die Hessische Landesregierung will alle Vorhaben unterstützen, die zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Zeit in hessischen Städten und Gemeinden führen: »Solche Arbeiten sind für die Geschichte der Stadt, in der man lebt, ein zwar beklemmender, aber trotzdem dazugehöriger Teilaspekt, den man nicht ignorieren darf, wenn man heute nach ‚Identität' oder ‚Heimat' sucht.«[21]

Für die Stadt Hessisch Lichtenau ist die Auseinandersetzung mit der Geschichte besonders wichtig und sinnvoll: Es gibt einen Zusammenhang zwischen dem kostspieligen, verunreinigten Trinkwasser und der deutschen Geschichte. Es gilt nun, den leeren Raum zwischen den heutigen Problemen und ihren historischen Ursachen zu füllen. Die Ergebnisse unserer bisherigen Arbeit haben unsere Annahme bestätigt, daß das Pro-

18) ebenda.
19) ebenda.
20) Hessischer Landtag: Drucksache 11/2581.
21) ebenda.

blem der Giftrückstände in Hirschhagen langfristig nur zu lösen sein wird, wenn man sich mit der Geschichte des Sprengstoffwerkes intensiv beschäftigt. Auch die zuständigen Behörden mußten zugeben, daß dadurch wesentliche neue Erkenntnisse gewonnen werden konnten.

Die Beschäftigung mit der Vergangenheit Hessisch Lichtenau ermöglicht aber auch, eine Antwort auf die Frage zu finden: Wie konnte das geschehen?

Die Ansiedlung der Sprengstoffabrik erfolgte nicht schicksalhaft, sondern aus wirtschaftlichen und politischen Interessen. Ein Erkennen dieser Zusammenhänge ist die wichtigste Voraussetzung, damit sich Ähnliches niemals wiederholen kann. Die Stadtverwaltung von Hessisch Lichtenau hat einen ersten Schritt zur Aufarbeitung der jüngsten Geschichte getan: Eine Arbeitsgruppe und zwei Historiker sollen alle greifbaren Informationen zusammentragen. Es bleibt zu hoffen, daß dies nur der Anfang einer intensiven und öffentlichen Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus in Hessisch Lichtenau ist.

Anhang

Nachweis der abgebildeten Dokumente

1 Akten des ehemaligen Bürgermeisteramtes Eschenstruth.

2 Privatunterlagen von Frau L., Treysa.

3 Gesellschaft zur Verwertung chemischer Erzeugnisse mbH: Kurzfassung der Geschäftsberichte 1938–1945. Troisdorf (ohne Jahr).

4 Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung in Hessen (LAV): Aktennummer VB 1522-4.

5 Ebenda.

6 LAV: Aktennummer VB 1978-154. Übernahmebericht des Treuhänders der Montan Industriewerke GmbH für das Land Hessen vom 1. 7. 1946, S. 26.

7 Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden: Akten des Hessischen Ministers der Finanzen. Abteilung 506. Aktennummer 245.

8 Archiv der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen (HNA) Kassel: Werra-Bote vom 9. 2. 1946.

9 Der Landrat des Landkreises Witzenhausen: Schreiben an die IVG Hirschhagen vom 19. 1. 1965.

Abbildungsnachweis

1	Hessisches Landesvermessungsamt Wiesbaden (HLVA): Kreiskarte Kassel, Maßstab 1:100000, Ausgabe 1976.
2–13	Aufnahmen König/Schneider, 1984.
14	Staatsarchiv Marburg: Akten des Landratsamtes Witzenhausen 180 LA WIZ. Aktennummer A 918. Meßtischblatt 2736, Maßstab 1:25000, Ausgabe 1936 (Reproduktion König/Schneider).
15	HLVA: Topographische Karte L 4724 Großalmerode, Maßstab 1:25000, Ausgabe 1969 (im folgenden: Top. Karte).
16	Graphik König/Schneider.
17–20	Aufnahmen König/Schneider, 1984.
21	Top. Karte – ergänzt von König/Schneider.
22	Aufnahme König/Schneider, 1984.
23	Top. Karte – ergänzt von König/Schneider.
24–26	University of Keel (Great Britain), Department of Geography, Air Photo Library: BRITISH CROWN COPYRIGHT/RAF PHOTOGRAPH. Luftaufnahmen der Royal Air Force vom Werk Hess. Lichtenau vom 18. 6. 1944 und 14. 3. 1945 (im folgenden: RAF-Luftaufnahme).
27–28	Aufnahmen Frau L., Treysa, 1942.
29–31	Aufnahmen König/Schneider, 1984.
32	RAF-Luftaufnahme.
33–34	Aufnahmen König/Schneider, 1984
35	Tabelle König/Schneider – angefertigt anhand der Geschäftsberichte der Verwert-Chemie.
36–43	Aufnahmen König/Schneider, 1984.
44	RAF-Luftaufnahme.
45–46	Aufnahmen König/Schneider, 1984
47	Tabelle König/Schneider – angefertigt anhand der kirchlichen Sterbebücher Hess. Lichtenau, der Akten des Standesamtes Hess. Lichtenau und des Kriegstagebuches des Rüstungskommandos IX.
48–49	RAF-Luftaufnahme.
50–53	Aufnahmen König/Schneider, 1984.
54	HLVA: Luftbilder Nr. 3742 und 3749 vom 24. 4. 1973. Bildmaßstab 1:12000. Freigegeben unter Nr. 774/73 durch Reg.-Präsident in Darmstadt (im folgenden: Luftbild 1973).
55	HLVA: Topographische Karten L 4722 Kassel (Ausgabe 1974), L 4724 Witzenhausen (Ausgabe 1976), L 4924 Sontra (Ausgabe 1977). Maßstab 1:50000 – ergänzt durch König/Schneider.
56–57	HLVA: Luftbilder Nr. 1248/26 und 1248/30 vom 5. 9. 1959. Bildmaßstab 1:12000. Freigegeben unter Nr. PK 1371/59 durch Reg.-Präsident in Münster/Westfalen.
58–59	Luftbild 1973.
60–77	Aufnahmen König/Schneider, 1984.
78	Der Spiegel Nr. 8/84 vom 20. 2. 1984.

Abkürzungsverzeichnis

BBauG	= Bundesbaugesetz
BGA	= Bundesgesundheitsamt
DAF	=Deutsche Arbeitsfront
D.A.G.	= Dynamit-Aktien-Gesellschaft, vormals Alfred Nobel und Co.
DN	= Dynamit Nobel AG
GhK	= Gesamthochschule Kassel
HHStA	= Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden
HLVA	= Hessisches Landesvermessungsamt Wiesbaden
HNA	= Hessisch-Niedersächsische Allgemeine
IVG	= Industrieverwaltungsgesellschaft mbH
KZ	= Konzentrationslager
LAV	= Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung in Hessen
MCC	= Ministerial Collecting Center
Montan	= Montan Industriewerke GmbH
OKH	= Oberkommando des Heeres
OKW	= Oberkommando der Wehrmacht
OMGH	= Office of Military Gouvernment (Hessen)
OMGUS	= Office of Military Gouvernment (US-Zone)
Pikrin	= Pikrinsäure bzw. Trinitrophenol
RAD	= Reichsarbeitsdienst
RP	= Der Regierungspräsident
StA Mbg	= Hessisches Staatsarchiv Marburg
TNT bzw. Tri	= Trinitrotoluol
Verwert-Chemie	= Gesellschaft zur Verwertung chemischer Erzeugnisse mbH

Quellen- und Literaturverzeichnis

A. Archivalien

Archiv des Fachbereichs Erziehungs- und Humanwissenschaften an der GhK:
- Lagerbeschreibung der Fabrik Hessisch Lichtenau vom 19. 11. 1946.

Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg:
- RW 21-30/RüKo. Rüstungskommando IX, Kassel.
  Kriegstagebuch.

Gesellschaft zur Verwertung chemischer Erzeugnisse mbH
Kurzfassung der Geschäftsberichte 1938–1945. Troisdorf (ohne Jahr).

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden (HHStA):
- Akten des Hessischen Ministers der Finanzen.
  Abteilung 506. Akt. Nr. 245.
- Akten der Militärregierung.
  OMGH Kassel-District.
  Akt. Nr. 8/11-2/4.

Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung in Hessen, Frankfurt:
- Aktennummer VB 1978-154.
- Aktennummer VB 1522-4.
- Aktennummer IV 1978-126.

Staatsarchiv Marburg (StA Mbg):
- Akten des Landratsamtes Witzenhausen 180 LA WIZ.
  Aktennummern LA 52, A 917, A 918, A 964.
- Wasserbuchakten des RP Kassel 401-35.
  Aktennummern Kassel-Land 236, V 2093.

Wasserwirtschaftsamt Marburg:
- Säurebetriebe der Fabrik Allendorf (ohne Datum).

B. Literatur

I. Unveröffentlichte Quellen, Examensarbeiten, parlamentarische Drucksachen, Gutachten u.ä.

T. Ewald, C. Hollmann: Studien zu den Lebensbedingungen ausländischer Zwangsarbeiter in Kassel 1940-45. Unveröffentl. Examensarbeit. Kassel 1981.

Gemeindeverwaltung Helsa:
- Protokoll der 28. Sitzung der Gemeindevertretung vom 23. 6. 1983.

Deutscher Bundestag:
- Drucksache 10/1158.
- Drucksache 10/1251.

Der Hessische Minister für Arbeit, Umwelt und Soziales:
- Ausschußvorlage UWA 11/40.

Der Hessische Minister für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz:
- Ausschußvorlage UWA 11/46.

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Umwelt:
- Stellungnahme zu Drucksache 8/4422 vom 9. 8. 1977.

Der Hessische Minister für Landesentwicklung, Umwelt, Landwirtschaft und Forsten:
- Abschlußbericht der Arbeitsgruppe »Erfassung und Beseitigung von Kampfmittelbeständen« vom 9. 5. 1980.
- Kabinettsvorlage 3021/81.

Hessischer Landtag:
- Kurzbericht UWA 32/8.
- Drucksache 7/6035
- Drucksache 10/1215.
- Drucksache 11/739.
- Drucksache 11/776.
- Drucksache 11/1445.
- Drucksache 11/1455.
- Drucksache 11/1596.
- Drucksache 11/1678.
- Drucksache 11/1832.
- Drucksache 11/2581.
- Drucksache 11/2884.
- Protokoll UWA 11/10.

Hessisches Landesamt für Bodenforschung:
- Gutachten vom 13. 3. 1974.
- Hydrogeologisches Gutachten vom 7. 2. 1984.

HLT Gesellschaft für Forschung Planung Entwicklung mbH:
- Erläuterungsbericht zum Flächennutzungsplan-Vorentwurf Hessisch Lichtenau. Wiesbaden 1981.
- Erläuterungsbericht zum Landschaftsplan-Vorentwurf Hessisch Lichtenau. Wiesbaden 1981.
- Die Industriestandorte mit Finanzhilfen. Wiesbaden 1981.

Industrieverwaltungsgesellschaft mbH (IVG):
- Werkbeschreibung Hessisch Lichtenau vom 12. 5. 1970.
- Gebäudeliste Werk Hessisch Lichtenau, aufgestellt 1965/66.

Ministerium für Wirtschaft und Technik, Abt. Industrie:
- Aktennotiz vom 4. 3. 1964 (im Besitz von H.J. Wolff, Stadtallendorf).

Gabriele Rothemann: Bilder aus Hirschhagen. Unveröffentlichte Examensarbeit. Kassel 1981.

RP Kassel, Dezernat für Abfallwirtschaft:
- Ergebnisniederschrift über eine Besprechung am 20. 8. 1974.
- Studie über Erfassungsmaßnahmen vom 30. 4. 1981.
- Vermerk über eine Besprechung am 19. 8. 1981.
- Analyseergebnis des Instituts Fresenius vom 28. 6. 1984.

Stadtverwaltung Hessisch Lichtenau:
- Einwohnerstatistik 1900–1964.
- Zusammenstellung der Wasseruntersuchungen vom 30. 1. 1978.

II. Veröffentlichungen

Autorin unbekannt: Der deutschen Frauen Leid und Glück. Paris 1939.

Bundesbaugesetz mit Verordnung über Grundsätze für die Ermittlung des Verkehrswertes von Grundstücken, Baunutzungsverordnung, Planzeichenverordnung, Raumordnungsgesetz und Städtebauförderungsgesetz. München: C. H. Beck 1981.

Benjamin B. Ferencz: Lohn des Grauens. Die verweigerte Entschädigung für jüdische Zwangsarbeiter. Frankfurt 1981.

H. J. Gummel: Die Industrieansiedlung auf den ehemaligen Sprengstoffwerken in Allendorf. Wiesbaden 1957.

Ulrich Herbert: Apartheid nebenan. Erinnerungen an die Fremdarbeiter im Ruhrgebiet. In: Lutz Niethammer (Hrsg.): »Die Jahre weiß man nicht, wo man die hinsetzen soll.« Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet. Hannover 1983.

Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust. Berlin 1982.

Hannes Krill: Der schwarze Pilz von Hirschhagen. In: Süddeutsche Zeitung vom 13. 11. 1984.

Verlag Petra Nettelbeck/Zweitausendeins (Hrsg.): Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 6. Band 1939. Salzhausen, Frankfurt a. M. 1980.

H. Pfahlmann: Fremdarbeiter und Kriegsgefangene in der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Würzburg 1964.

Angelika Reuter: Frauen seit 1948. Gießen 1978.

650-Jahrfeier Fürstenhagen: Eine Festschrift. Fürstenhagen 1962.

Siedlergemeinschaft Eschenstruth-Waldhof: Festschrift zum Siedler-Stiftungsfest 1967.

Sender Freies Berlin (SFB):
- Lea Rosh: Vernichtung durch Arbeit. KZ-Häftlinge: Sklaven für die deutsche Industrie. Manuskript der Fernsehsendung am 4. 11. 1984.

Albert Speer: Der Sklavenstaat. Stuttgart 1981.

Staatsanzeiger für das Land Hessen. Jahrgänge 1963 und 1977.

Universitätsbibliothek Marburg:
- Willi Weber: Die Struktur der nordhessischen Industrie und ihre Veränderung nach dem 2. Weltkrieg bis Ende 1948. Dissertation Marburg 1948.

Dieter Vaupel: Das Außenkommando Hessisch Lichtenau des Konzentrationslagers Buchenwald 1944/45. Schriftenreihe »Nationalsozialismus in Nordhessen«. Heft Nr. 3, Kassel 1984.

Vogt GmbH (Hrsg.): Hessisch Lichtenau im Werra-Meißner-Kreis. Hessisch Lichtenau 1982.

Wissenschaftlicher Rat der Dudenredaktion (Hrsg.): Duden Fremdwörterbuch. Band 5, Mannheim 1974.

C. Korrespondenzen

Amtliche Flußüberwachungsstelle Kassel:
- Schreiben an den Landrat des Landkreises Witzenhausen vom 6. 12. 1963.

Die Bürger der Siedlung Waldhof:
- Schreiben an die Gemeindeverwaltung Helsa vom 19. 4. 1983.

Bundesgesundheitsamt Berlin:
- Schreiben an den Hessischen Sozialminister vom 31. 8. 1980.

Der Bundesminister des Innern:
- Schreiben an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages vom 28. 9. 1984.

DIE GRÜNEN im Hessischen Landtag:
- Schreiben an die Staatsanwaltschaft Kassel vom 29. 8. 1984.

Dynamit Nobel AG:
- Schreiben an Prof. D. Ipsen vom 28. 11. 1983.

Hygiene-Institut des Ruhrgebiets, Gelsenkirchen:
- Schreiben an die Stadtverwaltung Hessisch Lichtenau vom 11. 19. 1975.
- Schreiben an den RP Kassel vom 14. 2. 1977.
- Schreiben an die Gemeinde Helsa vom 16. 1. 1984.
- Schreiben an die Gemeinde Helsa vom 20. 8. 1984.

Kaufvertrag zwischen der IVG und einem Einwohner Hirschhagens aus dem Jahre 1968.

Der Landrat des Landkreises Kassel:
- Schreiben an die Gemeindeverwaltung Helsa vom 2. 7. 1980.
- Schreiben an die »Grüne Liste Helsa« vom 1. 2. 1985.

Der Landrat des Landkreises Witzenhausen:
- Schreiben an die IVG Hirschhagen vom 19. 1. 1965.

Der Magistrat der Stadt Kassel:
- Schreiben an die IVG Hirschhagen vom 12. 5. 1964.

Stadtverwaltung Hessisch Lichtenau:
- Schreiben des Bürgermeisters an die Autoren vom 7. 3. 1984.

D. Zeitungsartikel

Frankfurter Rundschau vom 7.4.1984, 12.1.1985
HNA, Gesamtausgabe vom 9.2.1985
HNA, Ausgabe Kreis Kassel-Ost vom 23.2.1984, 29.3.1984.
Lübecker Nachrichten vom 12.1.1985.
Marburger Presse vom 14.12.1945.
Der Spiegel Nr. 8/84 vom 20.2.1984.
Süddeutsche Zeitung vom 13.11.1984.
Werra-Bote vom 9.2.1946, 13.3.1946, 16.2.1960, 20.6.1964.
Werra-Nachrichten vom 20.7.1974, 2.9.1974, 6.9.1974, 18.11.1974, 24.9.1976, 3.5.1977, 27.7.1977, 2.8.1977, 4.8.1977, 15.10.1977.
Witzenhäuser Allgemeine vom 28.10.1981, 21.1.1983
Witzenhäuser Kreis- und Tagesblatt vom 10.9.1938.

E. Zeitzeugen

- Gespräch mit Herrn K., Fürstenhagen, am 27. 10. 1983.
- Gespräch mit Herrn F., Bad Sooden-Allendorf, am 28. 10. 1983.
- Gespräch mit Herrn A., Hessisch Lichtenau, am 13. 11. 1983.
- Gespräch mit Herrn S., Helsa, am 4. 12. 1983.
- Gespräch mit Herrn Sch., Hessisch Lichtenau, am 7. 2. 1984.
- Gespräch mit Herrn G., Bonn, am 14. 2. 1984.
- Gespräch mit Herrn H., Kassel, am 1. 8. 1984.
- Gespräch mit Herrn H., Hess. Lichtenau, am 23. 8. 1984.
- Gespräch mit Herrn S., Helsa, am 31. 8. 1984.
- Gespräch mit Herrn M., Eschenstruth, am 12. 9. 1984.
- Schriftlicher Bericht von Frau L., Treysa, vom 28. 12. 1984.

F. Auskünfte

- Gemeindeverwaltung Helsa
- IVG Außenstelle Hirschhagen
- IVG Zweigstelle Harz
- IVG Hauptverwaltung Bonn
- Kreisbauamt Witzenhausen
- Liegenschaftsamt Hessisch Lichtenau
- RP Kassel, Dezernat für Abfallwirtschaft
- Standesamt Hessisch Lichtenau
- Tiefbauamt Hessisch Lichtenau
- Wasserwirtschaftsamt Kassel
- Wasserwirtschaftsamt Marburg

Sach- und Ortsregister

Abfüllgebäude (Pressen) 66ff, 85, 94f, 108
Aktivkohlefiltration 136, 143, 146, 151f, 155, 157
Arbeitsleistung 88f, 108
Arbeitslohn 99f, 104
Arbeitszeit 87, 99, 107
Bebauungsplan 160
Bekleidung 87, 103, 107
Berlin Document Center 117
Beschäftigungszahlen 23f, 32, 97, 99ff, 106f, 115, 127, 134, 165
Brandplatz 70, 75, 115, 139ff
Denitrierung 46, 62f, 69
Deutsche Arbeitsfront 98
Dynamit-Aktien-Gesellschaft 33ff, 44f, 47, 71, 78, 84, 108, 111, 117
Dynamit Nobel AG 35, 59, 117, 134, 150
Einwohnerzahlen 24, 29f
Entschädigungsleistungen 72, 77f
Eschenstruth 14, 29, 44, 56, 76, 84, 136
Fertigmachungsgebäude 67f
Fa. Angers 19, 23, 131, 165, 171
Fa. Fröhlich und Wolff 29
Fa. Hansa Schwerweberei AG 29, 44, 50, 84
Fa. Mannesmann 119
Fa. Pharma-Chemie 126
Fa. Reolit 19f, 23f, 126, 130, 132f, 135, 139, 148, 154, 159, 166, 171ff, 175, 178
Fa. Rühl-Chemie 166ff
Fa. Trapp 168ff
Fa. Wiederaufbau-Union Durst und Co. 119
Flächennutzungsplan 27, 160, 162ff, 166
Flüchtlinge 115, 126, 128, 165, 173
Füllstation 64f, 85, 92ff, 108
Fürstenhagen 14, 29, 36, 44, 73, 75, 77, 79, 130, 160, 179
Fulda 73
Geesthacht-Krümmel 33
Heeresabnahme 65, 67, 85
Helsa 14, 37, 43, 81, 130, 151, 157f, 171
Hergesbachtal 14, 43
Hessisches Ministerium für Finanzen 113
Hessisches Ministerium für Wirtschaft und Technik 111, 119, 126
IG Farben 35, 89, 108, 110
IG Farben-Kontrolle 111
IG Farben-Werk Griesheim 61
Inventur 117ff
IVG 113, 128ff, 133ff, 138, 142, 146, 148, 158ff, 164, 171, 175

Kantine 88
Karpaten 68, 103
Kassel-Sandershausen 44, 73
Kesselhaus 39, 46, 70
Kläranlage Hess. Lichtenau (Fürstenhagen) 157
Kläranlage Kassel 138
Kohlehochbunker 39, 42, 44, 46, 70, 81
Kontaktanlage 63
Konzentration 46, 63, 69
Konzentrationslager Auschwitz 105, 107f
Konzentrationslager Buchenau 101
Konzentrationslager Buchenwald 107
Konzentrationslager Ravensbrück 106
Lager Esche 50, 115
Lager Falkenhorst 49
Lager Föhren 37, 49, 102, 104, 115
Lager Friedrichsbrück 52, 57, 102, 115
Lager Herzog 29, 36, 47, 55, 102, 104, 115
Lager Lenoir (-Stift) 47, 57, 92, 115
Lager Stein(bach) 56f, 115
Lager Teichhof 50f, 57, 102, 115
Lager Vereinshaus 49, 57, 106f
Lager Waldhof 46f, 52ff, 73, 76f, 104, 115, 131
Leipzig 109
Losse 36, 44, 72f, 76f, 157
Lossetal 14, 143
Luftschutzbunker 39, 88
Melsungen 109
Militärgesetz 110, 113
Militärregierung 110ff, 117, 122, 126f
Ministerium für Bewaffnung und Munition 34
Montan 33ff, 49, 55, 75, 110f, 113, 117, 128, 134
Neutralisationsanlage (Kläranlage) 44, 70, 72, 75, 138f, 146, 149, 152, 157ff
Oberkommando der Wehrmacht 102
Oberkommando des Heeres 33ff, 45
Oleum 63, 70, 121
Pachtverträge 126, 128
Pikrinsäure-Betriebsgruppe 66f, 85f
Postdamer Abkommen 26, 111
Pressen 45, 66ff, 85, 95, 108, 123
Presswassergebäude 67
Privatisierung 130, 133f, 146f
Produktionszahlen 63, 68ff
Reparation 113, 121, 126
Reichsarbeitsdienst 51f, 97
Rohrberg 37, 43

Rohrgraben 44, 75, 77, 167, 171f
Rommerode 37
Rückstandshalde 71, 75, 138ff, 146, 149, 152, 154f, 159, 171
Rüstungskommando IX, Kassel 46, 70f, 83, 88, 92, 95, 99, 101, 104, 108
Sabotage 92
Säurelager 39, 61
Schadstoffkonzentration 145f, 150ff, 155f, 166f, 169
Schikane 73
Schleifschlamm 132, 139f, 148, 152, 154, 157, 159, 166, 171f
Siedlung »Am Berg« S. 29
Siedlung Fürstenhagen 57, 102, 115, 130f
Siedlung Hess. Lichtenau-West 55
Sondermülldeponie Hoheneggelnsen 146, 157
Spaltanlage 39, 44, 46, 63, 69, 81, 85, 87, 95, 131, 168
Sprengstoffrückstände (Giftrückstände) 27, 119, 121f, 129f, 134f, 138f, 171f
Staatliche Erfassungsstelle für Heeresgut 122
Stadtkrankenhaus Kassel 95
Steinbach 73
Steinhecke 29
Toluol-Lager 61
Treuhänder 111, 133
Tri-Betriebsgruppe 59ff, 85
Trinkwassergewinnungsanlagen
- Brunnen Helsa 136, 143, 155, 157
- Brunnen Hirschhagen 136, 139
- Brunnen Kaufungen 136
- Brunnen Kirschenberg 136, 143, 148, 151
- Brunnen Rommerode 136
- Brunnen Stiftsforst (Eschenstruth) 136, 156f
- Brunnen Walburg 148
- Brunnen Waldhof 136, 151, 156
- Quellen Hirschberg 136, 157

Trinkwasserschutzgebiet 27, 130, 135f, 166
Übergabebahnhof „Steinholz“ 37, 61, 133
Vermögenskontrolle 111ff
Vermögenssperre 110
Verpflegung 87f, 103f, 107
Verwaltungsgebäude 88, 115
Verwert-Chemie 33f, 44, 68, 71f, 77ff, 97, 110f, 117, 119, 134, 148
Vierjahresplan 71, 98
Volkmarsen 115
Waldhof 29, 136, 156, 171
Waldhofer Tor 103
Waschhaus 60, 62f
Wasserbeschaffungsverband »Lossetal« 136
Wedemannsbach 43

Werk Allendorf 59, 83, 117, 123, 129, 149, 175, 180
Werk Herrenwald 122
Werk Lippolsberg 113, 134
Werkschutz 85, 88f, 102, 110
Wickenrode 136
Wohlfahrtsgebäude 88
Wurzen 109
Zeche Glimmerode 70, 98
Zeche Hirschberg 44, 70, 127
Zustandshaftung 135, 146, 150, 158, 175